

ELL HA
RLIN

Konzernkennzahlen

Auf einen Blick

		2003 mit EU ¹⁾	2003 ohne EU ¹⁾	2002	2001	2000	1999
GuV-Rechnung							
Zinsüberschuss	in Mio. t	1.664	1.664	1.706	1.876	1.642	2.048
Provisionsüberschuss	in Mio. t	314	314	342	386	462	420
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	in Mio. t	12	12	-24	-106	139	105
Personalaufwand	in Mio. t	744	744	853	984	973	965
Andere Verwaltungsaufwendungen	in Mio. t	543	543	590	696	572	583
Normalabschreibungen	in Mio. t	92	92	103	148	129	136
Verwaltungsaufwendungen	in Mio. t	1.379	1.379	1.546	1.828	1.674	1.684
Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen/Erträge	in Mio. t	-65	-42	5	-197	-755	175
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	in Mio. t	546	569	483	131	-186	1.064
Risikovorsorge (ohne Reserven nach § 340f HGB)	in Mio. t	351	351	531	763	1.564	368
Operatives Konzernergebnis	in Mio. t	195	218	-48	-632	-1.750	696
Veränderung Reserven nach § 340f HGB	in Mio. t	-176	-176	-25	2	-366	229
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	in Mio. t	371	394	-23	-634	-1.384	467
Ergebnis aus Finanzanlagen	in Mio. t	-91	-76	-449	1	15	21
Saldo der übrigen Positionen	in Mio. t	-606	-304	-144	574	-190	-49
Ergebnis vor Steuern	in Mio. t	-326	14	-616	-59	-1.559	439
Ertragsteuern ²⁾	in Mio. t	-10	-10	83	53	89	282
Ergebnis nach Steuern	in Mio. t	-316	24	-699	-112	-1.648	157
Bilanz							
Bilanzsumme	in Mio. t	153.286		174.804	189.163	204.808	193.786
Kreditvolumen	in Mio. t	88.972		102.928	117.286	124.009	122.012
Risikopositionen (KWG)	in Mrd. t	57,4		70,8	89,5	91,3	79,5
Ausgewiesenes Eigenkapital	in Mio. t	3.563		3.889	4.525	2.611	4.366
Off-balance-Sheet							
Nominalvolumen	in Mio. t	547.770		691.543	888.300	1.009.404	860.770
Kreditäquivalent (KWG)	in Mio. t	1.163		1.403	1.492	1.912	1.936
Kennzahlen und Quoten							
Cost-income-Ratio	in %	71,6		76,2	93,3	112,5	61,3
Eigenkapitalrentabilität	in %	-8,3		-14,0	-1,4	-36,6	9,5
Kernkapitalquote nach KWG	in %	6,1		5,6	5,7	3,3 ³⁾	5,7
Gesamtkennziffer nach KWG	in %	9,9		9,4	9,4	5,1 ³⁾	10,1
Dividendenberechtigte Aktien	Anzahl	999.327.870		999.327.870	999.327.870	218.077.870	218.077.870
Aktienkurs (Schlusskurse an der Frankfurter Börse)							
höchst	in t	2,59		2,53	15,20	17,75	17,25
tiefst	in t	1,20		1,26	2,36	15,10	12,00
Mitarbeiter							
Gesamtanzahl der Mitarbeiter ⁴⁾	Anzahl	11.260		14.376	16.485	17.192	17.462
davon im Bankgeschäft	Anzahl	10.296		13.235	14.792	15.356	15.844
davon Immobiliendienstleister (IBAG, IBG, LPFV)	Anzahl	964		1.141	1.693	1.836	1.618

¹⁾ Ergebnisse mit bzw. ohne Auswirkungen der EU-Entscheidung zur Genehmigung der Beihilfen für die Bankgesellschaft Berlin vom 18. Februar 2004

²⁾ bis 2000: Steuern, d. h. einschließlich sonstiger Steuern

³⁾ nach Kapitalerhöhung 2001 wurden die aufsichtsrechtlichen Mindestquoten wieder überschritten

⁴⁾ Anzahl der Mitarbeiter zum Stichtag 31. Dezember

Unternehmensprofil

DIE BANKGESELLSCHAFT BERLIN ist ein börsennotiertes Kreditinstitut mit Sitz in der deutschen Hauptstadt. Seit Dezember 2001 verfolgt die Bank einen konsequenten Prozess der Neuausrichtung und Restrukturierung mit dem Ziel, die neue Bankgesellschaft Berlin auf Basis von vier Säulen zu etablieren: als innovatives, kundennahes Institut mit einer herausragenden Stellung im Privatkunden- und Firmenkundengeschäft, mit ausgewählten Aktivitäten im Kapitalmarktgeschäft sowie einem bundesweit auf Investoren und Wohnungsbau-gesellschaften ausgerichteten Immobilienfinanzierungsgeschäft.

MIT UNSEREN MARKEN Berliner Sparkasse, Berliner Bank und Landesbank Berlin wollen wir unsere gute Marktstellung im Geschäft mit Privat- und Firmenkunden qualitativ weiter ausbauen. Wir bieten unsere Leistungen unter verschiedenen Marken und Vertriebsformen von der Filiale über Telefon-Banking bis zum Internet an. Vom Anlage- und Kreditgeschäft bis hin zur Beratung über Versicherungs-, Bauspar- und Zahlungsverkehrsprodukte stellen wir unseren privaten Kunden ein umfassendes Angebot an Bankprodukten bereit. In den VermögensanlageCentern der Berliner Sparkasse und den BeratungCentern der Berliner Bank betreuen wir vermögende Privatkunden bei ihren Anlage- und Finanzierungs-wünschen. Im Firmenkundengeschäft liegt unser Fokus auf der Betreuung kleinerer und mittlerer Unternehmen. Auch für die finanziellen Bedürfnisse unserer Gewerbekunden gestalten wir umfassende Leistungen.

UNSERE STÄRKEN in ausgewählten Bereichen des Kapitalmarktgeschäfts nutzen wir als spezialisierter internationaler Marktteilnehmer. Eine zentrale Aufgabe des Kapitalmarktgeschäfts ist die Intensivierung der Kundenhandels- und Sales-Aktivitäten. Die Bank profiliert sich als namhafter und kompetenter Anbieter innovativer Kapitalmarktprodukte auch für Privatanleger. Im Auslandsgeschäft konzentrieren wir uns auf Geschäftsverbindungen in Zentral- und Osteuropa. Im Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung richten wir uns bundesweit auf die Anforderungen privater und gewerblicher Investoren und Wohnungsbaugesellschaften aus.

DIE NÄHE ZUM KUNDEN ist die oberste Priorität unseres Handelns. Dabei geht es nicht nur um die Dichte des Filialnetzes, sondern nicht zuletzt um das Engagement unserer Mitarbeiter. Ihre Motivation sowie ihre Fachkompetenz sind die Voraussetzungen für Kundenzufriedenheit und Kundenbindung.

Inhaltsverzeichnis

4	Management
4	Vorwort
8	Organe der Bankgesellschaft Berlin AG
10	Bericht des Aufsichtsrats
18	Aus unseren Geschäftsfeldern
18	Segmentberichterstattung und Performance der Strategischen Geschäftsfelder
24	Private Kunden
28	Firmenkunden
32	Kapitalmarktgeschäft
34	Immobilienfinanzierung
38	Immobilienleistungen
41	Corporate Investments
42	Fördergeschäft
45	Sonstiges/Konsolidierung
48	Aktie der Bankgesellschaft Berlin
49	Lagebericht
50	Das Geschäftsjahr 2003 im Überblick
62	Geschäftsverlauf 2003
82	Risikobericht
103	Ausblick Konzern
105	Jahresabschluss des Konzerns und der AG
106	Bilanz des Konzerns
110	Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns
112	Eigenkapitalpiegel des Konzerns
114	Segmentberichterstattung des Konzerns
116	Kapitalflussrechnung des Konzerns
118	Bilanz der AG
122	Gewinn- und Verlustrechnung der AG
124	Anhang des Konzerns und der AG 2003
196	Bestätigungsvermerke des Konzerns und der AG
198	Konzernbanken und ausgewählte Beteiligungen des Konzerns

Kundenn he

Die Bankgesellschaft erh ht
ihre Produkt- und Servicequalit t





Im Mittelpunkt unseres Tuns stehen die Bedürfnisse unserer Kunden. Bereits im Jahr 2003 haben wir deshalb eine Vertriebs- und Qualitätsinitiative gestartet: Eine intensivere Betreuung unserer Kunden und eine verbesserte Qualität unserer Beratungsleistungen sind Kernpunkte dieser Offensive. Zudem führen wir neue und innovative Produkte in allen Strategischen Geschäftsfeldern ein. Denn gute Produkte und hochwertige Dienstleistungen sind die Basis unseres Geschäftserfolgs.

Management

Vorwort

Sehr geehrte Aktionärin, sehr geehrter Aktionär,

die Bankgesellschaft Berlin hat im Jahr 2003 und in den ersten Monaten des Jahres 2004 die entscheidenden Hebeln genommen, um die seit 2001 konsequent umgesetzte Sanierung und Neuausrichtung zum Erfolg zu führen. Dieses positive Resultat basiert auf zwei Entwicklungen. Zum einen ist der Konzern Bankgesellschaft Berlin im operativen Geschäft wieder profitabel. Durch eine Verbesserung des operativen Konzernergebnisses um 243 Mio. € konnte 2003 erstmals seit 1999 wieder ein operativer Konzerngewinn ausgewiesen werden. Dies unterstreicht, dass unser Konzept eines kundennahen Instituts mit einer herausragenden Stellung im Privat- und Firmenkundengeschäft in der Region, mit einem starken Kapitalmarktgeschäft und einem bundesweit ausgerichteten Immobilienfinanzierungsgeschäft attraktiv und tragfähig ist. Zum anderen hat die Europäische Kommission am 18. Februar 2004 das Beihilfeverfahren für die Bankgesellschaft Berlin in vollem Umfang positiv beschieden, wenn auch unter Auflagen. Dies bedeutet, dass wir nun verlässliche Planungsgrundlagen für die kommenden Jahre haben.

Die Auflagen der EU-Kommission hatten zur Folge, dass Rückstellungen und Wertberichtigungen in Höhe von 340 Mio. € gebildet werden mussten. Diese Belastungen sind im Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2003 verarbeitet worden. Während das operative Konzernergebnis davon nahezu unberührt blieb, hat sich der weit überwiegende Anteil im Saldo der übrigen Positionen ausgewirkt. Dies führte letztendlich beim Ergebnis nach Steuern zu einem deutlichen Verlust. Ohne diesen Sondereinfluss zeigte sich für den Konzern ein positives Ergebnis nach Steuern.

Der Bankgesellschaft Berlin gelang 2003 ein entscheidender Schritt zur nachhaltigen Stabilisierung im Markt. Der verzeichnete Aufwärtstrend bei der Ergebnisentwicklung resultierte aus weiteren Kosteneinsparungen und einer stärkeren Bearbeitung unserer Stammmärkte. Wir haben die Anknüpfung, uns wieder intensiver unseren Kunden zu widmen, umgesetzt. Vor allem im zweiten Halbjahr wurden die Vertriebsaktivitäten verstärkt, nahezu alle Geschäftsfelder konnten im Vorjahresvergleich ihr operatives Konzernergebnis klar verbessern. Das Kapitalmarktgeschäft hielt aufgrund des strategiekonformen Abschmelzens von Geschäftsaktivitäten nicht ganz das Vorjahresniveau, hat aber dennoch wesentlich zum positiven operativen Konzernergebnis beigetragen. Insbesondere im zweiten Halbjahr entwickelten sich die Neugeschäfte im Retailgeschäft sowie im Immobilienfinanzierungsgeschäft erfreulich.

Neben den Maßnahmen zur Vertriebsstärkung haben wir im Berichtsjahr unseren Weg der Risikominimierung und Kostensenkung mit unveränderter Intensität fortgesetzt.

Bei der Risikovorsorge setzte eine Entspannung ein. Im Vergleich zum Vorjahr wurde der Saldo der Risikovorsorge um gut ein Drittel auf 351 Mio. € reduziert.

Nach wie vor ist ein wesentlicher Hebel für die Verbesserung des operativen Geschäfts die Senkung der Verwaltungsaufwendungen. Im Zuge der tiefgehenden Umstrukturierung des Konzerns wurden die Sach- und Personalkosten insgesamt um knapp 11 % im Vergleich zum Vorjahr gesenkt. Die Cost-Income-Ratio hat sich weiter verbessert und lag zum Jahresende 2003 bei 71,6 % (Vorjahr: 76,2 %).

Ein wichtiger Schritt zu einer verbesserten Effizienz der internen Abläufe war die Integration der Berliner Bank in die Landesbank Berlin zum 1. Juli 2003. Nach der Bündelung der beiden Marken Berliner Bank und Berliner Sparkasse unter dem Dach der Landesbank Berlin sind die Arbeitsprozesse sowohl im Backoffice-Bereich als auch in den Stabseinheiten heute effizienter und transparenter gestaltet. Dabei gilt auch nach der EU-Entscheidung, dass die Berliner Bank in ihrer jetzigen Struktur als Niederlassung der Landesbank Berlin bis zu ihrem von Brüssel geforderten Verkauf an einen separaten Investor bestehen bleiben wird.

Den Ausstieg aus nicht strategischen Geschäftsfeldern haben wir im Jahr 2003 fortgesetzt. Auf diesem Wege haben wir Geschäftsvolumen und Risikoaktiva verringert, eine Reihe von Beteiligungen verkauft und in der Folge unsere Eigenkapitalkennziffern verbessert.

Wir haben im Berichtsjahr weitere Schritte zum Ausstieg aus dem Auslandsgeschäft, aus dem Großkunden- und Immobiliendienstleistungsgeschäft sowie aus den strukturierten Finanzierungen umgesetzt.

Wir haben die Tochterunternehmen Zivnostenská banka a.s., Prag, und die Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft (ALLBANK), Hannover, sowie unsere Beteiligung an der LHI Leasing GmbH, München, verkauft. Die Bankgesellschaft (Polska) S.A., Warschau, und die Bankgesellschaft (UK), London, haben plangemäß ihre Geschäftsaktivitäten eingestellt. Weiter steht die Veräußerung der Weberbank auf der Agenda.

Wir haben die Redimensionierung und Restrukturierung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts erfolgreich fortgeführt. Der Bestand an so genannten Vorratsimmobilien wurde dabei erheblich reduziert.

Vorwort

Sehr geehrte Aktionärin, sehr geehrter Aktionär,
mit der Genehmigung des gesamten Beihilfepakets für die Bankgesellschaft Berlin hat die EU-Kommission das Restrukturierungskonzept des Konzerns in allen Teilen als vernünftig, belastungsfähig und schlüssig bezeichnet. Das heißt, auch die EU-Kommission ist davon überzeugt, dass die neu ausgerichtete Bankgesellschaft wieder langfristig rentabel arbeiten wird.

Basierend auf dem Ende Januar 2002 von der Bankgesellschaft vorgelegten Sanierungskonzept umfasst die Genehmigung die Kapitalerhöhung in Höhe von 1,75 Mrd. € aus dem Jahre 2001, das Gesetz zur Risikoabschirmung sowie die Neutralisierungs- beziehungsweise Rückzahlungsvereinbarung in Bezug auf das Wohnungsbaukreditanstalt (WBK)-Verfahren zur Einbringung der WBK in die LBB.

Die Entscheidung der EU-Kommission enthält eine wesentliche Abweichung vom ursprünglichen Sanierungskonzept: Wie geplant, hat die Bundesrepublik Deutschland der EU-Kommission zugesagt, dass das Land Berlin den gesamten Konzern bis Ende 2007 verkaufen wird. Die Berliner Bank jedoch muss bis spätestens zum 1. Februar 2007 aus der Landesbank Berlin wieder herausgelöst und an einen separaten Investor verkauft werden. Zudem werden einerseits die Investitionsbank Berlin (IBB) spätestens zum 1. Januar 2005 als selbstständige Förderbank des Landes Berlin aufgestellt sowie andererseits das Immobiliendienstleistungsgeschäft bis zum 31. Dezember 2005 ausgegliedert sein.

Für das Berichtsjahr lässt sich deshalb resümieren: Die Maßnahmen der Konsolidierung und Kostensenkung zeigen nachhaltig Erfolge und werden weiterhin konsequent fortgesetzt. Unsere Fortschritte in der Restrukturierung des Konzerns werden honoriert. Die Bankgesellschaft Berlin hat im zurückliegenden Geschäftsjahr die operative Ertragswende geschafft. Das Unternehmen hat die Jahre der Sanierung und Restrukturierung genutzt, um sich für seine Neuausrichtung Stärke zu erarbeiten, und ist inzwischen auf dem Weg in die Normalität. Nunmehr kann sich die Bank verstärkt auf ihre Arbeit mit den Kunden konzentrieren und ihre Ressourcen zunehmend für ihre Geschäftsfelder und Geschäftsaktivitäten einsetzen.

Durch die operativen Fortschritte und mit der Planungssicherheit durch die EU-Entscheidung können wir die jüngste Vergangenheit des Konzerns zunehmend hinter uns lassen und den Blick nach vorne richten. Oberste Priorität bleibt dabei, in unseren Anstrengungen nicht nachzulassen und das Tempo des Umbaus zu halten.

Wesentlich verdanken wir die positive Entwicklung des Konzerns unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die den eingeschlagenen Weg mit großem persönlichen Engagement bei der Umsetzung der zahlreichen Anforderungen zur Restrukturierung und Neuausrichtung des Konzerns verfolgt haben. Ohne ihre Unterstützung stünde das Unternehmen nicht, wo es heute steht.

Dieser fortwährende Einsatz der Belegschaft für den Konzern wiegt umso mehr, als der Restrukturierungsplan einen umfassenden Stellenabbau in den zurückliegenden zwei Jahren vorsah und weiter vorsieht. Wir danken auch unseren Aktionärinnen und Aktionären, die die Bankgesellschaft Berlin auf diesem Weg begleiten. Die Bankgesellschaft Berlin wird alles unternehmen, um das in den vergangenen zwei Jahren in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen und den Weg zu einem ertragsstarken Institut fortzusetzen.

Der Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Serge Demolière

Uwe Kruschinski

Norbert Pawlowski

Dr. Thomas Veit

Organe der Bankgesellschaft Berlin AG

Vorstand

Hans-Jörg Vetter
Vorsitzender

Serge Demolière

Dr. Johannes Evers
bis 30.11.2003

Uwe Kruschinski
seit 10.3.2003

Norbert Pawlowski

Hubert Piel
bis 31.3.2003

Dr. Thomas Veit

Aufsichtsrat

Dr. h. c. Klaus G. Adam
Mitglied seit 9.9.2003
Vorsitzender seit 26.9.2003
Vorsitzender des Vorstands der Landes-
bank Rheinland-Pfalz – Girozentrale –

Ernst-Otto Sandvoß
Vorsitzender bis 4.9.2003
ehem. Vorsitzender des Vorstands der
DekaBank Deutsche Girozentrale

Helmut Tesch*
stellv. Vorsitzender
Vorsitzender des Gesamtpersonalrats und
des Personalrats der Landesbank Berlin
– Girozentrale –

Dr. h. c. Manfred Bodin
Vorsitzender des Vorstands der
Norddeutsche Landesbank Girozentrale

Dagmar Brose*
stellv. Vorsitzende des Betriebsrats der
Bankgesellschaft Berlin AG

Thomas Dobkowitz
Unternehmensberater

Dr. Michael Endres
ehem. Mitglied des Vorstands
der Deutsche Bank AG
Vorsitzender des Vorstands
der Gemeinnützige Hertie-Stiftung

Claudia Fieber*
seit 1.9.2003
Mitglied des Beirats der
Integrationsgruppe BB/LBB

Hartmut Friedrich*
stellv. Landesverbandsleiter der ver.di
Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Dr. Thomas Guth
Vorstand der Gesellschaft für Industrie-
beteiligungen Dr. Schmidt AG & Co.

Carmen Hümpel*
bis 31.8.2003
Gesamtbetriebsratsvorsitzende
der Allgemeine Privatkundenbank AG

Dr. Klaus Murmann
Chairman der Sauer-Danfoss Inc.

Bernd Reinhard*
Vorsitzender
der Integrationsgruppe BB/LBB

Andreas Rohde*
Mitglied des Betriebsrats
der Bankgesellschaft Berlin AG

Dr. Thilo Sarrazin
Senator für Finanzen des Landes Berlin

Hans Christian Seidel*
Direktor der Landesbank Berlin
– Girozentrale –

Dr. Heinz-Gerd Stein
ehem. Mitglied des Vorstands
der Thyssen Krupp AG

Peter Strieder
bis 27.3.2003
Senator für Stadtentwicklung
des Landes Berlin a. D.

Joachim Tonndorf*
Fachbereichsleiter Finanzdienst-
leistungen der ver.di Landesbezirk
Berlin-Brandenburg

Frank Wolf*
Fachsekretär Finanzdienstleistungen der
ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Harald Wolf
seit 8.7.2003
Senator für Wirtschaft, Arbeit und
Frauen des Landes Berlin

Bernd Wrede
ehem. Vorsitzender des Vorstands der
Hapag-Lloyd AG

Bärbel Wulff*
stellv. Vorsitzende des Gesamt-
personalrats und des Personalrats der
Landesbank Berlin – Girozentrale –

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Bilanz-, Personal- und Strategieausschuss

Dr. h. c. Klaus G. Adam
Mitglied seit 9.9.2003
Vorsitzender seit 16.10.2003

Ernst-Otto Sandvoß
Vorsitzender bis 4.9.2003

Helmut Tesch
stellv. Vorsitzender

Dr. Thilo Sarrazin
Joachim Tonndorf

Kreditausschuss

Dr. Michael Endres
Vorsitzender

Dr. h. c. Klaus G. Adam
Mitglied seit 26.9.2003
stellv. Vorsitzender seit 19.11.2003

Ernst-Otto Sandvoß
stellv. Vorsitzender bis 4.9.2003

Hans Christian Seidel
Dr. Heinz-Gerd Stein
Bärbel Wulff

Weisungsausschuss

Dr. h. c. Klaus G. Adam seit 26.9.2003
Ernst-Otto Sandvoß bis 4.9.2003

Dr. Thilo Sarrazin
Peter Strieder bis 27.3.2003
Harald Wolf seit 4.9.2003

Vermittlungsausschuss

Dr. h. c. Klaus G. Adam seit 26.9.2003
Dagmar Brose

Ernst-Otto Sandvoß bis 4.9.2003
Peter Strieder bis 27.3.2003

Helmut Tesch
Harald Wolf seit 4.9.2003

* Arbeitnehmervertreter

Bericht des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2005 hat sich der Aufsichtsrat in sechs Plenums- und insgesamt siebzehn Ausschusssitzungen sowie mittels schriftlicher und mündlicher Berichte des Vorstands ausführlich über die aktuelle Situation der Bank sowie den Konzern betreffende Fragen von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Der Aufsichtsrat hat die Situation der Bank und relevante Fragen diskutiert und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. In zwei eilbedingten Fällen wurden Beschlüsse des Aufsichtsrats im schriftlichen Umlaufverfahren gefasst.

Der Aufsichtsrat hat sich dabei zeitnah und umfassend mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Bankgesellschaft Berlin AG sowie des Konzerns Bankgesellschaft Berlin befasst und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt. Dabei hat er sich vom Vorstand regelmäßig über die beabsichtigte Geschäftspolitik und die Unternehmensplanung, insbesondere die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, informieren lassen, hierüber beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Darüber hinaus wurden in einer Vielzahl von Arbeitsgesprächen zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Vorstands Einzelfragen von wesentlicher Bedeutung erörtert.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Zur Übernahme spezieller Kontrollaufgaben sowie zur generellen Unterstützung der Arbeit des Aufsichtsratsplenums kamen der aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildete Bilanz-, Personal- und Strategiausschuss und der Kreditausschuss im Berichtsjahr in zehn bzw. sieben Sitzungen zusammen.

Der Bilanz-, Personal- und Strategiausschuss behandelte den Vorstand betreffende Personalangelegenheiten, bereitete einzelne Tagesordnungspunkte inhaltlich für die jeweilige Aufsichtsratssitzung vor – darunter auch die intensive Vorberatung und Prüfung des Jahresabschlusses – und vertiefte strategische Fragen und besondere Problemkreise.

Der Kreditausschuss hat sich in seinen sieben Sitzungen über grundsätzliche Fragen der Geschäftspolitik unter dem Gesichtspunkt von Bonitäts-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken beraten. Die Mitglieder des Kreditausschusses ließen sich entsprechend der Geschäftsordnung die nach den Kompetenzregeln zustimmungspflichtigen Kreditengagements zur Genehmigung vorlegen. Des Weiteren wurde regelmäßig über die Zusammensetzung des Kreditportfolios beraten. Im Rahmen der beabsichtigten Zusammenführung der Landesbank Berlin mit der Bankgesellschaft fanden im Geschäftsjahr 2005 die Kreditausschusssitzungen beider Banken gemeinsam statt. Die Geschäftsordnung des Ausschusses wurde im Berichtsjahr fortentwickelt.

Für den gem. § 11 Abs. 3 des zwischen der Bankgesellschaft Berlin und der Landesbank Berlin abgeschlossenen Vertrages über eine Stille Gesellschaft und zur Begründung einer einheitlichen Leitung bestehenden Weisungsausschuss sowie auch für den gem. § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesetzlich zu bildenden Vermittlungsausschuss gab es im Berichtsjahr wie in den Vorjahren keine Veranlassung, zu Sitzungen zusammenzutreten.

Der Aufsichtsrat hat sich regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse berichten lassen.

Schwerpunkte der Aufsichtsrats Tätigkeit

Neben der intensiven Beschäftigung mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Konzerns hat sich der Aufsichtsrat vom Vorstand insbesondere regelmäßig über den Fortgang der Sanierungsbemühungen des Konzerns unterrichten lassen, hierüber diskutiert und den Vorstand beraten. Dies betraf vorrangig die Fortsetzung der konsequenten Umsetzung des Sanierungsplans und des damit verbundenen weiteren Kostenabbaus sowie der Verbesserung der Ertragssituation der Bank.

Die EU-Kommission hat am 18. Februar 2004 Beihilfen zugunsten der Bankgesellschaft Berlin genehmigt. Die Genehmigung umfasst die im August 2001 erfolgte Kapitalzuführung des Landes Berlin, die so genannte Risikoabschirmung des Landes Berlin vom Dezember 2001/April 2002, bestehend aus diversen Garantien, sowie die sog. Neutralisierungsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und der Landesbank Berlin vom Dezember 2002, die im Hinblick auf eine etwaige Rückforderungsentscheidung der EU-Kommission in dem Verfahren über die beihilferechtliche Prüfung der Überführung der damaligen Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin auf die Landesbank Berlin geschlossen worden war.

Sowohl der Aufsichtsrat als auch der Bilanz-, Personal und Strategieausschuss haben sich in ihren Sitzungen über den jeweils aktuellen Stand des Beihilfeverfahrens informieren lassen. Die abschließende Beihilfeentscheidung der EU-Kommission wurde im Aufsichtsrat intensiv diskutiert und zur Kenntnis genommen. Das Plenum hat den Vorstand beauftragt, die aus der EU-Entscheidung resultierenden Maßnahmen in ständiger Abstimmung mit dem Aufsichtsrat fristgerecht umzusetzen.

Die Integration der Retail-Aktivitäten der Berliner Bank in die Landesbank Berlin wurde vom Aufsichtsrat intensiv begleitet. Die Beschlussfassung zum Verkauf des Teilbetriebs Berliner Bank an die Landesbank Berlin erfolgte fristgerecht, so dass die von Vorstand und Aufsichtsrat gewollte Zusammenfassung der Retailgeschäfte bis zum 30. Juni 2003 vollzogen werden konnte. Infolge der Entscheidungen aus Brüssel ist es nunmehr erforderlich, die Berliner Bank spätestens bis zum Jahr 2007 aus dem Konzern respektive der Landesbank Berlin auszugliedern und zu veräußern. Vor diesem Hintergrund hat der Aufsichtsrat den Vorstand beauftragt, mögliche Verkaufsalternativen aufzuzeigen und das Gremium regelmäßig über den aktuellen Stand zu unterrichten.

Bericht des Aufsichtsrats

Im Rahmen der mit dem Land Berlin abgeschlossenen Regelung zur Abschirmung des Konzerns Bankgesellschaft Berlin von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft durch das Land Berlin haben sich die Parteien im Jahre 2003 auf eine Zuständigkeits- und Verfahrensordnung (ZuVO) verständigt, die die Einzelheiten der in der Detailvereinbarung geregelten Zustimmungsvorbehalte und -verfahren im Detail festlegt und für verschiedene Verfahrensfragen Rechtssicherheit schafft. Der Aufsichtsrat hat den Vorgang intensiv begleitet und dem Abschluss der ZuVO zur Detailvereinbarung zugestimmt.

Im Rahmen der Neustrukturierung wurde der Vorstand vom Aufsichtsrat beauftragt, dem Gremium die Planung und Zielerreichung der einzelnen Geschäftsfelder im Konzern vorzustellen. In diesem Zusammenhang wurde der Aufsichtsrat umfassend über die Entwicklung der Geschäftsfelder Private Kunden und Firmenkunden sowie zum Portfolioabbau im Kapitalmarktgeschäft informiert. Gleichzeitig hat sich der Aufsichtsrat über den Fortgang bei der Neuausrichtung der Immobiliendienstleistungsaktivitäten zum Stand der Strukturveränderungen der einzelnen Immobiliendienstleistungsgesellschaften sowie deren Perspektiven unterrichten lassen.

Wie in den vergangenen Jahren befasste sich der Aufsichtsrat regelmäßig mit der Fortentwicklung der Investitionsbank Berlin (IBB). Insbesondere ließ sich das Gremium zum jeweils aktuellen Stand der geplanten Ausgliederung der IBB aus der Landesbank Berlin unterrichten.

Weiterhin hat sich der Aufsichtsrat zu wesentlichen Rechtsstreitigkeiten, für die er gemäß Gesetz oder Geschäftsordnung zuständig ist, mit Hilfe der durch die von ihm beauftragten Anwaltskanzleien erstellten Gutachten über den aktuellen Stand zu einzelnen Verfahren beraten, entsprechende Beschlüsse gefasst und anhand der Ergebnisse weitere Prüfungsaufträge erteilt.

Außerdem hat sich der Aufsichtsrat auch eingehend über die wirtschaftliche Lage von Konzernunternehmen informieren lassen und hierüber beraten.

Neben der Segmentberichterstattung im Konzern stellte der Vorstand dem Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2003 die aktuelle Risikosituation, die Risikostrategie, die Risikofrühkennungssysteme und das Risikocontrolling vor. Ferner unterrichtete der Vorstand den Aufsichtsrat regelmäßig über den Risikovorsorgebedarf sowie die daraus resultierenden Maßnahmen. Ein wesentlicher Berichtspunkt war im Aufsichtsrat darüber hinaus die Liquiditätsslage und die Refinanzierungssituation der Bank und ihrer Tochterunternehmen.

Der Aufsichtsrat hat sich zudem vom Vorstand über den aktuellen Projektstand der für das Geschäftsjahr 2005 geplanten IAS-Einführung informieren lassen.

Im Berichtszeitraum schritt in enger Zusammenarbeit zwischen der Bank und dem Wirtschaftsprüfer der strukturierte Abbau der Monitalisten weiter voran. Über den Abarbeitungsstand der Monita ist in mehreren Sitzungen des Aufsichtsrats berichtet worden.

Außerdem wurde in einer eigenen Sitzung dem Verkauf der Beteiligung an der Allgemeinen Privatkundenbank AG (ALLBANK) nach umfassender Prüfung zugestimmt und damit eine weitere Beteiligung, die nicht zu den künftigen Kerngeschäften zählt, verteuert. Ende des Jahres 2003 stimmte der Aufsichtsrat dem Verkauf der Beteiligung der Bankgesellschaft Berlin AG an der LHI Leasing GmbH von 25 % zu.

Corporate Governance

Zur Corporate Governance des Unternehmens haben Vorstand und Aufsichtsrat für 2003 einen gemeinsamen Bericht erstellt, in dem die Entsprechenserklärung und das Corporate Governance-Verständnis der Bank erläutert werden.

Gemäß Ziffer 5.6 der Neufassung des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) vom 21. Mai 2003 hat der Aufsichtsrat regelmäßig die Effizienz seiner Tätigkeit zu überprüfen; ein entsprechendes Prüfungsverfahren wurde Ende des Jahres eingeleitet.

Prüfung und Billigung des Jahresabschluss 2003

Der vom Vorstand für das Geschäftsjahr 2003 aufgestellte Jahresabschluss mit Lagebericht sowie der Konzernabschluss mit Konzernlagebericht wurden von der PwC Deutsche Revision Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, Zweigniederlassung Berlin, unter Beachtung der mit dem Aufsichtsrat vereinbarten Prüfungsschwerpunkte geprüft. Die Abschlüsse wurden mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehen. Der Jahresabschluss, der Lagebericht, der Bericht des Abschlussprüfers für die AG und den Konzern sowie der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht wurden dem Aufsichtsrat anschließend zur Prüfung vorgelegt.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats informierte sich regelmäßig beim Abschlussprüfer über den Stand der Prüfung.

Die Abschlussprüfer nahmen im Geschäftsjahr 2004 sowohl an den Sitzungen des Kredit- bzw. des Bilanz-, Personal- und Strategieausschusses, in der die Jahresabschlussunterlagen und die Prüfungsergebnisse eingehend geprüft und erörtert wurden, als auch an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil. Die Abschlussprüfer berichteten dabei über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung und beantworteten Fragen der Mitglieder dieser Gremien. Hierbei wurden insbesondere die Auswirkungen der EU-Entscheidung vom 18. Februar 2004 intensiv geprüft und diskutiert.

Bericht des Aufsichtsrats

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung hat der Aufsichtsrat keine Einwendungen erhoben und die vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse der AG und des Konzerns zum 31. Dezember 2003 in seiner Sitzung vom 12. Mai 2004 gebilligt. Der Jahresabschluss gilt damit gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 AktG als festgestellt.

Der Aufsichtsrat hat außerdem eine Prüfung des Berichts des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2003 vorgenommen. Diese und auch die Prüfung durch den Abschlussprüfer haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben.

Der Bericht des Abschlussprüfers hierzu enthält folgenden Bestätigungsvermerk:

Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfungen erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2003.

Personalien

In der Zusammensetzung des Vorstands und des Aufsichtsrats haben sich folgende personelle Veränderungen ergeben:

Wie im Aufsichtsratsbericht 2002 bereits dargelegt, wurde Herr Uwe Kruschinski mit Wirkung vom 10. März 2003 zum ordentlichen Mitglied des Vorstands der Bank bestellt; er ist für das Kreditgeschäft (Marktfolgebereich) im Konzern verantwortlich.

Zum 31. März 2003 ist Herr Hubert Piel auf eigenen Wunsch und im gemeinsamen Einvernehmen aus dem Konzern ausgeschieden.

Im Zuge der Integration der Berliner Bank in die Landesbank Berlin hat Herr Dr. Johannes Evers sein Vorstandsmandat bei der Bankgesellschaft Berlin AG zum 30. November 2003 niedergelegt. Herr Dr. Evers ist weiterhin Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin.

Zudem hat der Aufsichtsrat sich mit Herrn Norbert Pawlowski im gemeinsamen Einvernehmen darauf geeinigt, dass seine Bestellung vereinbarungsgemäß zum 30. Juni 2004 endet.

Herr Harald Wolf, Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, ist am 8. Juli 2003 vom Land Berlin gemäß § 8 der Satzung der Bankgesellschaft für den bereits am 27. März 2003 ausgeschiedenen Herrn Peter Strieder, Senator für Stadtentwicklung des Landes Berlin a. D., in den Aufsichtsrat der Bank entsandt worden.

Nachdem das Mandat von Frau Carmen Hempel wegen des Verkaufs der ALLBANK am 31. August 2003 erloschen ist, ist Frau Claudia Fieber als gewähltes Ersatzmitglied der Arbeitnehmervertreter am 1. September 2003 in den Aufsichtsrat der Bankgesellschaft nachgerückt.

Mit Beendigung der Aufsichtsratssitzung am 4. September 2003 legte Herr Ernst-Otto Sandvoß sein Mandat als Aufsichtsratsvorsitzender nieder. Herr Sandvoß gehörte dem Aufsichtsrat der Bank seit Juli 2001 an und führte das Gremium seit dem 14. Februar 2002 mit hohem persönlichen Einsatz in einer für die Bank besonders schwierigen Zeit. Dafür spricht ihm der Aufsichtsrat seinen herzlichen Dank aus. Die Mitglieder des Gremiums wünschen ihm für die Zukunft alles Gute und persönliches Wohlergehen.

An seiner Stelle ist Herr Dr. h. c. Klaus G. Adam gerichtlich in den Aufsichtsrat der Bank bestellt worden. Die Amtszeit von Herrn Dr. h. c. Adam begann am 9. September 2003. Der Aufsichtsrat hat Herrn Dr. h. c. Adam am 26. September 2003 zum Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt.

Der Aufsichtsrat dankt den ausgeschiedenen Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern für die Begleitung der Bank in der außerordentlich schwierigen Zeit, für den eingebrachten Sachverstand und für die stets faire und konstruktive Zusammenarbeit in den Gremien.

Der Dank des Aufsichtsrats gilt ebenso den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konzerns für das im zurückliegenden Jahr gezeigte hohe Engagement und für die im Interesse einer erfolgreichen Restrukturierung des Konzerns und für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank erbrachten persönlichen Beiträge.

Berlin, im Mai 2004

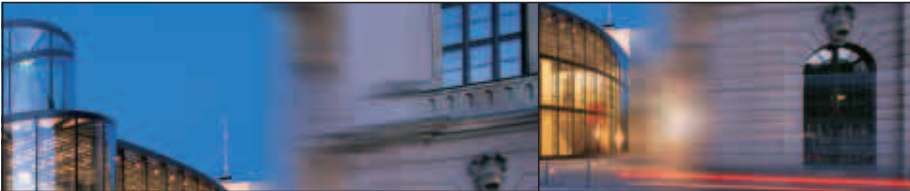
Der Aufsichtsrat

Dr. h. c. Klaus G. Adam
Vorsitzender

Effizienz

Die Bankgesellschaft verringert
ihre Komplexität





Seit Beginn der Sanierung im Jahr 2001 haben wir die Konzernstruktur radikal vereinfacht und verschlankt. Auf diese Weise lassen sich Prozesse besser steuern, Kosten sparen und die Kapazitäten für die Betreuung unserer Kunden erhöhen. Der Konzern ist jetzt in seiner Gesamtheit transparenter und effizienter. So haben wir die Anzahl der Bereiche in der Bankgesellschaft Berlin und der Landesbank Berlin nahezu halbiert.

Aus unseren Geschäftsfeldern

Segmentberichterstattung und Performance der Strategischen Geschäftsfelder

Spürbare Sanierungserfolge kennzeichneten die Entwicklung der Geschäftsfelder des Konzerns Bankgesellschaft Berlin im Jahr 2003.

Die Übertragung des unter der Marke Berliner Bank geführten Retail-Geschäfts auf die Landesbank Berlin und die weitere Angleichung von Richtlinien und Prozessen gewährleisten die einheitliche Führung der Strategischen Geschäftsfelder und der weiteren Segmente. Die Leitung der Geschäftsfelder trägt die direkte Ergebnisverantwortung für die ihr zugeordneten Konzernunternehmen und Marktsegmente.

Die Segmentberichterstattung bleibt gegenüber dem Vorjahr hinsichtlich Gliederung und Methodik unverändert. Wir berichten über folgende Segmente:

Strategische Geschäftsfelder

- Private Kunden
- Firmenkunden
- Kapitalmarktgeschäft
- Immobilienfinanzierung

Weitere Segmente

- Immobilienleistungen
- Corporate Investments
- Forderungsgeschäft
- Sonstiges/Konsolidierung

Die Strategischen Geschäftsfelder und Segmente werden anhand folgender Erfolgskennziffern gesteuert:

- Betriebsergebnis nach Risikovorsorge
- Ergebnis vor Steuern
- Eigenkapitalrentabilität
- Cost-Income-Ratio

Geschäftsfelder verbessern Ergebnisse

Trotz der strategiekonformen Verringerung der Konzern-Bilanzsumme um rund 22 Mrd. € und der Konzern-Risikopositionen um rund 15 Mrd. € konnten nahezu alle Geschäftsfelder im Berichtsjahr ihre Ergebnisse verbessern. Die Ergebnisbelastungen aus der Aussteuerung nicht mehr strategiekonformer Aktivitäten, insbesondere im Kapitalmarktgeschäft, aber auch im Beteiligungsportfolio konnten eng begrenzt werden. Bei nahezu stabilen Bruttoerträgen, weiter sinkenden Verwaltungsaufwendungen und erneut reduzierten Risikokosten konnte der Turn-around erreicht werden.

Geschäftsfeld Private Kunden

Im Geschäftsfeld Private Kunden wurde die Restrukturierung des Vertriebsnetzes weitgehend abgeschlossen. Nach dem Übergang der Berliner Bank in die Landesbank Berlin zur Jahresmitte wird dieses Geschäft im Konzern nur noch aus der Landesbank Berlin heraus betrieben. Dabei erfolgt der Marktauftritt weiterhin getrennt als Berliner Sparkasse und Berliner Bank. Trotz weiterhin spürbarer Zurückhaltung der Kunden im Wertpapiergeschäft konnte das Provisionsergebnis um 7 Mio. € verbessert werden. Diese Entwicklungglich die margen- und volumenbedingte Reduzierung des Zinsergebnisses nur zum Teil aus. Die Anzahl der Vollzeitbeschäftigte wurde nochmals um 464 abgebaut; insgesamt sank der Verwaltungsaufwand um 86 Mio. €. Da gleichzeitig auch die Risikovorsorge im Kreditgeschäft geringer ausfiel, konnte das Geschäftsfeld nach zwei Verlustjahren (in dieser Struktur) wieder ein positives Ergebnis vor Steuern von 75 Mio. € erreichen. Die Eigenkapitalrentabilität betrug 27,4%, die Cost-Income-Ratio wurde um 7,5 Prozent-Punkte auf 82,4 % verbessert.

Geschäftsfeld Firmenkunden

Auch das Geschäftsfeld Firmenkunden wird nach dem Übergang der Berliner Bank in die Landesbank Berlin nur noch von dort aus betrieben. Der Marktauftritt erfolgt auch hier analog zum Geschäftsfeld Private Kunden mit der Mehr-Marken-Strategie. Der

Effizienzvorteil aus dieser Zusammenlegung wird insbesondere in den Kreditbereichen sichtbar werden. Als Folge der Aussteuerung des nicht mehr strategiekonformen Geschäfts (Finanzierung der öffentlichen Hand und überregionale Aktivitäten) sank das Segmentvermögen um rund 7,7 Mrd. € auf 9,5 Mrd. €. Trotz dieser Maßnahmen konnten die Bruttoerträge leicht gesteigert werden. Bei reduzierten Verwaltungsaufwendungen und geringeren Risikokosten sowie aufgrund von Einmaleffekten aus einem Beteiligungsverkauf stieg nach einem knapp ausgeglichenen Vorjahresergebnis für das Jahr 2005 das Ergebnis vor Steuern auf 70 Mio. €. Die Eigenkapitalrentabilität betrug 21,0%, die Cost-Income-Ratio sank um 10,7 Prozent-Punkte auf 58,6%.

Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft

Im Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft zeigt sich die strategische Neupositionierung des Konzerns am stärksten. Das Segmentvermögen wurde um 11 Mrd. €, die Risikopositionen entsprechend um rund 7 Mrd. € und die Segmentverbindlichkeiten sogar um 40 Mrd. € reduziert. Die langfristigen Refinanzierungsgeschäfte (Emissionstätigkeit) der Gesamtbank werden bei der Landesbank Berlin nicht mehr dem Kapitalmarktgeschäft, sondern dem Zinsmanagement zugerechnet. Insbesondere darum

Segmentberichterstattung und Performance der Strategischen Geschäftsfelder

reduzierte sich das Zinsergebnis um 142 Mio. €. Ferner entfielen planmäßig rund 29 Mio. € des Rückgangs auf das abgebaute Geschäft in Corporate Banking und Structured Finance. Trotz der genannten Neuordnungen wurde ein Ergebnis vor Steuern von 165 Mio. € erzielt. Die Eigenkapitalrentabilität betrug 11,2% (Vorjahr: 14,2%), die Cost-Income-Ratio 46,6%.

Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung

Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung war im Berichtsjahr vom Wiederaufbau der Vertriebsaktivitäten geprägt. Das Volumen des Neugeschäfts war mit 815 Mio. € für den Anlauf zwar erfreulich, reichte jedoch noch nicht aus, um den Rückgang des Bestands durch planmäßige und außerplanmäßige Tilgung auszugleichen. Die Prolongationsquote lag mit rund 90% erfreulicherweise deutlich über Plan. Insbesondere die spürbar verringerte Risikovorsorge trug zu einer deutlichen Verbesserung der Ergebnisse bei. Beim Ergebnis vor Steuern konnte der Verlust des Vorjahres von 119 Mio. € auf 56 Mio. € reduziert werden. Die Eigenkapitalrentabilität war negativ. Die Cost-Income-Ratio lag bei 58,5% (Vorjahr: 55,1%).

Segment Immobiliendienstleistungen

Das Segment Immobiliendienstleistungen akquirierte im Berichtsjahr strategiegemäß kein Neugeschäft. Die Restrukturierung und Redimensionierung wurden fortgesetzt, die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten um weitere 155 auf 902 reduziert. Die Zusammenarbeit mit dem Land Berlin im Kontext der vom Land gewählten Risikoabschirmung stand im Vordergrund der Aktivitäten. Der Verlust vor Steuern konnte auf 2 Mio. € (Vorjahr: 62 Mio. €) verringert werden. Die Eigenkapitalrentabilität war negativ.

Segment Corporate Investments

Das Segment Corporate Investments besteht zum Jahresende 2005 nur noch aus der Weberbank Privatbankiers KGaA und der Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A., die weitgehend kein operatives Geschäft mehr führt. Die Zivnostenská banka a.s. (im Konzern- und Segmentergebnis 2005 nicht mehr enthalten) und die Allgemeine Privatkundenbank AG ALLBANK (im Konzern- und Segmentergebnis bis August 2005 enthalten) wurden im Berichtsjahr verkauft. Dadurch erklärt sich im Wesentlichen der Rückgang der Segmentvolumina und Personalkapazitäten. Das Ergebnis vor Steuern betrug 43 Mio. € (Vorjahr: 22 Mio. €). Die Ergebnisverbesserung ergab sich nahezu vollständig durch die ALLBANK. Die Eigenkapitalrentabilität betrug 21,2%.

Segment F rdergesch äft

Das Segment F rdergesch äft der Investitionsbank Berlin weist 12 Mio. € Ergebnis vor Steuern aus. Die Eigenkapitalrentabilit ät betrug 3,2%, die Cost-Income-Ratio 56,6%. Zur St rkung der Kernkapitalquote des k nftig selbstst ndigen Instituts wurde die Reserve nach § 340f HGB in H he von 176 Mio. € aufgel st und die Reserve nach § 340g HGB (Fonds f r allgemeine Bankrisiken) mit 202 Mio. € dotiert. Die in diesem Segment abgebildete Investitionsbank Berlin hat im Berichtsjahr die wesentlichen Vorbereitungen getroffen, um bis sp testens zum 1. Januar 2005 die berf hrung des Instituts in die Selbstst ndigkeit als F rderbank des Landes Berlin zu erm glichen. Aus diesem Grund wurden dort unter anderem wieder eigenst ndige Stabseinheiten eingerichtet.

Segmentberichterstattung

Anteilige Ergebnisse der Strategischen Geschäftsfelder im Konzern

in Mio. t	Private Kunden		Firmenkunden		Kapitalmarktgeschäft		Immobilienfinanzierung	
	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002
Zinsüberschuss	466	501	183	176	406	548	278	281
Provisionsüberschuss	231	224	38	36	7	20	-3	9
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften					4	-24		
Saldo der sonstigen Erträge/Aufwendungen		9	6		34	26	-10	-8
Summe Erträge	697	734	227	212	451	570	265	282
Personalaufwand	207	231	65	79	73	83	49	55
Andere Verwaltungsaufwendungen	359	421	67	67	127	138	51	42
Normalabschreibungen	8	8	1	1	10	2	2	2
Verwaltungsaufwand	574	660	133	147	210	223	102	99
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	123	74	94	65	241	347	163	183
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	46	93	18	52	91	97	208	289
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve					-14	16		
Veränderung der § 340f HGB-Reserve								
Risikovorsorge	46	93	18	52	77	113	208	289
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	77	-19	76	13	164	234	-45	-106
Ergebnis aus Finanzanlagen		-5	3	-6		-3	3	
Saldo der übrigen Positionen	-2		-9	-6	-1		-14	-13
Ergebnis vor Steuern	75	-24	70	1	163	231	-56	-119
Segmentvermögen	5.853	6.058	9.293	16.974	51.488	62.017	26.077	28.820
Segmentverbindlichkeiten	14.082	14.630	4.279	3.854	51.453	91.933	1.242	1.846
Risikopositionen	4.638	5.365	5.751	6.420	20.937	27.705	13.259	12.925
Bilanzielles Eigenkapital (Durchschnitt)	274	266	334	347	1.455	1.622	731	685
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)	3.516	3.980	944	1.131	508	609	667	652
Eigenkapitalrentabilität	27,4 %	-9,0 %	21,0 %	0,3 %	11,2 %	14,2 %	-7,7 %	-17,4 %
Cost-Income-Ratio	82,4 %	89,9 %	58,6 %	69,3 %	46,6 %	39,1 %	38,5 %	35,1 %

¹⁾ IBAG, IBG und LPFV: Die anderen Verwaltungsaufwendungen und die Normalabschreibungen werden in den sonstigen Aufwendungen bzw. im Saldo der sonstigen Erträge und Aufwendungen ausgewiesen.

²⁾ 31.12.2002 inklusive Zivnostenská banka

Immobilien- dienstleistungen ¹⁾		Corporate Investments ²⁾		Fördergeschäft		Sonstiges/ Konsolidierung		KONZERN ohne Effekte der EU-Entscheidung		Effekte der EU-Entscheidung		KONZERN	
2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002
19	-14	151	220	157	160	4	-166	1.664	1.706			1.664	1.706
		16	29	26	27	-1	-3	314	342			314	342
		2	7			6	-7	12	-24			12	-24
34	19	19	6	-10		-115	-47	-42	5	-23		-65	5
53	5	188	262	173	187	-106	-223	1.948	2.029	-23		1.925	2.029
63	62	57	91	55	53	175	199	744	853			744	853
		44	81	28	34	-133	-193	543	590			543	590
		6	16	15	16	50	58	92	103			92	103
63	62	107	188	98	103	92	64	1.379	1.546			1.379	1.546
-10	-57	81	74	75	84	-198	-287	569	483	-23		546	483
		22	41	9	39	15	6	409	617			409	617
		9	2	-2	-4	-51	-100	-58	-86			-58	-86
		1	1	-176	-26	-1		-176	-25			-176	-25
		32	44	-169	9	-37	-94	175	506			175	506
-10	-57	49	30	244	75	-161	-193	394	-23	-23		371	-23
-3	-1	-2	-1	-19	-66	-58	-367	-76	-449	-15		-91	-449
11	-4	-4	-7	-213	-8	-72	-106	-304	-144	-302		-606	-144
-2	-62	43	22	12	1	-291	-666	14	-616	-340		-326	-616
2.326	2.219	4.534	9.550	19.197	19.513	34.518	29.653	153.286	174.804			153.286	174.804
2.326	2.219	4.534	9.550	19.197	19.513	56.173	31.259	153.286	174.804			153.286	174.804
		2.405	5.639	4.127	4.392	6.326	8.378	57.443	70.824			57.443	70.824
158	462	203	286	372	414	379	331	3.907	4.413			3.907	4.413
902	1.057	312	1.932	747	751	2.536	2.863	10.132	12.975			10.132	12.975
-1,3%	-13,4%	21,2%	7,7%	3,2%	0,2%			0,3%	-14,0%			-8,4%	-14,0%
		56,9%	71,8%	56,6%	55,1%			70,8%	76,2%			71,6%	76,2%

Private Kunden

Die Bankgesellschaft Berlin ist mit der Landesbank Berlin und deren Marken Berliner Sparkasse und Berliner Bank regionale Marktführerin im Geschäft mit Finanzdienstleistungen für private Kunden. Über die PrivatkundenCenter bieten wir umfassende Leistungen für die finanziellen Bedürfnisse unserer Kunden. Dazu gehören Angebote zur Altersvorsorge, zum Vermögensmanagement, zur Konsum- und Immobilienfinanzierung sowie zum Zahlungsverkehr und Liquiditätsmanagement. Neben einem breiten Leistungsspektrum für unsere Universalkunden konzentrieren sich die BeratungsCenter Private Kunden der Berliner Bank und VermögensanlageCenter der Berliner Sparkasse auf die besonderen Ansprüche von vermögenden Kunden. Im Private Banking werden unsere hochvermögenden Kunden individuell und ganzheitlich betreut.

Zur Mitte des Jahres 2005 wurden die Retail-Aktivitäten der Berliner Bank in die Landesbank Berlin überführt, um weitere Synergien zu realisieren. Die begonnenen Kostensenkungsmaßnahmen setzten wir während des gesamten Jahres konsequent fort. Gleichzeitig legte das Geschäftsfeld das Augenmerk zunehmend auf die Stärkung der Ertragskraft.

Einlagenvolumen leicht vermindert

Das Einlagenvolumen der privaten Kunden hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht vermindert. Dem Rückgang bei den Spar- und Termineinlagen steht ein Volumenzuwachs bei den höherverzinslichen Sichteinlagen gegenüber. In diesem Bereich wächst die Nachfrage unserer Kunden aufgrund des niedrigen Zinsniveaus weiterhin stark.

Insgesamt entwickelte sich das Einlagenvolumen konform zum Berliner Markt, auf dem seit zwei Jahren ein Rückgang der Ersparnisse privater Haushalte zu verzeichnen ist.

Wertpapiergeschäft entwickelt sich planmäßig

Das Wertpapiergeschäft hat sich planmäßig entwickelt. Im abgelaufenen Jahr war dabei eine erfreuliche Verbesserung bei den durchschnittlichen Ordervolumina zu verzeichnen. Erstmals seit dem Jahr 2000 war der Beginn eines zurückkehrenden Vertrauens in eine positive Börsenentwicklung spürbar. Dennoch hatten weiterhin innovative Fondskonzepte (Kaskofonds) sowie Strukturierte Produkte (SOFIA-System) entscheidenden Anteil am Wertpapiergeschäft. Diese speziell auf die Kundenbedürfnisse in unsicheren Börsenphasen zugeschnittenen Produkte trafen auf eine hohe Nachfrage. So war beispielsweise der E.I. Capital-Welt-Kasko 100 Plus-Zins im Juni vergangenen Jahres bereits vor Zeichnungsende ausverkauft.

In der Depotverwaltung für Private Kunden befanden sich Ende 2005 einschließlich der Fondsanteile insgesamt Wertpapiere mit einem Volumen von rund 7,8 Mrd. €.

PRIVATE KUNDEN KREDITE

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Tages- und Termingelder	107	225
Kontokorrentkredite	952	657
Geldmarktnahe Kredite	183	180
Immobilienkredite	3.396	3.664
Andere Kredite (z. B. Konsumentenkredite)	1.126	1.240
Summe Forderungen an Kunden	5.764	5.966

PRIVATE KUNDEN EINLAGEN

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Sichteinlagen	5.641	5.526
Tagesgelder	52	68
Termineinlagen	704	997
Spareinlagen	7.638	7.983
Sparbriefe und ähnliches	44	56
Summe Kundeneinlagen	14.079	14.630

Aktivgeschäft durch Aussteuerungen leicht rückläufig

Die Forderungen gegenüber Kunden sind im Jahr 2003 inklusive der Übernahme eines Kreditportfolios der ALLBANK leicht gesunken. Bei den Konsumentenkrediten konnte erfreulicherweise eine Steigerung von 2,7% erreicht werden, die insgesamt jedoch durch das Auslaufen von überregionalen, nicht strategischen Geschäftsbeteiligungen verlagert wird.

Die privaten Immobilienfinanzierungen waren 2003 erneut leicht rückläufig und blieben deutlich hinter der Planung zurück. Der Ausbau der Immobilienfinanzierung bleibt eines der Ziele im Geschäft mit privaten Kunden. In der Berliner Sparkasse ist hierzu im zweiten Halbjahr 2003 die Beratungskompetenz zu privaten Baufinanzierungen in drei ImmobilienCentern gebündelt worden.

Konzern bleibt einer der größten Kreditkartenemittenten

Der Konzern Bankgesellschaft Berlin hatte im Berichtszeitraum einen Bestand von 1,5 Mio. herausgegebener Kreditkarten. Wir sind damit einer der größten Kreditkartenemittenten in Deutschland.

Weiterhin hohen Zulauf haben die Bonusprogramme für Kreditkartenumsätze in Kooperation mit der webmiles GmbH in München. Die Zahl der Teilnehmer hat sich auf über 300.000 erhöht. Mit dem Bonusprogramm wurden insbesondere die umsatzstärksten Karteninhaber an den Konzern gebunden.

Private Kunden

Versicherungsvermittlungen haben sich sehr positiv entwickelt

Das Geschäft mit Versicherungen unseres Kooperationspartners Gothaer Versicherungen war einer der vertrieblichen Schwerpunkte im Jahr 2005. Es hat sich sehr positiv und besser als geplant entwickelt. Der Hauptgeschäftsanteil lag erneut bei den Rentenversicherungen.

Der prozentuale Anteil fondsgebundener Versicherungsprodukte hat aufgrund der Borsenentwicklung der vergangenen Jahre im Neugeschäft weiter abgenommen und erreicht nur noch rund 8% des Gesamtergebnisses.

Stationärer Vertrieb im Großraum Berlin weiter gestärkt

Auch nach der Überführung der Retail-Aktivitäten der Berliner Bank in die Landesbank Berlin wird das Geschäft mit Privatkunden unter den getrennten Marken Berliner Bank und Berliner Sparkasse gefördert. Die Konzentration auf die Region Berlin ist mit dem Verkauf der ALLBANK im Herbst 2005 weiter vorangeschritten.

Die geplanten Kostensenkungsmaßnahmen im Vertrieb wurden erfolgreich umgesetzt. Die Straffung des Vertriebsnetzes konnte im Jahr 2005 mit der Zusammenlegung von weiteren vier Standorten abgeschlossen werden, ebenso die flächendeckende Installation von Selbstbedienungs(SB)-Kassenautomaten in den PrivatkundenCentern. Der Ablauf von Kassentransaktionen über die Automaten verlief reibungslos und hat unsere Erwartungen bereits kurzfristig voll erfüllt. Die Kundenbasis verringerte sich sanierungsbedingt noch einmal leicht.

Mit dem neuen Kundenbetreuungsprogramm steht den Beratern in den Vertriebsstellen eine zeitgemäße Beratungsunterstützung für die Vermögensstrukturierung und die Altersvorsorgeplanung zur Verfügung.

Elektronische Vertriebswege erweitert

Die Zahl der Internet-Nutzer bei Berliner Bank und Berliner Sparkasse stieg im Geschäftsjahr 2005 um 20% auf rund 435.000. Parallel legte die Zahl der Besuche der Websites ebenfalls um 20% zu. Durch technische Verbesserungen konnten die Zugriffszeiten auf unsere Webseiten deutlich beschleunigt werden.

Der Service für unsere Kunden wurde 2005 um ein leistungsfähigeres Kursinformationssystem, Online-Abschlüsse für Bausparverträge und Sortenbestellungen sowie um zusätzliche Berechnungsmodule und Musterrechnungen erweitert. Über unseren neuen Internet-Shop sind insbesondere Leistungen für das Homebanking bequem von zu Hause aus zu bestellen.

Perspektiven

Für das Jahr 2004 stehen Maßnahmen zur weiteren Stärkung der Ertragskraft im Vordergrund. Hierzu werden die internen Steuerungs- und Anreizsysteme überpruft und an Erfordernisse moderner Dienstleistungsvertriebe angepasst.

Zur weiteren Kostensenkung steht überdies das letzte Viertel des laufenden Maßnahmenprogramms zur Umsetzung an. Unter anderem wird es darum gehen, den Vertrieb im Mengengeschäft mit schlanken Fertigungsprozessen und intelligenten Beratungshilfen effizienter zu gestalten.

Im Februar 2004 startete das neue Online-Banking, in dem Banking und Brokerage nunmehr zusammengeführt sind. Der Vorteil für die Kunden liegt darin, dass alle relevanten Informationen zu ihren Konten in Form eines Finanzstatus übersichtlich angezeigt werden.

Firmenkunden

Im Firmenkundengeschäft hat die Bankgesellschaft Berlin ihre Marktstellung auch im schwierigen Geschäftsjahr 2003 behauptet. Die Landesbank Berlin/Berliner Sparkasse und die Berliner Bank betreuen im Firmenkundengeschäft weiterhin rund 80.000 Kunden in Berlin-Brandenburg. Im Rahmen der Sanierung wurden die Kosten weiter gesenkt. Hinzu kamen Maßnahmen zur Steigerung der Qualität und zur Optimierung der Prozesse. Diese Maßnahmen zeigten im Geschäftsjahr 2003 Wirkung und führten dazu, dass das Firmenkundengeschäft seine Ertragssituation gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessern konnte.

Fokus auf den regionalen Markt

Auch im Geschäftsjahr 2003 wurde die konsequente Fokussierung des Firmenkundengeschäfts auf den Kernmarkt Berlin-Brandenburg durch die weitere Aussteuerung der Teilportfolios aus dem überregionalen Geschäft fortgesetzt. Zudem konnten beratungsintensive Spezialgeschäfte und nicht strategiekonforme Teilportfolios, wie etwa das überregionale Geschäft mit der öffentlichen Hand, reduziert werden. Hinzu kommt die Übertragung des deckungsstockfähigen Geschäfts mit der öffentlichen Hand an das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft. Diese Maßnahmen führten zu einer geplanten Reduzierung der Risikoaktiva im Firmenkundengeschäft um rund 8% und zu dem insgesamt deutlichen Rückgang des Aktiv-Volumens. Unsere Kundenbasis verringerte sich im gleichen Zeitraum gegenüber dem Vorjahr leicht. Dies ist vor allem auf den geplanten Abbau defizitärer Kundenverbindungen zurückzuführen.

Weiterhin wurde der Schwerpunkt im Firmenkundengeschäft in der Kernregion Berlin-Brandenburg auf die Betreuung von Gewerbekunden sowie von kleinen und mittleren Firmenkunden gesetzt. Dem besonderen Nachfrageprofil dieser Kundengruppe nach Finanzierungs- und Anlageprodukten entspricht das Angebot der Landesbank Berlin/Berliner Sparkasse und Berliner Bank. Gleichzeitig binden wir unsere Kapazitäten für große Firmenkunden der Region markenspezifisch in besonderen Direktionen. Alle Marken befinden sich mit der Überleitung der Berliner Bank seit dem 1. Juli 2003 im Rechtsmantel der Landesbank Berlin. Durch die enge Begleitung der Kunden der Berliner Bank gelang es, die Überleitung mit sehr geringen Kundenverlusten durchzuführen. Mit dieser Übertragung haben wir auch im Back-Office weitere Funktionen zusammenlegen können.

FIRMENKUNDEN KREDITE

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Tages- und Termingelder	327	922
Kontokorrentkredite	492	577
Geldmarktnahe Kredite	0	0
Immobilienkredite	1.696	1.721
Andere Kredite	6.333	12.666
Summe Forderungen an Kunden	8.848	15.896
Forderungen an Banken ab 1 Jahr	48	748
Summe	8.896	16.644

FIRMENKUNDEN EINLAGEN

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Sichteinlagen	2.370	1.914
Tagesgelder	91	141
Termineinlagen	456	650
Spareinlagen	334	180
Sparbriefe und ähnliches	1	1
Summe Kundeneinlagen	3.252	2.906
Forderungen an Banken ab 1 Jahr	642	948
Summe	3.894	3.854

Die im Vorjahr zusammengeführten Kompetenzzentren im Firmenkundengeschäft (Ausland, Leasing & Factoring, Gründungen und Unternehmensnachfolge sowie Electronic Banking) zeigten im Jahr 2003 eine erfreuliche Entwicklung. Mit ihrem speziellen Fachwissen und ihren Betreuungskapazitäten stehen sie den Marken zur Verfügung.

Risikokosten gesenkt

Die unverändert schwache Wirtschaftsentwicklung im Kernmarkt der Bankgesellschaft führte im Jahr 2003 zu einer weiteren Zunahme der Insolvenzen. An das Risikomanagement und die Kreditvergabe im Firmenkundengeschäft wurden wie in den Vorjahren besondere Anforderungen gestellt. Durch die Ver-

ringerung des Kreditbestands konnten die Risikokosten im Firmenkundengeschäft der Bankgesellschaft Berlin reduziert werden. Damit greifen die in den Vorjahren eingeleiteten Maßnahmen der Sanierung.

Auch im Kreditgeschäft wurde an verbesserten Prozessen gearbeitet, um die Risikopolitik und das risikopolitische Instrumentarium zu optimieren. So haben wir die Standardkreditprozesse neu adjustiert und verschlankt. Dies führt zugleich zu einer Verbesserung der Dienstleistungsqualität für die Kunden, zum Beispiel im Hinblick auf verkürzte Durchlaufzeiten bei der Kreditvergabe.

Firmenkunden

Positive Entwicklung der Zins- und Provisionserträge durch optimierte Marktbearbeitung

Im Geschäftsjahr 2003 wurden nach den in den Vorjahren erreichten Kostensenkungen nunmehr Maßnahmen zur Ertragssteigerung umgesetzt, die zu einer Stärkung der Zins- und Provisionserträge führten.

Die Akquisition von weiteren Einlagen führte zu einem Ausbau der Zinserträge. Auch auf der Aktivseite wurde durch eine risikoadjustierte Preisgestaltung im Kreditgeschäft die künftige Basis der Zinserträge gestärkt. Diese Politik wird in den kommenden Jahren fortgesetzt werden.

Im Provisionsgeschäft führte vor allem das im Dezember des Vorjahres eingeführte neue aufwandsorientierte Preismodell für Geschäftsgirokonten zu einer Festigung der Zahlungsverkehrserträge.

Zur verbesserten Steuerung der Vertriebsaktivitäten greifen wir unverändert auf das im Firmenkundengeschäft implementierte Customer-Relationship-Management-System (CRM) zurück, das wir im Jahr 2003 auch den Mitarbeitern in den Kompetenzzentren zur Verfügung gestellt haben. Das CRM ist ein Kundenbetreuungssystem zur effizienten Gestaltung der Kundenbeziehungen als Steuerungsinstrument und als Instrument zur Vertriebsunter-

stützung. Zukünftig werden wir dieses System in modifizierter Form auch im Gewerbekundengeschäft zum Einsatz bringen. Im Jahr 2003 wurden zudem die Instrumente zur Vertriebssteuerung im Firmenkundengeschäft weiterentwickelt und in entsprechenden Regelprozessen hinterlegt.

Für 2003 gelang dem Firmenkundengeschäft eine Verbreiterung und Vertiefung der Kundenbeziehungen. Somit wurden die bestehenden Marktpotenziale in der Kernregion noch besser erschlossen und die Ertragsbasis sukzessive gestärkt. Besonderen Wert legen wir dabei auf den Ausbau des Provisionsgeschäfts.

Weitere Restrukturierungsmaßnahmen umgesetzt

Wie in den Vorjahren haben wir auch im Geschäftsjahr 2003 weitere Maßnahmen zur Kostenreduzierung umgesetzt. Diese bezogen sich vor allem auf Prozessreduzierungen und -verschlinkungen sowie Standortkonzentrationen im Gewerbekundengeschäft. Nachdem die Maßnahmen zur Senkung der Kosten im Geschäftsfeld Firmenkunden nunmehr greifen und die Kostensituation substantiell verbessert wurde, haben wir den Fokus der Restrukturierung im Geschäftsjahr 2003 zunehmend auf Ertragssteigerungsmaßnahmen gelegt. Die Wirkung der Kostensenkungsmaßnahmen werden wir laufend prüfen, um bei Bedarf eine frühzeitige Adjustierung vornehmen zu können.

Das dem Geschäftsfeld Firmenkunden zugeordnete Beteiligungsportfolio wurde, entsprechend der strategischen Ausrichtung, durch den Verkauf von Beteiligungen weiter reduziert. Außerdem wurden zusätzliche Maßnahmen ergriffen, um die Risiken aus dem Beteiligungsportfolio für das Geschäftsfeld zu begrenzen.

Perspektiven

Für das Jahr 2004 wird im Firmenkundengeschäft die weitere Umsetzung eines Multikanalangebots vorangetrieben. Neben dem stationären Vertrieb, den Firmenkundenbetreuern und dem Internet-Angebot der Marken Landesbank Berlin/Berliner Sparkasse und Berliner Bank werden wir auch die Einsatzmöglichkeiten eines Call-Centers für Firmenkunden prüfen.

Im Rahmen unserer mittelfristigen Planung werden wir weitere Ertragssteigerungsmaßnahmen umsetzen, um die Ertragsbasis des Firmenkundengeschäfts nachhaltig zu stärken. Die bisherige Kreditpolitik wird unverändert fortgeführt. Zudem werden wir die Vertriebssteuerungssystematik weiter in Richtung eines wertorientierten Steuerungsansatzes entwickeln.

Kapitalmarktgesch äft

Das Gesch äftsfeld Kapitalmarktgesch äft hat im vergangenen Gesch äftsjahr mit einem Gewinn vor Steuern von 165 Mio. € wiederum ein gutes Ergebnis erzielt und einen erheblichen Beitrag f r den Konzern geleistet. Die strategische Neufokussierung auf das Kundengesch äft u ert sich bereits in einer deutlichen Erh hung der Ergebnisbeitr ge dieser Bereiche. Auch im Gesch äftsjahr 2005 wurden die Restrukturierungsma ßnahmen im Kapitalmarktgesch äft plangem vorangetrieben. Damit verbunden waren weitere Personaleinsparungen ebenso wie die Optimierung von Strukturen und Prozessen, u. a. in den ausl ndischen Niederlassungen.

Im R ckgang der Kreditvolumina zeigt sich der z gige Abbau der Best nde in den Bereichen Corporate Banking und Structured Finance. Der starke R ckgang der Einlagen resultiert im Wesentlichen aus der Neuuzuordnung von bisher im Kapitalmarktgesch äft ausgewiesenen Best nden zum Zinsmanagement der LBB.

Bereich Debt Finance restrukturiert

Die Aktivit ten des Bereichs Debt Finance wurden als Folge der Neuausrichtung des Kapitalmarktgesch äfts restrukturiert und in anderen Bereichen des Gesch äftsfelds angesiedelt. Debt Finance wird nicht mehr als eigener Bereich gef hrt.

Erfolgreiche Eigenhandelsaktivit ten in Berlin und London

Der Eigenhandel hat erfolgreich seine produkt bergreifenden, risikobegrenzten Handelsstrategien eingesetzt und damit wie in den Vorjahren ein gutes Ergebnis erzielt. Die neu in den Eigenhandel integrierten Aktivit ten im Zinsbereich haben verst rkt zu diesem Ergebnis beigetragen; der Eigenhandel am Standort London hat einen erheblichen Beitrag zum Gesamterfolg geliefert.

Equities profiliert sich als Handelspartner und Produktlieferant

Der Bereich Equities hat sich weiter als erfolgreicher Anbieter von Handelsfazilit ten und Produktl sungen profiliert. Zielgruppe f r die strukturierten Produkte war unver ndert die Retail-Kundschaft des Konzerns. In der in Zusammenarbeit mit dem Gesch äftsfeld Private Kunden wurden hier gute Vertriebserfolge mit eigenen Produkten erzielt. Dar ber hinaus wurde auch der Vertrieb an Dritt-Institute verst rkt, f r die Equities seine Strukturierungsexpertise zur Verf gung stellt. Im Zusammenspiel mit den angebotenen Sales- und Research-Leistungen konnte der Bereich an die guten Ergebnisse des Vorjahres ankn pfen.

Fokussierung des Internationalen Gesch äfts

Der Bereich Internationales Gesch äft hat gem dem Sanierungsplan f r den Konzern seine Aktivit ten auf Zentral- und Osteuropa fokussiert. Damit war ein R ckgang der Gesch äftst tigkeit verbunden, der durch die Intensivierung der Gesch äftsbeziehungen in den Zielregionen noch nicht kompensiert werden konnte. Dennoch wurde wiederum ein gutes Gesamtergebnis erreicht.

KAPITALMARKTGESCHÄFT KREDITE

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Summe Forderungen an Kunden	5.990	7.489
Forderungen an Banken ab 1 Jahr	4.321	7.210
Summe	10.311	14.699

KAPITALMARKTGESCHÄFT EINLAGEN

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Summe Kundeneinlagen	5.304	11.722
Forderungen an Banken ab 1 Jahr	2.971	9.879
Summe	8.275	21.601

Aus der Auflösung des Bereichs Debt Finance hat der Bereich Internationales Geschäft die bisherigen Syndizierungsaktivitäten übernommen, die jedoch nicht ausgebaut werden sollen.

Funktionserweiterung im Bereich Treasury

Neben kurz- und langfristigen Funding-Aktivitäten hat der Bereich Treasury mit der Auflösung des Bereichs Debt Finance auch weitere wichtige Funktionen zur Liquiditätsversorgung des Konzerns übernommen. Die Tätigkeitsfelder High Grade Investments und Asset Backed Transactions wurden integriert und liefern einen wichtigen Ergebnisbeitrag.

Der Bereich hat in allen beschriebenen Tätigkeitsfeldern ein gutes Ergebnis erzielt.

Erfolgreicher Neustart im Bereich Zins/Kreditprodukte

Der Bereich Zins/Kreditprodukte war im Rahmen der Restrukturierung des Kapitalmarktgeschäfts völlig neu aufgestellt worden mit einer starken Fokussierung auf Kundenhandel- und Sales-Aktivitäten. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit lag im Berichtsjahr darin, Kundenverbindungen zu reaktivieren und den Bereich als bedeutenden Marktteilnehmer und Produktleistungslieferant zu etablieren. Daneben wurden die Bestände im Hinblick auf die Reduzierung des Eigenkapitalbedarfs weiter optimiert.

Mit der Auflösung von Debt Finance wurden die bisherigen Credit Derivative Aktivitäten in die Wertschöpfungskette von Zins/Kreditprodukten integriert. Der Erfolg dieser und anderer Integrationsmaßnahmen zeigte sich im Geschäftsjahr 2003 in der guten Performance aller Tätigkeitsfelder.

Corporate Banking und Structured Finance weiter ausgebaut

Der Bestand von insgesamt 5,1 Mrd. € Ende 2002 wurde auf ein Stichtagsvolumen von 2,8 Mrd. € fast halbiert, die Risikoaktiva sanken sogar um 55%. Damit wurden die Planziele klar überschritten. Diese positive Entwicklung wird durch die deutlich gesunkene Risikovorsorge weiter bestärkt.

Perspektiven

Die Restrukturierung des Geschäftsfelds Kapitalmarktgeschäft hat sich im ersten vollständigen Geschäftsjahr bereits bewährt. Der weitere Ausbau des Kundengeschäfts und die intensive Nutzung der vorhandenen Kapazitäten des Konzerns werden für 2004 entscheidend sein, um die positive Entwicklung zu festigen.

Immobilienfinanzierung

Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung hat im Berichtsjahr die Restrukturierung in den wichtigsten Bereichen erfolgreich umgesetzt. Nach der organisatorischen und strategischen Neuausrichtung stand 2003 der Wiederaufbau der Vertriebs- und Marktaktivitäten im Vordergrund.

Erfreuliche Dynamik bei den Neugeschäftszusagen

Der Neustart im Markt mit einer veränderten Vertriebsstrategie ist im Wesentlichen gelungen. Dies zeigt das 2003 abgeschlossene Neugeschäft im Volumen von 815 Mio. €. Obgleich dieses Ergebnis die Planvorgaben unterschreitet, ist diese Entwicklung in Anbetracht der längeren Marktastinenz und des anhaltend schwierigen Marktumfelds für das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung dennoch zufrieden stellend. Ferner sind die verschärften Risiko- und Rentabilitätskriterien in Rechnung zu stellen. Das Neugeschäft ist auf ein klar definiertes Zielfortfolio ausgerichtet, dessen Gewichtung durch Finanzierungen von Objekten in Berlin und den westdeutschen Ballungszentren geprägt ist. Im Mittelpunkt steht dabei das Geschäft mit privaten und gewerblichen Investoren, Wohnungsunternehmen sowie Immobilienentwicklern.

Bereinigung des Bestandsportfolios

Das Bestandsportfolio wurde im Berichtszeitraum planmäßig weiter konsolidiert. Nicht strategiekonformes Geschäft wurde nach Möglichkeit ausgesteuert. Das angespannte wirtschaftliche Umfeld hat allerdings bei wenigen Einzelengagements im Bestand neue Risiken entstehen lassen, für die eine adäquate Vorsorge im Berichtszeitraum notwendig wurde. Insgesamt konnte die Risikovorsorge aber im Vergleich zu den Vorjahren erneut reduziert werden.

Rückgang im Bestandsvolumen verringert operatives Ergebnis

Durch den Volumerückgang in Folge der Bestandsbereinigung und planmäßiger Tilgungen wurde die Ertragsentwicklung zwangsläufig belastet. Der verringerte Zinsüberschuss konnte noch nicht vollständig durch Neugeschäft kompensiert werden, das nach einer Anlaufphase erst im zweiten Halbjahr an Dynamik gewonnen hat. Die Senkung der Verwaltungsaufwendungen ist zunächst weitestgehend ausgeschöpft. Die internen Betriebsprozesse sind optimiert und bewähren sich in der Praxis. Unsere Aktivitäten werden weiter auf die Wiederbelebung des Neugeschäfts und die Stärkung der Ertragskraft gerichtet.

IMMOBILIENFINANZIERUNG KREDITE

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Tages- und Termingelder	2.755	2.609
Kontokorrentkredite	258	642
Geldmarktnahe Kredite		
Immobilienkredite	20.643	22.197
Andere Kredite (insbesondere Kommunalkredite)	2.355	3.332
Summe Forderungen an Kunden	26.011	28.780
Forderungen an Banken ab 1 Jahr	15	10
Summe	26.026	28.790

IMMOBILIENFINANZIERUNG EINLAGEN

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Sichteinlagen	524	790
Tagesgelder	42	53
Termineinlagen	554	979
Spareinlagen	0	2
Sparbriefe und ähnliches	0	0
Summe Kundeneinlagen	1.120	1.824
Bankverbindlichkeiten ab 1 Jahr	25	0
Summe	1.145	1.824

Perspektiven

Die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2004 deuten auf eine leichte allgemeine Belebung hin. Für den Immobilienmarkt kann aber noch keine Entwarnung gegeben werden. Die strukturellen Anpassungen sind noch nicht abgeschlossen. Bisher gehen auch von zyklischen Einflüssen wenig Impulse aus, die zu einer nachhaltigen Verbesserung der Marktsituation führen könnten.

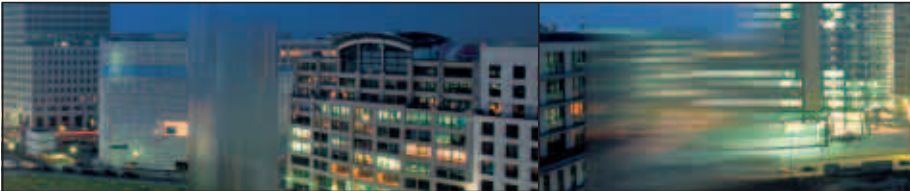
Unsere Zuversicht für das Geschäftsjahr 2004 basiert auf der Dynamik des Neugeschäfts im 2. Halbjahr 2003 und der Nachhaltigkeit dieser Entwicklung. Die Kundenakzeptanz und -resonanz sind positiv. Das Jahr 2003 hat gezeigt, dass der Markt trotz der schwierigen Lage selektiv interessante Geschäfts-

chancen offeriert. Darauf haben wir unser Konzept ausgerichtet. Die weitere signifikante Verbesserung des operativen Ergebnisses werden wir in den Folgejahren im Wesentlichen durch die Stärkung der Ertragskraft bei gleichzeitig verringerten Risikokosten erzielen. Darüber hinaus liegt der Schwerpunkt auf der kontinuierlichen Optimierung des Portfolios. Vor diesem Hintergrund heißt unsere Geschäftsdevise: konsequente Fokussierung im Neugeschäft auf Qualität, Rentabilität sowie auf den Ausbau des überregionalen Geschäfts in den westdeutschen Ballungszentren. Zugleich werden wir die starke Position an unserem Standort Berlin mit Augenmaß sichern.

Konzentration

Die Bankgesellschaft konzentriert sich auf das Kerngesch





Die Bankgesellschaft Berlin ist ein modernes Kreditinstitut für den Raum Berlin-Brandenburg. Im Jahr 2003 haben wir uns weiter auf unsere Kernkompetenzen konzentriert. Auf diesem Weg haben wir eine Vielzahl von Beteiligungen erfolgreich verkauft, das Geschäftsvolumen verringert und das Immobiliendienstleistungsgeschäft restrukturiert. Durch die Zusammenführung von Berliner Bank und Berliner Sparkasse unter dem Dach der Landesbank Berlin sind unsere Retail-Aktivitäten im Konzern nun in einer Hand gebündelt. Dies ermöglicht einheitliche Abläufe, Kosteneinsparungen und bessere Vertriebsergebnisse.

Immobiliendienstleistungen

IBAG Immobilien und Beteiligungen Aktiengesellschaft

Der Teil-Konzern IBAG umfasst 2003 im Wesentlichen die folgenden Kerngesellschaften: IBAG Holding, Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH, IBV Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG Gruppe mbH, ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbaugesellschaft mbH, IBI Real Estate Immobilien und Beteiligungen International GmbH, Universal AG und DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH.

Fondsgeschäft neu geordnet

Das Geschäftsfeld Geschlossene Immobilienfonds wird innerhalb der IBAG-Gruppe durch die IBV Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH repräsentiert. Auch im Geschäftsjahr 2003 wurden keine neuen geschlossenen Immobilienfonds initiiert. Daher konzentriert sich das Kerngeschäft der IBV auf das Management und die Administration der vormals unter der Führung der IBG als Obergesellschaft initiierten geschlossenen Immobilienfonds. Um diese Aufgabe zielgerecht, leistungsorientiert und vor dem Hintergrund der Stellung der IBV als geschäftsführende Kommanditistin wahrnehmen zu können, wurde die Gesellschaft in 2003 einer umfassenden Restrukturierung unterzogen. Neben der Konzentration der Unternehmung am Standort Nürnberg wurde innerhalb der Gesellschaft eine fondsbezogene Teamorganisation geschaffen, die ausschließlich die Funktionen Fonds-Management, -Controlling und -Rechnungswesen wahrnimmt. Zudem wurde fondsübergreifend eine kundenorientierte Zeichnerbetreuung etabliert.

Nach Aufarbeitung und Analyse aller seitens der IBV unmittelbar betreuten geschlossenen Immobilienfonds konnten in Zusammenarbeit mit der LPFV spezifische Handlungsoptionen entwickelt werden. Dabei standen insbesondere Ertrags- und Risikogesichtspunkte im Vordergrund. Zudem wurde erstmalig seit 2000 für die Geschäftsjahre 2001 und 2002 eine Leistungsbilanz für alle Fonds erstellt, bei denen die IBV die Geschäftsführungsfunktion wahrnimmt. Einhergehend mit diesen Maßnahmen wurde der bisher in Wiesbaden angesiedelte Geschäftsbereich Konzeption und Vertrieb von Immobilienfonds zum 30. September 2003 geschlossen.

Verwertung des nicht fondsgebundenen Immobilienvermögens

Im Geschäftsbereich Nicht fondsgebundenes Immobilienvermögen konnten trotz der schwierigen Marktverhältnisse im Berichtsjahr Immobilienverkäufe mit einem Gesamtvolumen von rund 730 Mio. € umgesetzt werden. Davon entfallen auf Gewerbeimmobilien (z. B. Projektentwicklungen, baureife Grundstücke und/oder fertige Gewerbeobjekte) rund 670 Mio. € (Vorjahr: 337 Mio. €). Im Segment der Wohnimmobilien wurde mit 454 Einheiten (Vorjahr: 503 Einheiten) und einem Umsatzvolumen von rund 57 Mio. € (Vorjahr: 82 Mio. €) ein zufriedenstellendes Ergebnis erreicht.

Das nicht fondsgebundene Immobilienportfolio der IBAG-Gruppe wurde seit Beginn der Restrukturierungsmaßnahmen im Herbst 2001 von ursprünglich rund 3,4 Mrd. € um 2,4 Mrd. € auf nunmehr knapp 1 Mrd. € deutlich reduziert. Die damit einhergehende Risikominimierung konnte insbesondere auch dadurch erreicht werden, dass der im internationalen Geschäft strategisch geplante Ausstieg

aus Investitionen in Großbritannien und den Niederlanden sowie in den USA nahezu vollständig umgesetzt wurde.

Kostensenkung im Facility-Management

Die ARWOBAU ist für das Facility-Management innerhalb der IBAG-Gruppe sowie für die wesentlichen Fondsgesellschaften zuständig. Auch hier wurden im Berichtsjahr in einem gesonderten Teilprojekt umfangreiche Maßnahmen zur Restrukturierung mit dem Ziel einer nachhaltigen Kostensenkung und Effizienzsteigerung mit Erfolg weitergeführt.

Hohe Marktakzeptanz für kommunale Immobiliendienstleistungen

Die DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH erbringt ohne eigene Risiko-Investments überregionale und spezifisch kommunale Immobiliendienstleistungen mit hoher Marktakzeptanz. Die Restrukturierung der DSK wurde bereits im Vorjahr weitgehend umgesetzt.

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Der IBAG Konzern erfüllt seine Aufgaben im Rahmen der im Dezember 2001 geschlossenen Grundsatzvereinbarung über die Absicherung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft und der am 16. April 2002 dazu konkretisierten Detailvereinbarung. Diese Vereinbarungen wurden zwischen dem Land Berlin sowie der Bankgesellschaft Berlin, der IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG) und der LPFV

getroffen. Durch die besondere Konstruktion der Detailvereinbarung erstreckt sich das Risikomanagement, das auf Ebene der Immobiliendienstleistungsgesellschaften (IBAG, IBG und LPFV) und auf Konzernebene implementiert ist, nicht nur auf die im Konzern verbleibenden Risiken, sondern umfasst auch die vom Land Berlin übernommene Risiken. Der Konzern verwaltet die vom Land übernommene Risiken und stellt ein Risikomanagement- und -controllingsystem sicher.

Die Fortsetzung des 2001 begonnenen Prozesses der strategischen Neuausrichtung und Restrukturierung prägte auch das Jahr 2003 in erheblichem Ausmaß. Gesellschaftsübergreifend konnten bis zum Ende des Berichtsjahres von den ursprünglich 33 Standorten der Gruppe bis auf die Hauptstandorte Berlin und Nürnberg der größte Teil geschlossen werden. Dadurch wurden die Personal- und Sachkosten um rund 88 Mio. € nachhaltig gesenkt. Alle nicht zum Kerngeschäft zählenden Beteiligungen wurden bzw. werden liquidiert oder verkauft.

Im Geschäftsjahr 2003 verließen insgesamt 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 564) durch betriebsbedingte Kündigungen/Aufhebungsvereinbarungen oder Eigenkündigungen die IBAG-Gruppe. Der Personalbestand konnte zum 31. Dezember 2003 auf 971 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (31. Dezember 2000: 1.945) reduziert werden.

IBG verwertet ihre Beteiligungen

Die IBG hat im Jahr 2003 plangemäße Fortschritte beim weiteren Ausbau der Management- und Controllingstrukturen erzielt. Sie betreibt, wie bereits in

Immobiliendienstleistungen

den Vorjahren, kein Neugeschäft. Der Geschäftsbetrieb der IBG und ihrer Tochterunternehmen wird im erforderlichen Umfang aufrechterhalten. Beteiligungen der IBG werden mittelfristig geordnet verwertet.

Da die IBG kein Neugeschäft betreibt, erzielte sie keine nennenswerten Einnahmen, die dem Aufwand aus der Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen aus dem Fondsaltgeschäft gegenüberstehen könnten. Der dadurch entstehende Verlust wurde Ende 2002 von den Gesellschaftern der IBG durch eine Kapitalmaßnahme in Höhe von 50 Mio. € für den Zeitraum bis Ende 2003 ausgeglichen.

LPFV als Vertrags- und Assetmanagement-Gesellschaft umgestaltet

Die LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH ist eine 100-prozentige Tochter der Bankgesellschaft Berlin AG. Ihre ursprüngliche Aufgabe war die Übernahme von Verpflichtungen und Risiken der IBG im Innenverhältnis, die im Zuge der Neuordnung des Immobiliendienstleistungs-Geschäfts des Konzerns zum Jahreswechsel 2000/2001 bei der IBG verblieben waren.

Zur Erfüllung der Anforderungen an die LPFV und die weiteren Gesellschaften im Konzern der Bankgesellschaft Berlin aus der Detailvereinbarung wurde die LPFV zu einer Vertrags- und Assetmanagement-Gesellschaft umgestaltet. Zentrale Zielsetzung der neu ausgerichteten LPFV ist die Minimierung des Schadens aus der Inanspruchnahme von Garantien. Neben dem Aufgabengebiet der Übernahme von Verpflichtungen wurde auch das Vertragsmanagement, insbesondere das Segment Werthaltigkeitsgarantien, weiter aufgebaut.

Die systematische Planung und Steuerung aller Garantien für die einzelnen Fonds auf Basis belastbarer und durchgängiger Informationen war ein wesentliches Ziel für das Jahr 2003. Vor diesem Hintergrund wurde bereits im Sommer 2002 am Beispiel des Fonds LBB 5 ein dv-technisches Pilotprojekt initiiert und erfolgreich abgeschlossen. Das System Integriertes Risikocontrolling wurde im Laufe des Berichtsjahres auf alle Fonds ausgeweitet. Ergänzter wurde diese Maßnahme durch ein Projekt zur Sicherstellung und Verbesserung der Abrechnungsfähigkeit unter materiellen Aspekten, insbesondere der gesellschaftsübergreifenden Datenqualität. Einbezogen waren neben der LPFV die ARWOBAU, IBV, Bavaria und IBG. Auf Basis der Projektergebnisse wurde im 4. Quartal 2003 die Prüfung der Mietgarantieabrechnungen der Fonds für das Jahr 2002 durchgeführt. Für die relevanten Fonds wurden dabei rund 400 Einzelobjektabrechnungen geprüft.

Perspektiven

Die Europäische Kommission hat am 18. Februar 2004 Beihilfen zugunsten der Bankgesellschaft Berlin genehmigt. Die Genehmigung der Kommission ist an die Zusage der Bundesregierung geknüpft, die Umsetzung einer Reihe von Maßnahmen sicherzustellen. Danach muss unter anderem das Immobiliendienstleistungsgeschäft gemäß einer Zusage an die EU-Kommission bis zum 31. Dezember 2005 verteuert oder abgewickelt werden. Zu diesem Stichtag gehen die dann noch vorhandenen Beteiligungen an Immobiliendienstleistungsgesellschaften zu marktgerechten Bedingungen an das Land Berlin über. Eine entsprechende Konzeption zur Ausgliederung wird von der Bank erarbeitet. Neue Immobilienfonds oder andere Kapitalanlageprodukte werden nicht mehr entwickelt oder vertrieben.

Corporate Investments

Im Segment Corporate Investments werden die Bankbeteiligungen des Konzerns ausgewiesen, die entsprechend der Sanierungsplanung nicht mehr dem Kerngeschäft der Bank zugerechnet werden und deshalb perspektivisch zum Verkauf gestellt worden sind.

Die Zivnostenská banka a.s., Prag, war bereits 2002 veräußert worden. Der Eigentumsübergang an den neuen Eigentümer, die italienische UniCredito Italiano, erfolgte zu Beginn des Jahres 2003. Ergebnisbeiträge aus dem laufenden Geschäft dieser Bank sind im Berichtsjahr für den Konzern nicht mehr entstanden.

Die Allgemeine Privatkundenbank AG (ALLBANK) schied am 1. September 2003 durch Verkauf an die GE Bank aus dem Konsolidierungskreis aus. Die Ergebnisse der ALLBANK bis August 2003 sind im Konzern- und Segmentergebnis 2003 enthalten.

Das Segment bestand zum Jahresende 2003 nur noch aus der Weberbank Privatbankiers KGaA und der weitgehend entoperationalisierten Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A., Warschau. Weitere Schritte für ein Desinvestment wurden vorbereitet.

Das Ergebnis vor Steuern betrug 48 Mio. € (Vorjahr: 22 Mio. €). Die Ergebnisverbesserung ergab sich nahezu vollständig durch die ALLBANK.

Fördergeschäfte

Die Investitionsbank Berlin (IBB) ist die zentrale Förderbank des Landes Berlin. Grundlage ihrer Tätigkeit ist das Gesetz des Landes Berlin über die Errichtung der Investitionsbank vom 25. November 1992. Die Aufgabe der IBB ist es, die Entwicklung der Wirtschaft und des Wohnungsmarktes durch Förderprogramme und fachkundige Begleitung von Investitionsvorhaben zu unterstützen. In der Wirtschaftsförderung wendet sie sich vornehmlich an Existenzgründer sowie an kleinere und mittelständische Unternehmen. Ziel der monetären Förderung ist es, die Entwicklung von Unternehmen zu stabilisieren und ihre Etablierung am Markt zu unterstützen. Daneben richtet die IBB ihre Förderung speziell auf die Kompetenzfelder des Landes Berlin wie die Informations- und Kommunikationstechnologie, Life Science und Verkehrstechnik aus.

Die IBB erfüllt ihre Aufgaben im Auftrag des Landes Berlin. Sie ist eine organisatorisch und wirtschaftlich selbstständige, nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, die als wettbewerbsneutrale Abteilung der Landesbank Berlin geführt wird. Das Vermögen der IBB wird als Sondervermögen getrennt von den sonstigen Vermögenswerten der Bank verwaltet. Die Tätigkeit der IBB ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Das Forderungsergebnis des Berichtsjahres wurde im Immobilienbereich durch den Rückgang der Genossenschaftsförderung stark beeinflusst. Hinzu kommt der Wegfall der Anschlussförderung, die in der unten aufgeführten Tabelle nicht enthalten ist. In der Wirtschaftsförderung führten vor allem die Abnahme des Neugeschäfts bei den Liquiditätshilfen und der Wegfall von Programmen zu einer Verminderung der Neubewilligungen bei den Darlehen. Die Zuschussvolumina wurden hingegen leicht gesteigert.

IBB-FÖRDERVOLUMEN

in Mio. t	Zuschüsse (Neubewilligungen)		Darlehen (Neubewilligungen)		Beteiligungen	
	31.12.2003	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2002
Wirtschaftsförderung	124,8	120,3	8,7	16,9	7,8	9,0
Immobilienförderung	23,8 ¹⁾	39,5 ¹⁾	24,9 ²⁾	107,5 ²⁾	–	–
Summe	148,6	159,8	33,6	124,4	7,8	9,0

¹⁾ ohne Anschlussförderung, inklusive Härteausgleich

²⁾ ohne Anschlussförderung und Durchleitungskredite

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Bilanzsumme	19.196,9	19.513,5
davon Kredite an Kunden	14.857,2	15.105,4
Jahresüberschuss	12,0	0,8

FÖRDERGESCHÄFT KREDITE

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Immobilienkredite	11.487	12.146
Andere Kredite (z. B. Konsumentenkredite)	3.168	2.959
Summe Forderungen an Kunden	14.655	15.105
Kredite an Banken ab 1 Jahr	2.475	3.467
Summe	17.130	18.572

FÖRDERGESCHÄFT EINLAGEN

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Tagesgelder	309	188
Termineinlagen	11.136	9.537
Summe Kundeneinlagen	11.445	9.725
Bankverbindlichkeiten ab 1 Jahr	3.627	7.079
Summe	15.072	16.804

ber die Verwendung des Jahres überschusses 2003 entscheidet nach einer Satzungsänderung im Dezember 2003 die Gewerherversammlung der Landesbank Berlin. In den Vorjahren wurden die Überschüsse der Investitionsbank Berlin der Zweckrücklage zugeteilt. Diese Zweckrücklage, die vorrangig den förderpolitischen Zielsetzungen der IBB vorbehalten bleibt, wird für die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalquoten der Landesbank Berlin bzw. des Konzerns Bankgesellschaft Berlin voll berücksichtigt. Das Geschäftsvolumen der IBB wird im entsprechenden Ausweis der Landesbank Berlin bzw. des Konzerns Bankgesellschaft Berlin als Bestandteil der Gesamtsummen erfasst.

Aufgabenspektrum der Investitionsbank Berlin

Unter dem Dach der Investitionsbank Berlin sind alle wichtigen Wirtschafts- und Immobilienförderprogramme des Landes Berlin vereint. Die IBB fördert mit zinsgünstigen Darlehen, nicht rückzahlbaren Zuschüssen, Beteiligungen und kostenlosen Beratungen. Die IBB legt in Abstimmung mit dem Land Berlin eigene Förderprogramme auf und beteiligt sich mittelbar und unmittelbar an der Lösung strukturpolitischer Aufgaben.

Wirtschaftsförderung konzentriert sich auf Berliner Mittelstand

Mit ihren Wirtschaftsförderprogrammen unterstützt die Investitionsbank Berlin den wirtschaftlichen und strukturellen Wandel in Berlin. Sie fördert dabei insbesondere innovative und technologieorientierte Unternehmen in Zukunftsbranchen wie der Informations-, Kommunikations- und Biotechnologie. Außerdem helfen die Programme Existenzgründern bei der Verwirklichung ihrer Geschäftsideen bis zur Etablierung des neuen Unternehmens am Markt.

Im Rahmen eines Pilotprojekts mit der Technischen Universität Berlin (TU Berlin) bot die Investitionsbank Berlin im Berichtsjahr erstmals ein Studiengeldern-Kreditprogramm an, das Studierenden in gebührenpflichtigen, postgradualen Studiengängen zur Finanzierung der Studienkosten dient.

Mit der Neuausrichtung des Instituts wird künftig in der Wirtschaftsförderung eine verstärkte Fokussierung auf die monetäre Förderung der Kompetenzfelder Berlins und des Berliner Mittelstands erfolgen.

Fördergeschäfte

Immobilienförderung weiter eingegrenzt

Die Volumina im Bereich Immobilienförderung wurden aufgrund knapper Haushaltsmittel und geringer Marktnachfrage weiter eingegrenzt. Im Berichtsjahr förderte die IBB noch Maßnahmen zur Bildung von Wohneigentum aus dem Berliner Bestand, die Gründung von Genossenschaften, die Modernisierung und Instandsetzung von Wohnraum sowie die Verbesserung des Wohnumfeldes. Die problematischen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen am Berliner Immobilienmarkt machen auch weiterhin eine intensive Beratung notwendig, um die Eigentümer bei der Erhaltung der Wirtschaftlichkeit ihrer Objekte zu unterstützen.

In der Immobilienförderung steht künftig die effiziente Bearbeitung bestehender Förderprogramme im Vordergrund.

Strukturbankbeteiligungen fördern Vorhaben im Landesinteresse

Neben der Durchführung von Förderprogrammen hat die IBB die Aufgabe, wichtige Vorhaben im Landesinteresse durch strategische Beteiligungen zu strukturieren oder zu finanzieren.

Im Jahr 2003 wurden die Wirtschaftsförderung Berlin GmbH und die BAO BERLIN International GmbH verschmolzen. Die neue Gesellschaft bindet unter dem Namen Wirtschaftsförderung Berlin International GmbH (WFBI) die Kräfte zur Ansiedlung von neuen Unternehmen in Berlin sowie der Internationalisierung der Berliner Wirtschaft. Die IBB hält an der Gesellschaft 37,5% des Stammkapitals.

Außerdem übernahm die Filmboard Berlin-Brandenburg GmbH zum 1. Januar 2004 die Aufgaben des Medienbros Berlin-Brandenburg und firmiert nun als Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH.

Gesellschafter der Medienboard sind die Investitionsbanken Berlin und Brandenburg zu je 50%. Die Medienboard fungiert damit künftig als zentrale Anlaufstelle für die Medienbranche in Berlin und Brandenburg.

Der direkte Anteil der IBB an der Kapitalgesellschaft für Patentverwertung Berlin GmbH wurde zum 31. Dezember 2003 von 52,5% auf 49,5% vermindert; es wurden 3% an die Bankgesellschaft Berlin übertragen.

Perspektiven

Kernaufgabe der IBB als Förderbank ist die schnelle und effektive Umsetzung der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen des Landes. Es ist geplant, die IBB spätestens zum 1. Januar 2005 als Anstalt des öffentlichen Rechts mit Anstaltslast und Refinanzierungsgarantien, jedoch ohne Gewährträgerhaftung, aus der Landesbank auszugliedern. Die Schaffung der rechtlichen Grundlagen der Ausgliederung der IBB steht kurz vor dem Abschluss. Hierzu zählt insbesondere die Verabschiedung des IBB-Gesetzes, das die künftigen Aufgaben und Strukturen der IBB bestimmt. Die operative Umsetzung der Ausgliederungsaktivitäten wird voraussichtlich bis zum Ende des zweiten Quartals 2004 abgeschlossen sein, d. h. die IBB wird dann alle relevanten Funktionen zum Betreiben des Bankgeschäfts aufgebaut haben.

Parallel zur Ausgliederung aus der Landesbank Berlin führt die IBB ein Restrukturierungsprojekt zur Neuausrichtung des Instituts durch. Nachdem die grundsätzliche strategische Ausrichtung mit dem Land abgestimmt wurde, konzentriert sich die derzeitige Detailplanung vor allem darauf, das Spektrum an Förderprogrammen zu bereinigen und zu fokussieren. Zusätzlich werden die Bearbeitungsprozesse zur Steigerung der Effizienz vereinfacht und optimiert.

Sonstiges/Konsolidierung

Im Segment Sonstiges/Konsolidierung werden Ergebnisbeiträge ausgewiesen, die nicht den kundenorientierten Geschäftsfeldern zuzuordnen sind. Zudem wird die Konzernkonsolidierung vorgenommen.

Auf der Ertragsseite hatten die eigenen Aktien im Berichtsjahr keinen nennenswerten Ertragsbeitrag (Vorjahr: Belastung von 16 Mio. € im Nettoergebnis aus Finanzgeschäften). Im Verwaltungsaufwand sind die Aufwendungen der zentralen Stabs- und Steuerungsbereiche sowie aller als zentrale Dienstleister zur Verfügung stehenden Servicegesellschaften erfasst. Deren Leistungen werden überwiegend auf die anderen Segmente verrechnet und sind dort in den Anderen Verwaltungsaufwendungen enthalten.

Bei den Servicegesellschaften handelt es sich um den IT-Dienstleister BB-Data, die Systementwicklungsgesellschaft BG-SYS oHG sowie die BankenService GmbH und die Bauprojekt- und Facilitymanagement GmbH (BFM). Die BB-Data war 2005 nicht mehr operativ tätig, die BG-SYS oHG ging zur Jahresmitte 2005 durch Betriebsübergang auf die Bankgesellschaft Berlin AG über. Die BFM wird ihre operative Tätigkeit 2004 beenden; die Aufgaben werden zum Teil in die Bank zurück verlagert bzw. an konzernfremde Dienstleister ausgelagert.

Die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten in den Corporate Centern wurden im Berichtsjahr weiter um 327 auf 2.536 reduziert. Davon sind rund 700 in den zentralen Stabsbereichen beschäftigt sowie 1.500 im Transaction Banking (Organisation, Informationstechnologie, Bankenservice, BFM). Rund 500 Personalkapazitäten werden aufgrund von Mutterschutz, Erziehungszeit und ähnlichem weiterhin separat ausgewiesen.

In erheblichem Maße konnten auch die anderen Verwaltungsaufwendungen der Corporate Center verringert werden, die Raumkosten standen dabei erneut im Vordergrund.

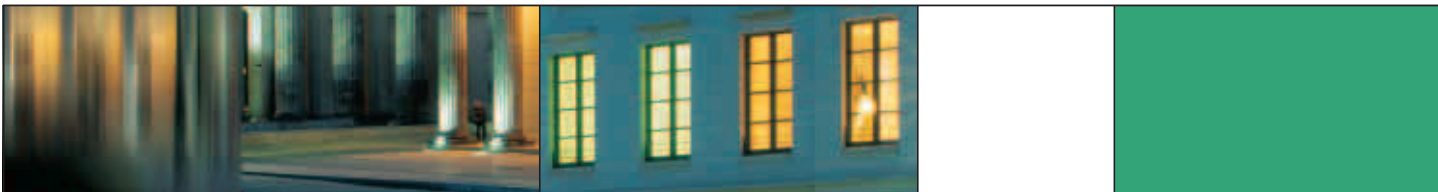
Nach Risikovorsorge stellt sich das operative Ergebnis des Segments Sonstiges/Konsolidierung mit 157 Mio. € um 36 Mio. € besser dar als im Vorjahr.

Im Ergebnis aus Finanzanlagen von 44 Mio. € (Vorjahr: 367 Mio. €) saldieren sich die Abschreibungen (insbesondere auf EURO STOXX-50-Fondsanteile) und Gewinne aus Beteiligungen (insbesondere der Verkauf der Zivnostenská banka a.s.) weitgehend. Die Maßnahmen zur Neuordnung und Sanierung des Konzerns erforderten erneut eine Zuhilfenahme zu den Restrukturierungsrückstellungen, die sich neben den laufenden Restrukturierungskosten im Saldo der übrigen Positionen niederschlagen.

Profitabilität

Die Bankgesellschaft setzt sich hohe Ertragsziele





Die Maßnahmen zur Neupositionierung der Bankgesellschaft wirken, die Sanierung ist erfolgreich und beginnt sich auszuzahlen. Aufbauend auf dem Fundament des Jahres 2002 steht der Konzern jetzt auf vier Säulen: Wir verstehen uns als kundennahes Institut mit einer herausragenden Stellung im Privatkunden- und Firmenkundengeschäft, mit ausgewählten Aktivitäten im Kapitalmarktgeschäft sowie mit einem auf Investoren ausgerichteten Immobilienfinanzierungsgeschäft. Dieser Weg hat sich ausgezahlt. Unser Handlungsspielraum ist größer geworden. Im Jahr 2003 haben wir die operative Ertragswende im Konzern geschafft.

Aktie der Bankgesellschaft Berlin

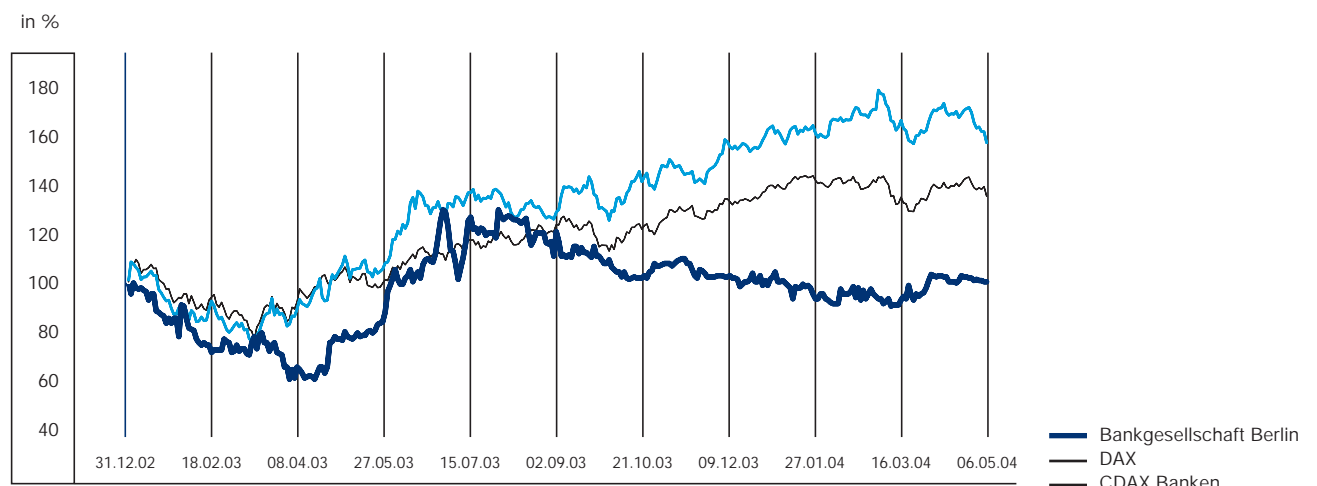
Der Aktienkurs der Bankgesellschaft Berlin konnte 2003 an dem im zweiten Halbjahr zu verzeichnenden Aufwärtstrend des Aktienmarktes nicht partizipieren.

Zwar ließen zwischenzeitlich lebhaftere Umsätze auf ein gestiegenes Interesse an der Aktie der Bankgesellschaft schließen. Allerdings erwiesen sich temporäre Kursanstiege als nicht nachhaltig. Nach einer volatilen Entwicklung in der Mitte des Jahres entkoppelte sich die Aktie vom Branchentrend und notierte Ende 2003 mit einem Jahresendkurs von 2,01€ wieder annähernd auf dem Niveau vom Jahresbeginn.

Die Aktie der Bankgesellschaft Berlin AG ist an allen inländischen Börsenplätzen notiert und gehört gemäß der zum 1. Januar 2003 eingeführten Segmentierung des Aktienmarktes der Deutschen Börse dem General Standard an.

Die Ergebnisentwicklung des Geschäftsjahrs 2003 lässt die Zahlung einer Dividende weiterhin nicht zu. Die Wiederaufnahme von Dividendenzahlungen kann erst zu einem späteren Zeitpunkt erwogen werden.

Bankgesellschaft Berlin im Vergleich zu DAX und CDAX Banken
(Schlusskurs 31. Dezember 2002 = 100 %)



Lagebericht

50	Das Geschäftsjahr 2003 im Überblick
50	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
51	Allgemeiner Verlauf
52	Restrukturierung und Neuausrichtung im Bankgeschäft
54	Restrukturierung und Ausgründung der Investitionsbank Berlin (IBB)
55	Restrukturierung und Neuausrichtung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts
57	Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Risikoabschirmung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts)
59	EU-Beihilfeverfahren zur Umstrukturierungsbeihilfe zu Gunsten der Bankgesellschaft Berlin und zur Übertragung der ehemaligen Wohnungsbaukreditanstalt Berlin (WBK) auf die Landesbank Berlin – Girozentrale –
62	Geschäftsverlauf 2003
62	Ergebnis des Konzerns für das Geschäftsjahr 2003
69	Ergebnis der Bankgesellschaft Berlin AG für das Geschäftsjahr 2003
73	Auswirkungen der Konsolidierung
75	Volumenentwicklung des Konzerns
78	Volumenentwicklung der Bankgesellschaft Berlin AG
79	Schlussfolgerung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG
79	Corporate Governance
81	Umsetzung der IAS-Rechnungslegung im Konzern
82	Risikobericht
82	Gesamtsystem zur Planung, Steuerung und Kontrolle von Risiken
83	Adressenausfallrisiken
87	Liquiditätsrisiken
87	Marktpreisrisiken
90	Operationelle Risiken
96	Sonstige Risiken
103	Ausblick Konzern

Lagebericht

Das Geschäftsjahr 2003 im Überblick

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Hoffnungen auf eine allgemeine Belebung der deutschen Konjunktur wurden im Jahr 2003 erneut enttäuscht. Im ersten Halbjahr ging die Wirtschaftsleistung sogar leicht zurück und nahm die Beschäftigung weiter ab. Ursächlich waren dafür zum einen die ungünstigen außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, zum anderen blieb aber auch die Inlandsnachfrage unerwartet schwach.

Die Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Konflikt im Irak und die seit dem Frühjahr 2002 anhaltende Aufwertung des Euro gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner dampften die Auslandsnachfrage nach deutschen Exportprodukten in den ersten Monaten des Jahres ganz erheblich. Mit der Verbesserung des internationalen Umfelds vom Frühjahr 2003 an kam es erst ab dem dritten Quartal zu einer merklichen Erholung der Ausfuhren. Die positiven außenwirtschaftlichen Impulse der zweiten Jahreshälfte fanden jedoch bis zum Jahresende kaum Niederschlag im privaten Konsum oder in der Investitionstätigkeit der Unternehmen.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Unsicherheit über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme und mögliche Veränderungen im Steuersystem blieb die Sparneigung der privaten Haushalte hoch. Angesichts rückläufiger Beschäftigungszahlen nahmen zudem die verfügbaren Einkommen nur geringfügig zu und verhinderten somit ebenfalls einen kräftigeren Zuwachs der Konsumausgaben. Der Rückgang der

Ausstattungsinvestitionen setzte sich auch im vergangenen Jahr fort, wenn auch mit deutlich verringertem Tempo. Von der Jahresmitte an gab es allerdings auch hier erste Anzeichen der Besserung. Wichtige Indikatoren wie der ifo-Geschäftsklima-Index ließen in der zweiten Jahreshälfte zumindest einen merklichen Stimmungsumschwung in den Unternehmen erkennen.

Die Berliner Wirtschaft konnte sich in diesem unverändert ungünstigen Umfeld noch nicht aus ihrer mit Ausnahme des Jahres 2000 nun schon seit 1996 anhaltenden rezessiven Phase befreien. So ging das Berliner Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2003 nochmals um 1,3% zurück. Mit diesem Ergebnis lag Berlin weit unter dem Bundesdurchschnitt von -0,1%. Damit belegt Berlin im Vergleich der Bundesländer nun den vorletzten Platz.

Die neuesten Konjunkturindikatoren des Statistischen Landesamtes Berlin lassen zudem noch immer nicht auf eine tiefgreifende Besserung der wirtschaftlichen Lage Berlins schließen. Die privaten Haushalte stellen angesichts unsicherer Zukunftsaussichten den Konsum weiter zurückhaltend. Hinzu kommt die Lage der öffentlichen Finanzen in Berlin. Gleichwohl steigt die Zuversicht, dass es mit der Berliner Konjunktur in den kommenden Monaten wieder aufwärts gehen wird. Wichtige Indikatoren, wie zum Beispiel der IHK-Geschäftsklima-Indikator Berlin, weisen nach oben. Die Mehrheit der Unternehmen erwartet demnach in den kommenden Monaten eine bessere konjunkturelle Entwicklung.

Für eine allgemeine Erholung der Berliner Konjunktur spricht auch der zunehmende Konjunkturoptimismus in Deutschland insgesamt. Dadurch konnten sich die Absatzperspektiven der Berliner Unternehmer verbessern und die Investitionsbereitschaft etwas zunehmen. Alles in allem rechnen wir für das Jahr 2004 mit einem verhaltenen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Berlin von 1,0%, das damit erneut unter dem Bundesdurchschnitt bleiben wird. Zu berücksichtigen ist dabei, dass der prognostizierte Wert durch die im laufenden Jahr gegenüber 2003 geringere Zahl von Feiertagen begünstigt wird. Ohne diesen Effekt würde das geschätzte Wachstum in Berlin lediglich 0,5% betragen. Ein Wirtschaftswachstum in dieser Größe reicht jedoch bei weitem nicht aus, um die hohe Arbeitslosigkeit in Berlin nachhaltig abzubauen zu können.

Allgemeiner Verlauf

Die Fortsetzung der im November 2001 beschlossenen strategischen Neuausrichtung der Bank zu einer starken Regionalbank im Großraum Berlin mit Kapitalmarktgeschäft und bundesweitem Immobilienfinanzierungsgeschäft war auch im Geschäftsjahr 2003 die maßgebliche Leitlinie der Geschäftspolitik. Geschäftsaktivitäten des Konzerns, die außerhalb dieses Zieles lagen, wurden weiter reduziert. Hierzu zählt auch, dass sich der Konzern von wesentlichen Tochterunternehmen und Beteiligungen getrennt hat. Als ein weiterer wichtiger Bestandteil des im Jahr 2001 beschlossenen Restrukturierungskonzepts wurde die Niederlassung der Berliner Bank der Bankgesellschaft Berlin AG auf die Landesbank Berlin überführt.

Die Restrukturierung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts wurde konsequent fortgesetzt.

Parallel zur Fortsetzung der Restrukturierung des Konzerns wurde das anhängige Beihilfeverfahren der Europäischen Kommission (EU-Kommission) zur Genehmigung der Beihilfe des Landes Berlin an die Bankgesellschaft Berlin unterstützt. Der Antrag wurde am 18. Februar 2004 positiv beschieden.

Sowohl das operative Konzernergebnis als auch das Konzernergebnis aus ordentlicher Geschäftstätigkeit (Ergebnis nach Steuern ohne Auswirkungen der EU-Entscheidung) belegen, dass der Konzern Bankgesellschaft Berlin auch im zweiten Jahr der Restrukturierung deutliche Fortschritte erzielt hat, obgleich die wirtschaftliche Situation insbesondere in Berlin weiter angespannt und das Umfeld für Banken allgemein schwierig waren.

Die Erträge aus ordentlicher Geschäftstätigkeit konnten trotz der strategiekonformen Rückführung des Bilanzvolumens nahezu stabil gehalten werden. Die Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich dank eines weiterhin konsequent betriebenen Kostenmanagement nochmals um 10,8% (Vorjahr: 15,4%). Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft liegt mit 409 Mio. € gleichfalls deutlich unter dem Vorjahresniveau (208 Mio. € oder 33,7%).

Im operativen Ergebnis des Konzerns (Betriebsergebnis nach Risikovorsorge ohne Veränderung der Reserven nach § 340f HGB) wird nach drei Jahren mit negativen Ergebnissen erstmals 2003 wieder ein positiver Wert ausgewiesen (218 Mio. € nach 48 Mio. € im Vorjahr).

Das Geschäftsjahr 2003 im Überblick

Wesentlich bedingt durch rückläufige Aufwendungen für Finanzanlagen, für Verlustübernahmen und für Restrukturierungen war es möglich, auch das Ergebnis der ordentlichen Geschäftstätigkeit des Konzerns (Ergebnis nach Steuern ohne Auswirkungen der EU-Entscheidung) in die Ertragszone zurückzuführen (24 Mio. € nach 699 Mio. € im Vorjahr).

Die durch die EU-Kommission im Februar 2004 erteilte Genehmigung der vom Land Berlin gewährten Beihilfe ist der wesentliche, die Existenz der Bankgesellschaft sichernde Meilenstein auf dem Weg der Restrukturierung. Den damit verbundenen Auflagen wurde durch die Bildung von Rückstellungen zur Umsetzung der EU-Entscheidung in Höhe von 317 Mio. € und Bewertungen in Höhe von 23 Mio. € Rechnung getragen. Das handelsrechtlich ausgewiesene Konzernergebnis nach Steuern beträgt damit 316 Mio. €.

Restrukturierung und Neuausrichtung im Bankgeschäft

Im Rahmen des EU-Beihilfeverfahrens beauftragte die EU-Kommission im vergangenen Jahr einen Gutachter, das Restrukturierungskonzept der Bankgesellschaft auf Schlüssigkeit und Erfolgsaussichten zu überprüfen. In seinem Gutachten kam der Prüfer zu dem Ergebnis, dass das Restrukturierungskonzept sowohl tragfähig ist als auch bisher erfolgreich umgesetzt wurde.

Dieses Konzept sieht vor, den Konzern auf Basis von vier Säulen zu etablieren: als kundennahes Institut mit einer herausragenden Stellung im Privatkunden- und Firmenkundengeschäft, mit einem Kapitalmarktgeschäft sowie einem bundesweit auf Investoren und Wohnungsbaugesellschaften ausgerichteten Immobilienfinanzierungsgeschäft.

Der in Brüssel vorgelegte Umstrukturierungsplan sieht eine Verschlankung der Tätigkeiten, Kapazitäten und Organisationsstrukturen für die künftige Geschäftstätigkeit sowie eine nachdrückliche Steigerung der Effizienz vor. Die Geschäftsaktivitäten im Immobiliendienstleistungs-, Großkunden- und Auslandsgeschäft werden beendet.

Deutlich geringere Risikoaktiva, ein erheblich verbessertes Risikoprofil und die nachhaltige Rückführung der Verwaltungskosten werden die Ertragskraft des Konzerns voraussichtlich dauerhaft verbessern.

Im Kapitalmarktgeschäft will der Konzern durch die Redimensionierung des Geschäfts und der damit verbundenen Rückführung der Risikoaktiva vor allem das gebundene Eigenkapital verringern. Es erfolgt eine Konzentration auf ertragsstarke Geschäftsfelder. Ein fokussierter Eigenhandel und Kundenhandel/Sales sind die zukünftigen Kernbereiche des Geschäftsfeldes Kapitalmarkt. Die Portfolios im Corporate Banking und Structured Finance werden abgebaut. Im internationalen Geschäft werden Geschäftschancen in den wachsenden Märkten Zentral- und Osteuropas gesehen.

Weitere wesentliche Eckpunkte des Sanierungskonzeptes für den Konzern sind:

Steigerung des operativen Ergebnisses von 2001 bis 2006 um insgesamt 1 Mrd. €

Reduktion von über 8500 Stellen im Konzern vom Beginn der Restrukturierung Ende 2001 bis Ende 2006

Senkung des Verwaltungsaufwandes im Konzern um circa 740 Mio. € bis Ende 2006

Rückführung der Risikopositionen von 90 Mrd. € im Jahr 2001 auf 50 Mrd. € 2006

Deutliche Bereinigung des Beteiligungsportfolios

Die aktuelle Geschäftsplanung muss aufgrund der Auflagen der EU-Kommission angepasst und überarbeitet werden. Unabhängig davon gilt es, die Sanierungsziele aus der in Brüssel eingereichten EU-Planung vom Juni 2003 zu erreichen.

Die Personalkosten im Konzern konnten gegenüber dem Vorjahr weiter reduziert werden und liegen bei 744 Mio. €. So wurden im Berichtsjahr weitere circa 1.200 Stellen im Sanierungskreis abgebaut.

Auch die Sachkosten (inkl. Normalabschreibungen) im Konzern konnten 2003 gegenüber dem Vorjahr weiter gesenkt werden und liegen bei 635 Mio. €.

Die Risikopositionen wurden ebenfalls planmäßig auf eine Größe von circa 58 Mrd. € zurückgeführt.

Das Sanierungskonzept wurde somit auch im Jahr 2003 konsequent umgesetzt.

Im Geschäftsfeld Private Kunden wurden Maßnahmen zur weiteren Straffung des Vertriebsnetzes sowie verschiedene Prozess- und Strukturoptimierungen, speziell im Bereich DirektBankService, umgesetzt.

Die flächendeckende Installation von SB-Kassenautomaten hat in Verbindung mit der fortgeführten Optimierung der Serviceprozesse zu einer Stärkung der Vertriebsprozesse geführt.

Das Geschäftsfeld Firmenkunden hat die Neustrukturierung der regionalen Standorte im Land Brandenburg durch die Konzentration auf den Standort Potsdam realisiert. In Berlin erfolgte die Konzentration der Standorte und Vertriebsprozesse auf die Gewerbekundenzentren der Berliner Sparkasse. Die Zusammenlegung der Geschäftsfelder Firmenkunden und öffentliche Hand wurde abgeschlossen.

Im Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft wurde die neue strategische Ausrichtung weiter umgesetzt. Die Entwicklung einer integrierten Salesstrategie über die Produktbereiche sowie die damit verbundene Neuordnung der Verantwortlichkeiten und Prozesse zwischen den Handelsbereichen wurden vorgenommen. Die Maßnahmen zur planmäßigen Aufgabe nicht strategiekonformer Bereiche und Aktivitäten wurden erfolgreich weitergeführt. Der Abbau der Risikoaktiva in den Bereichen Corporate Banking und Structured Finance wird unverändert fortgesetzt.

Das Geschäftsjahr 2003 im Überblick

Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung hat im Berichtszeitraum die Risikopositionen weiter abgebaut und die Stellenzahl verringert.

Die Neustrukturierung der Bereiche Kredit Immobilien und Risikobetreuung Immobilien wurde vorgenommen.

Während das Neugeschäft insgesamt hinter den Erwartungen zurückblieb, konnten deutlich mehr Prolongationen vorgenommen werden als geplant. Nach der Optimierung und Umsetzung einer Vielzahl von Maßnahmen zur Beordnung interner Prozesse und Strukturen steht nunmehr die weitere Stärkung der Vertriebsaktivitäten im Vordergrund. Dies hat sich bereits im zweiten Halbjahr 2003 durch eine zunehmende Marktakzeptanz bemerkbar gemacht.

In den Corporate Centern konnten durch Leistungsverzicht der Geschäftsfelder, strukturelle Veränderungen sowie eine Fokussierung des Produktportfolios im Jahr 2003 circa 140 Stellen abgebaut werden.

Mit der Bündelung des Retailgeschäfts der Marken Berliner Bank und Berliner Sparkasse unter dem Dach der Landesbank Berlin konnte am 1. Juli 2003 ein wesentlicher Meilenstein in der Sanierung des Konzerns erreicht werden. Dieser Schritt wurde auf Basis des Verkaufsvertrags vom 24. Juni 2003 vollzogen. Der bis dato als Niederlassung der Bankgesellschaft Berlin AG geführte Teilbetrieb Berliner Bank ging an die Landesbank Berlin – Girozentrale über. Unter dem Dach der LBB werden seither die zwei Marken Berliner Bank und Berliner Sparkasse

mit einem eigenen Markenauftritt geführt. Aufgrund der EU-Entscheidung ist die wirtschaftliche Einheit Berliner Bank spätestens zum 1. Februar 2007 aus dem Konzern herauszulösen und separat zu veräußern.

Für die Beteiligungen des Konzerns wurden auch 2003 Desinvestitionsmöglichkeiten konsequent geprüft und umgesetzt. So veräußerte die Bankgesellschaft beispielsweise die Beteiligung an der ALLBANK. Der bereits 2002 vertraglich fixierte Verkauf der Zivnostenská banka a.s., Prag, konnte im Berichtsjahr mit der Übertragung der Aktien an den neuen Eigentümer abgeschlossen werden. Ferner erfolgte die Veräußerung der Anteile an der LHI Leasing GmbH. Diese Desinvestitionen tragen dazu bei, die Komplexität des Konzerns Bankgesellschaft zu reduzieren. Der Verkauf der Weberbank wird vorangetrieben.

Restrukturierung und Ausgliederung der Investitionsbank Berlin (IBB)

Es ist beabsichtigt, die IBB spätestens zum 1. Januar 2005 als Anstalt des öffentlichen Rechts mit Anstaltslast und Refinanzierungsgarantien, jedoch ohne Gewährhaftung, auszugliedern. Der Konzern Bankgesellschaft hat nach der Zusage der Bundesregierung die IBB-Zweckrücklage spätestens mit Wirkung zum 1. Januar 2005 aus der Landesbank Berlin herauszulösen, wobei der LBB weiterhin derjenige Teil der Zweckrücklage zur Verfügung stehen wird, der per 1. Januar 2004 für eine Kernkapitalquote von 6,0% im Konzern Bankgesellschaft (nach Ausgliederung der IBB) erforderlich ist, maximal

jedoch 1,1 Mrd. €. Die bei der LBB verbleibenden Mittel sind marktgerecht zu verzinsen. Genaue Einzelheiten zum Volumen und zur Höhe der Verzinsung wurden noch nicht festgelegt. Der Umfang der staatlichen Haftungsgarantien erlaubt der zukünftig selbstständigen IBB, ihre Tätigkeiten als Förderbank des Landes Berlin durchzuführen im Rahmen der zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der EU-Kommission am 1. März 2002 getroffenen Verständigung zum Fortbestand der staatlichen Haftungsgarantien, Anstaltslast und Gewährtraghaftung.

Die Schaffung der rechtlichen Grundlagen der Ausgliederung der IBB steht kurz vor dem Abschluss. Hierzu zählt insbesondere die für das Frühjahr 2004 vorgesehene Verabschiedung des IBB-Gesetzes durch den Senat und das Abgeordnetenhaus des Landes Berlin, das die zukünftigen Aufgaben und Strukturen der IBB regelt.

Die operative Umsetzung der Ausgliederungsaktivitäten wird voraussichtlich bis zum Ende des zweiten Quartals 2004 abgeschlossen sein. Hier sind der Aufbau eines eigenen Meldewesens, die Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen sowie der weitere Aufbau von Funktionen zu nennen, die derzeit noch vom Konzern Bankgesellschaft wahrgenommen werden.

Anfang September 2003 hat der IBB-Ausschuss beschlossen, parallel zur Ausgliederung der IBB aus dem Konzern Bankgesellschaft Berlin ein Restrukturierungsprojekt zur Optimierung des Instituts durchzuführen. Grundlage der Restrukturierung ist

eine mit dem Land Berlin erarbeitete und abgestimmte Neuausrichtung der IBB. Kernelemente dieser Geschäftsausrichtung sind in der Wirtschaftsförderung eine Fokussierung auf die monetäre Förderung der Kompetenzfelder Berlins und des Berliner Mittelstands, während in der Immobilienförderung eine effizientere Bearbeitung bestehender Förderprogramme im Vordergrund steht. Innerhalb des Förderauftrags der IBB wird eine konsequente Orientierung an betriebswirtschaftlichen Grundsätzen bei der Leistungserstellung angestrebt.

Derzeit wird ein detailliertes Restrukturierungskonzept erarbeitet und umgesetzt. Die Schwerpunkte liegen dabei sowohl auf der Bereinigung und Fokussierung des Spektrums an Förderprogrammen als auch auf der Vereinfachung und Optimierung der Bearbeitungsprozesse zur Steigerung der Effizienz in der Leistungserstellung.

Restrukturierung und Neuausrichtung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts

Auch im Geschäftsjahr 2003 war wie bereits im Vorjahr die im Herbst 2001 begonnene Restrukturierung und Sanierung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts ein Tätigkeitsschwerpunkt. Hierin einzu beziehen war die Umsetzung der mit dem Land Berlin geschlossenen Vereinbarung zur Abschirmung von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft (siehe Detailvereinbarung mit dem Land Berlin).

Das Geschäftsjahr 2003 im Überblick

Das Geschäftsfeld geschlossene Immobilienfonds wird innerhalb der IBAG-Gruppe durch die IBV Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH repräsentiert. Die Gesellschaft wurde 2003 einer umfassenden Restrukturierung unterzogen. Neben der Konzentration der IBV ausschließlich am Standort Nürnberg wurde innerhalb der Gesellschaft eine fondsbezogene Teamorganisation geschaffen, die ausschließlich die Funktionen Fondsmanagement, -Controlling und -Rechnungswesen wahrnimmt. Zudem wurde fondsbergreifend eine kundenorientierte Zeichnerbetreuung etabliert. Da, wie schon im Vorjahr, auch im Geschäftsjahr 2003 keine neuen geschlossenen Immobilienfonds initiiert wurden, wurde der Geschäftsbereich Konzeption und Vertrieb von Immobilienfonds, bisher angesiedelt in Wiesbaden, zum 30. September 2003 eingestellt und geschlossen.

Gesellschaftsbergreifend konnten bis zum Ende des Berichtsjahres 2003 von den ursprünglich 33 Standorten der Gruppe im Rahmen der Restrukturierung bis auf die Hauptstandorte Berlin und Nürnberg der größte Teil geschlossen und die Personal- und Sachkosten um rund 88 Mio. € nachhaltig gesenkt werden. Alle nicht zum Kerngeschäft zählenden Beteiligungen wurden bzw. werden liquidiert oder verkauft.

Im Geschäftsjahr 2003 verließen insgesamt 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 564) durch betriebsbedingte Kündigungen/Aufhebungs-

vereinbarungen oder Eigenkündigungen die IBAG-Gruppe. Der Personalbestand konnte so zum 31. Dezember 2003 auf 971 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (31. Dezember 2000: 1.945) reduziert werden. Damit wurden im Vergleich zum 31. Dezember 2000 insgesamt 974 Mitarbeiter abgebaut; dies sind nahezu 60% der ursprünglichen Belegschaft der IBG (alt).

Im Mittelpunkt der Aktivitäten des laufenden Geschäftsjahres steht wiederum die konsequente Fortsetzung des Restrukturierungs- und Konsolidierungsprozesses einschließlich aller kostensenkenden und verlustminimierenden Maßnahmen.

Die Genehmigung der Kommission ist an die Zusage der Bundesregierung geknüpft, die Umsetzung einer Reihe von Maßnahmen sicherzustellen. Danach muss u. a. das Immobiliendienstleistungsgeschäft gemäß einer Zusage an die EU-Kommission bis 31. Dezember 2005 verteuert oder abgewickelt werden. Zu diesem Stichtag gehen die dann noch vorhandenen Beteiligungen an Immobiliendienstleistungsgesellschaften zu marktgerechten Bedingungen an das Land Berlin über. Eine entsprechende Konzeption zur Ausgliederung wird von der Bank erarbeitet. Neue Immobilienfonds oder andere Kapitalanlageprodukte werden nicht mehr entwickelt bzw. vertrieben.

Dementsprechend wurden auf der Grundlage der Szenarien und daraus resultierender Mittelfristplanungen alle notwendigen Bewertungsmaßnahmen sowie die Bildung von entsprechenden Rückstellungen im Jahresabschluss 2003 der IBAG vorgenommen.

Die im Jahr 2002 begonnenen Maßnahmen zur Neuausrichtung der LPFV aus aufbau- und ablauforganisatorischer Sicht sowie die Etablierung von Prüfungs- und Abrechnungsverfahren der verschiedenen Garantien, sowohl den freigestellten Konzernunternehmen als auch dem Land Berlin gegenüber, sind 2003 nahezu abgeschlossen worden. Zur Erfüllung der Anforderungen aus der Detailvereinbarung wurde die LPFV bereits im Jahr 2002 zu einer Vertrags- und Assetmanagementgesellschaft umgestaltet. Sie hat zum einen die Aufgabe einer zentralen Abrechnungsstelle des Konzerns Bankgesellschaft Berlin gegenüber dem Land Berlin. Zum anderen übernimmt sie Aufgaben des Immobilienrisiko- und Fondsriskomanagements für mit Garantien ausgestattete geschlossene Immobilienfonds. Im Zuge der Entoperationalisierung der IBG hat die LPFV im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages wesentliche Aufgaben der IBG übernommen.

Die IBG hat im Jahr 2003 planungsgemäße Fortschritte bei der Entoperationalisierung sowie dem weiteren Ausbau der Management- und Controllingstrukturen erzielt. Vor dem Hintergrund der Ausrichtung der IBG auf eine reine Controlling-Gesellschaft wurde im Berichtsjahr ein Projekt zur Konzeption und Implementierung geeigneter Verfahrensabläufe sowie zur Schaffung von klaren Strukturen und Verantwortlichkeiten initiiert, welches auch die Abbildung der Verträge in der Buchhaltung und im Planungsprozess der IBG sicherstellt und dokumentiert. Das Projekt wird im ersten Quartal 2004 abgeschlossen werden.

Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Risikoabschirmung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts)

Die Detailvereinbarung vom 16. April 2002 zwischen der Bankgesellschaft Berlin AG und den Tochtergesellschaften, Landesbank Berlin Girozentrale, Berlin Hannoversche Hypothekenbank AG, IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, mit dem Land Berlin schirmt den Konzern von den wesentlichen Risiken des Immobiliendienstleistungsgeschäfts ab, die bis zum 31. Dezember 2001 begründet sind. Nicht erfasst sind Risiken aus dem danach begründeten Neugeschäft sowie aus der Auflage von Immobilienfonds nach dem 31. Dezember 2000.

Die Kreditgarantie umfasst gemäß Detailvereinbarung Kredite bzw. Kreditzusagen an die in der Detailvereinbarung genannten Gesellschaften der IBAG Immobilien und Beteiligungen AG-Gruppe, Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH-Gruppe sowie bestimmte Objekt- und Fondsgesellschaften, die die Bankgesellschaft Berlin AG, Landesbank Berlin Girozentrale oder die Berlin Hannoversche Hypothekenbank AG ausgereicht bzw. garantiert haben.

Das Geschäftsjahr 2003 im Überblick

Des Weiteren sind die wesentlichen Bilanzaktiva der Gesellschaften der IBAG Immobilien und Beteiligungen AG-Gruppe bzw. der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH-Gruppe einbezogen sowie bestimmte Rückstellungen und die Freistellung von Eventualverbindlichkeiten und Haftungsverhältnissen. Ansprüche aus dieser in der Detailvereinbarung gegebenen Garantie entstehen bis zu einer spätestens per 31. Dezember 2031 vorzunehmenden Schlussabrechnung nur im Falle der Verurteilung beziehungsweise Liquidation garantierter Bilanzaktiva beziehungsweise der endgültigen Realisierung eines von der Freistellung erfassten Risikos. Dabei sind Verurteilungsverluste vom Land Berlin zu erstatten und Verurteilungsgewinne an das Land Berlin abzuführen. Ausgenommen von dieser Garantie sind u.a. Buchwerte an Beteiligungen der IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, in denen diese Gesellschaft ihr Neugeschäft betreibt.

Das Land Berlin hat zudem die LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, die auf die Verwaltung der Fondsgarantien spezialisierte Tochtergesellschaft der Bankgesellschaft Berlin AG, von ihren Haftungsrisiken freigestellt, soweit diese einen Selbstbehalt in Höhe von 100 Mio. € überschreiten. Dieser Selbstbehalt wurde von der LPFV

Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH im Geschäftsverlauf 2003 vollständig ausgeschöpft. Mit Ausnahme von bestimmten einzelnen Fonds bewirkt dies eine Abschirmung des Konzerns gegen die wesentlichen Haftungsrisiken aus den abgegebenen Fondsgarantien. In diesem Zusammenhang hat das Land Berlin die Bankgesellschaft Berlin AG von einer Inanspruchnahme aus den bis zum 31. Dezember 1998 bestehenden Patronaten für die Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der Bankgesellschaft Berlin mbH und Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH weitgehend freigestellt. Dem Land Berlin sind Prüfungsrechte nach dem Haushaltsgrundsatzgesetz bei den beteiligten Gesellschaften im Konzern sowie weitere Informations- und Kontrollrechte gewährt worden. So werden bestimmte Maßnahmen nur dann von der Garantie bzw. Freistellung erfasst, wenn das Land Berlin den betreffenden Maßnahmen zuvor zugestimmt hat.

Für bestimmte Verpflichtungen der Konzerngesellschaften aus der Detailvereinbarung ist eine gesamtschuldnerische Haftung u. a. auch der Bankgesellschaft Berlin festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch eine Vereinbarung vom August 2002 und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor. Diese orientieren sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft.

Für die Übernahme der verschiedenen Garantien erhält das Land Berlin von der Bankgesellschaft Berlin bis mindestens einschließlich 2011 eine Avalprovision von 15 Mio. € pro Jahr. Die konzerninterne Aufteilung dieser Provision erfolgt durch Vereinbarung vom August 2002 und sieht eine teilweise Kostenerstattung durch die Landesbank Berlin Girozentrale und die Berlin Hannoversche Hypothekenbank AG vor. Diese Erstattung orientiert sich am Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der drei Teilbanken. Daneben hat das Land Berlin einen an bestimmte Bedingungen geknüpften Besserungsschein erhalten, dessen Kosten von der Bankgesellschaft Berlin AG als der Hauptbegünstigten der Detailvereinbarung allein zu tragen sind.

Zur Ergänzung der Detailvereinbarung ist wie vorgesehen von deren Parteien eine Zuständigkeits- und Verfahrensordnung endverhandelt worden. Die Zuständigkeits- und Verfahrensordnung, die der Zustimmung des Abgeordnetenhauses und der Hauptversammlung der BGB bedarf, regelt Zustimmungs- und Verfahrensfragen im Detail und ersetzt insofern die entsprechenden Regelungen der Detailvereinbarung. Eine Veränderung des materiellen Umfangs der Risikoabschirmung soll durch die Zuständigkeits- und Verfahrensordnung jedoch nicht erfolgen.

EU-Beihilfeverfahren zur Umstrukturierungsbeihilfe zu Gunsten der Bankgesellschaft Berlin und zur Übertragung der ehemaligen Wohnungsbaukreditanstalt Berlin (WBK) auf die Landesbank Berlin Girozentrale

Die EU-Kommission hat am 18. Februar 2004 Beihilfen zugunsten der Bankgesellschaft Berlin genehmigt. Die Genehmigung umfasst die Kapitalzuführung des Landes Berlin im August 2001 in Höhe von 1,755 Mrd. €, die so genannte Risikoabschirmung des Landes Berlin vom Dezember 2001/April 2002, bestehend aus diversen Garantien mit einem nominalen Höchstwert von 21,6 Mrd. €, sowie die so genannte Rückzahlungsvereinbarung (Begriff laut Entscheidung der EU-Kommission; im Geschäftsbericht 2002 Neutralisierungsvereinbarung genannt) zwischen dem Land Berlin und der Landesbank Berlin vom Dezember 2002, die im Hinblick auf eine etwaige Rückforderungsentscheidung der EU-Kommission in dem Verfahren über die beihilferechtliche Prüfung der Überführung der WBK auf die LBB geschlossen worden ist. Die Genehmigung der EU-Kommission ist an eine Reihe von Zusagen der Bundesregierung geknüpft und stellt sicher, dass die Rückzahlungsvereinbarung nicht zu einer Überschreitung der Kernkapitalquote von 6,0% per 1. Januar 2004 beim Konzern der Bankgesellschaft Berlin (ohne Berücksichtigung der spätestens mit Wirkung zum 1. Januar 2005 zu erfolgenden Ausgliederung der Investitionsbank Berlin aus der Landesbank Berlin) führt.

Das Geschäftsjahr 2003 im Überblick

Die Genehmigung der Kapitalzufuhr durch das Land Berlin entsprechend der in der Hauptversammlung der Bankgesellschaft Berlin AG vom 29. August 2001 beschlossenen Kapitalerhöhung war erforderlich, da die Kapitalzufuhr bisher nur befristet als Rettungsbeihilfe durch die Kommission genehmigt war. Nunmehr ist auch der dauerhafte Verbleib des zugeführten Kapitals beihilferechtlich genehmigt.

Des Weiteren wurde erwartungsgemäß auch die Risikoabschirmung vollumfänglich, d.h. insbesondere in Höhe ihres maximalen Wertes von 21,6 Mrd. € genehmigt.

Schließlich liegt mit der Entscheidung der EU-Kommission nun auch die Genehmigung der Kommission zu der Rückzahlungsvereinbarung vor, nachdem das Abgeordnetenhaus von Berlin dieser Vereinbarung bereits am 20. Februar 2003 zugestimmt hatte. Diese Vereinbarung wurde vor dem folgenden Hintergrund abgeschlossen:

Mit Schreiben vom 2. Juli 2002 hat die EU-Kommission ihren Beschluss mitgeteilt, ein separates formliches Prüfverfahren wegen der zum Jahresende 1992 vorgenommenen Überführung der ehemaligen Wohnungsbaukreditanstalt (nunmehr Investitionsbank Berlin oder IBB) auf die Landesbank Berlin Girozentrale einzuleiten (das LBB-/IBB-Verfahren). Die Bundesregierung hat der EU-Kommission insbesondere mit Schreiben vom 9. September 2002 weitere detaillierte Informationen zur Ver-

füngung gestellt und ist der Auffassung entgegengetreten, dass es sich bei der fraglichen Maßnahme um eine Beihilfe handelt.

Der Vorstand ist zuversichtlich, dass die EU-Kommission das LBB-/IBB-Verfahren mit der Entscheidung abschließen wird, die verfahrensgegenständliche Maßnahme sei nicht mit einer Beihilfe verbunden.

Es lässt sich jedoch nicht ausschließen, dass die EU-Kommission eine nicht genehmigungsfähige Beihilfe annimmt. In diesem Fall ist davon auszugehen, dass die EU-Kommission eine Rückforderungsentscheidung erlässt, wonach der Beihilfebetrag zuzüglich Verzinsung für die Zeit ab Zurverfügungstellung der Beihilfe bis zu ihrer Rückzahlung an das Land Berlin zurückzuzahlen ist.

Angesichts dieser eventuell aus dem LBB-/IBB-Verfahren resultierenden Beihilferückforderung müsste auch im Jahresabschluss 2003 der LBB sowie im Konzernabschluss der BGB an sich eine Rückstellung gebildet werden, die gegenwärtig weder von der LBB noch vom Konzern ohne Verletzung der bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen zu verkraften wäre; das galt entsprechend bereits für den Jahresabschluss 2002.

Zur Vermeidung dieser Rückstellungsbildung haben das Land Berlin und die LBB am 23./27. Dezember 2002 die Rückzahlungsvereinbarung geschlossen. Gemäß der Vereinbarung verpflichtet sich das Land Berlin, im Wege der Gewährung eines erfolgswirksam zu vereinnehmenden Zuschusses die aus dem LBB-/IBB-

Verfahren m glicherweise folgende Verpflichtung zur R ckzahlung einer etwaigen WBK-Beihilfe zu neutralisieren. Die Vereinbarung sieht vor, dass ein etwaiger Anspruch der LBB aus der R ckzahlungsvereinbarung an das Unterschreiten bestimmter Kapitalquoten im Jahresabschluss 2002 der LBB sowie des Konzerns BGB gekoppelt ist. Die EU-Kommission hat diese Koppelung in ihrer Genehmigungsentscheidung fortgeschrieben und entschieden, dass die R ckzahlungsvereinbarung auch zum Stichtag 1. Januar 2004 nicht zum berschreiten einer Kernkapitalquote beim BGB-Konzern von 6% f hren darf (unter Ber cksichtigung der vorgesehenen Ausgliederung der IBB).

Die Genehmigung der EU-Kommission ist an die Zusage der Bundesregierung gekn pft, die Umsetzung einer Reihe von Ma nahmen sicherzustellen. Eine der Ma nahmen ist die Ver u erung der Beteiligung, die das Land Berlin an der BGB h lt, bis sp testens Ende 2007. Des Weiteren hat der BGB-Konzern mit bilanzieller Wirkung sp testens zum 31. Dezember 2005 alle Beteiligungen an den von der Risikoabschirmung erfassten Immobilien-Dienstleistungsgesellschaften zu ver u ern oder zu liquidieren und die Niederlassung Berliner Bank der LBB mit Wirkung sp testens zum 1. Februar 2007 zu ver u ern. Dar ber hinaus hat der BGB-Konzern nach der Zusage der Bundesregierung die IBB-Zweckr cklage sp testens mit Wirkung zum 1. Januar 2005 aus der LBB herauszul sen, wobei der LBB weiterhin derjenige Teil der Zweckr cklage zu marktgerechten

Konditionen zur Verf gung stehen wird, der per 1. Januar 2004 f r eine Kernkapitalquote von 6,0% im Konzern Bankgesellschaft (nach Ausgliederung der IBB) erforderlich ist, maximal jedoch 1,1 Mrd. €. Schlie lich hat der BGB-Konzern sp testens zum Jahresende 2005 seine Beteiligung an der BGB Ireland plc zu liquidieren und den Umstrukturierungsplan umzusetzen. Dieser Umstrukturierungsplan sieht unter anderem die Ver u erung der Weberbank sowie den Verkauf oder die Schlie ung deutscher und ausl ndischer Tochtergesellschaften und Niederlassungen vor. Schlie lich hat die Kommission die Absicht der Bundesregierung zur Kenntnis genommen, dass die Berlin Hyp entweder im Rahmen der Privatisierung des Konzerns BGB oder separat bis Ende 2007 ver u ert wird.

Die Bankgesellschaft Berlin ist bereit, den Umstrukturierungsplan sowie die Auflagen und Verpflichtungszusagen Deutschlands, die die EU-Kommission zur Voraussetzung einer Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe gemacht hat, zu erf llen. F r die Bankgesellschaft Berlin steht au er Frage, dass auch das Land Berlin und die Bundesregierung bereit sind, diese Ma nahmen mitzutragen und die ihnen obliegenden Verpflichtungen zu erf llen.

Eine Darstellung der mit den EU-beihilferechtlichen Verfahren noch verbundenen Risiken enth lt der Risikobericht.

Geschäftsverlauf 2003

Ergebnis des Konzerns für das Geschäftsjahr 2003

Obleich aus der weiterhin nahezu stagnierenden Inlandskonjunktur keine unterstützenden Impulse auf den Geschäftsverlauf des Konzerns ausgingen, zeigte das operative Konzernergebnis, dass die Restrukturierung des Konzerns im Jahr 2003 weiter erfolgreich vorangekommen ist.

Die Erträge des operativen Ergebnisses aus ordentlicher Geschäftstätigkeit lagen bei einer Verringerung der Bilanzsumme um 12,5% nahezu auf dem Niveau des Vorjahres. Zusammen mit der auch im Jahr 2003 erzielten signifikanten Senkung der Verwaltungsaufwendungen (167 Mio. € oder 10,8%) ist dies ausschlaggebend für die deutliche Steigerung des operativen Konzernergebnisses von 48 Mio. € auf 218 Mio. € (ohne EU-Entscheidung). Belastend wirkten sich Rückstellungen und Bewertungsmaßnahmen infolge der positiven EU-Entscheidung zum Beihilfeverfahren mit 340 Mio. € aus.

Das vierte Quartal 2003 weist mit einem operativen Ergebnis in Höhe von 68 Mio. € ein über dem Durchschnittsniveau der Vorquartale liegendes Ergebnis aus und verdeutlicht damit den sich verstetigenden positiven Trend. Während sich die Erträge und Verwaltungsaufwendungen überwiegend kontinuierlich entwickelten, kam es bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft bei Beibehaltung der vorsichtigen Bilanzierung zu Entlastungseffekten.

Im Hinblick auf die vorgesehene rechtliche Selbstständigkeit der Investitionsbank Berlin (Abteilung der Landesbank Berlin) wurde die Auflösung

der dort vorhandenen Reserven nach § 340f HGB in Höhe von 176 Mio. € vorgenommen. Dieser Auflösungsbetrag sowie die weitere Dotierung in Höhe von 26 Mio. € wurde zur Dotierung der Reserven nach § 340g HGB (Fonds für allgemeine Bankrisiken) genutzt und dient damit einer Stärkung der Kernkapitalbasis der IBB nach Ausgliederung.

Aus Finanzanlagen wurden im Geschäftsjahr 2003 insbesondere aus Beteiligungsverkäufen Erträge in Höhe von 145 Mio. € erzielt, die überwiegend im Finanzanlageergebnis und mit 52 Mio. € im Bewertungsergebnis aus assoziierten Unternehmen ausgewiesen werden. Auf der Grundlage der zum Vorjahr unverändert beibehaltenen Bewertungsmethode mussten die im Anlagevermögen gehaltenen Wertpapiere (EURO STOXX-50-Fondsanteile) in Höhe von 158 Mio. € abgeschrieben werden. Damit liegt der Buchwert per 31. Dezember 2003 in Höhe des Marktwerts. Abschreibungen auf Finanzanlagen belasten das Ergebnis mit 204 Mio. €. Laufende Aufwendungen für die Restrukturierung sowie die Zuführungen zur Restrukturierungsrückstellung belasteten als außerordentlicher Aufwand erwartungsgemäß das Konzernergebnis mit 71 Mio. € (Vorjahr: 100 Mio. €).

Das handelsrechtlich ausgewiesene Konzernergebnis nach Steuern des Geschäftsjahres 2003 ist auf Grund der Rückstellungen für die Umsetzung der Entscheidung der Europäischen Kommission nur bedingt vergleichbar. Das Ergebnis der ordentlichen Geschäftstätigkeit des Konzerns in dem die Effekte aus der EU-Genehmigung nicht enthalten sind, wird daher separat dem Vorjahresergebnis gegenübergestellt.

KONZERNERGEBNIS DER ORDENTLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

(ohne Aufwendungen aus der EU-Entscheidung)

in Mio. t	2003	2002	Veränderungen
Zinsüberschuss	1.664	1.706	-42
Provisionsüberschuss	314	342	-28
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	12	-24	36
Verwaltungsaufwendungen	1.379	1.546	-167
Personalaufwand	744	853	-109
andere Verwaltungsaufwendungen	543	590	-47
Normalabschreibungen	92	103	-11
Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge	-42	5	-47
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	569	483	86
Risikovorsorge (ohne Reserven nach § 340f HGB)	351	531	-180
Operatives Ergebnis	218	-48	266
Reserven nach § 340f HGB	-176	-25	-151
Betriebsergebnis	394	-23	417
Ergebnis aus Finanzanlagen	-76	-449	373
Saldo der übrigen Positionen	-304	-144	-160
Ergebnis vor Steuern	14	-616	630
Ertragsteuern ¹⁾	-10	83	-93
Ergebnis nach Steuern	24	-699	723

¹⁾ auf Basis des handelsrechtlichen Gesamtergebnisses

Für die Umsetzung der Entscheidung zur Genehmigung der Beihilfe der EU-Kommission wurden Rückstellungen gebildet und Bewertungen vorgenommen für:

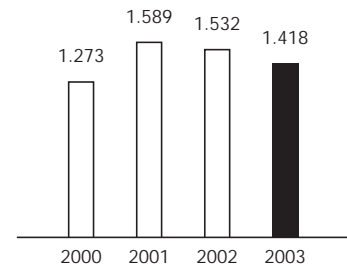
in Mio. t	2003
Abgabe des unter die Detailvereinbarung fallenden Immobiliendienstleistungsgeschäfts	122
Verkauf der Niederlassung Berliner Bank	177
Liquidation der BG (Ireland) plc	18
Wertkorrektur der 25%igen Gewinnbezugsrechte der LBB	23
Insgesamt	340

Diese Effekte belasteten die nachfolgend genannten GuV-Positionen:

in Mio. t	2003
Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge	23
Ergebnis aus Finanzanlagen	15
Saldo der übrigen Positionen (a. o. Aufwendungen)	302
Insgesamt	340

Geschäftsverlauf 2003

Zinsüberschuss ohne laufende Erträge aus Aktien und Beteiligungsergebnissen in Mio. €



HANDELSRECHTLICHES KONZERNERGEBNIS INSGESAMT

(ordentliche Geschäftstätigkeit und EU-Entscheidung)

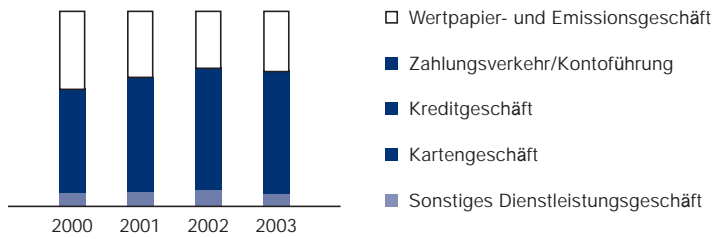
in Mio. t	2003	2002	Veränderungen
Zinsüberschuss	1.664	1.706	-42
Provisionsüberschuss	314	342	-28
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	12	-24	36
Verwaltungsaufwendungen	1.379	1.546	-167
Personalaufwand	744	853	-109
andere Verwaltungsaufwendungen	543	590	-47
Normalabschreibungen	92	103	-11
Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge	-65	5	-70
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	546	483	63
Risikovorsorge (ohne Reserven nach § 340f HGB)	351	531	-180
Operatives Ergebnis	195	-48	243
Reserven nach § 340f HGB	-176	-25	-151
Betriebsergebnis	371	-23	394
Ergebnis aus Finanzanlagen	-91	-449	358
Saldo der übrigen Positionen	-606	-144	-462
Ergebnis vor Steuern	-326	-616	290
Ertragsteuern	-10	83	-93
Ergebnis nach Steuern	-316	-699	383

Zinsüberschuss

Der Rückgang des Zinsüberschusses um 42 Mio. € auf 1.664 Mio. € ist überwiegend auf die strategiekonforme Rückführung des Bilanzvolumens zurückzuführen. Hierbei wirkten sich Margensteigerungen kompensierend aus. Während die Zinsaufwendungen mit 5.001 Mio. € um 21,1% unter denen des Vorjahres lagen, verringerten sich die Zinserträge bei nahezu konstanten Erträgen aus Maßnahmen des

strategischen Zinsmanagements lediglich um 18,4% auf 6.419 Mio. €. Die im Zinsüberschuss enthaltenen laufenden Erträge aus Beteiligungen und verbundenen Unternehmen, aus Gewinngemeinschaften sowie assoziierten Unternehmen stiegen um 79 Mio. € auf 92 Mio. €. Hierbei wirkten sich vor allem Erlöse aus dem Verkauf assoziierter Unternehmen aus.

Struktur des Provisionsüberschusses in %



Der Zinsüberschuss (ohne laufende Erträge aus Aktien und Beteiligungsergebnissen) ist in der oben stehenden Grafik dargestellt.

Die Zinsspanne betrug, bezogen auf den Zinsüberschuss, insgesamt 1,05% (Vorjahr: 0,96%) und ohne die Maßnahmen des strategischen Zinsmanagements 0,93% (Vorjahr: 0,86%).

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss blieb mit 314 Mio. € um 28 Mio. € oder 8,2% unter dem Vorjahreswert von 342 Mio. €.

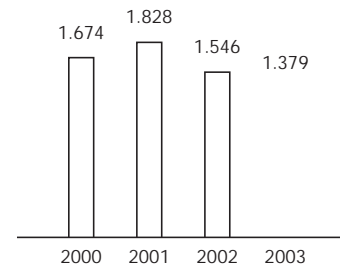
Die Entwicklung der Struktur des Provisionsüberschusses zeigte mit einem vergrößerten Anteil der Provisionen aus Zahlungsverkehr/Kontoführung den Fortschritt der Restrukturierung zu einer starken Regionalbank mit einem bedeutenden Retailgeschäft.

Die Provisionen aus Zahlungsverkehr/Kontoführung stellen mit 139 Mio. € eine maßgebliche Ertragskomponente des Provisionsüberschusses dar. Das Wertpapier- und Emissionsgeschäft lag mit 96 Mio. € auf Grund der konjunkturbedingt verhaltenen Kundenaktivitäten leicht unter dem Vorjahresniveau.

Durch die fortgesetzte planmäßige Konzentration des Privat- und Firmenkundengeschäfts auf den Großraum Berlin und auf Grund des selektiven und an strenge Kriterien geknüpften Neugeschäfts im Kreditbereich wurde im Kreditgeschäft mit 25 Mio. € ein geringerer Provisionsüberschuss als im Vorjahr (41 Mio. €) erwirtschaftet. Der Rückgang resultiert überwiegend aus den Avalprovisionen.

Die Provisionen aus dem Kartengeschäft und den sonstigen Dienstleistungen lagen mit 36 Mio. € bzw. 18 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahres.

Verwaltungsaufwand in Mio. €



Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften erreichte 12 Mio. € (Vorjahr: 24 Mio. €). Im Gegensatz zum Vorjahr wurde diese Position im Geschäftsjahr 2003 nur in geringem Umfang durch die Bewertung des Bestands an eigenen Aktien beeinflusst (+0,3 Mio. €; Vorjahr: 15,9 Mio. €). Die schwebenden Kurswertreserven im Handelsbereich haben sich leicht reduziert.

Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand im Konzern sank um 167 Mio. € oder 10,8% auf 1.379 Mio. € (Vorjahr: 1.546 Mio. €). Die realisierten Kosteneinsparungen entfielen mit 109 Mio. € auf den Personalaufwand und mit 58 Mio. € auf die anderen Verwaltungsaufwendungen inklusive Normalabschreibungen. Durch die Restrukturierung des Konzerns sowie das stringente Kostenmanagement liegt der Verwaltungsaufwand inzwischen wieder auf dem Niveau des Geschäftsjahres 1995.

Der **Personalaufwand** (siehe Grafik Seite 67) betrug 744 Mio. € nach 853 Mio. € im Vorjahr. Der restrukturierungskonforme Abbau von 3.116 Beschäftigten (-21,7%) im Geschäftsjahr trug hierzu maßgeblich bei. Hiervon sind 1.743 Beschäftigte mit dem Verkauf der Zivnostenská banka und der ALLBANK aus dem Konzern ausgeschieden.

Die **anderen Verwaltungsaufwendungen** (siehe Grafik Seite 67) reduzierten sich um 47 Mio. € oder 8,0% auf 543 Mio. €.

Infolge des Abbaus von Beschäftigten und der Aufgabe von Standorten verringerten sich die Gebäude- und Raumkosten des Konzerns deutlich um 25 Mio. € oder 17,7%.

Geschäftsverlauf 2003

Die Aufwände des Bankkonzerns (ohne Immobiliendienstleistungsgeschäft) für Beratungen, Prüfungen und Beiträge aus laufender Geschäftstätigkeit lagen mit 54 Mio. € deutlich unter dem Vorjahresniveau von 65 Mio. €. Dies ist unter anderem auf abgeschlossene Projekte zurückzuführen. Die Projekte Basel II sowie IAS/IFRS wurden mit erheblichem Aufwand fortgesetzt.

Sowohl das zu Beginn des Restrukturierungsprozesses eingeführte Kostenmanagement als auch der Abbau von Beschäftigten führten zu einem Rückgang insbesondere bei den personalabhängigen Sachkosten (-7 Mio. € oder -38,9%).

Die Normalabschreibungen in Höhe von 92 Mio. € (Vorjahr: 103 Mio. €) resultierten aus Abschreibungen auf Bankgebäude, EDV-Hardware sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Verringerung des Abschreibungsaufwands um 10,7% ist auf die vielfältigen Restrukturierungsmaßnahmen im Konzern zurückzuführen.

Saldo der übrigen betrieblichen
Aufwendungen und Erträge

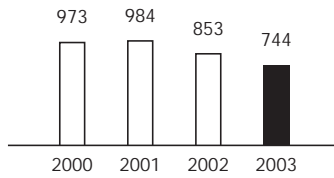
Der Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge aus ordentlicher Geschäftstätigkeit (ohne EU-Entscheidung) fiel mit 42 Mio. € hinter den Wert des vorangegangenen Geschäftsjahres

(5 Mio. €) zurück. Ausschlaggebend hierfür ist eine Abschreibung in Höhe von 57 Mio. € auf die als sonstiger Vermögensgegenstand bilanzierten 25%igen Gewinnbezugsrechte der LBB. Dies erfolgte auf Basis des bisher angewandten Bewertungsverfahrens. Im Hinblick auf die beabsichtigte Vereinfachung der Konzernstruktur im Zusammenhang mit der seitens der EU-Kommission vorgegebenen Privatisierung wurde ergänzend eine Abschreibung in Höhe von 23 Mio. € vorgenommen.

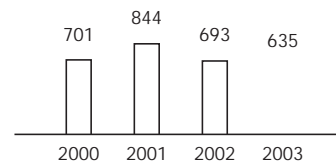
Bereinigt um diese Wertkorrekturen lag der Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge mit 15 Mio. € um 10 Mio. € über dem Vorjahressaldo (5 Mio. €). Der bereinigte Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge setzt sich zusammen aus dem Saldo der sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge (25 Mio. €, Vorjahr: 7 Mio. €) und den sonstigen Steuern (10 Mio. €, Vorjahr: 2 Mio. €).

Der Saldo der sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge beinhaltet die entsprechenden Erfolge aus den zum Konzern gehörenden Kreditinstituten. Wesentliche Geschäftstätigkeiten der Servicegesellschaften wurden in die Kreditinstitute integriert oder durch Outsourcing an Konzerndritte übertragen. Darüber hinaus kommen die Aufwendungen (mit Ausnahme des Personalaufwands) und Erträge aus dem operativen Geschäft des Immobiliendienstleistungsbereichs des Konzerns (IBAG, IBG und LPFV) hier zum Ausweis.

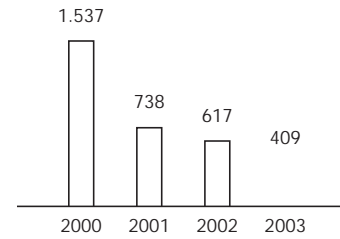
Personalaufwand
in Mio. €



Andere Verwaltungsaufwendungen
inkl. Normalabschreibungen
in Mio. €



Risikovorsorge im Kreditgeschäft
in Mio. €



Risikovorsorge

Für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wurden netto insgesamt 409 Mio. € (Vorjahr: 617 Mio. €) eingestellt, davon 140 Mio. € bei der BGB, 85 Mio. € bei der LBB (einschließlich IBB) und 147 Mio. € bei der Berlin Hyp.

Das Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve, das sich per Saldo auf einen Ertrag von 58 Mio. € (Vorjahr: 86 Mio. €) belief, wurde überwiegend in der Landesbank Berlin und der Berlin Hyp realisiert.

Im Hinblick auf die geplante rechtliche Selbstständigkeit der Investitionsbank Berlin wurden die dort vorhandenen Reserven nach § 340f HGB (176 Mio. €) aufgelöst. Dieser Auflösungsbetrag sowie die weitere Dotierung in Höhe von 26 Mio. € wurden zur Dotierung der Reserve nach § 340g HGB genutzt. Dies dient der Stärkung der Kernkapitalbasis der IBB nach Ausgliederung.

Die Risikovorsorge setzte sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

RISIKOVORSORGE IM KONZERN

in Mio. €	2003	2002
Risikovorsorge im Kreditgeschäft		
zu Lasten GuV gebildete Wertberichtigungen	723	1.001
Direktabschreibungen	45	32
zu Gunsten der GuV aufgelöste Wertberichtigungen	340	409
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	19	7
Vorsorgeaufwand – netto	409	617
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve		
Ertragskomponenten	160	209
Aufwandskomponenten	102	123
Wertpapierergebnis – netto	58	86
Summe vor Veränderung der Reserve nach § 340f HGB	351	531
Veränderung der Reserve nach § 340f HGB	-176	-25
Insgesamt	175	506

Geschäftsverlauf 2003

Ergebnis aus Finanzanlagen

Das Ergebnis aus Finanzanlagen im Konzern belief sich auf 91 Mio. € (Vorjahr: 449 Mio. €). Auf der Grundlage der zum Vorjahr unverändert beibehaltenen Bewertungsmethode mussten die im Anlagevermögen gehaltenen Wertpapiere (EURO STOXX-50-Fondsanteile) in Höhe von 138 Mio. € (Vorjahr: 399 Mio. €) abgeschrieben werden. Basis der Ermittlung des zum Bewertungsstichtag beizulegenden Wertes waren die durchschnittlichen Fondsanteilspreise in den vergangenen zwölf Monaten, wobei der aktuelle Marktpreis die Untergrenze darstellte. Zum Jahresende 2003 sind die Fondsanteile zum Marktpreis bewertet.

Die wesentlichen Wertberichtigungen und Vorsorgen auf Beteiligungen entfielen auf die von der Bankgesellschaft Berlin AG und der LBB gehaltenen Anteile an der Berlin Capital Fund sowie auf das Beteiligungsportfolio der IBB. Kompensierend standen diesen Aufwendungen insbesondere die Erträge aus der Veräußerung der Anteile an der Zivnostenská banka gegenüber, die im Konzern durch im Zeitraum der Konzernzugehörigkeit thesaurierte Gewinne gemindert waren.

Für die Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission sind im handelsrechtlichen Ausweis des Ergebnisses aus Finanzanlagen 15 Mio. € für Entkonsolidierungseffekte aus dem Abgang der Immobiliendienstleistungsgesellschaften enthalten.

Saldo der übrigen Positionen

Dieser Sammelposten enthält im Wesentlichen Aufwendungen aus Verlustübernahmen sowie die Positionen außerordentliche Aufwendungen und außerordentliche Erträge.

Die Verlustübernahmen lagen mit 29 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahres (39 Mio. €) und resultieren überwiegend aus den zum Konzern gehörenden Grundstücksgesellschaften.

Die außerordentlichen Aufwendungen und Erträge waren maßgeblich bestimmt durch die Restrukturierung des Konzerns und die damit im Zusammenhang stehende Neuausrichtung in den Bereichen Personal, Sachkosten und Flächenmanagement.

Von den zum 31. Dezember 2002 ausgewiesenen Restrukturierungsrückstellungen wurden 95 Mio. € in Anspruch genommen bzw. zweckbestimmt verwendet. Im Berichtsjahr wurden 75 Mio. € zugeführt und 18 Mio. € aufgelöst. Laufende Aufwendungen aus der Restrukturierung fielen mit 26 Mio. € an.

Für die Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission wurden im handelsrechtlichen Ausweis des außerordentlichen Aufwands Rückstellungsaufwendungen in Höhe von 302 Mio. € bilanziert. Der vorgesehenen Abgabe des unter die Detailvereinbarung fallenden Immobiliendienstleistungsgeschäfts, dem Verkauf der Niederlassung Berliner Bank sowie der Liquidation der Tochtergesellschaft Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc wird hierdurch Rechnung getragen.

Ertragsteuern

Durch die Aktivierung latenter Steuern im Geschäftsjahr 2003 kommt es in der Position Ertragsteueraufwand insgesamt zu einer positiven Ertragsauswirkung. Der Anfangsbestand der latenten Steuern, die auf Basis des im Berichtsjahr erstmalig anzuwendenden DRS 10 zu bilden waren, ist zum 1. Januar 2005 mit einem Betrag von 151 Mio. € erfolgsneutral in den Konzernabschluss eingestellt worden. Der Ertrag aus Ertragsteuern im Konzern belief sich auf 10 Mio. € (Vorjahr: 85 Mio. € Aufwand), hierin sind Erträge aus der Bildung von latenten Steuern in Höhe von 39 Mio. € enthalten.

Ergebnis der Bankgesellschaft Berlin AG für das Geschäftsjahr 2003

In den nachfolgenden Werten des Geschäftsjahres 2003 ist die Gewinn- und Verlustrechnung der Niederlassung Berliner Bank bis zum Verkaufstichtag 1. Juli 2003 d.h. für das erste Halbjahr in den originären Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung der Bankgesellschaft Berlin AG ausgewiesen. Das Ergebnis der Berliner Bank für diesen Zeitraum (2 Mio. €) ist vertragsgemäß von der Landesbank Berlin erstattet worden. Der Erstattungsbetrag ist im Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen/Erträge ausgewiesen. Um die Auswirkungen aus dem Verkauf der Berliner Bank für das abgelaufene Geschäftsjahr zu verdeutlichen, wurde in den folgenden Tabellen zusätzlich auch pro forma eine Ertragsrechnung 2003 einschließlich der Berliner Bank für

das gesamte Jahr dargestellt. Diese Unterteilung wurde auch für die Angaben in den Bilanz-/GuV-Formblättern sowie im Anhang vorgenommen. Die sonstigen Vergleiche beziehen sich ausnahmslos auf die effektiven Veränderungen zwischen beiden Geschäftsjahren; sofern im Einzelfall erforderlich, wird auf den jeweiligen Einfluss aus dem Verkauf der Berliner Bank ergänzend hingewiesen. Eine ausführliche Darstellung zur Überleitung sowie zur Ermittlung der Ergebnisrechnung des Teilbetriebs der Berliner Bank ist im Anhang vorgenommen worden.

Der Einzelabschluss der Bankgesellschaft Berlin AG für das Geschäftsjahr 2003 zeigt ein gegenüber dem Vorjahr leicht verbessertes Ergebnis. Das operative Ergebnis (Betriebsergebnis nach Risikovorsorge ohne Reserven nach § 340f HGB) liegt jedoch unter dem des Vorjahres, was vor allem auf verringerte Beteiligungserträge zurückzuführen ist. War das Vorjahresergebnis durch besondere Aufwendungen im Ergebnis aus Finanzanlagen, Verlustübernahmen für Tochterunternehmen und von Restrukturierungsaufwendungen beeinflusst, so ist es 2003 durch erhebliche Belastungen aus der EU-Entscheidung vom 18. Februar 2004 gekennzeichnet. Diese spiegeln sich nicht nur im Saldo der übrigen Positionen wider, sondern belasten auch den Zinsüberschuss und den Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen/Erträge.

Geschäftsverlauf 2003

ERGEBNIS DER ORDENTLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT DER BANKGESELLSCHAFT BERLIN AG
(ohne Aufwendungen aus der EU-Entscheidung)

in Mio. t	2003	2003 ¹⁾	2002	Veränderungen
Zinsüberschuss	553	607	727	-174
Provisionsüberschuss	56	105	122	-66
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	5	5	-29	34
Verwaltungsaufwendungen	554	642	674	-120
Personalaufwand	200	229	281	-81
andere Verwaltungsaufwendungen	276	334	382	-106
Normalabschreibungen	78	79	11	67
Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge	105	106	95	10
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	165	181	241	-76
Risikovorsorge (ohne Reserven nach § 340f HGB)	136	150	251	-115
Operatives Ergebnis	29	31	-10	39
Reserven nach § 340f HGB	0	0	0	0
Betriebsergebnis	29	31	-10	39
Ergebnis aus Finanzanlagen	-144	-144	-538	394
Saldo der übrigen Positionen	-31	-33	-137	106
Ergebnis vor Steuern	-146	-146	-685	539
Ertragsteuern ²⁾	1	1	11	-10
Ergebnis nach Steuern	-147	-147	-696	549

¹⁾ einschließlich Berliner Bank für das gesamte Jahr 2003

²⁾ auf Basis des handelsrechtlichen Gesamtergebnisses

Für die Umsetzung der Entscheidung zur Genehmigung der Beihilfe der EU-Kommission wurden Rückstellungen gebildet und Bewertungen vorgenommen für:

in Mio. t	2003
Abgabe des unter die Detailvereinbarung fallenden Immobiliendienstleistungsgeschäfts (saldiert mit positiven Effekten)	42
Verkauf der Niederlassung Berliner Bank	155
Bewertung der BG (Ireland) plc wegen Liquidation	6
Wertkorrektur der 25%igen Gewinnbezugsrechte der LBB	23
Auswirkungen auf Ergebnisübernahmen von Tochterunternehmen durch deren Ergebnisbelastung	172
Insgesamt	398

Diese Effekte belasteten die nachfolgend genannten GuV-Positionen:

in Mio. t	2003
Zinsüberschuss	83
Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge	23
Ergebnis aus Finanzanlagen	6
Saldo der übrigen Positionen (inkl. Verlustübernahmen)	286
Insgesamt	398

HANDELSRECHTLICHES ERGEBNIS INSGESAMT DER BANKGESELLSCHAFT BERLIN AG

(ordentliche Geschäftstätigkeit und EU-Entscheidung)

in Mio. t	2003	2003 ¹⁾	2002	Veränderungen
Zinsüberschuss	470	524	727	-257
Provisionsüberschuss	56	105	122	-66
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	5	5	-29	34
Verwaltungsaufwendungen	554	642	674	-120
Personalaufwand	200	229	281	-81
andere Verwaltungsaufwendungen	276	334	382	-106
Normalabschreibungen	78	79	11	67
Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge	82	83	95	-13
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	59	75	241	-182
Risikovorsorge (ohne Reserven nach § 340f HGB)	136	150	251	-115
Operatives Ergebnis	-77	-75	-10	-67
Reserven nach § 340f HGB	0	0	0	0
Betriebsergebnis	-77	-75	-10	-67
Ergebnis aus Finanzanlagen	-150	-150	-538	388
Saldo der übrigen Positionen	-317	-319	-137	-180
Ergebnis vor Steuern	-544	-544	-685	141
Ertragsteuern	1	1	11	-10
Ergebnis nach Steuern	-545	-545	-696	151

¹⁾ einschließlich Berliner Bank für das gesamte Jahr 2003

Geschäftsverlauf 2003

Der **Zinsüberschuss** verminderte sich deutlich um 257 Mio. € oder 35,4%, was hauptsächlich auf geringere Erträge aus Beteiligungen und das Entfallen des Zinsergebnisses der Berliner Bank im zweiten Halbjahr zurückzuführen ist. Der Anteil der im Geschäftsjahr realisierten Erträge aus Maßnahmen des strategischen Zinsmanagements verringerte sich leicht.

Der **Provisionsüberschuss** blieb mit 56 Mio. € um 66 Mio. € oder 54,1% unter dem Vorjahresniveau. Hier macht sich ganz überwiegend der Wegfall der Provisionserträge der Berliner Bank im zweiten Halbjahr bemerkbar. Auch unter Einbeziehung der Niederlassung Berliner Bank ist ein Rückgang von etwa 14% zu verzeichnen.

Der **Verwaltungsaufwand** konnte um 120 Mio. € oder 17,8% auf 554 Mio. € gesenkt werden, was zum großen Teil auf die Ausgliederung der Berliner Bank zurückzuführen ist. Darüber hinaus spiegelt der verbleibende Rückgang die Erfolge bereits umgesetzter Sanierungsmaßnahmen wider.

Die Verringerung des **Personalaufwands** ist sowohl auf den weiteren Abbau von Arbeitsplätzen als auch auf die rund 8%igen Gehaltsreduzierungen seit Mai 2002 zurückzuführen.

Der Rückgang der **anderen Verwaltungsaufwendungen** ist Ergebnis eines intensiven Kostenmanagements. Dabei wurden Projekte wie KOLIBRI (Konzeption für ein Obligo- und Limitmanagementsystem) erfolgreich beendet und Basel II sowie IAS mit erheblichem Aufwand fortgesetzt.

Der deutliche Anstieg der **Normalabschreibungen** steht im Zusammenhang mit der Übernahme des Anlagevermögens von der BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH und der Eingliederung der BG-SYS Bankgesellschaft Berlin AG & Co. Systementwicklungsgesellschaft beschränkt haftende oHG. Soweit dieses Anlagevermögen von anderen Konzerngesellschaften genutzt wird, hat die Bank im Rahmen der Konzernleistungsverrechnung entsprechende Erträge (41 Mio. €) vereinnahmt, welche im Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge ausgewiesen sind.

Im **Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge** werden die höheren Erträge aus der Konzernleistungsverrechnung einschließlich der weitergegebenen Normalabschreibungen (61 Mio. €) durch die Abschreibungen auf die Gewinnbezugsrechte aus der Landesbank Berlin kompensiert.

Die **Risikovorsorge** betrug 136 Mio. € und unterschritt damit den Vorjahressaldo um 115 Mio. € oder 45,8%.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** in Höhe von 150 Mio. € ist durch Abschreibungen in Höhe von 138 Mio. € auf Anlagen in Investmentfonds, die den EURO STOXX-50-Index nachbilden (Vorjahr: 399 Mio. €), Abschreibungen von Wertpapieren des Anlagevermögens (5 Mio. €) und erforderliche Vorsorgen für Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von 128 Mio. € geprägt. Letztere betrafen überwiegend konsolidierte Konzerngesellschaften. Die Abschreibungen auf die Investmentfonds sind im Anhang unter Allgemeine Bewer-

RISIKOVORSORGE DER AG

in Mio. t	2003	2003 ¹⁾	2002
Risikovorsorge im Kreditgeschäft			
zu Lasten GuV gebildete Wertberichtigungen	226	252	336
Direktabschreibungen	27	34	14
zu Gunsten der GuV aufgelöste Wertberichtigungen	107	123	119
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	6	9	2
Vorsorgeaufwand – netto	140	154	229
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve			
Ertragskomponenten	34	34	32
Aufwandskomponenten	30	30	54
Wertpapierergebnis – netto	4	4	-22
Summe vor Veränderung der Reserve nach § 340f HGB	136	150	251
Veränderung der Reserve nach § 340f HGB	0	0	0
Insgesamt ²⁾	136	150	251

¹⁾ einschließlich Berliner Bank für das gesamte Jahr 2003

²⁾ ohne Altkredite

tungsgrundsätze n her erl utert. Den Abschreibungen stehen Buchgewinne aus dem Verkauf von Unternehmen und Zuschreibungen in Höhe von 121 Mio. € gegenüber.

Im **Saldo der übrigen Positionen** sind Verlustbernahmen von 105 Mio. € und außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 212 Mio. € enthalten. Die Verlustbernahmen entfielen überwiegend auf konsolidierte Konzerngesellschaften. In den außerordentlichen Aufwendungen sind Aufwendungen, die aufgrund der EU-Entscheidung vom 18. Februar 2004 entstanden sind, in Höhe von 197 Mio. € berücksichtigt.

Der **Ertragsteueraufwand** der AG belief sich auf 1 Mio. €. Hiervon entfiel ein Betrag in Höhe von 10 Mio. € auf die Niederlassung London, wo Steuererstattungsansprüche für vergangene Jahre geltend gemacht werden konnten. Im Inland stehen dem nicht anrechenbare Quellensteuern, Körperschaftsteuer (Nachsteuer) als Folge des Systemwechsels vom Anrechnungs- zum Halbeinkünfteverfahren sowie periodenfremde Posten entgegen.

Auswirkungen der Konsolidierung

Die Positionen der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung werden maßgeblich durch die Bankgesellschaft Berlin AG, die LBB, die Berlin Hyp sowie den Teilkonzern IBAG bestimmt. Die LBB und die Berlin Hyp wiesen für das Geschäftsjahr 2003 jeweils ein ausgeglichenes Ergebnis aus.

Für das Geschäftsjahr 2003 waren im Rahmen der Konsolidierung nur im geringen Umfang phasengleich vereinnahmte Beteiligungserträge zu eliminieren (35 Mio. €; Vorjahr: 102 Mio. €); Zwischenerfolge wurden saldiert in Höhe von 117 Mio. € (Vorjahr: +112 Mio. €) konsolidiert. Die Zwischenerfolgseliminierungen sind überwiegend auf Abschreibungen von Buchwerten konsolidierter Tochterunternehmen bzw. auf Aufwendungen oder Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für Kapitalmaßnahmen zurückzuführen.

Geschäftsverlauf 2003

Die Entkonsolidierungen der Zivnostenská banka zum 1. Januar 2003 und der ALLBANK zum 1. September 2003 hatte einen positiven Ertragseffekt in Höhe von 9 Mio. €.

Künftigen Belastungen aus Entkonsolidierungseffekten, die aus der Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission resultieren werden, wurden durch die Bildung von Rückstellungen im Konzern mit 15 Mio. € Rechnung getragen.

Das Bilanzvolumen wird getragen von der Bankgesellschaft Berlin AG, der LBB und der Berlin Hyp. Bezogen auf den Summenabschluss entfallen 89,4% (Vorjahr: 88,6%) der Bilanzsumme auf diese Gesellschaften; im Einzelnen verteilt sie sich wie folgt:

Sowohl der restrukturierungskonforme Volumenabbau in der Bankgesellschaft Berlin und der LBB sowie die Veräußerung der ALLBANK und der Zivnostenská banka als auch die Eingliederung von Servicegesellschaften haben kompensierende Wirkung, sodass das prozentuale Verhältnis der Konzerngesellschaften am Bilanzvolumen des Konzerns nahezu unverändert bleibt.

Das Konsolidierungsvolumen von 66,1 Mrd. € (Vorjahr: 51,8 Mrd. €) resultiert mit 43,1 Mrd. € (Vorjahr: 31,2 Mrd. €) aus der Schulden-, mit 15,0 Mrd. € (Vorjahr: 15,4 Mrd. €) aus der Wertpapier- und mit 8,0 Mrd. € (Vorjahr: 5,2 Mrd. €) aus den sonstigen Bestandskonsolidierungen (u. a. Kapitalkonsolidierung mit 8,0 Mrd. €; Vorjahr: 4,4 Mrd. €).

VERTEILUNG DES BILANZVOLUMENS AUF FOLGENDE GESELLSCHAFTEN

in %	31.12.2003	31.12.2002
Bankgesellschaft Berlin AG	29,0	32,3
Landesbank Berlin	42,2	37,3
darunter:		
Investitionsbank Berlin	(8,8)	(8,6)
Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG	18,2	19,0
Bankgesellschaft Berlin International S.A.	2,3	2,3
Weberbank Privatbankiers KGaA	2,1	2,1
	93,8	93,0
Andere Kreditinstitute	3,0	3,6
Andere Konzerngesellschaften	3,2	3,4
	100,0	100,0

KREDITVOLUMEN IM KONZERN

	31.12.2003	31.12.2002	Veränderungen	
	Mio. t	Mio. t	Mio. t	%
Wechselkredite (soweit nicht unter Forderungen ausgewiesen)	1	48	-47	-97,9
Kredite an Kreditinstitute ¹⁾	11.331	13.376	-2.045	-15,3
Forderungen an Kunden ²⁾	77.640	89.504	-11.864	-13,3
darunter:				
Hypothekendarlehen der Hypothekenbank	15.162	17.798	-2.636	-14,8
Kommunalkredite	28.792	25.812	2.980	11,5
Andere durch Grundpfandrechte gesicherte Forderungen	14.304	15.658	-1.354	-8,6
Übrige Kundenforderungen	19.382	30.236	-10.854	-35,9
Kreditvolumen	88.972	102.928	-13.956	-13,6

¹⁾ Forderungen an Kreditinstitute Restlaufzeit > 1 Jahr

²⁾ ohne Reverse Repos und Forderungen aus Wertpapierleihegeschäften

Volumenentwicklung des Konzerns

Die Bilanzsumme des Konzerns reduzierte sich zum 31. Dezember 2003 um 21,5 Mrd. € oder 12,3% auf 153,3 Mrd. € gegen über dem Vorjahr (174,8 Mrd. €). Ausschlaggebend für diese Entwicklung war überwiegend die restrukturierungskonforme Rückführung der Forderungen und Verbindlichkeiten an beziehungsweise gegenüber Kunden und Kreditinstituten sowie die zum Bilanzstichtag wegen Veräußerung nicht mehr konsolidierten Tochterunternehmen.

Das Nominalvolumen des Derivate-Geschäfts belief sich zum Bilanzstichtag auf 548,4 Mrd. € (Vorjahr: 691,5 Mrd. €); 92,6% dieses Volumens bezogen sich auf zinsbezogene Geschäfte. Die größte Position stellten hierbei die Zinsswaps mit 391,3 Mrd. € dar (77,0% der zinsbezogenen Geschäfte).

Im Sinne des KWG-Grundsatzes I (Adressenausfallrisiken) entspricht das Derivate-Geschäft mit einem Nominalvolumen von 548,4 Mrd. € einem gewichteten Kreditrisiko äquivalent in Höhe von 1,2 Mrd. € (Vorjahr: 1,4 Mrd. €).

Das Kreditvolumen im Konzern ging um 13,9 Mrd. € auf 89,0 Mrd. € (Vorjahr: 102,9 Mrd. €) zurück. Der Rückgang entfiel mit 2,0 Mrd. € auf Forderungen an Kreditinstitute sowie mit 11,9 Mrd. € auf Kundenforderungen.

Das Kreditvolumen gliedert sich im Einzelnen wie in der oben stehenden Tabelle.

Geschäftsverlauf 2003

Aktiva

Die **Forderungen an Kreditinstitute** sanken um 2,7 Mrd. € oder 8,7% auf 28,1 Mrd. € (Vorjahr: 30,8 Mrd. €). Der Rückgang bei unterschiedlichen Forderungen wurde zum größten Teil durch langfristige Forderungen ausgeglichen.

Die **Forderungen an Kunden** reduzierten sich um 11,9 Mrd. € oder 15,5% auf 77,7 Mrd. €. Diese Entwicklung ist insbesondere auf eine Reduzierung in der Frist von über fünf Jahren unter anderem bei den langfristigen Hypothekendarlehen der Hypothekbank zurückzuführen. Auf das Ausscheiden der ALLBANK und Zivnostenská banka entfallen 2,4 Mrd. €.

Der Bestand an **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** betrug 5.312 Mio. € (Vorjahr: 5.535 Mio. €). Bezogen auf das gesamte Kreditvolumen ergibt sich, bedingt durch den Abbau des Kreditvolumens, ein Anstieg der Quote von 5,1% auf 5,6%.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere betragen 32,9 Mrd. €. Der Rückgang um 6,6 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr ist überwiegend auf Anleihen und Schuldverschreibungen gegenüber anderen Emittenten zurückzuführen.

Der Aufbau der Position **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** um 0,6 Mrd. € oder 16,5% auf 3,9 Mrd. € ist Folge einer Erhöhung des Handelsbestands.

Die Verringerung der **übrigen Aktiva** resultiert unter anderem aus dem Rückgang der Aktivposten aus den Portfolios des Handelsbestands sowie aus den Wertkorrekturen des Gewinnbezugsrechts der LBB.

KONZERN-AKTIVA

	31.12.2003	31.12.2002	Veränderungen	
	Mio. t	Mio. t	Mio. t	%
Barreserve	1.301	1.392	-91	-6,5
Forderungen an Kreditinstitute	28.121	30.798	-2.677	-8,7
Forderungen an Kunden	77.708	89.579	-11.871	-13,3
Schuldverschreibungen	32.974	39.595	-6.621	-16,7
Aktien	3.923	3.367	556	16,5
Beteiligungen, Anteile an assoziierten und verbundenen Unternehmen	603	788	-185	-23,5
Treuhandvermögen	181	220	-39	-17,7
Sachanlagen	491	580	-89	-15,3
Übrige Aktiva	7.984	8.485	-501	-5,9
Summe Aktiva	153.286	174.804	-21.518	-12,3

KONZERN-PASSIVA

	31.12.2003	31.12.2002	Veränderungen	
	Mio. t	Mio. t	Mio. t	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	51.459	59.349	-7.890	-13,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	48.175	57.091	-8.916	-15,6
darunter:				
Spareinlagen einschließlich Bauspareinlagen	8.025	9.224	-1.199	-13,0
täglich fällige andere Verbindlichkeiten	11.206	13.009	-1.803	-13,9
befristete andere Verbindlichkeiten	28.945	34.858	-5.913	-17,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	40.006	44.168	-4.162	-9,4
darunter:				
Hypothekendarlehen und öffentliche Darlehen	31.047	36.158	-5.111	-14,1
Sonstige Schuldverschreibungen	8.823	7.748	1.075	13,9
Andere verbrieftes Verbindlichkeiten	136	262	-126	-48,1
Treuhandverbindlichkeiten	181	220	-39	-17,7
Rückstellungen	2.539	2.303	236	10,2
Nachrangkapital	2.752	2.863	-111	-3,9
Eigenkapital	3.563	3.889	-326	-8,4
davon:				
Gezeichnetes Kapital	2.555	2.555	0	0,0
Rücklagen ¹⁾	1.008	1.334	-326	-24,4
Übrige Passiva	4.611	4.921	-310	-6,3
Summe Passiva	153.286	174.804	-21.518	-12,3

¹⁾ einschließlich Bilanzgewinn/-verlust i. H. v. -2.654 Mio. S (Vorjahr: -2.222 Mio. S) und Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter i. H. v. 57 Mio. S (Vorjahr: 70 Mio. S)

Passiva

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** ermäßigten sich insgesamt um 7,9 Mrd. € oder 13,3% auf 51,5 Mrd. €; hiervon entfallen 7,5 Mrd. € auf die Verbindlichkeiten mit täglicher Fälligkeit.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** verringerten sich um 8,9 Mrd. € oder 15,6% auf 48,2 Mrd. €, unter anderem durch das Ausscheiden der ALLBANK und der Zivnostenská banka sowie der Volumenreduzierungen der übrigen Konzernbanken.

Der Rückgang der **verbrieften Verbindlichkeiten** ist größtenteils auf Fälligkeiten begebener Schuldverschreibungen bei der Berlin Hyp und Bankgesellschaft Berlin AG zurückzuführen.

Die **Rückstellungen** lagen leicht über dem Vorjahresniveau (2,5 Mrd. € nach 2,3 Mrd. € im Vorjahr); für die Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommis-

sion sind hierin 317 Mrd. € bilanziert. In den übrigen Rückstellungsarten kompensieren sich die Zuführungen mit Auflösungen und Inanspruchnahmen. Die im Jahresabschluss 2001 bilanzierten Rückstellungen für einen Selbstbehalt der LPFV in Höhe von 100 Mio. € wurden im Geschäftsjahr 2003 vollständig in Anspruch genommen.

Insbesondere durch den **Jahresfehlbetrag** des Geschäftsjahres in Höhe von 316 Mio. € verringerte sich das Konzerneigenkapital. Eigenkapital erhöhende Effekte aus den im Geschäftsjahr erstmalig anzuwendenden Bilanzierungsvorschriften werden durch belastende Effekte der Konzernbilanzierung ausgeglichen (insbesondere Wertpapierkonsolidierung und Ausweis Gewinnbezugsrechte). Das **Konzerneigenkapital** betrug danach 3,6 Mrd. € (Vorjahr: 3,9 Mrd. €).

Geschäftsverlauf 2003

Kapitalquoten

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel des Konzerns gem. KWG zum 31. Dezember 2003 betragen insgesamt 5,7 Mrd. €. Bezogen auf die Risikopositionen in Höhe von 57,4 Mrd. € errechnen sich danach eine Gesamtkennziffer gem. KWG-Grundsatz I von 9,9% und eine Kernkapitalquote von 6,1%. Die Gesamtkennziffer für die AG betrug 10,5% und die Kernkapitalquote 7,2% (nach Feststellung der Jahresabschlussse bzw. des Jahresabschlusses).

Volumenentwicklung der Bankgesellschaft Berlin AG

Die Bilanzsumme der Bankgesellschaft Berlin AG verringerte sich im Berichtsjahr von 73,2 Mrd. € auf 63,6 Mrd. € (-13%). Hierzu trug der Verkauf der Berliner Bank mit 3,6 Mrd. € bei.

Auch ohne Berücksichtigung des Verkaufs der Berliner Bank ergibt sich ein Rückgang um 6,0 Mrd. € (-8,2%). Planmäßig haben sich hierbei die Forderungen an Kunden um 3,6 Mrd. € und die Schuldverschreibungen um 3,3 Mrd. € vermindert, wohingegen die Forderungen an Kreditinstitute zum Stichtag um 1,7 Mrd. € anstiegen. Auf der Refinanzierungsseite verringerten sich aufgrund von Fälligkeiten die verbrieften Verbindlichkeiten um 1,8 Mrd. €, die nachrangigen Verbindlichkeiten um 0,6 Mrd. € und die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 2,0 Mrd. €.

Als Risikovorsorge wird ein Bestand in Höhe von 1,0 (Vorjahr: 2,1) Mrd. € vorgehalten. Bezogen auf das gesamte Kreditvolumen ergibt sich daraus eine Quote von 3,9% (Vorjahr: 6,7%).

AG-AKTIVA

	31.12.2003	31.12.2003 ¹⁾	31.12.2002	Veränderungen	
	Mio. t	Mio. t	Mio. t	Mio. t	%
Barreserve	95	364	614	-519	-84,5
Forderungen an Kreditinstitute	21.241	20.492	18.748	2.493	13,3
Forderungen an Kunden	6.986	10.917	14.565	-7.579	-52,0
Schuldverschreibungen	25.210	25.210	28.519	-3.309	-11,6
Aktien	2.408	2.408	1.971	437	22,2
Beteiligungen	76	76	110	-34	-30,9
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.071	2.071	2.645	-574	-21,7
Sachanlagen	102	113	108	-6	-5,6
Übrige Aktiva	5.460	5.558	5.912	-452	-7,6
Summe Aktiva	63.649	67.209	73.192	-9.543	-13,0

¹⁾ einschließlich Berliner Bank für das gesamte Jahr 2003

AG-PASSIVA

	31.12.2003	31.12.2003 ¹⁾	31.12.2002	Veränderungen	
	Mio. t	Mio. t	Mio. t	Mio. t	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	49.061	47.011	48.009	1.052	2,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.801	8.225	10.264	-7.463	-72,7
Verbrieftete Verbindlichkeiten	4.052	4.052	5.804	-1.752	-30,2
Rückstellungen	1.224	1.301	1.022	202	19,8
Nachrangkapital	1.853	1.853	2.465	-612	-24,8
Eigenkapital	2.178	2.178	2.723	-545	-20,0
davon:					
Gezeichnetes Kapital	2.555	2.555	2.555	0	0,0
Rücklagen ²⁾	-377	-377	168	-545	-324,4
Übrige Passiva	2.480	2.589	2.905	-425	-14,6
Summe Passiva	63.649	67.209	73.192	-9.543	-13,0

¹⁾ einschließlich Berliner Bank für das gesamte Jahr 2003

²⁾ einschließlich Bilanzgewinn/-verlust i. H. v. -2.582 Mio. S (Vorjahr: -2.038 Mio. S)

Schlussfolgerung zum Abhängigkeitsbericht gem § 312 AktG

Gem § 312 AktG hat der Vorstand der Bankgesellschaft Berlin AG einen Bericht über die geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2003 abgegeben. Die Schlussfolgerung dieses Berichts lautet:

Der Vorstand der Bankgesellschaft Berlin AG erklärt hiermit, dass die Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin AG bei allen Rechtsgeschäften und sonstigen Maßnahmen mit dem Land Berlin und den mit diesem verbundenen Unternehmen eine nach den im jeweiligen Zeitpunkt der Rechtsgeschäfte oder Maßnahmen bekannten Umständen angemessene Gegenleistung erhalten haben und durch die getroffenen Maßnahmen nicht benachteiligt wurden.

Corporate Governance

Auch im zweiten Jahr der einschneidenden Veränderungen, die die Bank durch die Restrukturierung erfahren hat, wird dem Thema Corporate Governance eine unverändert hohe Bedeutung beigemessen. Vorstand und Aufsichtsrat sind sich der Wichtigkeit verlässlicher und effizienter Regeln zur Führung und Kontrolle der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften bewusst.

Besonders im laufenden Restrukturierungsprozess ist die Einhaltung der Corporate-Governance-Richtlinien ein wichtiger Faktor zur Vertrauensbildung in der Öffentlichkeit und zur Identifikation der Mitarbeiter mit ihrem Unternehmen.

Die Bankgesellschaft Berlin bekennt sich bis auf die in der Entsprechenserklärung aufgeführten Abweichungen von den Empfehlungen des Kodex der Regierungskommission zu den Grundsätzen einer guten, verantwortungsvollen, effizienten und auf nachhaltige Wertschöpfung angelegten Unternehmensführung.

Geschäftsverlauf 2003

Der Verzicht auf die Darstellung von Vergütungssystemen des Vorstands und auf eine individualisierte Aufschlüsselung der Vorstands- und Aufsichtsratsgehälter ist in der Entsprechenserklärung neu aufgeklärt.

Die Gesellschaft hat dabei die Interessen aller zu berücksichtigen und die Forderung der Öffentlichkeit nach transparenter Darstellung der Unternehmensstrukturen gegen den Wunsch der Gremienmitglieder nach Wahrung ihrer Persönlichkeitsrechte abzuwägen. In diesem Fall rechtfertigt unserer Meinung nach der Erkenntnisgewinn, den die Öffentlichkeit aus diesen Informationen hätte, eine detaillierte Offenlegung nicht.

Die Konzernunternehmen beachten die Empfehlungen des Corporate Governance Kodex weitgehend. Die Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG erläutert dies in ihrer eigenen Entsprechenserklärung. In den übrigen Konzernunternehmen werden die Corporate Governance eingehalten, sofern dies übertragbar und für die Umsetzung eines konzernübergreifenden Leitbildes von Bedeutung ist.

Die am 15. Dezember 2003 abgegebene Entsprechenserklärung von Vorstand und Aufsichtsrat nach § 161 AktG hat folgenden Wortlaut:

§ 1 Die Bankgesellschaft Berlin AG entsprach/entspricht den Verhaltensempfehlungen der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission Deutscher Corporate Governance Kodex zur Entwicklung international und national anerkannter Standards guter und verantwortlicher Unternehmensführung mit den unter § 2 genannten Ausnahmen.

§ 2 Von folgenden Empfehlungen des Kodex weicht die Bankgesellschaft Berlin AG ab:

- (a) Der Konzernabschluss und die Zwischenberichte wurden/werden abweichend von der Verhaltensempfehlung nicht nach internationalen Rechnungslegungsstandards, sondern gemäß den Vorschriften des HGB erstellt. Darüber hinaus wurden/werden die Vorschriften des Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) beachtet. (7.1.1 DCGK)
- (b) Die Anforderung, den Konzernabschluss binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende öffentlich zugänglich zu machen, konnte/kann der Konzern derzeit aufgrund der Komplexität und der Umbruchphase nicht erfüllen. (7.1.2 DCGK)

- (c) Das System der Vorstandsvergütung wurde/wird nicht veröffentlicht. (4.2.5 DCGK)
- (d) Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird im Anhang des Konzernabschlusses pauschal offengelegt. Eine individualisierte Angabe ist nicht vorgesehen. (4.2.4 DCGK)
- (e) Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wird im Anhang des Konzernabschlusses pauschal offengelegt. Eine individualisierte Angabe ist nicht vorgesehen. (5.4.5 DCGK)

Umsetzung der IAS-Rechnungslegung im Konzern

Nach Durchführung einer Vorstudie im Jahr 2002 wurde im November 2002 in der Bankgesellschaft Berlin das Projekt IAS-Einführung gestartet mit dem Ziel, den Konzern der Bankgesellschaft in die Lage zu versetzen, per 31. Dezember 2005 erstmals den gesetzlich geforderten Konzernabschluss nach IAS/IFRS (im Folgenden: IAS) zu erstellen. Die Maßnahmen im Konzern werden von mehreren Projekten in den verschiedenen Unternehmen des Konzerns durchgeführt.

Das zentrale Projekt umfasst die Gesellschaften Bankgesellschaft Berlin AG und die LBB (inklusive Berliner Bank und Berliner Sparkasse) am Standort Berlin und Luxemburg sowie die Bankgesellschaft

Berlin International S.A., Luxemburg. Die Umsetzung soll hier mittels einer neuen Softwarelösung erfolgen, aus der die erforderlichen IAS-konformen Einzelabschlussdaten dieser Gesellschaften bereitgestellt werden. Darüber hinaus erarbeitet das zentrale Projekt die erforderlichen fachlichen Vorgaben zur Sicherung einer konzerneinheitlichen Bilanzierung nach IAS für die anderen Projekte im Konzern.

Die Umstellung der Konzernrechnungslegung auf IAS erfordert in den Projekten aufwändige Maßnahmen zur Einführung der neuen Softwarelösung bzw. zur Anpassung bestehender Software, zum Aufbau der technischen Infrastruktur und Implementierung der erforderlichen Schnittstellen zur bestehenden IT-Landschaft. Diese Maßnahmen werden ergänzt durch umfangreiche Arbeiten zur Vorbereitung und Durchführung notwendiger Prozessanpassungen im gesamten Konzern.

Die Einführung von IAS wird nachhaltigen Einfluss auf den Jahresabschluss sowie die Geschäfts- und Bilanzpolitik des Konzerns haben. Dies resultiert insbesondere aus der Regelung des IAS 39 (Bilanzielle Erfassung aller Derivate, Behandlung interner Geschäfte, Hedge Accounting), aber auch aus einem nach IAS deutlich erweiterten Konsolidierungskreis, den Effekten aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen und der latenten Steuern.

Risikobericht

Gesamtsystem zur Planung, Steuerung und Kontrolle von Risiken

Im Berichtsjahr wurden plangemäÙ weiter neue Rating-Verfahren eingeführt. Die risikoorientierte Portfoliosteuerung im Kreditbereich ist ausgebaut worden. Mit der Fortentwicklung der Methoden auch für weitere Risikoarten ging ebenfalls eine entsprechende Anpassung der Berichterstattung einher. Das schriftliche Regelwerk des Konzerns wurde durch die Verabschiedung einer detaillierten Kreditrisikostategie präzisiert.

Wesentlich für die Risikolage des Konzerns war die Genehmigung des Beihilfeverfahrens der Bankgesellschaft Berlin durch die Europäische Kommission am 18. Februar 2004. Damit besteht für die Bank Planungssicherheit. Genehmigt wurde die Beihilfe auf Grundlage des bei der Europäischen Kommission eingereichten Sanierungsplans.

Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling

Das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen einer Risikostrategie ist elementarer Bestandteil des Bankgeschäfts. Die Risikostrategie des Konzerns wird über zwei wesentliche Komponenten definiert, die der Vorstand vorgegeben hat:

Durch festgelegte Strategien wird spezifiziert, in welchen Kerngeschäftsfeldern Risiken neu eingegangen werden.

Durch konzerneinheitliche risikopolitische Grundsätze wird sichergestellt, dass die eingegangenen Risiken jederzeit kontrolliert werden können und dadurch die Substanz des Unternehmens nicht gefährdet werden kann.

Organisation des Risikomanagements und -controllings

Seit mehreren Jahren ist im Konzern Bankgesellschaft Berlin die Funktionstrennung zwischen den risikoberwachenden Einheiten und den risikonehmenden Geschäftsbereichen realisiert. Die Identifizierung, Messung, Kontrolle und Steuerung der Risiken ist verschiedenen zentralen Bereichen der Bank übertragen worden, die innerhalb eines Vorstandsressorts angesiedelt sind. Das Ressort setzt sich unter anderem aus den Bereichen Kreditsekretariat, Risikocontrolling, Controlling und Compliance zusammen.

Die ganzheitliche Risikosteuerung erfolgt durch das Risk Review Komitee. Dort wird monatlich die Risikolage unter Teilnahme des Gesamtvorstands erörtert.

Die Revision überwacht die Einhaltung der Kriterien und die Abläufe zur Risikosteuerung durch eigene Prüfungen.

Inhaltlich werden im Konzern folgende Risikokategorien unterschieden:

- Adressenausfallrisiken
- Kreditrisiken
- Kontrahentenrisiken
- Länderrisiken
- Anteilseignerrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Marktpreisrisiken

Operationelle Risiken

Systemrisiken

Personalrisiken

Rechtsrisiken

Sonstige RisikenGeschäftspolitische und strategische
EntscheidungenRisiken aus dem Immobiliendienstleistungs-
geschäft und aus der Detailvereinbarung

Risiken aus dem Fordergeschäft

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlustes oder entgangenen Gewinnes auf Grund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Es werden die oben genannten Risikokategorien unterschieden. Das Settlementrisiko, das heißt das Risiko, dass am Zahlungstermin trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt, wird als Unterart des Kontrahentenrisikos definiert. Emittentenrisiken werden als Teil des Kreditrisikos betrachtet.

Kreditrisiken

Bei der Steuerung der Kreditrisiken ist es das übergeordnete Ziel, die Risikopotenziale des Konzerns zu messen, zu überwachen und gezielt zu reduzieren. Dazu ist es notwendig,

- die Risiken des Neugeschäfts zu erkennen, abzuwehren und zu begrenzen,
- die Risiken des vorhandenen Portfolios zu identifizieren und zu messen sowie
- die Struktur des Kreditportfolios zu diversifizieren und damit die Risikopotenziale insgesamt zu reduzieren.

Risikomanagement-Projekte

Der Konzern hat die Risikomanagementprojekte, die seit 1999 begonnen wurden, im Berichtsjahr erfolgreich beendet bzw. weiter optimiert.

Im Rahmen eines Projekts sind die EDV-technischen Grundlagen für ein ganzheitliches Kreditrisikomanagement und -controlling im Konzern geschaffen worden. Hierbei wurde zum einen eine Kreditevidenzdatenbank aufgebaut, in die risikorelevante Daten aller Produkte (von klassischen Krediten bis Derivate des Kapitalmarktgeschäfts) von allen Teilbanken und allen Kunden erfasst und konsolidiert wurden. Zum anderen wurde ein Limitmanagementsystem implementiert, mit dem Portfolios limitiert und damit gesteuert werden.

Auf Basis der Daten aus diesen Systemen wurde der Kreditrisikoreport laufend weiter entwickelt. Insbesondere ist auch die zeitliche Entwicklung der Portfolios dargestellt.

Durch die Kreditevidenzdatenbank sind Mängel in der Datenqualität im Kreditgeschäft weiter transparent geworden. Die systematische und zielgerichtete Verbesserung der Datenqualität wurde im Berichtsjahr forciert.

Für das Limitmanagement und die risikoorientierte Portfoliosteuerung wurde Ende 2002 das Softwareprodukt RICOS implementiert. Das System wurde im Berichtsjahr in einer Stabilisierungs- und Ausbauphase optimiert.

Risikobericht

Für die operative Steuerung und Limitierung der Portfolios wurde im Berichtsjahr das Kreditrisikokomitee eingerichtet, das Empfehlungen an den Vorstand zur Höhe und Allokation der Limite ausspricht. Dabei werden insbesondere volkswirtschaftliche Einflüsse, die Konzern-Risikostrategie und die tatsächliche Entwicklung der Kreditportfolios berücksichtigt.

Seit dem 4. Quartal 2003 werden die Portfolios nicht nur konzernweit nach Ländern, sondern auch nach Branchen sowie Ratingklassen und Laufzeiten limitiert und gesteuert.

Darüber hinaus wurde die Neuentwicklung der Ratingmethoden abgeschlossen. Das mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) entwickelte Firmenkundenrating ist bereits seit dem 1. Oktober 2002 im Einsatz. Das DSGV-Immobilienrating sowie die meisten der im Landesbanken-Ratingprojekt entwickelten Module für das Wholesale-Geschäft wurden im Jahr 2003 in der Bankgesellschaft sukzessive eingesetzt. Ziel ist es, dass die neuen Ratingmethoden die Anforderungen des 2. Baseler Akkords (Basel II) erfüllen und von den Aufsichtsbehörden als so genanntes Internes Rating anerkannt werden.

Da das neue Ratingsystem eine höhere Trennschärfe besitzt und mit den verwendeten statistischen Verfahren besser zwischen guten und schlechten Risiken unterscheidet, können die Kreditportfolios zielgerichteter gesteuert werden.

Durch die bisherigen Projektergebnisse (Kredit-evidenzdatenbank sowie Implementierung moderner Ratingverfahren) sind die wesentlichen Voraussetzungen für die Anwendung von statistischen Risikoberechnungen (Credit Value-at-Risk) auf Portfolioebene geschaffen worden. Die Etablierung dieser Risikomessverfahren und die Integration der Erkenntnisse aus diesen Berechnungen in den Prozess der Gesamtbanksteuerung werden wichtige Aufgaben des Jahres 2004 sein.

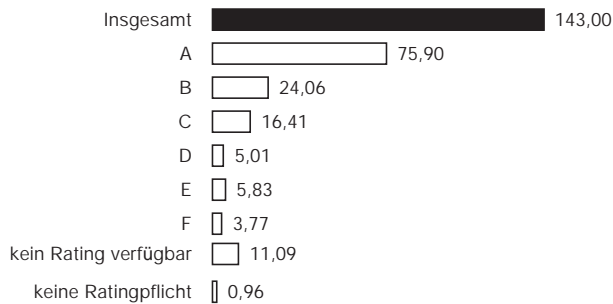
Kreditprozesse vor dem Hintergrund der Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft

Die Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft (MaK) sehen vor, dass die Bank bei ihren Prozessen zwischen im Sinne der MaK risikorelevantem und weniger risikorelevantem Geschäft unterscheiden kann. Hierzu hat die Bankgesellschaft definiert, dass das risikorelevante Geschäft ab einer Größenordnung von 50.000 € für eine Kreditnehmereinheit beginnt.

Die zentralen Kriterien der MaK sind bereits umgesetzt. Dies betrifft zum Beispiel die Trennung von Verantwortlichkeiten im Kreditprozess zwischen Markt- und Marktfolgebereich und die aufbauorganisatorische Trennung dieser Bereiche bis auf Vorstandsebene. Auch problembehaftete Kreditengagements werden von Risikobetreuungsbereichen bzw. entsprechenden Spezialisten betreut und bearbeitet.

Weiterhin fordern die MaK für das Ausüben der Kreditkompetenzen das Vorliegen von zwei positiven, voneinander unabhängigen Voten. Diese unabhängige Votierung ist über die Einbindung des Markt- und des Marktfolgebereichs in die Kreditentscheidung gegeben.

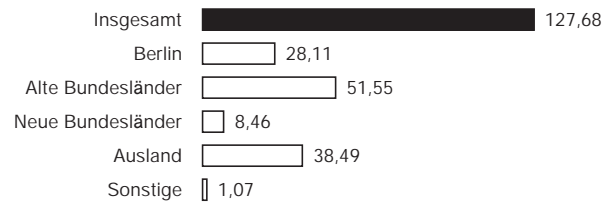
Struktur des Kreditportfolios
des Konzerns in Mrd. €
Konzernkreditlimite¹⁾ nach Risikoklassen²⁾



¹⁾ Konzernkreditlimite: „externe Limite“, die dem Kunden zugesagt wurden

²⁾ die Risikoklasse wird ermittelt aus der Bonitätsklasse unter Berücksichtigung von erstklassigen Sicherheiten

Kreditanspruchnahme
nach Regionen¹⁾ in Mrd. €



¹⁾ die Zuordnung erfolgt aufgrund der Länderschlüssel und der Adresse des Kreditnehmers

Um bei der Wertschätzung von Immobilien einheitliche Standards im Konzern und die aufsichtsrechtlich geforderte Funktionstrennung zwischen Kreditbearbeitung und Wertschätzung zu gewährleisten, werden Wertschätzungen von einer zentralen Gutachterstelle erstellt. Die Gutachterstelle ist in der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG angesiedelt und übernimmt ihre Tätigkeiten auch für die Bankgesellschaft Berlin AG sowie die Landesbank Berlin aus.

Die von den MaK explizit geforderte detaillierte Kreditrisikostategie wurde im Berichtsjahr durch den Vorstand verabschiedet und das Berichtswesen an die Anforderungen angepasst.

Bildung der Risikovorsorge

Geförderte Engagements fallen bis auf Ausnahmen in den Segmenten Banken, Versicherungen, Staaten und strukturierte Finanzierungen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche. Die Überleitung an die Risikobetreuungsbereiche erfolgt nach festgelegten Kriterien.

Im Berichtsjahr wurde die Kompetenz für die Bildung, Veränderung und Auflösung von Einzelwertberichtigungen neu geregelt. Diese liegt jetzt grundsätzlich in den Risikobetreuungsbereichen, oberhalb definierter Betragsgrenzen ist die Zustimmung von einzelnen Vorstandsmitgliedern oder des Gesamt-

vorstands erforderlich. Diese Fälle werden dann bereits unterjährig entschieden. In einem regelmäßig erstellten Report auf monatlicher Basis an den Vorstand wird sowohl über die bereits entschiedenen Fälle als auch über die erwartete weitere Entwicklung berichtet.

Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf der Experteneinschätzung der Risikobetreuungsbereiche. Eine Einzelwertberichtigung wird maximal auf den Blankoanteil der Kreditengagements gebildet.

Kontrahentenrisiken

Die Bankgesellschaft handelt überwiegend mit Adressen guter und sehr guter Bonität.

Die Bank legt Wert auf die Einhaltung höchster Dokumentationsstandards. Hierzu gehört regelmäßig eine Vereinbarung zum Close-Out-Netting, die es der Bank ermöglicht, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten, in jedem Fall jedoch im Falle seiner Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen.

Die Kontrahentenrisiken im Handelsgeschäft werden seit Anfang 2005 mit Hilfe der neuen Systemarchitektur RICOS (siehe Kapitel Kreditrisiken) überwacht.

Risikobericht

Länderrisiken

Steuerung des Länderrisikos

Die Beratung des Vorstands bei der Steuerung des Länderrisikos (Transferrisiko) ist eine Aufgabe des neu geschaffenen Kreditrisikokomitees. Dieses erarbeitet insbesondere Vorschläge zur Festlegung der entsprechenden Limits.

Die Risikoeinschätzung der Länder wurde im Berichtsjahr umgestellt auf ein Verfahren, das im Landesbanken-Ratingprojekt (vgl. Kreditrisiken Seite 85) entwickelt wurde. Wie in allen anderen Ratingverfahren auch werden die Länder in Abhängigkeit von der erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeit in 18 Ratingklassen eingeteilt. Die Einstufung wird in einem formellen Prozess durch den Konzernstab Volkswirtschaft festgelegt. Die Beurteilung stützt sich sowohl auf volkswirtschaftliche Kennzahlen als auch auf qualitative Faktoren.

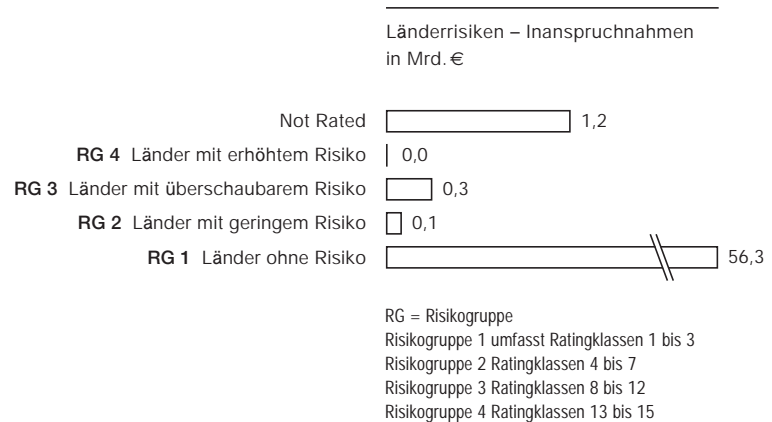
Zur Begrenzung des Transferrisikos richtet die Bank auf Konzern- und Bankebene Länderlimite ein. Zur Berechnung der Auslastung eines Länderlimits werden von den Inanspruchnahmen im jeweiligen Land die erstklassigen Sicherheiten (u. a. Barsicherheiten aus Drittländern, Hermes-Bürgschaften) abgezogen. Daraus ergibt sich eine Netto-Inanspruchnahme je Land. Die Grafik auf Seite 87 zeigt einen Überblick über die Auslastung der Länderlimite per Ultimo 2003. Hier sind zur besseren Übersichtlichkeit die 18 Ratingklassen in 6 Risikogruppen (RG) zusammengefasst, wobei die Risikogruppen 5 und 6 nicht besetzt sind. Als Ergebnis ist festzuhalten, dass insbesondere Geschäfte mit der Gruppe 1, also mit Ländern ohne Risiko, getriggert werden.

Anteilseignerrisiken

Die gesamtheitliche konzernweite Sicht auf den Anteilsbesitz erfolgt durch den Bereich Unternehmensentwicklung im Rahmen der Verwaltung und des Vertragsmanagements. Die Aufgaben des Beteiligungs-Risikocontrollings werden vom Bereich Risikocontrolling durchgeführt und weiterentwickelt. Zum Zweck der Risikofrüherkennung und -berwachung sind verschiedene Maßnahmen ergriffen worden. Unter anderem wurde im Berichtsjahr die umfassende Bewertung der Risiken durch die implementierten Ratingverfahren weitergeführt. Ein Verfahren zur Quantifizierung der Anteilseignerrisiken unter Einbeziehung der Ratingergebnisse wurde konzipiert und befindet sich seit dem ersten Quartal 2004 im Einsatz. Damit konnte die Berücksichtigung des Anteilseignerrisikos bei den Risikotragfähigkeitsberechnungen verbessert werden.

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den Geschäftsfeldern zugeordnet. Das für das jeweilige Segment verantwortliche Management ist auch zuständig dafür, die operativen und strategischen Zielsetzungen für ihre Beteiligungen als Voraussetzung für eine abzuleitende operative Planung und Steuerung festzulegen und nachzuhalten.

Die Beteiligungen sind Bestandteil der Risikostrategie des jeweils zugeordneten Geschäftsfelds. Bestimmte Beteiligungen werden aus steuerungs-technischen Gründen nicht von den strategischen Geschäftsfeldern, sondern zentral verantwortet. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Beteiligungen, die zentrale Dienstleistungen für den Konzern erbringen.



Das bestehende Beteiligungsportfolio wird in Komplexität und Umfang strategiegerecht weiter verringert. Im Berichtsjahr konnten die Allgemeine Privatkundenbank AG (ALLBANK) sowie die LHI Leasing GmbH & Co. Immobilien KG verkauft und weitere Beteiligungen abgebaut werden. Geplant sind der Verkauf der Weberbank Privatbankiers KGaA sowie die Liquidierung der Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A.

Eine Auflistung des wesentlichen Anteilsbesitzes findet sich als Anlage zum Anhang. Die Risiken aus den Beteiligungen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts werden als sonstige Risiken betrachtet und in dem entsprechenden Abschnitt dargestellt.

Liquiditätsrisiken

§ 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht beurteilt im Regelfall nach dem Grundsatz II, ob die Liquidität eines Instituts ausreichend ist. Die Einhaltung des Grundsatzes II für die Bankgesellschaft Berlin AG und die Landesbank Berlin steuert das Geschäftsfeld Treasury. Diese Steuerung basiert auf einer taggenauen Cashflow-Prognose sowie täglichen alternativen Szenarioberechnungen. Sie beinhaltet ggf. Grundsatz II-entlastende Maßnahmen im Vorfeld einer möglichen Unterschreitung der Kennziffer.

GRUNDSATZ-II-KENNZIFFERN FÜR DEN 31.12.2003

Institut	Liquiditätskennziffer
Bankgesellschaft Berlin AG	1,29
Landesbank Berlin	1,49
Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG	1,13
Weberbank Privatbankiers KGaA	1,26

Zur Erfassung und Steuerung von Risikoaspekten, die der Grundsatz II nicht oder zu allgemein beinhaltet, wird eine erweiterte Liquiditätsanalyse erstellt. Diese umfasst im Wesentlichen:

- Die konsolidierte Gesamtkonzerndarstellung
- Die Ermittlung des Konzentrationsrisikos für die Quellen der Refinanzierung
- Einen szenarioabhängigen Stresstest mit Annahmen über Abflüsse kurzfristiger Einlagen und Ziehungen zugesagter Kreditlinien
- Die Klassifizierung des Wertpapierportfolios nach Liquidierbarkeit

Seit Ende 2003/Anfang 2004 ist der Zugang zu dem Segment der langfristigen unbesicherten Kapitalmarkrefinanzierung wieder offen. Mit der erfolgten Aktualisierung des EMTN (European Medium Term Note)-Programms ist die Fortsetzung dieser Entwicklung in den internationalen Märkten zu erwarten.

Marktpreisrisiken

Im Konzern werden Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Währungs-, und Aktienrisiken sowie sonstigem Preisrisiko in den Geschäftsfeldern des Kapitalmarktgeschäfts (Handelsbuch) sowie im Aktiv/Passiv-Management (Bankbuch) eingegangen.

Handels- und Bankbuchaktivitäten

Die Handelsbuchaktivitäten sind Teil des strategischen Geschäftsfelds Kapitalmarktgeschäfts. Sie sind in die schriftlich fixierten Einzelstrategien der jeweiligen Geschäftsfelder des Kapitalmarktgeschäfts eingebunden. In den Strategien ist der Rahmen für

Risikobericht

den Geschäftsauftrag nach Art und Umfang der Geschäfte, der dafür genehmigten Instrumente und des unter Gesamtbankaspekten vertretlichen Risikoniveaus formuliert. Sowohl für Handelsbuch- als auch Bankbuchaktivitäten wird über die Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Jahresziele (Capital-at-Risk (CAR)-Limite) transformiert und durch den Vorstand auf Basis eines Tragfähigkeitskonzepts verabschiedet.

Risikosteuerung der Marktpreisrisiken

Die Risikosteuerung für die Handelsbuchaktivitäten erfolgt durch die Front-Office-Bereiche auf der Grundlage der CAR-Limite/-Auslastungen und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen pro Geschäftsfeld und pro Handelstisch bzw. Händler. Sie wird ergänzt durch daily- und year-to-date Stop-Loss-Limite und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Verfahren (z. B. Szenario-Matrix-, Shift-Sensitivitäten-, Basis-Point-Value-, Duration-Limite, Vega-Limite). Die Ergebnisse der verteilten CAR- und Gewinn- und Verlustanalysen werden dem für das Risiko-Controlling sowie dem für das Kapitalmarktgeschäft zuständigen Vorstandsmitglied zur Kenntnis gegeben.

Auch die Risiko- und Ertragsüberwachung für die Bankbücher erfolgt täglich. Ökonomische Ertrags-effekte (Substanzwertveränderungen) werden analysiert, was die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Darüber hinaus werden Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags,

insbesondere des Zinsüberschusses, erstellt, wodurch die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung fundiert wird. Mindestens vierzehntägig wird über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos im Dispositionsausschuss des Vorstands beraten und entschieden.

Kontrolle der Marktpreisrisiken

Die Risikokontrolle für die Handels- und Bankbuchaktivitäten erfolgt gemäß den Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften (MaH) unabhängig durch den Bereich Risikocontrolling. Die mit Eigenkapital zu unterlegenden Marktpreisrisiken werden zur Zeit noch nach den im Kreditwesengesetz vorgeschriebenen Standardverfahren ermittelt und den Aufsichtsbehörden gemeldet. Die Bank strebt die aufsichtsrechtliche Anerkennung der internen Verfahren zur Marktpreisrisikoberwachung an.

Für die interne Überwachung der Marktpreisrisiken wird das Capital-at-Risk-Konzept zu Grunde gelegt. Eingebettet in diese Analyse ist ein System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Durch die Einführung von Vorwarnstufen bei 80%iger Limitauslastung werden Überwachungsprozesse ausgelöst, wobei dem Vorstand durch das Risikocontrolling oder das verursachende Geschäftsfeld erweiterte Informationen zur Verfügung gestellt werden.

CAPITAL-AT-RISK-LIMITE UND -INANSPRUCHNAHMEN 2003

in Mio. t Einheit	Capital-at-Risk			Limit
	Durchschnitt	Minimum	Maximum	
Handelsbuchaktivitäten	19,8	11,2	41,2	117,2
Eigenhandel	11,5	4,9	37,6	40,0
Equities	1,6	0,5	3,2	7,0
Treasury	5,6	2,0	10,1	25,0
Zins- und Kreditprodukte	6,6	3,3	10,4	25,0
Bankbuchaktivitäten	137,6	63,5	290,5	636,6
Konzern ¹⁾	150,1	76,8	308,6	753,8

NACH RISIKOKATEGORIEN

in Mio. t Einheit	Capital-at-Risk		
	Durchschnitt	Minimum	Maximum
Zinsrisiko	152,4	38,7	307,2
Währungsrisiko	6,4	1,2	28,2
Aktienrisiko	49,1	1,9	116,5
Konzern ¹⁾	150,1	76,8	308,6

¹⁾ aufgrund der Korrelationen errechnen sich die Konzern-Werte nicht direkt als Summe aus den Einzelaktivitäten

Regelmäßig und bei Bedarf tritt das New Product Committee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des New Product Committees. Vergleichbare Verfahren gelten für das Tätigwerden auf neuen Märkten.

Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken
Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (CAR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von 10 Tagen und einem Konfidenzniveau von 99%. Spreadrisiken des zinstragenden Geschäfts werden durch Berücksichtigung von Government-, Pfand-

und Swapkurven explizit gemessen. Optionsrisiken werden in Form von Gamma- und Vega-Risiken integrativ erfasst. Für komplexe und hochstrukturierte Portfolios wird das konservative Szenario-Matrix-Verfahren genutzt.

Bei Aktien-Risiken wird eine Aufteilung in das allgemeine und das spezielle Kursrisiko vorgenommen. Dies erfolgt mit Hilfe des Single-Index-Modells. Optionsrisiken im Aktienbereich werden konservativ als Add-on dem Risiko zugeschlagen.

Die Korrelationen der circa 1.100 Risikofaktoren werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposure-bezogene Szenarien) monatlich untersucht.

Risikobericht

Darüber hinaus wird die Prognosegenauigkeit der Modelle mittels clean Backtesting ermittelt. Seit dem Jahr 2002 wurden bei Backtestingüberprüfungen in allen Bereichen Ergebnisse erzielt, die eine hohe Prognosegenauigkeit bestätigen.

Zur Analyse des Zinsüberschusses werden u. a. Monte-Carlo-Simulationen eingesetzt.

Mit ARMADA (Architektur für ein neues Risikomanagement-Datenverarbeitungssystem) besitzt die Bank ein hochwertiges System zur Marktpreis-Risikomessung. Die Verfahren erfassen sämtliche MaH-pflichtigen Geschäfte. Mit der Aktualisierung der Risiko- und Ergebnisberechnung im 15-Minuten-Rhythmus geht das ARMADA-System deutlich über die Mindestanforderungen hinaus und ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten.

Reporting der Marktpreisrisiken

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- intraday Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche (alle 15 Minuten),
- täglicher Bericht gemäß Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften an die zuständigen Fach-Vorstandsmitglieder,
- vierzehntäglicher Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss,
- monatlicher Bericht gemäß Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften an den Konzernvorstand mit Backtest und Stresstest.

Die in der Bankgesellschaft eingesetzten Risikokontrollverfahren haben sich in allen Marktsituationen des abgelaufenen Jahres bewährt. Risiken werden zeitnah erkannt, berichtet und von den Entscheidungsträgern gesteuert. Die CAR-orientierten Kalkulationen wie auch die darauf aufbauenden Entscheidungsprozesse werden mittels der in der Praxis gesammelten Erfahrungen und entsprechender Projekte permanent weiterentwickelt.

Operationelle Risiken

Entsprechend der Veröffentlichungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht sind operationelle Risiken im Konzern definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Diese Definition beinhaltet Rechtsrisiken, schließt aber strategische Risiken und Reputationsrisiken aus.

Gemäß der Risikostrategie des Konzerns Bankgesellschaft obliegt den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung das Risikomanagement. Diese dezentrale Steuerungsverantwortung umfasst die Minimierung operationeller Risiken durch Initiierung und Umsetzung von Gegenmaßnahmen in Form von geeigneten internen Verfahren. Die zentrale Steuerungsverantwortung obliegt dem Bereich Risikocontrolling, der für die Einföhrung und Festlegung des Risikomanagementprozesses, von geschäftsfeldübergreifenden Regelwerken und Strategien, von qualitativen und quantitativen Messmethoden sowie für die Datenevidenz verantwortlich ist. Darüber hinaus ist der Bereich Risikocontrolling an der Konzeption von Versicherungsmodellen zum Risikotransfer beteiligt.

Seit 2002 ist ein Komitee für operationelle Risiken (OpRisk-Komitee) eingerichtet, das die aufbau- und ablauforganisatorische Implementierung eines einheitlichen Risikomanagements und eines Risikofrherkennungssystems für operationelle Risiken untersttzt. Durch die Einbindung der verantwortlichen zentralen Kernkompetenzbereiche (zum Beispiel Personal, Organisation, Informationstechnologie und Recht) einerseits sowie der Geschäftsfelder andererseits wird die einheitliche Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems in den Geschäftsbereichen und den Teilunternehmen sichergestellt. Das OpRisk-Komitee nimmt diese Aufgaben für den Konzern, gleichzeitig aber auch für die Einzelinstitute Bankgesellschaft Berlin AG, Landesbank Berlin und Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG wahr.

Ein wesentlicher Baustein zur Risikoidentifikation ist die Risikoinventur (OpRisk-Inventur), in deren Rahmen alle Geschäftsfelder und die Teilunternehmen des handelsrechtlichen Konsolidierungskreises ihre Risikosituation anhand einheitlicher Fragestellungen selbst einschätzen. Es werden quantitative Aspekte mit dem Ziel einer monetären Bewertung von Risikopotenzialen in der Struktur der Baseler Ereigniskategorien erfasst. Darüber hinaus betrachtet die Bank qualitative Risikokennziffern, die Aufschluss über die zukünftige Entwicklung der operationellen Risiken geben und auf potenziell kritische Risikosituationen hinweisen.

Die in der Bank durchgeführten Maßnahmen zur Verringerung der organisatorischen und technischen Komplexität haben zu deutlich geringeren Risikopotenzialen bei der monetären Bewertung in der quantitativen OpRisk-Inventur geführt.

Zur Bewertung der operationellen Risiken wurde im Berichtsjahr die technische Plattform für die systematische Sammlung von Schadensereignissen verbessert. Zur Optimierung der Datenerhebung und -verwaltung wird eine in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband öffentlicher Banken entwickelte, intranetbasierte Schadensfalldatenbank eingesetzt. Diese Anwendung untersttzt die dezentrale Erfassung von Schadensfällen und stellt damit unter anderem die interne Datenbasis für den ambitionierten Messansatz (AMA) nach Basel zur Verfügung.

Einen weiteren Schwerpunkt der Tätigkeiten bildete die sukzessive Weiterentwicklung des Reportingsystems für die Geschäftsleitung. Das Management-Reporting stellt neben den quantitativ bewerteten Risikopotenzialen auch qualitative Kenngrößen zur Risikosituation als Frühwarnindikatoren in Form eines Ampelstatus zur Verfügung. Darüber hinaus werden die Inhalte wesentlicher Ereignisse der Berichtsperiode zusammenfassend dargestellt und die Gesamtsituation erläutert. Diese Darstellung basiert auf einer umfassenden Zusammenstellung von Detaildaten mit quantitativen und qualitativen Inhalten (zum Beispiel Schadensfälle, Rechtsrisiken, IT-Risiken, Notfallplanungen).

Das Risikotragfähigkeitskonzept konnte im Bereich der Operationellen Risiken erfolgreich weiterentwickelt werden, indem die Ergebnisse aus der OpRisk-Inventur Berücksichtigung finden.

Risikobericht

Im Fokus des laufenden Jahres wird insbesondere die Weiterentwicklung der risikoorientierten Analyse und Bewertung von IT-Systemen und Prozessabläufen stehen. Darüber hinaus wird die Optimierung von Risikoindikatoren eine hohe Priorität erhalten und eine höhere Detaillierung von OpRisk-Limiten vornehmen. Außerdem wird durch die Ergänzung der internen Schadensfallsammlung um externe Schadensdaten die zur Verfügung stehende Datenbasis erweitert.

Systemrisiken

Das Erreichen der gesetzten Sanierungsziele und die Erfüllung gesetzlicher Anforderungen hat für die Bankgesellschaft Berlin höchste Priorität. Im Rahmen des Sanierungskonzeptes wurde die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen aus der konzernweiten Informationstechnologie (IT)-Strategie bearbeitet und im Jahr 2003 fortgeführt. Damit trug die Bank der Notwendigkeit eines homogenen und stabilen Systemumfelds Rechnung.

Die Standardisierung und damit Reduzierung der System- und Anwendungsumgebung wird dies in Hinblick auf Betrieb, Wartung und Weiterentwicklung implizit gewährleisten. Hierzu wurden die 2002 begonnenen umfangreichen Projektaktivitäten zur konzernweiten IT-Systemkonsolidierung (Server- und Anwendungssysteme) weitgehend abgeschlossen. Es wurden im Jahr 2003 Projekte mit dem Ziel gestartet, im Jahr 2004/2005 die Konsolidierung der Front-Office-Verfahren im Kapitalmarktgeschäft (KMG) sowie eine Aktualisierung und Komplexitätsreduzierung der KMG-Infrastruktur zu erreichen.

Darüber hinaus wurde ein konzernweites Konfigurationsmanagement im Jahr 2003 eingeführt. Diese Maßnahme trägt den vielfältigen Veränderungsanforderungen an komplexe Systemumgebungen sowie der Aufrechterhaltung der hohen Betriebs- und Sicherheitsstandards Rechnung.

Im Rahmen des strategischen Investitionsportfolios der FinanzIT sind Projekte zur Vereinheitlichung und Qualitätsverbesserung der Anwendungslandschaft gestartet worden. Dies betrifft vor allem die Vereinheitlichung der Darlehensysteme, der Finanzbuchhaltung sowie die Entwicklung eines Verfahrens für die wertschöpfungskettenbergreifende Kreditbearbeitung nach einem Modell des DSGVO.

Personalrisiken

Auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung zur Realisierung personalwirtschaftlicher Anpassungsmaßnahmen im Konzern der Bankgesellschaft Berlin AG vom 17. Dezember 2001 und der Dienst- und Betriebsvereinbarungen vom 10. April 2002 zur Sanierungsvereinbarung ist der planmäßig verlaufende Prozess des Personalabbaus und der Reduzierung der Personalkosten im Berichtszeitraum weiter fortgesetzt worden.

Die nachhaltige Reduktion der Personalkosten ist 2003 weiter erfolgt und konnte damit auch 2003 als wesentlicher Baustein zur Senkung des Verwaltungsaufwands beitragen.

Um der Gefahr des mit der Reduzierung der Mitarbeiterzahl einhergehenden Qualitäts- und Wissensverlustes zu begegnen, ergreift die Bank verschiedene Maßnahmen. So wird die Möglichkeit eingeräumt, in geringem Umfang externe Einstellungen vorzunehmen. Diese Möglichkeit wurde in moderatem Umfang genutzt.

Darüber hinaus wird im Jahr 2004 ein, bereits durch den Vorstand verabschiedetes, Qualifizierungskonzept zur bedarfsgerechten und priorisierten Planung und Durchführung von Schulungsmaßnahmen umgesetzt.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken wird grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, Vorgabe von Richtlinien und Verwendung von Standardverträgen begegnet.

Haftungsfreistellungserklärungen der Landesbank Berlin (LBB) und der Immobilien- und Bau- management der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG alt) für Komplementäre einzelner Kommanditgesellschaften

Anfang des Jahres 2001 teilte der Vorstand der LBB, wie bereits in den letzten Geschäftsberichten berichtet, dem Aufsichtsrat mit, dass zwei seiner damaligen Mitglieder und ein ehemaliges Mitglied des Vorstands in den Jahren 1994 bis 1997 natürlichen Personen, die als Vollhafter in diversen Immobilienfonds die Gesellschafterstellung eines Komplementärs übernommen hatten, Freistellungserklärungen gegeben hatten. Gemäß den Erklärungen werden diese natürlichen Personen von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung gegenüber Dritten durch die LBB freigestellt.

Im Zusammenhang mit den Freistellungserklärungen der LBB sind auch diverse von der damaligen Geschäftsleitung der IBG alt in Umlauf gebrachte Freistellungserklärungen bekannt geworden, die ebenfalls natürlichen Personen als Komplementären von Immobilienfonds zur Verfügung gestellt worden sind. Der Inhalt der von der IBG erteilten Freistellungserklärungen entspricht vom Ergebnis her im Wesentlichen denen der LBB.

Diese Freistellung von natürlichen Personen war Gegenstand einer bankaufsichtlichen Prüfung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Mit Schreiben vom 12. Februar 2002 und 20. August 2002 teilte die BaFin mit, dass sie die ihr bekannt gewordenen Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachtet. Die LBB vertritt ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

Haftungsfreistellungserklärung der Landesbank Berlin (LBB) gegenüber persönlich haftenden Gesellschaftern der Weberbank Privatbankiers KGaA (Weberbank)

Darüber hinaus hatte die LBB, wie bereits in den letzten Geschäftsberichten berichtet, im Jahre 1994 mit den persönlich haftenden Gesellschaftern der Weberbank im Innenverhältnis eine Obergrenze für deren persönliche Haftung vereinbart. Oberhalb dieser Grenze hat die LBB die persönlich haftenden Gesellschafter von der gesetzlichen Haftung als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank freigestellt. Der Vorstand der LBB hat die BaFin unverzüglich, nachdem diese Erklärungen im Januar 2002 bekannt geworden waren, hiervon in Kenntnis gesetzt. Mit Schreiben vom 25. Juni 2002 teilte die BaFin mit, dass sie diese Freistellungserklärungen als Organkredite im Sinne des KWG ansehe, die unter Verletzung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen abgegeben worden seien. Die Freistellungserklärungen seien deshalb von den Begünstigten zurückzugeben. Die LBB hat die

Risikobericht

Begünstigten entsprechend aufgefordert. Eine Rückgabe erfolgte bisher nicht. Die LBB teilt die Auffassung der BAFin hinsichtlich der Beurteilung der Freistellungserklärungen als Organkredite. Folglich betrachtet sie die Freistellungserklärungen wegen der Verletzung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen bei der Kreditvergabe als unwirksam. Daher brauchen diese Freistellungserklärungen wie im Vorjahr handels- und aufsichtsrechtlich nicht berücksichtigt zu werden.

EU-Beihilfeverfahren zur Umstrukturierungsbeihilfe der Bankgesellschaft Berlin AG und zur Übertragung der ehemaligen Wohnungsbaukreditanstalt Berlin (WBK) auf die Landesbank Berlin Girozentrale

Wie im Lagebericht dargestellt, hat die Europäische Kommission am 18. Februar 2004 die Umstrukturierungsbeihilfe zugunsten der Bankgesellschaft Berlin genehmigt. Die Genehmigung der Kommission umfasst die Kapitalzuführung des Landes Berlin im August 2001 in Höhe von 1,755 Mrd. €, die so genannte Risikoabschirmung des Landes Berlin vom Dezember 2001/April 2002, bestehend aus diversen Garantien mit einem nominalen Höchstwert von 21,6 Mrd. €, sowie die so genannte Rückzahlungsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und der LBB vom Dezember 2002. Letztere wurde im Hinblick auf eine etwaige Rückforderungsentscheidung der Kommission in dem Verfahren über die beihilferechtliche Prüfung der Überführung der WBK auf die LBB geschlossen. Anlass und Inhalt der

Rückzahlungsvereinbarung sind ausführlich im Lagebericht dargestellt. Die Kommission hat die Rückzahlungsvereinbarung in der Entscheidung vom 18. Februar 2004 mit der Maßgabe genehmigt, dass für die Berechnung der Kernkapitalquote nicht nur der Jahresabschluss 2002, sondern auch der Stichtag 1. Januar 2004 maßgeblich sein soll. Für die Bankgesellschaft steht außer Frage, dass mit der Entscheidung der Kommission vom 18. Februar 2004 die Neutralisierungsvereinbarung in der Fassung, die auch das Abgeordnetenhaus am 20. Februar 2005 gebilligt hat, wirksam geworden ist und dass ferner mit der des Weiteren vorgesehenen Bindung an die Kernkapitalquote des Konzerns per 1. Januar 2004 die positiven Auswirkungen dieser Beihilfe zwar auf das gebotene Maß begrenzt werden, es gleichwohl jedoch auch im Falle eines negativen Ausgangs des LBB-/IBB-Beihilfeverfahrens zu einer vollständigen Neutralisierung eines Rückforderungsanspruchs kommen wird.

Ein Teil der im Lagebericht umfassend beschriebenen Zusage der Bundesregierung betrifft die Ausgliederung des Forderungsgeschäfts der IBB. Danach hat die Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen, dass das Forderungsgeschäft IBB spätestens mit Wirkung zum 1. Januar 2005 in einer selbstständigen Forderbank des Landes Berlin fortgeführt wird und die IBB-Zweckrücklage des Landes zur Eigenkapitalausstattung der neuen Forderbank verwendet wird. Bei der Ausgliederung der IBB aus der LBB muss die IBB-Zweckrücklage in dem Maß aus der LBB herausgelöst werden, wie dies per 1. Januar 2004 möglich ist, ohne eine Kernkapitalquote von 6,0% im Konzern Bankgesellschaft (nach Ausgliederung der

IBB) zu unterschreiten, wobei in jedem Fall maximal 1,1 Mrd. € in der LBB verbleiben können. Der zur Kapitalisierung des Konzerns der BGB weiterhin erforderliche Teil der Zweckrücklage, maximal jedoch 1,1 Mrd. € wird vom Land Berlin unmittelbar oder mittelbar im Wege der Sacheinlage als stille Beteiligungen in die LBB eingelegt und marktlich verzinst. Die Bankgesellschaft Berlin geht davon aus, dass mit der Umsetzung dieser Vorgaben, zu denen insbesondere die Abstimmung mit der EU-Kommission über die Höhe der Verzinsung der stillen Einlagen des Landes Berlin zählt, sich auch für die Zukunft keine beihilferechtlichen Risiken aus dem LBB-/IBB-Verfahren ergeben.

Die Bankgesellschaft Berlin ist bereit, den Umstrukturierungsplan sowie die Auflagen der Kommission und die Verpflichtungszusagen Deutschlands und des Landes Berlins, die die EU-Kommission zur Voraussetzung einer Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe gemacht hat, zu erfüllen und an diesbezüglichen Maßnahmen der Bundesregierung und des Landes Berlin mitzuwirken. Auch das Land Berlin hat die Zusagen vollumfänglich mitgetragen. Für die Bankgesellschaft Berlin steht es daher außer Frage, dass die Bundesregierung und das Land Berlin die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werden, um die Zusagen einzuhalten.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Dritte Rechtsmittel gegen die Entscheidung der Kommission vom 18. Februar 2004 einlegen. Die Bank geht jedoch davon aus, dass eventuelle Rechtsmittel nicht erfolgreich sein werden, da die Kommission nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs ein weites Ermessen bei der Beurteilung und Genehmigung von Umstrukturierungsbeihilfen hat.

Beihilferelevanz der Teilnahme der Norddeutschen Landesbank an der Kapitalerhöhung

An der Kapitalerhöhung gemäß Hauptversammlungs-Beschluss vom 29. August 2001 für die Bankgesellschaft Berlin AG hat neben dem Land Berlin unter anderem die Norddeutsche Landesbank Girozentrale mit einem Betrag von circa 166 Mio. € teilgenommen. In dem Beschluss zur Eröffnung des förmlichen Prüfverfahrens vom 9. April 2002 hatte die EU-Kommission festgestellt, dass m. glicherweise auch diese Kapitalzufuhr eine genehmigungspflichtige staatliche Beihilfe darstellen könnte.

Die Kommission hat eine definitive Bewertung dieser Maßnahme in ihrer Entscheidung vom 18. Februar 2004 für nicht notwendig erachtet, da das Gewicht dieser Maßnahme im Verhältnis zu der genehmigten Beihilfe marginal ist und daher keinen Einfluss auf die getroffene Entscheidung hat. Die Bankgesellschaft Berlin geht daher davon aus, dass gegen die Kapitalzufuhr durch die NORD/LB keine beihilferechtlichen Bedenken mehr bestehen.

Nichtigkeit der in Geschftsbesorgungsverträgen enthaltenen Vollmachten zum Abschluss von Kreditverträgen

Nach inzwischen ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes sind von einem Kunden abgeschlossene umfassende Geschftsbesorgungsverträge mit einem Vermittler, der z. B. nicht Rechtsanwalt oder Steuerberater ist, wegen Unvereinbarkeit mit

Risikobericht

dem Rechtsberatungsgesetz gem. § 154 BGB nichtig. Deshalb ist die in diesen Geschäftsbesorgungsverträgen enthaltene Vollmacht an den Vermittler, den für die Finanzierung eines Objekts oder eines Fonds-Anteils erforderlichen Darlehensvertrag mit der Bank abzuschließen, gleichsam unwirksam. Dies hat wiederum zur Folge, dass der aufgrund der Vollmacht abgeschlossene Darlehensvertrag schwebend unwirksam ist, das heißt also nur durch Genehmigung des Kunden wirksam werden kann.

Darüber hinaus bleibt der Darlehensvertrag auch ohne Genehmigung des Kunden wirksam, wenn bestimmte Rechtsscheingrundsätze zur Anwendung kommen, das heißt wenn das Original der vom Kunden erteilten Vollmacht der Bank zum Zeitpunkt des Abschlusses des Darlehensvertrags vorlag oder bereits vorher Kontakt nicht nur mit dem Vermittler, sondern auch mit dem Kunden direkt bestand.

Aufgrund dieser Rechtslage haben sich inzwischen einige Kunden mit dem Hinweis auf die Unwirksamkeit des Darlehensvertrags an die Bank gewandt. Ein Großteil dieser Beschwerden ist nach eingehender Überprüfung des jeweiligen Sachverhaltes rechtlich unbegründet. Sofern Fälle auftreten, in denen die Kunden nach jetziger Rechtslage einen Anspruch auf Auskehrung der bisher gezahlten Raten zzgl. Zinsen hätten, ist jedoch festzuhalten, dass die Bank ihrerseits einen Anspruch auf Rückzahlung der Darlehensvaluta zzgl. marktgerechter Zinsen gegen den Empfänger hat.

Sonstige Risiken

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen
Zu den Grundzügen der Sanierungsziele verweisen wir auf unsere Ausführungen auf Seite 52 innerhalb des Lageberichtes. Für die Umsetzung der Auflagen zur Genehmigung der Beihilfe der Europäischen Kommission wurden in notwendigem Umfang Rückstellungen gebildet (siehe Seite 62).

Die geplante deutliche Reduzierung der Personal- und Sachkosten soll zu einem Teil durch Leistungsverzicht sowie durch Optimierung von Prozessabläufen erreicht werden. Ein anderer Teil muss im Gleichklang mit der Geschwindigkeit des Geschäftsabbaus erfolgen. Die Risiken des Personal- und Sachkostenabbaus liegen u. a. darin, wenn die Kontroll- und Abwicklungserfordernisse der Geschäfts- und Abbauprozesse nicht mit der Leistungsreduzierung einhergehen. Um den aus den Sanierungsmaßnahmen entstehenden Risiken (mögliche Verfehlung von Sach- und Personalkostenreduktionen durch nicht oder verspätet umgesetzte Maßnahmen) zu begegnen, wurde neben der finanziellen Kontrolle der Restrukturierungsziele ein qualitatives und strategisches Controlling des Umsetzungsprozesses mit einer monatlichen Berichterstattung an den Gesamtvorstand etabliert. Die aus den Faktoren Ertragssteigerung, Abbau der Risikopositionen und Reduktion der Risikoaktiva resultierenden Sanierungsziele werden für jedes Geschäftsfeld auf Basis der Quartalszahlen dem Vorstand berichtet.

Die Vielzahl gesetzlicher vorgegebener und sanierungsrelevanter Projektaktivitäten wie zum Beispiel zu den Rechnungslegungsvorschriften nach IFRS, die Ausgründung der IBB und der Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts oder die separate Veräußerung der Berliner Bank führen zu einer hohen Ressourcenbindung.

Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft und aus der Umsetzung der Detailvereinbarung für den Konzern bestehen bei der Umsetzung der Detailvereinbarung grundsätzlich zwei Arten von Risiken. Eine erste Gruppe besteht darin, dass das Land Ansprüche unter Umständen nicht akzeptiert, sofern Sachverhalte, die unter der Detailvereinbarung liegen, nicht vertragskonform abgewickelt wurden (Nichteinhaltung von Informations- und Zustimmungsrechten des Landes). Der Beurteilung, ob bzw. in welchem Umfang Risiken im Zusammenhang mit der Umsetzung der Detailvereinbarung zu verzeichnen sind, liegen folgende Risikotypen zu Grunde:

- Risiken, die daraus erwachsen, dass Zustimmungs-, Weisungs- und Kontrollrechte nicht beachtet werden,
- Risiken aus der unterschiedlichen Interpretation von Abschirmungsmechanismen,
- Risiken aus der Nichtbeachtung der Pflicht der Schadensminderung,
- Risiken, die nicht durch die Detailvereinbarung abgedeckt sind.

Eine zweite Gruppe besteht aus Vorgängen, wo notwendige Zustimmungen aus sachlichen Gründen versagt werden. In der Folge entstehen Kosten-Risiken, da der hieraus resultierende sich fortsetzende laufende Aufwand nicht durch die Detailvereinbarung abgesichert ist.

Es wird angestrebt, die in der Detailvereinbarung vorgesehene Zuständigkeits- und Verfahrensordnung (ZuVo), welche die Einzelheiten der Zustimmungsvorbehalte und -verfahren im Detail regeln soll, im Jahr 2004 durch die Gremien des Landes Berlin sowie der Bankgesellschaft Berlin formal abzuschließen. Gleichwohl wird nach dem gemeinsamen Verständnis der beteiligten Parteien die vorliegende Fassung inhaltlich bereits als Grundlage für die Zusammenarbeit seit Ende 2003 angewendet.

Die praktischen Erfahrungen bei Anwendung der Detailvereinbarung sowie der ZuVo lassen erkennen, dass hier weiterhin Klärungs- und Abstimmungsbedarf besteht. Mit der Ende 2002 gegründeten Controllinggesellschaft des Landes Berlin (BCIA) werden auf Grundlage der getroffenen Vereinbarungen einvernehmlich abgestimmte und damit sichere und verbindliche Handlungsweisen angestrebt. Trotz aller Schwierigkeiten konnten die zur Zustimmung vorgelegten Sachverhalte bislang geregelt werden. Die Verbesserung der Prozesse, letztendlich auch der Zusammenarbeit der beteiligten Parteien im Sinne pragmatischer und effizienter Vorgehensweisen, ist und bleibt der ausschließlich zielführende Weg, der zu Kosteneinsparungen, Verlustminimierungen und der Vermeidung von Fehlmaßnahmen führen kann und muss.

Risikobericht

IBAG und IBG haben dem Land fristgerecht zum 31. März 2003 eine abschließende Aufzählung der von der Buchwertgarantie erfassten Positionen (Positivliste) vorgelegt. Die der Detailvereinbarung entsprechende gemeinsame Festlegung der Positivliste steht noch aus, da für Teilbereiche noch kein Einvernehmen mit dem Land erzielt werden konnte.

Durch die besondere Konstruktion der Detailvereinbarung erstreckt sich das Risikomanagement, das auf Ebene der Immobiliendienstleistungsgesellschaften (IBAG, IBG und LPFV) und auf Konzernebene implementiert ist, nicht nur auf die im Konzern verbleibenden Risiken, sondern umfasst auch die vom Land Berlin übernommenen Risiken. Diese werden vom Konzern verwaltet und durch ein entsprechendes Risikomanagement- und -controlling-system überwacht.

Die verschiedenen Stufen des Risikomanagements werden zunächst auf Ebene der jeweiligen Gesellschaften umgesetzt. Wegen der besonderen Bedeutung der Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft ist dieses dezentrale Risikomanagement eng in den Gesamtbankrisikosteuerungsprozess auf Konzernebene eingebunden.

Die Aktivitäten zur weiteren Verbesserung der Gesamtbankrisikosteuerung konzentrierten sich auch 2003 auf folgende Schwerpunkte:

Fertigstellung der Strukturen zur Sicherstellung der vertragskonformen Abwicklung der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin, bzw. mit der vom Land hierzu eingerichteten Controllinggesellschaft BCIA, weitere Verbesserung des Risikomanagementsystems.

Die **LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH (LPFV)** ist eine 100%-Tochter der Bankgesellschaft Berlin AG. Mit den Verträgen vom 28. Dezember 2000 hat die LPFV Risiken aus Immobiliendienstleistungsgeschäften mit schuldrechtlicher Wirkung von der IBG und bestimmten damaligen Tochter- bzw. Enkelgesellschaften übernommen. Von diesen Risiken wurde die LPFV mit Abschluss der Detailvereinbarung freigestellt, soweit sie einen Selbstbehalt von 100 Mio. € überschreiten. Davon ausgenommen sind einige bestimmte Fonds sowie Fonds, die nach dem 31. Dezember 2000 aufgelegt wurden. Da der Selbstbehalt im Geschäftsverlauf 2003 aufgebraucht wurde, sind Zustimmungersuchen hinsichtlich der Erfüllungsübernahme gemäß der Detailvereinbarung der BCIA zur Entscheidung vorzulegen.

Innerhalb des Konzerns Bankgesellschaft Berlin wurden der LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH die Aufgaben und Funktionen einer Vertrags- und Asset-Managementgesellschaft in Bezug auf die Detailvereinbarung übertragen.

Die im Jahr 2002 begonnenen Maßnahmen zur Neuausrichtung der LPFV aus aufbau- und ablauforganisatorischer Sicht sind 2003 nahezu abgeschlossen worden. Das Prüfungs- und Abrechnungsverfahren der verschiedenen Garantien, sowohl gegenüber den freigestellten Konzernunternehmen, als auch dem Land Berlin gegenüber konnte erfolgreich etabliert werden.

In diesem Zusammenhang wurden zwei wesentliche Maßnahmen umgesetzt:

Fertigstellung eines Garantiehandbuchs, welches als zentrales Regelwerk über die gesamte Garantenkette die abgestimmten Standards der Garantiebearbeitung aller Garantiearten dokumentiert und seit Sommer 2005 von allen garantiiebeteiligten Gesellschaften angewendet wird. Abschluss eines Pilotprojekts zur Einführung eines integrierten Risikocontrolling-Systems auf Basis eines Datenbank-, Prognose- und Berichtssystem zur Erfassung, Bewertung und Steuerung der Risiken.

Die derzeitigen geschäftlichen Risiken der **Immobilien und Beteiligungen AG (IBAG)** resultieren aus den bei der IBAG-Gruppe verbliebenen Risiken des Immobilienaltgeschäfts der früheren IBG-Gruppe, darunter der noch vorhandene Bestand an fertiggestellten und im Bau befindlichen Wohn- und Gewerbeimmobilien, sowie aus organisatorischen Defiziten der alten IBG-Gruppe, die mittlerweile in weiten Teilen bereinigt wurden.

Das Geschäftsfeld Geschlossene Immobilienfonds wird innerhalb der IBAG-Gruppe durch die **IBV Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH (IBV)** wahrgenommen. Auch im Geschäftsjahr 2005 wurden, wie bereits im Vorjahr, keine neuen geschlossenen Immobilienfonds initiiert. Im Zuge der Restrukturierung konzentriert sich das Kerngeschäft der IBV auf Management und Verwaltung der vormals unter der IBG als Obergesellschaft initiierten geschlossenen Immobilienfonds.

Nach Analyse aller seitens der IBV unmittelbar betreuten geschlossenen Immobilienfonds konnten, in Zusammenarbeit mit der LPFV, spezifische Handlungsoptionen, insbesondere unter Ertrags- und Risikogesichtspunkten, entwickelt werden. Zudem wurde für die Geschäftsjahre 2001 und 2002 eine Leistungsbilanz für diejenigen Fonds erstellt, bei denen die IBV die Geschäftsführungsfunktion ausübt. Inhaltlich wurde bei der Erstellung dieser Leistungsbilanz darauf geachtet, dass die im Verlaufe des Geschäftsjahres 2005 seitens der Verbände (Verband geschlossener Immobilienfonds, VGI) verabschiedeten Anforderungskriterien vollumfänglich erfüllt worden sind, wodurch ein hohes Maß an Transparenz erreicht wurde.

Gegen die IBV haben Zeichner verschiedener Fonds Prospekthaftungsklagen erhoben. In einem Verfahren, den IBV Fonds Deutschland 3 betreffend, hat das Gericht zugunsten der Kläger entschieden. Die IBV hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. In weiteren Verfahren stehen Verhandlungstermine noch aus. Zwischenzeitlich wurden weitere Zeichnerklagen anhängig gemacht.

Darüber hinaus ist die IBV in nicht unerheblichem Maße selbst an geschlossenen Immobilienfonds beteiligt. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Ausschüttungen der Fonds den Refinanzierungskosten der Fondsanteile in etwa entsprechen.

Der nicht fondsgebundene Immobilienbestand des IBAG-Konzerns konzentriert sich aktuell auf ca. 90 Objektgesellschaften mit rund 190 Objekten (Volumen aktuell ca. 1 Mrd. €).

Risikobericht

Im Rahmen der Restrukturierung der IBAG ist es unverändertes Ziel, Risiken und Chancen im Hinblick auf den Bestand des nicht fondsgebundenen Immobilienvermögens im Konzern zusammenzuföhren, transparente Strukturen zu schaffen sowie die Anzahl der Objektgesellschaften zu reduzieren. Der Aufbau einer neuen Gesellschaftsstruktur für die nicht fondsgebundenen Objektgesellschaften wurde weiter vorangetrieben, um Gesellschaften einer Verwertung zuzuföhren sowie eine Vereinfachung der Strukturen herzustellen. In diesem Zusammenhang wurden 2005 umfangreiche Maßnahmen eingeleitet, insbesondere die Klärung gesellschaftsrechtlicher, haftungsrechtlicher und steuerlicher Voraussetzungen.

Im Geschäftsbereich nicht fondsgebundenes Immobilienvermögen konnten im Berichtsjahr bedeutende Immobilienverkäufe, trotz schwieriger Marktlage, umgesetzt werden. So konnte das nicht fondsgebundene Immobilienportfolio der IBAG-Gruppe seit Beginn der Restrukturierungsmaßnahmen im Herbst 2001 von ursprünglich rund 3,4 Mrd. € um 2,4 Mrd. € auf nunmehr knapp 1 Mrd. € erheblich reduziert werden. Die damit einhergehende Risikoherabsetzung wurde insbesondere auch durch den Lnderausstieg im internationalen Geschäft (England, Holland, USA) nahezu vollstndig umgesetzt. Auch für den zukünftigen Erfolg der Gruppe ist die zügige Verwertung des Immobilienaltbestandes, unter Beachtung der Vermögenswahrung, weiterhin von wesentlicher Bedeutung.

Innerhalb der IBAG wurden 2005 u. a. zwei bedeutende Ziele erreicht:

Verabschiedung eines Risikohandbuchs und Implementierung eines gesellschaftsbergreifenden Risikofrüherkennungssystems; Einführung einer Immobiliendatenbank und Aufnahme eines eigenen Risikotools zur objektbezogenen Risikobewertung.

Darüber hinaus wurde die Restrukturierung erfolgreich fortgesetzt, was zu einer weiteren deutlichen Reduzierung von Personal-, Standort- und Kostenrisiken geführt hat. Gesellschaftsbergreifend konnten bis zum Ende des Berichtsjahres 2005 von den ursprünglich 33 Standorten der Gruppe bis auf die Hauptstandorte Berlin und Nürnberg der größte Teil geschlossen und die Personal- und Sachkosten nachhaltig gesenkt werden. Alle nicht zum Kerngeschäft zählenden Beteiligungen wurden bzw. werden liquidiert oder verkauft.

Die Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG) hat den im Jahr 2002 begonnenen Ausbau der Management- und Controllingstrukturen im Jahr 2005 planmäßig fortgesetzt. Die Implementierung eines Risikomanagementsystems wurde durch Inkraftsetzung eines mit dem Konzern Bankgesellschaft Berlin AG abgestimmten Risikohandbuchs im September 2005 weitergeführt.

Die IBG hat sich mit Ablauf des Jahres 2003 fast vollständig aus dem Projekt EuroSpeedway Lausitz Lausitzring zurückgezogen.

Durch die Freistellungsvereinbarung mit der LPFV und die Detailvereinbarung ist die IBG von wesentlichen Risiken freigestellt. Dennoch entsteht durch die vertraglichen Verpflichtungen aus dem Fondsgeschäft operativer Aufwand für Controlling und Vertragsmanagement, welcher nicht durch die Freistellungsvereinbarungen erfasst ist. Da die Gesellschaft strategiemäßig keine wesentlichen Einnahmen verfügt, resultieren durch die laufenden Aufwendungen und Zahlungsverpflichtungen aus der Abwicklung der Verträge Kapital- und Liquiditätsrisiken, welche regelmäßige Maßnahmen zur Kapitaldeckung sowie die Bereitstellung von Liquidität durch die Gesellschafter erfordern.

Risiken aus dem Fördergeschäft der Investitionsbank Berlin (IBB)

Das Fördergeschäft im Immobilienbereich ist weiterhin gekennzeichnet durch den fortgesetzten Preisverfall am Berliner Immobilienmarkt sowie die damit einhergehende Verschlechterung der Bonität der Kreditnehmer. Ferner wirkt sich die bislang kaum verbesserte konjunkturelle Entwicklung noch nicht positiv auf die Bonität der Unternehmen aus. Insgesamt hat die IBB dieser Situation durch die Weiterentwicklung des Kreditrisikomanagements sowie durch eine adäquate Risikovorsorge Rechnung getragen.

Die IBB hat im Rahmen der öffentlichen Wohnungsbauförderung auf der Grundlage der Richtlinie über die Förderung des Miet- und Genossenschaftswohnungsbaus in Berlin vom 3. April 1992 (2. Förderungsweg Berlin) Wohnimmobilien finanziert. Für die in diesem Finanzierungsvolumen enthaltenen latenten Ausfallrisiken wurde eine entsprechende Vorsorge getroffen. Weitere latente Risiken bestehen im Kreditbestand der Wohneigentumsförderung, für die ebenfalls eine adäquate Risikovorsorgeposition gebildet wurde.

Durch den Wegfall der Anschlussförderung im sozialen Wohnungsbau für die Wohnungsbauprogrammjahre 1987 bis 1997 besteht für die Investitionsbank Berlin das Risiko eines Verlustes von Ertragspotenzialen sowie indirekte Kreditrisiken.

Bei der Beurteilung der Risiken im Kreditgeschäft der IBB ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die IBB hinsichtlich möglicher Zins- und Kapitalausfälle auf Grund des Grundvertrags mit dem Land Berlin sowie einer ebenfalls landesseitig zugesagten Rahmenbürgschaft nach wie vor für den überwiegenden Teil des Darlehensbestands kein Risiko trägt.

Risikobericht

EU-Beihilfeverfahren betreffend Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei Landesbanken

Das Land Berlin hat die Vorgaben aus der im Sommer 2001 erzielten Brüsseler Verständigung über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung bei Landesbanken umgesetzt.

Die Anstaltslast für die Landesbank wird zum 19. Juli 2005 abgeschafft. Die Bestimmungen über die Gewährträgerhaftung wurden so geändert, dass Verbindlichkeiten, die nach dem 18. Juli 2005 entstehen, nicht unter die Gewährträgerhaftung fallen und Verbindlichkeiten, die in der Zeit zwischen dem 18. Juli 2001 und dem 18. Juli 2005 entstehen, nur dann unter die Gewährträgerhaftung fallen, wenn ihr Fälligkeitstermin nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Für vor dem 18. Juli 2001 begründete Verbindlichkeiten besteht die Gewährträgerhaftung unverändert fort.

Der Konzern Bankgesellschaft Berlin geht davon aus, dass er sich für die zukünftige Geschäftstätigkeit der Landesbank Berlin Girozentrale ausreichend auf den Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung vorbereitet hat. Eine exakte Vorhersage der sich aus diesem Wegfall ergebenden Veränderung der Refinanzierungsmöglichkeiten kann zum heutigen Zeitpunkt noch nicht vorgenommen werden. Folglich kann nicht genau quantifiziert werden, wie stark die negative Wirkung des Wegfalls der besagten Haftungsinstitute die Ertrags-, Finanz- und/oder Vermögenslage der einzelnen Unternehmen des Konzerns Bankgesellschaft Berlin beeinflussen wird.

Ausblick Konzern

Mit dem erfreulich positiven operativen Ergebnis für das Geschäftsjahr 2005 hat der Konzern den Turnaround geschafft. Ferner bedeutet die am 18. Februar 2004 erfolgte Genehmigung der Umstrukturierungsbeihilfe durch die EU-Kommission für den Konzern einen Gewinn an Planungssicherheit. Dies heißt, dass die Neuausrichtung des Konzerns fortgesetzt werden kann. Die EU-Entscheidung stellt damit ebenfalls die Weichen für eine weitere Normalisierung im Geschäftsbetrieb, was die Grundlage für eine erfolgreiche Ertragsstabilisierung und Neupositionierung der Bankgesellschaft Berlin AG und des Konzerns in allen Geschäftssegmenten darstellt.

Die Einzelheiten der im Rahmen der Genehmigung zugesagten Maßnahmen werden nach detaillierter Analyse in einen entsprechenden Umsetzungsplan überführt. Die Erfüllung der Zusagen, die konzernweite Auswirkungen haben, kann nur in enger Zusammenarbeit mit dem Land Berlin als Beteiligtem im Beihilfeverfahren erreicht werden.

Daneben wird der Erfolg der Restrukturierung eng verbunden sein mit weiteren Fortschritten bei der strategischen Neuausrichtung hin zu einer starken Regionalbank mit Kapitalmarktgeschäft und bundesweitem Immobilienfinanzierungsgeschäft sowie der Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage.

Damit wird das Jahr 2004 verstärkt im Zeichen der Konsolidierung der Marktposition des Konzerns sowie der weiteren Verbesserung seiner Effizienz und Ertragskraft in allen Geschäftssegmenten stehen. Dabei werden wir aufbauend auf den Erfolgen des zweiten Halbjahres 2003 künftig mehr Kräfte auf das Kundengeschäft konzentrieren.

Eine wesentliche Maßnahme wird im Jahr 2004 der Abschluss des im Vorjahr gestarteten Projekts zur Ausgründung der Investitionsbank Berlin (IBB) als rechtlich selbstständige Förderbank sein. Die damit verbundenen Aufgaben und Strukturen werden durch die für das Frühjahr vorgesehene Verabschiedung des IBB-Gesetzes sowie das dazugehörige Vertragswerk geregelt. Die operative Umsetzung der Ausgründungsaktivitäten befindet sich in einer fortgeschrittenen Phase, so dass der Vorstand davon ausgeht, die Ausgründung spätestens zum 1. Januar 2005 realisieren zu können. Die Mitwirkung des Landes Berlin ist für den Vollzug der Ausgliederung erforderlich.

Das Immobiliendienstleistungsgeschäft muss gemäß einer Zusage an die EU-Kommission bis zum 31. Dezember 2005 verteuert oder abgewickelt werden. Zu diesem Stichtag gehen die dann noch vorhandenen, in der Entscheidung beschriebenen Beteiligungen an Immobiliendienstleistungsgesellschaften zu marktgerechten Bedingungen an das Land Berlin über. Eine entsprechende Konzeption zur Ausgliederung wird von der Bank erarbeitet. Neue Immobilienfonds oder andere Immobilienanlageprodukte werden nicht mehr entwickelt.

Ausblick Konzern

Die ebenfalls zugesagte Veräußerung der Berliner Bank bis zum Februar 2007 wird, nachdem Zeitplan und Vorgehen festgelegt wurden, in der zweiten Jahreshälfte 2005 mit konkreten Umsetzungsschritten eingeleitet werden.

Daneben wird die Fortsetzung der Maßnahmen zur Erreichung der Kostenziele und der damit einhergehende Personalkostenabbau auch im Jahr 2004 ein Schwerpunkt der Restrukturierung sein.

Den wesentlichen Schritt hin zu einer transparenteren Konzernstruktur stellt die beabsichtigte Zusammenführung der Geschäftstätigkeiten der Bankgesellschaft Berlin AG und der Landesbank Berlin zum Ende des Jahres 2005 dar. Die Projektarbeiten wurden aufgenommen und die ersten erforderlichen Umsetzungsschritte sollen im Jahr 2004 vollzogen werden.

Der Rückzug aus dem überregionalen Großkundengeschäft und den Projektfinanzierungen sowie der Verkauf weiterer Beteiligungen werden konsequent weitergeführt.

Für den Zeitpunkt des Wegfalls von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung 2005 sieht der Vorstand bei Umsetzung der geplanten Maßnahmen hinsichtlich Ertragskraft und strategischer Ausrichtung den Konzern als gut positioniert an.

Bezüglich der gesamten Restrukturierungsaktivitäten ist darauf hinzuweisen, dass die erforderlichen Projekte zur Vorbereitung auf externe kreditwirtschaftliche Anforderungen (Basel II und Rechnungslegung nach IAS) und die aufzunehmende Umsetzung der durch die EU-Kommission vorgegebenen Zusagen in ihrer Gesamtheit operationelle Umsetzungsrisiken in sich bergen.

Nachdem die erkennbaren Auswirkungen der EU-Entscheidung im Ergebnis des Jahres 2003 verarbeitet wurden, erwartet der Vorstand insoweit keine Sonderbelastungen aus Aufwendungen für hieraus resultierende Strukturmaßnahmen.

Die bereits erfolgreich umgesetzten Sanierungs- und Restrukturierungsmaßnahmen, die bisher positiven Erfahrungen bei der fortschreitenden Veränderungen des Konzerns und die optimistischeren Konjunkturaussichten stützen die Erwartungen des Vorstands, für das Jahr 2004 ein positives Gesamtergebnis im Konzern zu erreichen.

Jahresabschluss des Konzerns und der AG

106	Bilanz des Konzerns
110	Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns
112	Eigenkapitalspiegel des Konzerns
114	Segmentberichterstattung des Konzerns
116	Kapitalflussrechnung des Konzerns
118	Bilanz der AG
122	Gewinn- und Verlustrechnung der AG
124	Anhang des Konzerns und der AG 2005
126	Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
128	Bewertung
132	Angaben zu den Bilanzpositionen des Konzerns
142	Angaben zu den GuV-Positionen des Konzerns
151	Sonstige Angaben zum Konzern
160	Angaben zu den Bilanzpositionen der AG
170	Angaben zu den GuV-Positionen der AG
173	Sonstige Angaben der AG
177	Anlagen zum Anhang

Bilanz des Konzerns

zum 31. Dezember 2005

Aktivseite	Anhang Textziffern	Tu	Tu	Tu	Tu	Vorjahr Tu
Barreserve						
a) Kassenbestand				648.492		577.785
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				652.687		814.636
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		611.429				(757.886)
c) Guthaben bei Postgiroämtern				0		0
					1.301.179	1.392.421
Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	10					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen				0		45.216
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		0				(0)
b) Wechsel				817		3.081
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		817				(3.081)
					817	48.297
Forderungen an Kreditinstitute	1, 3, 4, 5					
a) täglich fällig				4.705.064		11.014.637
b) andere Forderungen				23.415.470		19.783.678
darunter: Hypothekendarlehen der Hypothekenbank		9.908				(10.006)
Kommunalkredite der Hypothekenbank		2.794.645				(3.305.501)
					28.120.534	30.798.315
Forderungen an Kunden	1, 3, 4, 5, 10				77.708.023	89.578.886
darunter: Hypothekendarlehen der Hypothekenbank		15.161.863				(17.797.627)
andere durch Grundpfandrechte gesicherte Darlehen		14.304.382				(15.658.149)
Kommunalkredite		28.792.202				(25.812.066)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2, 3, 4, 5, 6, 8, 10					
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten			23.974			30.320
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(0)
ab) von anderen Emittenten			63.843			434.223
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		35.049				(434.223)
				87.817		464.543
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten			3.568.720			4.970.720
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		2.176.630				(2.919.794)
bb) von anderen Emittenten			28.372.750			33.333.160
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		17.244.762				(19.989.681)
				31.941.470		38.303.880
c) eigene Schuldverschreibungen				944.239		827.024
Nennbetrag		1.050.899				(924.075)
					32.973.526	39.595.447
Übertrag					140.104.079	161.413.366

Passivseite	Anhang Textziffern	Tu	Tu	Tu	Tu	Vorjahr Tu
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1, 3, 4					
a) täglich fällig				2.985.002		10.509.746
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				48.474.156		48.839.636
darunter: begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe der Hypothekenbank		334.398				(415.758)
andere begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		1.883.346				(1.815.450)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe der Hypothekenbank		228.320				(281.932)
andere begebene öffentliche Namenspfandbriefe		2.357.302				(2.416.850)
					51.459.158	59.349.382
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1, 3, 4					
a) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist						
aa) von drei Monaten			7.803.223			8.942.016
ab) von mehr als drei Monaten			221.670			281.848
				8.024.893		9.223.864
b) andere Verbindlichkeiten						
ba) täglich fällig			11.205.579			13.009.406
bb) mit vereinbarter Kündigungsfrist oder Laufzeit			28.944.773			34.858.014
darunter: begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe der Hypothekenbank		1.897.204				(2.131.137)
andere begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		1.766.491				(1.892.395)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe der Hypothekenbank		1.577.039				(1.868.503)
andere begebene öffentliche Namenspfandbriefe		2.444.013				(2.500.985)
				40.150.352		47.867.420
					48.175.245	57.091.284
Verbriefte Verbindlichkeiten	1, 2, 3, 4					
a) begebene Schuldverschreibungen						
aa) Hypothekenspfandbriefe der Hypothekenbank			6.615.060			5.644.800
ab) andere Hypothekenspfandbriefe			1.290.815			1.775.279
ac) öffentliche Pfandbriefe der Hypothekenbank			12.665.013			16.550.937
ad) andere öffentliche Pfandbriefe			10.475.631			12.186.779
ae) sonstige Schuldverschreibungen			8.823.281			7.747.781
				39.869.800		43.905.576
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten				136.315		262.372
darunter: Geldmarktpapiere		0				(126.209)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf		130.918				(102.977)
					40.006.115	44.167.948
Treuhandverbindlichkeiten	7				181.025	220.238
darunter: Treuhandkredite		143.553				(150.342)
Sonstige Verbindlichkeiten	15				3.355.891	3.805.462
Übertrag					143.177.434	164.634.314

Bilanz des Konzerns

zum 31. Dezember 2005

Aktivseite	Anhang Textziffern	Tu	Tu	Tu	Tu	Vorjahr Tu
Übertrag					140.104.079	161.413.366
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3, 4, 5, 6, 8				3.922.579	3.367.483
Beteiligungen	6, 8				359.000	407.034
darunter: an Kreditinstituten		102.696				(102.862)
an Finanzdienstleistungsinstituten		257				(1.830)
Anteile an assoziierten Unternehmen	6, 8				31.771	95.284
darunter: an Kreditinstituten		5.598				(5.701)
Anteile an verbundenen Unternehmen	6, 8				212.011	285.433
darunter: an Kreditinstituten		0				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0				(1.046)
Treuhandvermögen	7				181.025	220.238
darunter: Treuhandkredite		143.553				(150.342)
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschl. Schuldverschreibungen aus deren Umtausch	11				367.447	561.375
Immaterielle Anlagewerte	6, 12				88.696	21.891
Sachanlagen	6, 12				491.233	580.216
Eigene Aktien oder Anteile					55.267	54.992
rechnerischer Wert		70.390				(70.390)
Sonstige Vermögensgegenstände	13				6.982.705	7.191.900
Rechnungsabgrenzungsposten	14					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				414.574		513.198
b) andere				75.604		91.797
					490.178	604.995
Summe der Aktiva					153.285.991	174.804.207

Passivseite	Anhang Textziffern	Tu	Tu	Tu	Tu	Vorjahr Tu
Übertrag					143.177.434	164.634.314
Rechnungsabgrenzungsposten	16					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				934.881		1.001.829
b) andere				117.468		113.303
					1.052.349	1.115.132
Rückstellungen						
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	17			623.122		646.955
b) Steuerrückstellungen				217.301		185.789
c) andere Rückstellungen	18			1.698.126		1.470.092
					2.538.549	2.302.836
Sonderposten mit Rücklageanteil					0	87
Nachrangige Verbindlichkeiten	3, 4, 19				2.752.135	2.862.618
Genussrechtskapital	20				85	85
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig		0				(0)
Fonds für allgemeine Bankrisiken					201.985	0
Eigenkapital	21					
a) gezeichnetes Kapital				2.554.741		2.554.741
b) Kapitalrücklage				1.956.044		1.956.044
c) Gewinnrücklage						
ca) gesetzliche Rücklage			3.272			3.272
cb) Rücklage für eigene Anteile			55.267			54.992
cd) Zweckerücklage der Investitionsbank Berlin			1.342.326			1.342.326
ce) andere Gewinnrücklagen			249.289			129.516
				1.650.154		1.530.106
d) Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter				56.729		70.321
e) Konzerngewinn/Konzernverlust				-2.654.214		-2.222.077
					3.563.454	3.889.135
Summe der Passiva					153.285.991	174.804.207
Eventualverbindlichkeiten						
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Konzernanhang)				2.629.030		4.200.012
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten				708		158.843
					2.629.738	4.358.855
Andere Verpflichtungen						
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften				14.777		14.777
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen				5.846.742		9.208.009
					5.861.519	9.222.786

Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2003

Aufwendungen	Anhang Textziffern	Tu	Tu	Tu	Tu	Vorjahr Tu
Zinsaufwendungen	22				5.001.434	6.338.995
Provisionsaufwendungen	23				85.257	72.867
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften	24				–	24.410
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen						
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			583.459			675.231
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			160.449			177.900
darunter: für Altersversorgung		51.794				(55.969)
				743.908		853.131
b) andere Verwaltungsaufwendungen	25			543.365		590.361
					1.287.273	1.443.492
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	6				93.441	107.846
Sonstige betriebliche Aufwendungen	28				746.416	523.762
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	26				175.295	505.530
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	6				91.491	448.893
Aufwendungen aus Verlustübernahme					29.569	39.417
Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	22				–	10.377
Außerordentliche Aufwendungen	29				404.380	111.619
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	30, 31				–10.073	82.301
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen					10.227	2.079
Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken					201.985	–
Summe der Aufwendungen					8.116.695	9.711.588
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag					–316.432	–698.700
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr					–2.231.065	–1.552.353
					–2.547.497	–2.251.053
Entnahmen aus Gewinnrücklagen						
b) aus der Rücklage für eigene Anteile					0	15.948
e) aus anderen Gewinnrücklagen					275	22.269
					275	38.217
Einstellungen in Gewinnrücklagen						
b) in die Rücklage für eigene Anteile					275	0
d) in die Zweckrücklage der Investitionsbank Berlin					0	823
e) in andere Gewinnrücklagen					0	15.948
					275	16.771
Anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn/Verlust/Gewinnbezugsrechte					106.717	–7.530
davon: Verrechnung Gewinnbezugsrecht				104.314		
Konzerngewinn/Konzernverlust					–2.654.214	–2.222.077

Erträge	Anhang Textziffern	Tu	Tu	Vorjahr Tu
Zinserträge aus	22, 27			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		5.480.281		6.617.341
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		938.773		1.253.180
			6.419.054	7.870.521
Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	22, 27	154.243		161.365
b) Beteiligungen		39.623		8.681
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		4.139		12.418
			198.005	182.464
Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	22		48.490	–
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	22		193	2.720
Provisionserträge	23, 27		399.295	415.035
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	24, 27		12.258	–
Sonstige betriebliche Erträge	27, 28		691.559	530.199
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			0	2
Außerordentliche Erträge	29		31.409	11.947
Jahresfehlbetrag			316.432	698.700
Summe der Erträge			8.116.695	9.711.588

Eigenkapitalspiegel des Konzerns

	Mutterunternehmen						
	Gezeichnetes Kapital		Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	Kapitalrücklage	Zweckrücklage IBB	Erwirtschaftetes Konzern-eigenkapital	Eigene Anteile, die zur Einziehung bestimmt sind
	Stammaktien	Vorzugsaktien					
für die Zeit vom 31. Dezember 2002 bis zum 31. Dezember 2003	Tu	Tu	Tu	Tu	Tu	Tu	Tu
Stand am 31.12.2002	2.554.741	0	0	1.956.044	1.342.326	-2.041.938	0
Ausgabe von Anteilen							
Erwerb/Einziehung eigener Anteile							
Gezahlte Dividenden							
Änderungen des Konsolidierungskreises						-20.959	
Übrige Veränderungen							
Konzern-Jahresüberschuss/-fehlbetrag						-317.224	
Übriges Konzernergebnis						41.959	
Konzerngesamtergebnis	0	0	0	0	0	-275.265	0
Stand am 31.12.2003	2.554.741	0	0	1.956.044	1.342.326	-2.338.162	0
für die Zeit vom 31. Dezember 2001 bis zum 31. Dezember 2002							
Stand am 31.12.2001	2.554.741	0	0	1.956.044	1.341.503	-1.423.506	0
Ausgabe von Anteilen							
Erwerb/Einziehung eigener Anteile							
Gezahlte Dividenden							
Änderungen des Konsolidierungskreises						-39	
Übrige Veränderungen							
Konzern-Jahresüberschuss/-fehlbetrag						-690.916	
Übriges Konzernergebnis					823	72.523	
Konzerngesamtergebnis	0	0	0	0	823	-618.393	0
Stand am 31.12.2002	2.554.741	0	0	1.956.044	1.342.326	-2.041.938	0

				Minderheitsgesellschafter					
Kumuliertes übriges Konzernergebnis		Eigenkapital gemäß Konzernbilanz Tu	Eigene Anteile, die nicht zur Einziehung bestimmt sind Tu	Eigenkapital Tu	Minderheitenkapital Tu	Kumuliertes übriges Konzernergebnis		Eigenkapital Tu	Konzern-eigenkapital Tu
Ausgleichs-posten aus der Fremd-währungs-rechnung Tu	andere neutrale Trans-aktionen Tu					Ausgleichs-posten aus der Fremd-währungs-rechnung Tu	andere neutrale Trans-aktionen Tu		
7.641	0	3.818.814	54.992	3.763.822	68.881	1.440	0	70.321	3.834.143
		0		0				0	0
		0	275	-275				0	-275
		0		0				0	0
-8.260		-29.219		-29.219	-14.060	-1.440		-15.500	-44.719
		0		0				0	0
		-317.224		-317.224	792			792	-316.432
-7.605		34.354		34.354	1.116			1.116	35.470
-7.605	0	-282.870	0	-282.870	1.908	0	0	1.908	-280.962
-8.224	0	3.506.725	55.267	3.451.458	56.729	0	0	56.729	3.508.187
14.690	0	4.443.472	70.940	4.372.532	79.786	1.301	0	81.087	4.453.619
		0		0				0	0
		0	-15.948	15.948				0	15.948
		0		0				0	0
		-39		-39				0	-39
		0		0				0	0
		-690.916		-690.916	-7.787			-7.787	-698.703
-7.049		66.297		66.297	-3.118	139		-2.979	63.318
-7.049	0	-624.619	0	-624.619	-10.905	139	0	-10.766	-635.385
7.641	0	3.818.814	54.992	3.763.822	68.881	1.440	0	70.321	3.834.143

Segmentberichterstattung des Konzerns

Anteilige Ergebnisse der Strategischen Geschäftsfelder im Konzern

Ist per 31.12.2003/Ist per 31.12.2002

in Mio. t	Private Kunden		Firmenkunden		Kapitalmarktgeschäft		Immobilienfinanzierung	
	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002
Zinsüberschuss	466	501	183	176	406	548	278	281
Provisionsüberschuss	231	224	38	36	7	20	-3	9
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften					4	-24		
Saldo der sonstigen Erträge/Aufwendungen		9	6		34	26	-10	-8
Summe Erträge	697	734	227	212	451	570	265	282
Personalaufwand	207	231	65	79	73	83	49	55
Andere Verwaltungsaufwendungen	359	421	67	67	127	138	51	42
Normalabschreibungen	8	8	1	1	10	2	2	2
Verwaltungsaufwand	574	660	133	147	210	223	102	99
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	123	74	94	65	241	347	163	183
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	46	93	18	52	91	97	208	289
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve					-14	16		
Veränderung der § 340f HGB-Reserve								
Risikovorsorge	46	93	18	52	77	113	208	289
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	77	-19	76	13	164	234	-45	-106
Ergebnis aus Finanzanlagen		-5	3	-6		-3	3	
Saldo der übrigen Positionen	-2		-9	-6	-1		-14	-13
Ergebnis vor Steuern	75	-24	70	1	163	231	-56	-119
Segmentvermögen	5.853	6.058	9.293	16.974	51.488	62.017	26.077	28.820
Segmentverbindlichkeiten	14.082	14.630	4.279	3.854	51.453	91.933	1.242	1.846
Risikopositionen	4.638	5.365	5.751	6.420	20.937	27.705	13.259	12.925
Bilanzielles Eigenkapital (Durchschnitt)	274	266	334	347	1.455	1.622	731	685
Mitarbeiterkapazitäten (Stichtag)	3.516	3.980	944	1.131	508	609	667	652
Eigenkapitalrentabilität	27,4%	-9,0%	21,0%	0,3%	11,2%	14,2%	-7,7%	-17,4%
Cost-Income-Ratio	82,4%	89,9%	58,6%	69,3%	46,6%	39,1%	38,5%	35,1%

¹⁾ IBAG, IBG und LPFV: Die anderen Verwaltungsaufwendungen und die Normalabschreibungen werden in den sonstigen Aufwendungen bzw. im Saldo der sonstigen Erträge und Aufwendungen ausgewiesen.

²⁾ 31.12.2002 inklusive Zivnostenská banka

Immobilien- dienstleistungen ¹⁾		Corporate Investments ²⁾		Fördergeschäft		Sonstiges/ Konsolidierung		KONZERN ohne Effekte der EU-Entscheidung		Effekte der EU-Entscheidung		KONZERN	
2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002
19	-14	151	220	157	160	4	-166	1.664	1.706			1.664	1.706
		16	29	26	27	-1	-3	314	342			314	342
		2	7			6	-7	12	-24			12	-24
34	19	19	6	-10		-115	-47	-42	5	-23		-65	5
53	5	188	262	173	187	-106	-223	1.948	2.029	-23		1.925	2.029
63	62	57	91	55	53	175	199	744	853			744	853
		44	81	28	34	-133	-193	543	590			543	590
		6	16	15	16	50	58	92	103			92	103
63	62	107	188	98	103	92	64	1.379	1.546			1.379	1.546
-10	-57	81	74	75	84	-198	-287	569	483	-23		546	483
		22	41	9	39	15	6	409	617			409	617
		9	2	-2	-4	-51	-100	-58	-86			-58	-86
		1	1	-176	-26	-1		-176	-25			-176	-25
		32	44	-169	9	-37	-94	175	506			175	506
-10	-57	49	30	244	75	-161	-193	394	-23	-23		371	-23
-3	-1	-2	-1	-19	-66	-58	-367	-76	-449	-15		-91	-449
11	-4	-4	-7	-213	-8	-72	-106	-304	-144	-302		-606	-144
-2	-62	43	22	12	1	-291	-666	14	-616	-340		-326	-616
2.326	2.219	4.534	9.550	19.197	19.513	34.518	29.653	153.286	174.804			153.286	174.804
2.326	2.219	4.534	9.550	19.197	19.513	56.173	31.259	153.286	174.804			153.286	174.804
		2.405	5.639	4.127	4.392	6.326	8.378	57.443	70.824			57.443	70.824
158	462	203	286	372	414	379	331	3.907	4.413			3.907	4.413
902	1.057	312	1.932	747	751	2.536	2.863	10.132	12.975			10.132	12.975
-1,3%	-13,4%	21,2%	7,7%	3,2%	0,2%			0,3%	-14,0%			-8,4%	-14,0%
		56,9%	71,8%	56,6%	55,1%			70,8%	76,2%			71,6%	76,2%

Kapitalflussrechnung des Konzerns

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Jahresüberschuss	-316	-699
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen	778	1.275
Veränderungen der Rückstellungen	-16	-475
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	-277	-83
Ergebnis aus der Veräußerung von Anlagevermögen	-4	0
Sonstige Anpassungen (per saldo)	-2.278	-1.845
Zwischensumme	-2.113	-1.827
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen		
an Kreditinstitute	2.185	2.659
an Kunden	9.808	9.205
Wertpapiere des Handels- und Liquiditätsbestandes	5.863	950
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	607	-763
Verbindlichkeiten		
gegenüber Kreditinstituten	-7.904	-4.337
gegenüber Kunden	-6.174	-5.076
Verbriefte Verbindlichkeiten	-3.798	-2.840
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-378	-268
Erhaltene Zinsen und Dividenden	6.425	8.330
Gezahlte Zinsen	-5.030	-6.550
Außerordentliche Auszahlungen	95	-110
Ertragsteuerzahlungen	115	108
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	-299	-519

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Einzahlungen aus der Veräußerung von		
Finanzanlagen	2.286	1.998
Sachanlagen	187	29
Auszahlungen für den Erwerb von		
Finanzanlagen	-2.145	-1.337
Sachanlagen	-178	-66
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises		
Einzahlungen aus der Veräußerung von konsolidierten Unternehmen	233	0
Auszahlungen für den Erwerb von konsolidierten Unternehmen	0	0
Mittelveränderung aus sonstiger Investitionstätigkeit	-100	-21
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	283	603
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen	0	0
Dividendenzahlungen	0	0
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit	-120	-91
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	-120	-91
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	1.441	1.453
Cash-Flow aus operativer Tätigkeit	-299	-519
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	283	603
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	-120	-91
Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	-3	-5
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	1.302	1.441
Hinweis: „+“ = Mittelzufluss/„-“ = Mittelabfluss		

Bilanz der AG

zum 31. Dezember 2005

Aktivseite	Anhang Textziffern				BGB AG	BGB AG mit BB	Vorjahr
		Tu	Tu	Tu	Tu	Tu	Tu
Barreserve							
a) Kassenbestand				2		134.706	113.932
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				95.447		229.021	500.434
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		93.967				227.541	498.307
					95.449	363.727	614.366
Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	10						
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen					0	0	0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		0		0		(0)	(0)
b) Wechsel		0				817	2.088
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar				0		(817)	(2.088)
					0	817	2.088
Forderungen an Kreditinstitute	1, 3, 4, 5						
a) täglich fällig				6.699.677		5.914.438	10.826.072
b) andere Forderungen				14.541.080		14.577.562	7.922.255
					21.240.757	20.492.000	18.748.327
Forderungen an Kunden	1, 3, 4, 5, 6, 10				6.985.758	10.916.897	14.565.351
darunter: durch Grundpfandrechte gesicherte Darlehen		75.587				(898.237)	(769.016)
Kommunalkredite		1.952.117				(2.039.880)	(1.360.154)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2, 3, 4, 5, 6, 8, 10						
a) Geldmarktpapiere							
aa) von öffentlichen Emittenten				0		0	0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(0)	(0)
ab) von anderen Emittenten				53.787		53.787	0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		24.994				(24.994)	(0)
					53.787	53.787	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen							
ba) von öffentlichen Emittenten				1.499.838		1.499.838	2.022.296
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		967.066				(450.748)	(1.213.058)
bb) von anderen Emittenten				23.402.909		23.402.909	26.205.876
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		14.810.529				(11.729.093)	(16.932.010)
					24.902.747	24.902.747	28.228.172
c) eigene Schuldverschreibungen				253.303		253.303	290.571
Nennbetrag		370.961				(370.961)	(408.573)
					25.209.837	25.209.837	28.518.743
Übertrag					53.531.801	56.983.278	62.448.875

Passivseite	Anhang Textziffern				BGB AG	BGB AG mit BB	Vorjahr
		Tu	Tu	Tu	Tu	Tu	Tu
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1, 3, 4						
a) täglich fällig				7.662.190		5.495.621	14.333.434
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				41.398.661		41.514.883	33.675.894
					49.060.851	47.010.504	48.009.328
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1, 3, 4						
a) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist							
aa) von drei Monaten			0			774.776	1.082.315
ab) von mehr als drei Monaten			0			51.515	63.369
				0		826.291	1.145.684
b) andere Verbindlichkeiten							
ba) täglich fällig			1.564.544			5.573.401	5.885.345
bb) mit vereinbarter Kündigungsfrist oder Laufzeit			1.236.191			1.824.859	3.232.961
				2.800.735		7.398.260	9.118.306
					2.800.735	8.224.551	10.263.990
Verbriefte Verbindlichkeiten	1, 2, 3, 4						
a) begebene Schuldverschreibungen				3.969.263		3.969.263	5.714.915
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten				82.910		82.910	88.717
darunter: Geldmarktpapiere			0			(0)	(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf			0			(0)	(0)
					4.052.173	4.052.173	5.803.632
Treuhandverbindlichkeiten	7				0	14.271	14.709
darunter: Treuhandkredite			0			(14.271)	(14.709)
Sonstige Verbindlichkeiten	3, 15				2.406.239	2.492.424	2.824.632
Rechnungsabgrenzungsposten	16						
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				31.301		(38.262)	(30.762)
b) andere				42.321		(43.988)	(34.673)
					73.622	82.250	65.435
Rückstellungen							
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	17			204.805		224.622	231.259
b) Steuerrückstellungen				103.906		103.905	92.737
c) andere Rückstellungen	18			914.900		972.821	697.987
					1.223.611	1.301.348	1.021.983
Nachrangige Verbindlichkeiten	3, 19				1.853.484	1.853.484	2.465.062
Übertrag					61.470.715	65.031.005	70.468.771

Bilanz der AG

zum 31. Dezember 2005

Aktivseite	Anhang Textziffern				BGB AG	BGB AG mit BB	Vorjahr
		Tu	Tu	Tu	Tu	Tu	Tu
Übertrag					53.531.801	56.983.278	62.448.875
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3, 4, 5, 8, 10				2.407.989	2.407.989	1.970.959
Beteiligungen	6, 8				76.282	76.282	110.174
darunter: an Kreditinstituten		3.621				(3.621)	(3.621)
an Finanzdienstleistungsinstituten		257				(257)	(257)
Anteile an verbundenen Unternehmen	6, 8				2.071.489	2.071.489	2.644.599
darunter: an Kreditinstituten		1.916.008				(1.916.008)	(2.487.328)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0				(0)	(0)
Treuhandvermögen	7				0	14.271	14.709
darunter: Treuhandkredite		0				(14.271)	(14.709)
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch	10, 11				163.063	163.063	252.746
Immaterielle Anlagewerte	6, 12				86.241	86.241	0
Sachanlagen	6, 12				102.112	112.572	108.070
Eigene Aktien oder Anteile	21				55.267	55.267	54.992
rechnerischer Wert		70.390				(70.390)	(70.390)
Sonstige Vermögensgegenstände	3, 13				5.126.045	5.158.745	5.459.546
Rechnungsabgrenzungsposten	14						
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				18.026		(62.864)	(112.370)
b) andere				10.859		(17.211)	(14.894)
					28.885	80.075	127.264
Summe der Aktiva					63.649.174	67.209.272	73.191.934

Passivseite	Anhang Textziffern	Tu	Tu	Tu	BGB AG	BGB AG mit BB	Vorjahr
					Tu	Tu	Tu
Übertrag					61.470.715	65.031.005	70.468.771
Eigenkapital	21						
a) gezeichnetes Kapital				2.554.741		2.554.741	2.554.741
b) Kapitalrücklage				1.956.044		1.956.044	1.956.044
c) Gewinnrücklage							
ca) gesetzliche Rücklage			1.534			1.534	1.534
cb) Rücklage für eigene Anteile			55.267			55.267	54.992
ce) andere Gewinnrücklagen			193.110			193.110	193.385
				249.911		249.911	249.911
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust				-2.582.237		-2.582.429	-2.037.533
					2.178.459	2.178.267	2.723.163
Summe der Passiva					63.649.174	67.209.272	73.191.934
Eventualverbindlichkeiten							
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Anhang)				2.068.610		2.311.927	3.047.658
					2.068.610	2.311.927	3.047.658
Andere Verpflichtungen							
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen				2.588.840		2.741.017	4.095.149
					2.588.840	2.741.017	4.095.149

Gewinn- und Verlustrechnung der AG

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2003

Aufwendungen	Anhang Textziffern				BGB AG	BGB AG mit BB	Vorjahr
		Tu	Tu	Tu	Tu	Tu	Tu
Zinsaufwendungen	22				1.313.124	1.383.369	1.982.507
Provisionsaufwendungen	23				38.952	47.524	41.160
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften	24, 27				0	0	28.700
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	25						
a) Personalaufwand							
aa) Löhne und Gehälter			160.470			183.848	221.819
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			39.111			44.934	59.563
darunter: für Altersversorgung		11.681				13.147	24.175
				199.581		228.782	281.382
b) andere Verwaltungsaufwendungen				275.940		333.262	382.709
					475.521	562.044	664.091
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	6				78.105	79.242	10.566
Sonstige betriebliche Aufwendungen					250.095	251.064	110.193
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	26				136.224	150.438	250.430
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere					149.809	149.809	537.778
Aufwendungen aus Verlustübernahme					105.340	105.340	63.796
Außerordentliche Aufwendungen					258.145	259.991	73.067
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag					1.051	1.242	11.538
Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen					1.611	1.612	105
Summe der Aufwendungen					2.807.977	2.991.675	3.773.931
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag					-544.704	-544.895	-696.062
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr					-2.037.533	-2.037.533	-1.341.471
					-2.582.237	-2.582.428	-2.037.533
Entnahmen aus Gewinnrücklagen							
b) aus der Rücklage für eigene Anteile					0	0	15.948
e) aus anderen Gewinnrücklagen					275	275	0
					275	275	15.948
Einstellungen in Gewinnrücklagen							
b) in die Rücklage für eigene Anteile					275	275	0
e) in andere Gewinnrücklagen					0	0	15.948
					275	275	15.948
Bilanzverlust					-2.582.237	-2.582.428	-2.037.533

Erträge	Anhang Textziffern	Tu	Tu	Tu	BGB AG	BGB AG mit BB	Vorjahr
					Tu	Tu	Tu
Zinserträge aus	22, 27						
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften				1.033.657		1.151.715	1.572.560
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen				618.934		618.934	857.701
					1.652.591	1.770.649	2.430.261
Laufende Erträge aus	22, 27						
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren				89.643		89.643	86.796
b) Beteiligungen				8.170		8.170	4.915
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen				26.740		26.740	38.151
					124.553	124.553	129.862
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	22, 27				6.107	11.958	148.802
Provisionserträge	23, 27				95.280	152.389	163.506
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	24, 27				4.701	5.093	0
Sonstige betriebliche Erträge	27				333.790	335.589	205.438
Außerordentliche Erträge	27				46.251	46.549	0
Jahresfehlbetrag					544.704	544.895	696.062
Summe der Erträge					2.807.977	2.991.675	3.773.931

Anhang des Konzerns und der AG 2005

Die Bankgesellschaft Berlin AG ist Muttergesellschaft (Holding) für den Konzern Bankgesellschaft Berlin. Sie erstellt gem. § 291 HGB einen befreienden Konzernabschluss für die zu konsolidierenden Tochtergesellschaften, soweit diese nicht nach § 291 HGB (3) von der Befreiung ausgenommen sind. Der von der IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin, erstellte Konzernabschluss wird als Teilkonzern, die Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin und Hannover, und deren Tochter werden mit ihren Einzelabschlüssen in die Konsolidierung einbezogen.

Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis zum 31. Dezember 2005 umfasst neben der Bankgesellschaft Berlin AG 20 (i.V.: 18) inländische und 5 (i.V.: 6) ausländische Tochterunternehmen.

In den Konzernabschluss der Bankgesellschaft Berlin sind gegenüber dem Vorjahr unverändert einbezogen:

BANKENSERVICE GmbH, Berlin
 Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc, Dublin
 Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A., Warschau (seit dem 1. März 2004 i.L.)
 Bankgesellschaft Berlin (UK), London
 Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin
 Bankgesellschaft Berlin International S.A., Luxemburg
 Bauprojekt- und Facilitymanagement GmbH der Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin
 BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, Berlin
 Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG, Berlin und Hannover¹⁾
 BGB Finance (Ireland) plc, Dublin
 Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin
 Landesbank Berlin Girozentrale, Berlin
 LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin
 Weberbank Privatbankiers KGaA, Berlin

Teilkonzern IBAG:

ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbaugesellschaft mbH, Berlin²⁾
 Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH, Nürnberg²⁾
 Bavaria Gewerbe GmbH, Nürnberg²⁾
 DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main²⁾
 IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin²⁾
 IBI Real Estate Immobilien und Beteiligungen International GmbH²⁾
 Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe GmbH²⁾
 LBB Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, Bau- und Projektentwicklungen, Berlin²⁾

¹⁾ Gesellschaften der Berlin Hyp-Gruppe

²⁾ Gesellschaften der IBAG-Gruppe

Neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen wurden folgende Unternehmen:

Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Erster IBV-Universalfonds ²⁾
Berlin Hyp Grundstücksverwaltung GbR, Berlin ¹⁾
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin ¹⁾
Universal Immobilien AG ²⁾

Aus dem Konsolidierungskreis sind im Jahr 2005 zwei Unternehmen ausgeschieden:

Allgemeine Privatkundenbank AG (ALLBANK), Hannover (zum 1. September 2005)
Zivnostenská banka a.s., Prag (zum 1. Januar 2005)

Die BG SYS Bankgesellschaft Berlin AG & Co. Systementwicklungsgesellschaft mbH OHG, Berlin, als Personengesellschaft ist durch Anteilsverkauf der Bankgesellschaft Berlin AG zum 1. Juli 2005 angewachsen.

Auf eine Anpassung der Vorjahreszahlen wurde im Hinblick auf die Unwesentlichkeit in der Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage verzichtet. Die Entkonsolidierungserfolge betragen für die ALLBANK 5,0 Mio. € und für die Zivnostenská banka 12,5 Mio. €; die realisierten Abgangserfolge 7,9 Mio. € und 91,0 Mio. €.

Aus der erstmaligen Konsolidierung der Berlin Hyp Grundstücksverwaltung GbR resultierte ein passiver Unterschiedsbetrag in Höhe von 2 Mio. €, der über einen Zeitraum von 20 Jahren verteilt wird. Der bis auf den zurückliegenden Zeitraum des Erwerbs entfallende Anteil von 1 Mio. € wurde erfolgsneutral mit den anderen Gewinnrücklagen verrechnet.

In Ausübung der Wahlrechte nach § 296 HGB wurden bei der IBAG 46 Gesellschaften nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen. Bei insgesamt 24 verbundenen Unternehmen – kleine GmbHs und Leergesellschaften – konnte auf die Einbeziehung gem. § 296 Abs. 2 HGB verzichtet werden, da diese Gesellschaften für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des IBAG-Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind. Für 20 Gesellschaften wurde das Wahlrecht gem. § 296 Abs. 1 Nr. 3 ausgeübt, da diese Gesellschaften ausschließlich zum Zweck der Weiterveräußerung gehalten werden. Wegen der Beschränkung der Geschäftsausübung gem. § 296 Abs. 1 Nr. 1 wurden zwei Gesellschaften nicht in den Konzernabschluss der IBAG einbezogen. Der Konsolidierungskreis der IBAG berücksichtigt insbesondere die Festlegungen des beschlossenen Restrukturierungskonzepts hinsichtlich der Gesellschaften, die abgewickelt, verschmolzen, liquidiert bzw. veräußert werden sollen und umfasst somit nur solche Gesellschaften, die zum Kerngeschäft des IBAG-Konzerns gehören.

Auf die Einbeziehung der Tochterunternehmen der IBB, die insgesamt nicht zum Kerngeschäft des Konzerns Bankgesellschaft Berlin gehören, wurde verzichtet. Die Auflage der EU, die IBB auszugründen, soll zum 1. Januar 2005 vollzogen werden.

¹⁾ Gesellschaften der Berlin Hyp-Gruppe

²⁾ Gesellschaften der IBAG-Gruppe

Anhang

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Die Angaben zum Anteilsbesitz gem §§ 285 Nr.11 und 11 a, 313 Abs. 2 und 340 a Abs. 4 Nr. 2 HGB sind in einer Aufstellung aufgeführt, die diesem Anhang als Anlage 1 beigefügt ist. Diese Angaben werden ergänzt durch ein Verzeichnis der Gesellschaften mit Ergebnisabführungsverträgen als Anlage 2.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierung

Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss der Bankgesellschaft Berlin wurden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), erweitert durch die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV), aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns ist um zusätzliche Angaben für Realkreditinstitute erweitert. Ergänzend werden die anzuwendenden Rechnungslegungsstandards des DRSC beachtet.

Der Anhang der Bankgesellschaft Berlin AG und der Konzernanhang wurden unter Ausnutzung des Wahlrechtes des § 298 Abs. 3 HGB zusammengefasst.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden grundsätzlich beibehalten. Der Ausweis der Software erfolgt nicht mehr unter der Position Sachanlagen, sondern unter den Immateriellen Anlagewerten. Die Bankgesellschaft Berlin folgt somit bereits im Jahresabschluss 2003 dem Entwurf des IDW (IDW ERS HFA 11). Die Bewertungsmethode (Abschreibung über 3 Jahre) wurde beibehalten.

Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, wurden im Berichtsjahr aus den grundpfandrechtlich gesicherten Forderungen und den sonstigen Forderungen ausgegliedert und im Hinblick auf die EU-Entscheidung, die eine Gewährleistung dieser Kredite durch das Land Berlin vorsieht, den Kommunalkrediten zugeordnet.

Im Hinblick auf die beabsichtigte Vereinfachung der Konzernstruktur im Zusammenhang mit der seitens der EU-Kommission vorgegebenen Privatisierung wurde die auf die Gewinnbezugsrechte entfallende Ausschüttung der LBB (1 Mio. €) von den unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen Gewinnbezugsrechten abgesetzt; mit den in den Vorjahren vereinnahmten Erträgen (103 Mio. €) wurde entsprechend verfahren.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB). Wie in den Vorjahren unterstellt, wurde der Antrag der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Kommission auf Gewährung einer Umstrukturierungsbeihilfe am 18. Februar 2004 positiv beschieden. Die Rückzahlungsvereinbarung vom 23./27. Dezember 2002 ist erwartungsgemäß Bestandteil des Bescheides.

Die Genehmigung umfasst ferner die durch das Land Berlin gewährte Beihilfe in Form einer Teilnahme an einer Kapitalmaßnahme der Bankgesellschaft Berlin sowie der Abschirmung des Konzerns von Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft. Der Bescheid beinhaltet die seitens der Bundesrepublik Deutschland angebotenen Verpflichtungszusagen sowie die von der Europäischen Kommission formulierten Auflagen.

Für die Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission und die Einhaltung der Verpflichtungszusagen der Bundesregierung wurden Geschäftspläne entwickelt und vom Vorstand verabschiedet. Den hieraus erkennbaren Aufwendungen und Verlusten wurde im Jahresabschluss durch die Bildung von separat ausgewiesenen Rückstellungen sowie durch Abschreibungen Rechnung getragen.

Die Bankgesellschaft Berlin AG hat gegenüber der Berlin Hyp die Übernahme der bilanziellen Auswirkung der EU-Genehmigung beschränkt auf die bilanziellen Auswirkungen aus der Abgabe der IBG (gegen einen Besserungsschein) erklärt.

Konsolidierung

Die Abschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sind auf den 31. Dezember 2003 aufgestellt und wurden unter Beachtung der konzerneinheitlichen Bilanzierung in den Konzernabschluss einbezogen. Den Abschluss der in Fremdwährung bilanzierenden Gesellschaft haben wir zum Stichtagskurs umgerechnet und währungsbedingte Wertänderungen des Eigenkapitals gegen die Gewinnrücklagen des Konzerns verrechnet. Für mögliche Verluste aus der Aufgabe der Geschäftstätigkeit in Polen wurden Rückstellungen gebildet (5 Mio. €).

Die Konsolidierung der im Geschäftsjahr 2003 neu einbezogenen Tochtergesellschaften erfolgte zum Erwerbszeitpunkt auf Basis der Neubewertungsmethode gemäß § 301 Abs. 1 S. 3 HGB und auf Grundlage des DRS 4.

Die stille Beteiligung der Bankgesellschaft Berlin AG an der Landesbank Berlin in Höhe von nominal 844 Mio. € entspricht dem als stille Einlage ausgewiesenen Kapital der Landesbank Berlin. Schuldrechtlich beschränkt sich die stille Beteiligung auf 75,01% des Vermögens und des Ertrages der Landesbank Berlin und klammert ferner deren Abteilung Investitionsbank Berlin aus. Die der Landesbank Berlin zustehenden, nicht unter den Beteiligungsvertrag fallenden Vermögensanteile werden in gesonderten Rücklagen des Konzerns ausgewiesen.

Für die nicht im Konzernbesitz befindlichen Anteile am Eigenkapital und am Gewinn von Tochtergesellschaften, insbesondere der Berlin-Hannoverschen Hypothekbank AG und der Weberbank Privatbankiers KGaA sowie der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, ist in der Konzernbilanz ein Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter ausgewiesen. Die in den Vorjahren auf Basis des 1998 vom Land erworbenen Gewinnbezugsrechts auf 24,99% des LBB Gewinns erhaltenen Gewinnausschüttungen werden von diesem mit Bezug auf die EU-Entscheidung aktivisch abgesetzt.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften wurden ebenso wie entsprechende Aufwendungen und Erträge konsolidiert. Aus konzerninternen Umsätzen des Geschäftsjahres resultierende Zwischenerfolge sind ergebniswirksam eliminiert. Der aus dem Vorjahr vorgetragene Eliminierungsbetrag wurde, soweit er noch relevant war, mit den Gewinnrücklagen verrechnet. Für das Berichtsjahr vereinnahmte Beteiligungserträge konsolidierter Gesellschaften wurden aufgerechnet.

Zur Steuerung des Marktrisikos werden in banküblicher Weise konzerninterne Derivategeschäfte abgeschlossen. Die einzelnen Konzerngesellschaften schließen Sicherungsgeschäfte vornehmlich mit der Bankgesellschaft Berlin AG zu jeweils günstigen Marktbedingungen ab, die ihrerseits auf Basis ihrer Gesamtposition entsprechende Sicherungsgeschäfte am Markt kontrahiert. Auf diese Weise wird ein einheitlicher Marktauftritt gewährleistet und das Derivategeschäft des Konzerns koordiniert. Zwischenergebnisse im Sinne des § 304 HGB resultieren hieraus nicht. Daher werden diese Geschäfte in der Konzernbilanz wie externe Geschäfte behandelt.

Anhang

Assoziierte Unternehmen (§ 311 HGB)

Von den insgesamt 12 (i.V.: 109) assoziierten Unternehmen werden 4 (i.V.: 6) Gesellschaften nach der Equity-Methode, die übrigen assoziierten Unternehmen zu Anschaffungskosten bilanziert.

Die Bankgesellschaft Berlin AG und die Landesbank Berlin Girozentrale haben ihre nach der Equity-Methode bilanzierten Anteile an der LHI Leasing GmbH und LHI Leasing GmbH & Co. Immobilien KG an die Nord-Ostdeutsche Bankbeteiligungs GmbH verkauft. Durch eine Vereinbarung über die Gewährung von Besserungsscheinen im Rahmen des Verkaufs werden in den Folgejahren (2004 bis 2006) weitere Erträge aus diesen Gesellschaften generiert.

Aus den im Vorjahr im IBAG-Teilkonzern ausgewiesenen assoziierten Unternehmen (98) wurden die zur Weiterveräußerung vorgesehenen Unternehmen dem Umlaufvermögen zugeordnet. Zum Bilanzstichtag werden drei Unternehmen als assoziiert bilanziert.

Die Bilanzierung und Bewertung der assoziierten Unternehmen erfolgte nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 8 (DRS 8).

Bei der Bewertung zum 31. Dezember 2005 des assoziierten Unternehmens Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH & Co. Liegenschaften oHG nach der Equity-Methode ergab sich ein Beteiligungsbuchwert von 6,9 (i.V.: 21,5) Mio. €.

Die assoziierten Unternehmen sind im Verzeichnis des Anteilsbesitzes (Anlage 1 zum Anhang) einzeln aufgeführt.

Die Equitywerte werden um die anteiligen Veränderungen des Eigenkapitals fortgeschrieben, bereinigt um die anteiligen Beteiligungserträge (Buchwertmethode).

Die in die Equity-Bewertung einbezogenen Unternehmen bilanzieren nach HGB. Auf eine Anpassung an eine konzerneinheitliche Bilanzierung wurde aufgrund der Unwesentlichkeit verzichtet.

Hieraus entstand insgesamt ein Ergebnis in Höhe von 48,5 (i.V.: 10,4) Mio. €, das in der Konzerngewinn- und Verlustrechnung als Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen ausgewiesen wird.

Bewertung

Allgemeine Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340ff. HGB. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) wurde beachtet.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich mit dem Nominalbetrag angesetzt. Agio- und Damnumbeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Abgezinsten Verbindlichkeiten werden mit dem Zeitwert, andere Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Uneinbringliche Zinsen werden nicht vereinnahmt. Für allgemeine Bankrisiken sind bei kleineren Kreditinstituten Reserven nach § 340f HGB vorhanden.

Für Kredite des Forderungsgeschäftes im Konzern wurden auch die zugesicherten Forderungsmittel mit dem Barwert als Sicherheit angesetzt. Für erkennbare Risikopotenziale wurde in angemessener Höhe Vorsorge getroffen.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen grundsätzlich gem. dem strengen Niederstwertprinzip vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird gem. § 253 Abs. 2 HGB i.V.m. § 340e Abs. 1 HGB der Wert beibehalten. Diese Handhabung steht im Einklang mit § 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG; hierdurch werden Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz weitestgehend vermieden.

Bei einer Anlage in Investmentfonds, die den EURO STOXX-50-Index nachbilden, ist eine Abschreibung in Höhe von 138 (i.V.: 399) Mio. € vorgenommen worden. Basis für die Ermittlung eines beizulegenden Wertes waren die durchschnittlichen Fondsanteilspreise in den vergangenen zwölf Monaten, wobei der aktuelle Marktpreis die Untergrenze darstellt. Zum Jahresende 2003 sind die Fondsanteile zum Marktpreis bewertet.

Im Finanzanlagevermögen des Konzerns befinden sich nicht nach dem Niederstwert bewertete börsennotierte Aktien und Wertpapiere in Höhe von 1.500 (i.V.: 1.080) Mio. €, davon in der AG 36 (i.V.: 36) Mio. €.

Die Wertpapiere des Handelsbestandes sowie der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bestände, die im Zusammenhang mit einem betrags-, währungs- und laufzeitkongruenten Zinsswapgeschäft verbunden wurden, werden dabei als Bewertungseinheit betrachtet.

Bei Vermögensgegenständen, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Pensionsrückstellungen wurden in der erforderlichen Höhe auf der Basis versicherungsmathematischer Gutachten angesetzt; der Rechnungszinsfuß beträgt 6%. Bei der Berechnung wurden die biometrischen Rechnungsgrundlagen (Richttafeln Prof. Heubeck von 1998) verwendet.

Die übrigen Rückstellungen sind in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist.

Vor dem Hintergrund der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin vom 16. April 2002 zur Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft wurden per 31. Dezember 2002 keine Wertberichtigungen für die unter die vom Land übernommene Buchwertgarantie fallenden Vermögensgegenstände vorgenommen. Die positive Entscheidung der EU-Kommission zum Beihilfeverfahren vom 18. Februar 2004 legitimiert die Fortführung dieses Bewertungsansatzes zum 31. Dezember 2003. Bei den unter die Detailvereinbarung fallenden Vermögensgegenständen wurde durchgehend der Buchwert per 31. Dezember 2000 zzgl. der seitdem angefallenen Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt. Das Land Berlin garantiert im Weiteren, dass die im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2001 ausgewiesenen sonstigen Rückstellungen im Sinne von § 266 Abs. 3 B. Nr. 3 HGB einschließlich der Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften ausreichend dotiert sind. Es sind jeweils nur spezifische Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft erfasst. Bestimmte, von der Bankgesellschaft Berlin AG, der Landesbank Berlin und der Berlin Hyp bis zum 31. Dezember 2001 an die IBG-/IBAG-Gruppe einschließlich der Objektgesellschaften ausgereichte Kredite und Kreditzusagen werden vom Land Berlin garantiert. Durch die Kreditgarantie wird der Konzern Bankgesellschaft Berlin gegen das Kreditausfallrisiko bei den Gesellschaften der IBG-/IBAG-Gruppe abgesichert. Soweit Eventualverbindlichkeiten und Haftungsverhältnisse sowie so genannte harte Patronatserklärungen und die Mithaftung als Gesellschafter aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft resultieren und nicht von der Erfüllungsannahme gegenüber der LPFV erfasst, jedoch im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2001 ausgewiesen werden, stellt das Land Berlin die Konzerngesellschaften von einer tatsächlichen Inanspruchnahme frei.

Anhang

Bewertung des Handelsbestandes

Für den überwiegenden Teil unserer Handelsaktivitäten werden Geschäfte sowohl für die Risikosteuerung als auch für die Zwecke der handelsrechtlichen Rechnungslegung getrennt in der Form von Portfolios bzw. Bewertungseinheiten strukturiert und bewertet.

Bei den Zinsportfolios werden alle Produkte innerhalb einer Währung als Bewertungseinheit angesehen. Bei dem Aktienportfolio erfolgt die Zusammenfassung je Gattung, bei Kreditderivat- und Convertibleportfolios je Underlying. Als eine Gattung werden auch marktübliche Indizes auf Aktienmärkte angesehen.

Es werden zunächst die Ergebnisse aus der Bewertung der einzelnen Produkte (Wertpapiere des Handelsbestandes einschließlich derivativer Finanzinstrumente) zu Marktpreisen in den Portfolios miteinander verrechnet. In Zins- und Aktienportfolios werden positive Bewertungsbeiträge bis maximal in Höhe der realisierten Verluste in der jeweiligen Gattung bzw. Währung in einem Portfolio durch Aufrechnung vereinnahmt. Für die übrigen Portfolios erfolgt eine Verrechnung nur in Höhe der unrealisierten Bewertungsergebnisse. Ein danach verbleibender positiver Bewertungsbeitrag wird gemäß dem Imparitätsprinzip nicht vereinnahmt. Soweit das Ergebnis aus der Bewertung negativ ist, wird hierfür eine Rückstellung gebildet.

Die Risiken aus den Portfolios unterliegen einem auf das jeweilige Portfolio zugeschnittenen Risikomanagement und Limitierungssystem. Die Portfolios werden im Rechnungswesen und in der Risikoberwachung eindeutig von anderen Geschäften abgegrenzt.

Soweit Handelsgeschäfte nicht einem Zins- oder dem Aktienportfolio zugeordnet sind, werden für Bewertungsverluste Rückstellungen gebildet. Bewertungsgewinne werden nicht vereinnahmt.

Währungsumrechnung

Der Jahresabschluss der Bankgesellschaft Berlin AG und des Konzerns wurden in Euro aufgestellt.

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie von schwebenden Geschäften erfolgt grundsätzlich zu den von der Europäischen Zentralbank zum Jahresende veröffentlichten Referenzkursen bzw. zu zeitgleich festgestellten externen Kursen für die Währungen, für die die EZB keine Referenzkurse ermittelt; Terminkurse wurden hieraus abgeleitet.

Hiervon ausgenommen sind die auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände, die dem Anlagevermögen zugeordnet und nicht in derselben Währung gedeckt sind; sie werden mit ihrem umgerechneten historischen Anschaffungskurs bilanziert (§ 340h Abs. 1 HGB).

Die Bank hat das Wahlrecht der besonderen Deckung nach § 340h Abs. 2 S. 2 HGB für alle Geschäfte in jeder Währung ausgeübt. Somit werden alle Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung gemäß § 340h Abs. 2 S. 1 und 2 HGB in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Auszusondernde Erträge ergaben sich vor dem Hintergrund der zum Bilanzstichtag zeitnah begründeten Geschäfte nicht.

Bankgesellschaft Berlin AG:**Integration der Niederlassung Berliner Bank in die Landesbank Berlin**

Mit Kaufvertrag vom 24. Juni 2003 hat die Bankgesellschaft Berlin AG den bisher als Niederlassung betriebenen Teilbetrieb Berliner Bank an die Landesbank Berlin Girozentrale zum 1. Juli 2003 veräuert. Mangels Anwendbarkeit des Umwandlungsgesetzes war der Übergang von Rechten und Pflichten im Wege der Einzelrechtsnachfolge ausgestaltet, sodass mit dem Kaufvertrag die Einigkeit über die Übertragung hergestellt und die erforderlichen Abtretungen erklärt wurden. Der Übergang von Mitarbeiter/innen gestaltete sich als Betriebsübergang. Veräuerte Gegenstände wurden übergeben. Von den von der Übertragung der Berliner Bank betroffenen Kunden war deren Einverständnis einzuholen.

Der Kaufgegenstand wurde definiert als der unter der Firma Berliner Bank im Bereich des Retail Banking geführte Teilbetrieb mit allen zugehörigen Aktiva und Passiva, wie sie sich aus dem Rechnungswesen der Bankgesellschaft Berlin AG zum 30. Juni 2003 ergeben sowie im Einzelnen definierte Organisationseinheiten der Bankgesellschaft Berlin AG.

Die ursprünglich vorgesehene Übertragung zum Jahreswechsel 2002/2003 wurde aufgrund der damals noch nicht vorliegenden Zustimmung seitens des Landes Berlin verschoben und erst zum 1. Juli 2003 vorgenommen. Da sich die zugrunde liegende Wertermittlung für den Kaufpreis der Berliner Bank auf den 1. Januar 2003 bezog, steht der Landesbank Berlin ergänzend zum vorgenannten Übergang von Rechten und Pflichten auch das Ergebnis der Berliner Bank für das erste Halbjahr 2003 zu.

Aus dieser unterjährigen Übertragung des Bankbetriebes Berliner Bank ergaben sich für die externe Rechnungslegung folgende Sachverhalte:

Mit dem Übergang der Berliner Bank zum 1. Juli 2003 waren alle Aufwendungen und Erträge der Niederlassung ab dem Stichtag in den originären Aufwands- und Ertragspositionen der Landesbank Berlin auszuweisen. Der Verlust des ersten Halbjahres der Berliner Bank war der Bankgesellschaft Berlin AG von der Landesbank Berlin zu erstatten.

Da die Ermittlung eines Halbjahresergebnisses 2003 der Niederlassung Berliner Bank nicht für alle Ertrags- und Aufwandspositionen eines Bankbetriebes nach den Erfordernissen eines handelsrechtlichen Jahresabschlusses verfügbar war, musste die Aufteilung des Ergebnisses in Relation zum bilanziellen Geschäftsvolumen im Jahresverlauf vorgenommen werden. Auf Basis der monatlichen Geschäftsvolumina der Berliner Bank ergab sich eine Zuordnung des Jahresergebnisses 2003 in Höhe von 50,35% für das erste und 49,65% für das zweite Halbjahr 2003. Die Ergebnisrechnung des gesamten Geschäftsjahres wurde nach dieser Quote aufgeteilt.

Um vergleichbare Vorjahreszahlen für die Bankgesellschaft Berlin AG im Sinne der Stellungnahme 5/1988 i.d.F. 1998 des Instituts der Wirtschaftsprüfer auf dem Gebiet der Rechnungslegung und Prüfung werden die tabellarischen Darstellungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung der AG um eine Spalte erweitert, in der die Werte der Niederlassung Berliner Bank einschließlich einer erhöhten Gewinnausschüttung der Landesbank Berlin mit einbezogen worden sind.

Die Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung werden im Anhang erstmals getrennt nach Konzern und AG dargestellt.

Anhang

Angaben zu den Bilanzpositionen des Konzerns

1 Fristengliederung

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Forderungen an Kreditinstitute		
Andere Forderungen		
bis drei Monate	6.906	4.452
mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.178	1.956
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	8.376	7.490
mehr als fünf Jahre	2.955	5.886
Insgesamt	23.415	19.784
Forderungen an Kunden		
bis drei Monate	11.993	14.123
mehr als drei Monate bis ein Jahr	4.922	4.649
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	20.134	22.578
mehr als fünf Jahre	40.659	48.229
davon mit unbestimmter Laufzeit	(6.025)	(4.828)
Insgesamt	77.708	89.579
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
bis drei Monate	27.431	29.508
mehr als drei Monate bis ein Jahr	7.320	6.544
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	8.798	6.038
mehr als fünf Jahre	4.925	6.750
Insgesamt	48.474	48.840
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		
bis drei Monate	31	41
mehr als drei Monate bis ein Jahr	28	42
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	152	182
mehr als fünf Jahre	11	17
Insgesamt	222	282
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
bis drei Monate	4.982	7.456
mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.745	2.128
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	6.980	8.379
mehr als fünf Jahre	14.238	16.895
Insgesamt	28.945	34.858
Verbriefte Verbindlichkeiten		
Andere verbiefte Verbindlichkeiten		
bis drei Monate	131	79
mehr als drei Monate bis ein Jahr	5	178
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre		5
mehr als fünf Jahre		
Insgesamt	136	262

2 Beträge, die im Folgejahr fällig werden

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Enthalten in Position:		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.872	6.368
Verbriefte Verbindlichkeiten		
begebene Schuldverschreibungen	11.543	13.151

3 Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen an Kunden	758	797
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Sonstige Vermögensgegenstände		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	161	123
Verbriefte Verbindlichkeiten		
Sonstige Verbindlichkeiten		
Nachrangige Verbindlichkeiten		

4 Beziehungen zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Forderungen an Kreditinstitute	1.242	616
Forderungen an Kunden	140	256
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	476	463
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	107	139
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	54	18
Verbriefte Verbindlichkeiten		

Anhang

5 Nachrangige Aktiva

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Forderungen an Kreditinstitute	8	114
Forderungen an Kunden	2.269	12
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	323	235
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	393	178

6 Entwicklung des Anlagevermögens

in Mio. t	Finanzanlagen						Sachanlagen	Immaterielle Anlagewerte
	Forderungen ¹⁾	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an assoziierten Unternehmen	Anteile an verbundenen Unternehmen		
Buchwert zum 31. Dezember 2002		4.470	626	407	95	285	580	22
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31. Dezember 2002	7	4.461	1.063	443	146	453	1.505	133
Zugänge 2003		2.195	32	2	22	17	188	142
Abgänge 2003		2.179	4	38	15	2	630	172
Umbuchungen 2003		-56		-24	-47	-45	-11	10
Effekte aus Wechselkursänderungen								
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31. Dezember 2003	7	4.421	1.091	383	106	423	1.052	113
Kumulierte Zuschreibungen zum 31. Dezember 2002		20	1	10	21		4	
Zugänge 2003		1		1				
Abgänge 2003		17						
Kumulierte Zuschreibungen zum 31. Dezember 2003		4	1	11	21		4	
Kumulierte Abschreibungen zum 31. Dezember 2002	7	11	438	46	72	168	925	111
Zugänge 2003		5	144	1	23	39	95	31
Abgänge 2003		11		12		6	434	121
Umbuchungen 2003						10	-21 ²⁾	3
Effekte aus Wechselkursänderungen								
Kumulierte Abschreibungen zum 31. Dezember 2003	7	5	582	35	95	211	565	24
Buchwert zum 31. Dezember 2003		4.420	510	359	32	212	491	89

¹⁾ Wandelgenussrechte aus Sanierungsmaßnahmen

²⁾ einschließlich Anpassung kumulierte Abschreibungen

Die Sachanlagen wurden aus der Eliminierung steuerrechtlich induzierter Wertansätze um 17,6 Mio. € angepasst; die bis zum 1. Januar 2005 hierdurch anzupassenden kumulierten Abschreibungen wurden erfolgsneutral gegen die anderen Gewinnrücklagen verrechnet.

7 Treuhandgeschäfte

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen an Kunden	144	150
Sachanlagen		
Sonstige Vermögensgegenstände	37	70
	181	220
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14	30
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	130	120
Sonstige Verbindlichkeiten	37	70
	181	220

8 Börsenfähigkeit/Börsennotierung

in Mio. t	börsenfähig		börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2003	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2002
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	32.973	39.595	30.120	36.162	2.853	3.433
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.954	2.606	1.668	1.069	286	1.537
Beteiligungen	34	45		11	34	34
Anteile an assoziierten Unternehmen						

9 Bestände in Fremdwährung

in Mrd. t	31.12.2003	31.12.2002
Vermögensgegenstände	20,6	25,3
Verbindlichkeiten	20,4	21,9

Anhang

10 Als Sicherheit verpfändete Vermögensgegenstände

Die im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) für geldpolitische Instrumente an die Deutsche Bundesbank als Sicherheiten verpfändeten Vermögensgegenstände gliedern sich wie folgt:

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Wertpapiere	15.819	19.228
davon: Ausgleichsforderungen	205	312
Wirtschaftskredite	248	379
davon: Wechsel		3
Kreditforderungen	248	376
Insgesamt	16.067	19.607

In Pension gegeben wurden Anleihen und Schuldverschreibungen im Nominalwert von 17.077 (i.V.: 14.077) Mio. € sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere im Marktwert von 0 (i.V.: 116) Mio. €.

Für folgende Verbindlichkeiten wurden Wertpapiere mit einem Gesamtbetrag in Höhe von 1.729 (i.V.: 879) Mio. € als Sicherheiten übertragen:

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.349	787
Sonstige Verbindlichkeiten	410	118
Insgesamt	1.759	905

11 Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch

In dieser Position werden angekaufte Ausgleichsforderungen in Form von Inhaberschuldverschreibungen ausgewiesen.

Von den Ausgleichsforderungen sind 205 (i.V.: 312) Mio. € im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente als Sicherheiten an die zuständigen Notenbanken verpfändet (vgl. Ziffer 10).

12 Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte des Konzerns enthalten einen aktivischen Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung in Höhe von 0 (i.V.: 7) Mio. €. Durch die Veräußerung der ALLBANK und der Zivnostenská banka bestehen im Bankkonzern keine aktivierten Firmenwerte mehr (i.V.: 36 Mio. €), im IBAG-Teilkonzern bestehen 2 (i.V.: 4) Mio. €.

Darüber hinaus werden in dieser Position 89 Mio. € an Software ausgewiesen. Die Abschreibung erfolgt linear über drei Jahre ab Erwerbszeitpunkt.

Von den Grundstücken und Gebäuden des Konzerns werden im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit Immobilien im Buchwert von 240 (i.V.: 229) Mio. € genutzt.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind in Höhe von 180 (i.V.: 279 einschl. Software) Mio. € enthalten.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, vermindert – soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt – um planmäßige lineare bzw. degressive Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Höchstwerten. Bei beweglichen Anlagegütern wird auf Zugänge in der ersten Jahreshälfte die volle, auf Zugänge in der zweiten Jahreshälfte die halbe Jahresabschreibung verrechnet.

Sachanlagen	Nutzungsdauer
Gebäude	33 Jahre
Mietereinbauten	33 Jahre
Einrichtungsgegenstände	8 bis 13 Jahre
Betriebsvorrichtungen	5 bis 25 Jahre
Büromaschinen/EDV-Anlagen	3 bis 8 Jahre
Fernsprechanlagen	10 Jahre
Kraftfahrzeuge	6 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang gezeigt.

13 Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Aktivposten aus Portfolios	1.848	2.238
Forderungen aus Collateral	1.841	1.702
Gewinnansprüche LBB	583	767
Forderungen an Finanzbehörden	81	158
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	398	305
Aktive latente Steuern	245	
Forderungen aus Termingeschäften und Swaps sowie Zinsabgrenzung aus Termingeschäften	626	791
Einzugspapiere	22	60
Übrige	1.339	1.171
Insgesamt	6.983	7.192

Anhang

Die Aktivposten aus Portfolios umfassen Optionsrechte für im Kapitalmarktgeschäft gezahlte Prämien und Variation Margins sowie aktivierte Gewinnansprüche.

Bei den Gewinnansprüchen gegenüber der LBB handelt es sich um die 1998 durch die Bankgesellschaft Berlin AG vom Land Berlin erworbenen Ansprüche auf 24,99% des Ertrages und eines etwaigen Liquidationserlöses der Landesbank Berlin. Die Gewinnansprüche wurden insgesamt um 80 Mio. € abgeschrieben. Die Abschreibung resultiert aus der Anwendung bisheriger Bewertungsmethoden (57 Mio. €) sowie einer Abschreibung wegen der EU-Entscheidung (23 Mio. €). Die im Geschäftsjahr und in den Vorjahren aus den Gewinnbezugsrechten vereinnahmten Erträge wurden im Konzern abgesetzt (104 Mio. €).

Forderungen der IBAG und der LPFV aus der Detailvereinbarung sind in den übrigen sonstigen Vermögensgegenständen enthalten.

14 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Im Konzern werden Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag in Höhe von 280 (i.V.: 295) Mio. € ausgewiesen.

15 Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Passivposten aus Portfolios	1.404	1.749
Verbindlichkeiten aus Collateral	662	429
Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden	71	59
Abgegrenzte Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten	78	41
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen	114	59
Verbindlichkeiten aus Termingeschäften und Swaps sowie Zinsabgrenzung aus Termingeschäften	454	842
Übrige	573	626
Insgesamt	3.356	3.805

Die Passivposten aus Portfolios beinhalten überwiegend aus dem Kapitalmarktgeschäft stammende Verbindlichkeiten aus erhaltenen Optionsprämien und Variation Margins.

16 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Für den Konzern wurden Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag in Höhe von 656 (i.V.: 788) Mio. € ausgewiesen.

17 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sanken im Konzern um 24 (i.V.: stiegen um 12) Mio. € auf 625 (i.V.: 647) Mio. €.

18 Andere Rückstellungen

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Rückstellungen für Portfolios, Wertpapier- und Devisengeschäfte	224	127
Rückstellungen für Risiken des Kreditgeschäfts	239	253
Rückstellungen im Personalbereich	140	141
Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen	343	390
Rückstellungen EU-Entscheidungen	317	
IBG ¹⁾	16	19
LPFV ¹⁾	24	67
Übrige	395	473
Insgesamt	1.698	1.470

¹⁾ Die Rückstellungen im Personalbereich der IBG/LPFV sind in der entsprechenden Unterposition enthalten.

Der Selbstbehalt der LPFV aus der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin, der ursprünglich insgesamt 100 Mio. € betrug, wurde im Berichtsjahr endgültig verbraucht.

Die Restrukturierungsrückstellungen im Konzern entwickelten sich 2003 wie folgt:

in Mio. t	Stand 1.1.2003	Verbrauch	Umbuchung ¹⁾	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2003
Personal	163	46	-6		46	157
Flächenmanagement	181	26	-3	16	18	154
Sachaufwand	46	23		2	11	32
Insgesamt	390	95	-9	18	75	343

¹⁾ einschl. zweckbestimmter Verwendung

Anhang

Rückstellungen für EU-Maßnahmen

Zusätzlich zu den für die Realisierung des Sanierungsplans erforderlichen Aufwendungen waren für die Umsetzung der seitens der Bundesrepublik Deutschland angebotenen Kompensationsmaßnahmen sowie auch der von der EU im Rahmen der Genehmigung der Beihilfe erteilten Auflagen Rückstellungen für Aufwendungen und drohende Verluste zu bilden.

in Mio. t	31.12.2003
Veräußerung/Liquidation Immobiliendienstleistungsgeschäft	122
Veräußerung der Niederlassung Berliner Bank	177
Liquidation BG Ireland	18
Insgesamt	317

19 Nachrangige Verbindlichkeiten

	Nominalwert in Mio. t	Ermittent	Zinssatz in %
(1)	51	Bankgesellschaft Berlin AG	7,00
(2)	90	Landesbank Berlin – Girozentrale –	2,69 bis 4,86
(3)	145	Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG	3,63 bis 7,75
(4)	2.466	BGB Finance (Ireland) plc	Zerobond bis 8,00

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten (4) wurden 829 (i.V.: 920) Mio. € in Fremdwährung aufgenommen.

Von den gesamten nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 2.752 (i.V.: 2.863) Mio. € entsprechen 2.681 (i.V.: 2.821) Mio. € den Anforderungen des Kreditwesengesetzes für die Anerkennung als haftendes Eigenkapital.

Der Zinsaufwand 2003 für nachrangige Verbindlichkeiten im Konzern betrug 107 (i.V.: 115) Mio. €.

20 Genussrechtskapital

In den Konzernabschluss einbezogene Gesellschaften haben Genussrechte in Höhe von T€ 85 ausgegeben (i.V.: T€ 85). Diese Genussrechte verbriefen ausschließlich Gläubigerrechte.

21 Angaben zum Eigenkapital

Der Eigenkapitalspiegel wurde unter Beachtung der Vorschriften des Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 7 (DRS 7) Konzerneigenkapital und Konzerngesamtergebnis erstellt.

Zum Stichtag 31. Dezember 2003 besteht in der Bankgesellschaft Berlin AG ein Bilanzverlust; Beträge für Ausschüttungen an die Gesellschafter stehen damit nicht zur Verfügung. Ausschüttungssperren kommen nicht zum Tragen.

Im übrigen Konzernergebnis im Eigenkapitalspiegel sind insbesondere die Auswirkungen aus latenten Steuern sowie den Wertpapier-, Eigenkapital- und Erfolgskonsolidierungen und die Absetzung der erhaltenen Ausschüttungen auf die Gewinnbezugsrechte der LBB enthalten.

Entwicklung der anderen Gewinnrücklagen im Konzern:

in Mio. t	2003	2002
Stand 1. Januar	130	70
Einstellung aus dem Jahresüberschuss		4
Veränderungen des Konsolidierungskreises	10	
Entnahmen aus den anderen Gewinnrücklagen zwecks Einstellung in die Rücklage für eigene Anteile	¹⁾	
Einstellung aus Entnahme aus der Rücklage für eigene Anteile		16
Entnahmen aus den anderen Gewinnrücklagen zwecks Verlustausgleich		-22
Einstellungen/Entnahmen aus der Bewertung der assoziierten Unternehmen	-10	-13
Einstellungen/Entnahmen aus der Währungsumrechnung	-4	-7
Einstellungen/Entnahmen aus der Zwischenerfolgseeliminierung, Schulden-/Wertpapierkonsolidierung	-51	92
Auswirkungen der Kapitalkonsolidierung	-2	-10
Veränderung latente Steuern/Eliminierung steuerlicher Wertansätze	176	
Stand 31. Dezember	249	130

¹⁾ die Bewertung des Bestands an eigenen Aktien führte zu einer Zuschreibung von T€ 275

Anhang

Angaben zu den GuV-Positionen des Konzerns

22 Zinsüberschuss

in Mio. t	2003	2002
Zinserträge	6.419	7.871
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	5.480	6.618
aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	939	1.253
Laufende Erträge	246	171
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	154	161
aus Beteiligungen ¹⁾	88	-2
aus verbundenen Unternehmen	4	12
Erträge aus Gewinngemeinschaften		3
Zinsaufwendungen	5.001	6.339
für Einlagen	3.424	4.480
für verbriefte Verbindlichkeiten	1.470	1.744
für nachrangige Verbindlichkeiten	107	115
Insgesamt	1.664	1.706

¹⁾ einschließlich assoziierter Unternehmen

23 Provisionsüberschuss

in Mio. t	2003	2002
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	96	100
Wertpapiere/Vermögensanlagen	93	96
Emissions- und Konsortialgeschäft	3	4
Zahlungsverkehr/Kontoführung	139	131
Kreditgeschäft	25	41
Kreditgeschäft	15	17
Avalprovisionen	5	16
Auslandsgeschäft	5	8
Kartengeschäft	36	44
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	18	26
Sorten-/Devisengeschäft	2	3
Sonstige Dienstleistungen	16	23
Insgesamt	314	342

24 Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften nach Gesellschaften bzw. nach Geschäftsarten setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. t	2003	2002
Nettoergebnis	12	-24
darunter:		
Bankgesellschaft Berlin	5	-29
Landesbank Berlin	1	-9
Übrige Kreditinstitute	2	8
Konsolidierung	4	6

in Mio. t	2003	2002
Ergebnis aus zinsbezogenen Geschäften	82	-46
Ergebnis aus aktienbezogenen Geschäften	-59	55
Ergebnis aus sonstigen Handelsgeschäften	-11	-17
Handelsergebnis	12	-8
Bewertung aus eigenen Aktien	¹⁾	-16
Ergebnis gemäß Gewinn- und Verlustrechnung	12	-24

¹⁾ die Bewertung des Bestands an eigenen Aktien führte zu einer Zuschreibung von T.S. 275

25 Andere Verwaltungsaufwendungen

in Mio. t	2003	2002
Gebäude- und Raumkosten	107	130
IT-Aufwendungen	254	254
Werbung und Marketing	24	31
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	54	65
Geschäftsbetriebskosten	69	68
Betriebs- und Geschäftsausstattung	8	10
Personalabhängige Sachkosten	11	18
Umsatzsteuer auf Konzernleistungen	16	14
Insgesamt	543	590

Anhang

26 Risikovorsorge

Die Risikovorsorge setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. t	2003	2002
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	409	617
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	-58	-86
Reserven gemäß § 340f HGB	-176	-25
Insgesamt	175	506

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. t	Adressenrisiko						Länderrisiko Kreditgeschäft		Gesamt		davon GuV-wirksam			
	Direkt- abschreibungen		EWB ¹⁾		PWB ²⁾		Rückstellungen Kreditgeschäft		2003	2002	2003	2002		
	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002						
Stand 1. Januar			5.077	4.654	182	246	253	258	23	23	5.535	5.181		
Zuführungen			665	918	13	7	45	75		1	723	1.001	723	1.001
Inanspruchnahmen			421	213			1	5			422	218		
Auflösungen			252	327	39	27	45	54	4	1	340	409	340	409
Direktabschreibungen	45	32											45	32
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	19	7											19	7
Umbuchungen ³⁾			-104	66	-42	-44	-8	-16			-154	6		
Wechselkurs- änderungen			-23	-21	-1		-6	-5			-30	-26		
Stand 31. Dezember			4.942	5.077	113	182	238	253	19	23	5.312*	5.535*	409	617

¹⁾ Einzelwertberichtigung

²⁾ Pauschalwertberichtigung

³⁾ inkl. Bestandserhöhung durch Veränderungen im Konsolidierungskreis

* ohne Altkredite (336,7 Mio. S; i.V.: 360,9 Mio. S)

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird insbesondere durch Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, der Struktur und der Qualität der Kreditportfolios sowie gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren bestimmt.

Für alle erkennbaren Risiken im in- und ausländischen Kreditgeschäft wurden konzerneinheitlich Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen in Höhe der erwarteten Ausfälle gebildet. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich entweder der Wert der Forderung erhöht, weil weitere Sicherheiten gestellt wurden bzw. die Sicherheitenbewertung oder die Bonität des Kreditnehmers sich grundlegend und nachhaltig verbessert haben.

Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung erfolgte in Anlehnung an die Empfehlung des Bankenfachausschusses des IDW. Zur Bildung von Pauschalwertberichtigungen für das latente Kreditrisiko im Jahresabschluss von Kreditinstituten (BFA 1/1990).

Für grenzüberschreitende Ausleihungen mit akutem Transferrisiko wurde Vorsorge durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen für Bausparverpflichtungen gebildet. Bei den Länderwertberichtigungen berücksichtigt die Bank das Risikoexposure, das die Summe der Bruttoexposure abzüglich der Forderungen aus kommerziellem Geschäft (< 1 Jahr Restlaufzeit) und alle Bank-zu-Bank-Finanzierungen (< 1,5 Jahre Restlaufzeit) ist. Werthaltige Sicherheiten, die nicht vom Transferrisiko des entsprechenden Landes betroffen sind, vermindern dabei das Risikoexposure. Der Kreis der Länder mit akutem Transferrisiko und die Höhe des entsprechenden Wertberichtigungssatzes wird der jeweiligen aktuellen Risikosituation angepasst.

Außer die für das Kreditgeschäft gebildete Vorsorge für Länderrisiken hinaus bestehen keine weiteren Vorsorgen für Länderrisiken Wertpapiere (i.V.: 0 Mio. €).

Der Bestand der Kredit-Risikovorsorge entfällt auf:

in Mio. t	2003	2002
Forderungen an Kreditinstitute	71	91
Forderungen an Kunden	5.003	5.180
Rückstellungen	238	253
Sonstige Positionen		11
Insgesamt	5.312	5.535

27 Geografische Aufteilung von Ertragspositionen

Die nachfolgende geografische Aufteilung der Ertragspositionen erfolgt nach dem Standort der den Ertrag erzielenden Einheit (Tochtergesellschaften, Niederlassungen).

in Mio. t	Erträge aus dem Inland		Erträge aus dem Ausland		Erträge insgesamt	
	2003	2002	2003	2002	2003	2002
Zinserträge	5.578	6.455	841	1.416	6.419	7.871
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	171	138	27	47	198	185
Provisionserträge	384	387	15	28	399	415
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	28		-16		12	
Sonstige betriebliche Erträge	690	524	1	6	691	530

Anhang

28 Sonstige betriebliche Aufwendungen und Sonstige betriebliche Erträge

in Mio. t	2003		2002	
	Sonstige betriebliche Aufwendungen	Sonstige betriebliche Erträge	Sonstige betriebliche Aufwendungen	Sonstige betriebliche Erträge
Kreditinstitute	364	482	184	336
IBG/IBAG/LPFV	593	627	439	458
Materialaufwand	225		222	
Abschreibungen	9		22	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	359		195	
Risikoaufwendungen				
Umsatzerlöse		496		379
Bestandserhöhungen/-minderungen		-35		-39
Sonstige betriebliche Erträge		166		118
Sonstige Unternehmen	8	149	26	330
Konsolidierungen	-219	-567 ¹⁾	-125	-594 ¹⁾
Insgesamt	746	691	524	530

¹⁾ Leistungsumfang der Servicegesellschaften; dort Umsatztätigkeit

Die Avalprovision an das Land Berlin für die Absicherung von Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft ist in den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen der Kreditinstitute in Höhe von 15 Mio. € enthalten.

29 Außerordentliche Aufwendungen und Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Aufwendungen und Erträge im Konzern stellen sich wie folgt dar:

in Mio. t	2003		2002	
	Außerordentliche Aufwendungen	Außerordentliche Erträge	Außerordentliche Aufwendungen	Außerordentliche Erträge
Restrukturierungsvorsorge	75	18	112	12
Rückstellungen für EU-Entscheidung	302			
Sonstige	27	13		
Insgesamt	404	31	112	12

Der Posten sonstige außerordentliche Erträge beinhaltet im Geschäftsjahr Zahlungen aus einem Vergleich zur Beilegung eines Rechtsstreits.

30 Ertragsteuern

Der Konzern Bankgesellschaft Berlin besteht aus zwei steuerlichen Organkreisen sowie Unternehmen, die keinem dieser Organkreise angehören. Die Organträger, Bankgesellschaft Berlin AG und Landesbank Berlin, sind zu 75,01% über eine atypisch stille Beteiligung der Bankgesellschaft an der Landesbank miteinander verbunden.

Das steuerliche Einkommen der Landesbank Berlin wird zu 75,01% der Bankgesellschaft Berlin zugerechnet und von ihr versteuert, während der Gewerbeertrag in der Landesbank Berlin endgültig der Gewerbesteuer unterliegt. Unsere ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen werden in ihrem jeweiligen Sitzstaat besteuert. Die an die inländischen Muttergesellschaften, überwiegend die Bankgesellschaft Berlin AG, fließenden Dividenden bleiben in Deutschland im Wesentlichen steuerfrei. Die Gewinne der ausländischen Niederlassungen sind in Deutschland vollständig steuerfrei.

Die Ertragsteuern entwickelten sich wie folgt:

in Mio. t	2003	2002
Tatsächliche Steuern	29	69
Latente Steuern	-39	14
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand/Steuerertrag (-)	-10	83

Die Vorschriften des DRS 10 (Deutscher Rechnungslegungs Standard Nr. 10: Latente Steuern im Konzernabschluss) wurden beachtet. Dieser Standard ist erstmals auf das nach dem 31. Dezember 2002 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden. Die Vergleichszahlen für das vorhergehende Geschäftsjahr wurden entsprechend der Regelungen dieses Standards ergebnisneutral angepasst. Dadurch erhöhte sich das Konzerneigenkapital des Konzerns um 151 Mio. €. Aktive latente Steuern in Höhe von 8 Mio. € wurden bereits im Vorjahr unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen, so dass der Anfangsbestand zum 1. Januar 2003 insgesamt 159 Mio. € betrug.

Am 19. Dezember 2003 wurde das neue sogenannte Korb II-Gesetz (Gesetz zur Umsetzung der Protokollklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz) von Bundestag und Bundesrat verabschiedet. Die Vorschriften zur Verlustnutzung wurden neu geregelt und eine Mindestbesteuerung eingeführt. Bei der Berechnung der latenten Steuern, die rückwirkend zum 1. Januar 2003 aufgrund der erstmaligen Anwendung des DRS 10 erfolgsneutral in das Rechenwerk des Konzerns gebucht wurden, haben wir die Auswirkungen der neuen Vorschriften bereits berücksichtigt. Wir haben uns dabei von der Überlegung leiten lassen, dass dem im DRS 10 Tz. 28 verankerten Vorsichtsprinzip im Zweifelsfall Priorität vor dem Gebot zukommt, die latenten Steuern jeweils mit den aktuellen Steuersätzen zu bewerten (DRS 10 Tz. 25).

Die latenten Steuern dieses Geschäftsjahres und die ergebnisneutrale Anpassung für das vorhergehende Geschäftsjahr wurden unter Berücksichtigung eines Steuersatzes in Höhe von 38,9% bewertet. Dabei wurden neben der Körperschaftsteuer in Höhe von 25%, der Solidaritätszuschlag von 5,5% und der Gewerbeertragsteuersatz im Konzern in Höhe von 17,0% (Hebesatz 410%) berücksichtigt.

Anhang

Für die Berechnung der latenten Steuern auf Konsolidierungsmaßnahmen wurde ein konzerneinheitlicher Steuersatz zugrunde gelegt, da alle Gesellschaften des Konsolidierungskreises, die hiervon betroffen sind, in Berlin ansässig sind und somit einem einheitlichen Steuersatz unterliegen.

Für das Jahr 2005 wurde der Körperschaftsteuersatz einmalig auf 26,5% aufgrund des Flutopfersolidaritätsgesetzes angehoben. Dies erhöht den Konzernsteuersatz auf 40,2%, der für 2003 in der steuerlichen Berleierungsrechnung angesetzt wird.

Im Einzelnen stellt sich die steuerliche Berleitung vom rechnerischen zum ausgewiesenen Steueraufwand im Konzern wie folgt dar:

in Mio. t	2003	2002
Ergebnis vor Ertragsteuern	-316	-606
Steuersatz	40,2%	38,9%
Rechnerischer Ertragsteueraufwand	-127	
Steuereffekte		
temporäre und permanente Differenzen, für die keine latenten Steuern erfasst wurden	127	
nicht abzugsfähige Aufwendungen	43	
Verluste im Geschäftsjahr entstanden und keine aktiven latenten Steuern gebildet	26	
Veränderung der Wertberichtigung auf aktive latente Steuern	12	
nicht anrechenbare Steuern und Nachsteuer gemäß § 37 Abs. 3 KStG	12	11
Abweichung ausländische Steuersätze von dem erwarteten Steuersatz 40,2%	4	
Verbrauch latenter Steuern		14
inländischer laufender Steueraufwand		12
ausländische Einkünfte		16
phasenfremder Steueraufwand	-1	30
sonstiges	1	
Abweichung durch die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer	-3	
Bildung aktiver latenter Steuern auf bislang nicht angesetzte steuerliche Verlustvorträge	-32	
steuerfreie Erträge	-72	
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand/Steuerertrag (-)	-10	83

Temporäre Differenzen, für die keine latenten Steuern angesetzt wurden, betreffen Drohverlustrückstellungen, die sich erst über einen langen, die Mittelfristplanung deutlich überschreitenden Zeitraum auswirken werden. Wir haben 50% der aktiven latenten Steuern auf diese Rückstellungen angesetzt. Permanente Differenzen resultieren im Wesentlichen aus Abschreibungen und Drohverlustrückstellungen, die sich aufgrund der Vorschriften des § 8b KStG in Zukunft nicht steuerwirksam auflösen werden.

Die nicht abzugsfähigen Aufwendungen betreffen überwiegend die Abschreibung auf die Gewinnauszahlungsansprüche der Bankgesellschaft Berlin an das Land Berlin.

Die Verluste, die im Geschäftsjahr neu entstanden sind, betreffen vornehmlich die Bankgesellschaft Berlin AG. Aufgrund der bestehenden hohen Verlustvorträge in diesem Unternehmen sind darauf keine aktiven latenten Steuern gebildet worden. Aus dem gleichen Grund sind auch aktive latente Steuern aus temporären Differenzen in Höhe von 12 Mio. € nicht angesetzt worden.

Die ausländischen Steuersätze betragen zwischen 10 und 30%. Der Steuereffekt, der sich aufgrund des Unterschiedes zum Konzernsteuersatz ergibt, wird in der Überleitungsrechnung dargestellt.

Die Berücksichtigung von bisher nicht angesetzten Verlustvorträgen führt zu einem Steuerertrag aus der Aktivierung latenter Steuern in Höhe von 32 Mio. €. Dies betrifft überwiegend die Berlin Hyp und die LBB.

Die Steuereffekte aus steuerfreien Erträgen betreffen hauptsächlich Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf von Gesellschaften und Dividendenerträgen.

Die Steuereffekte der Jahre 2002 und 2003 sind aufgrund der unterschiedlichen Systematik der Überleitungsrechnung nur in Bezug auf den phasenfremden Steueraufwand vergleichbar. Der inländische laufende Steueraufwand betrifft Konzernunternehmen ohne Ergebnisabführungsvertrag. Die Steuereffekte aus ausländischen Einkünften betreffen Ertragsteuern der ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen, deren positive Ergebnisse nicht mit inländischen Verlusten ausgleichsfähig sind.

31 Steuerabgrenzungen

Aktive Steuerabgrenzungen bestehen im Zusammenhang mit folgenden Posten:

in Mio. €	2003
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	73
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	8
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	6
Anteile an verbundenen und assoziierten Unternehmen	2
Immaterielle Anlagewerte	10
Sachanlagen	20
Sonstige Vermögensgegenstände	4
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	14
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	2
Sonstige Verbindlichkeiten und Passive Rechnungsabgrenzungsposten	2
Rückstellungen	180
Steuerliche Verlustvorträge	105
Zwischensumme	426
Saldierungen mit passiven latenten Steuern in den Einzelabschlüssen und Organkreisen	-158
Wertberichtigungen	-23
Insgesamt	245

Anhang

Für Körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 245 Mio. € und gewerbsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 318 Mio. € wurden latente Steuern angesetzt. Durch den Verbrauch von Verlustvorträgen wurden aktive latente Steuern in Höhe von 13 Mio. € (LBB und Berlin Hyp) aufgelöst. Für Körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 5.385 Mio. € und gewerbsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 5.423 Mio. € wurden keine latenten Steuern angesetzt, wovon mehr als 1 Mrd. € auf das Immobiliendienstleistungsgeschäft entfällt, welches bis Ende 2005 gemäß EU-Entscheidung ausgegliedert werden muss. Die Verlustvorträge sind zeitlich unbegrenzt nutzbar. Die Höhe der aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge basiert auf der handelsrechtlichen Mittelfristplanung. Sie wurde vor allem um Effekte aus Beteiligungserträgen und -verlusten, die unter die Regelungen des § 8b KStG fallen, modifiziert. Für die Bankgesellschaft Berlin AG wurde nur der Körperschaftsteuerliche Verlustvortrag berücksichtigt, da aufgrund der Ertragstruktur der Bankgesellschaft im Zeitraum der Mittelfristplanung voraussichtlich keine nennenswerten Gewerbeerträge entstehen werden. In Abhängigkeit von der weiteren erfolgreichen Umsetzung des Restrukturierungsplans wird in Zukunft zu prüfen sein, ob aktive latente Steuern auch auf Verlustvorträge aktiviert werden, die voraussichtlich erst längerfristig verbraucht werden.

Bei der Bankgesellschaft Berlin AG sind außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 113 Mio. € angefallen, für die aktive latente Steuern gebildet wurden. Darüber hinaus sind im Konzern weitere außerordentliche Posten in Höhe von 6 Mio. € gebildet worden, die für aktive latente Steuern angesetzt wurden.

Die aktiven latenten Steuern werden unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

Passive Steuerabgrenzungen bestehen im Zusammenhang mit folgenden Posten:

in Mio. €	2003
Forderungen an Kunden	33
Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen	2
Sachanlagen	6
Sonstige Vermögensgegenstände	149
Rückstellungen	5
Genusssrechtskapital	3
Fonds für allgemeine Bankrisiken	7
Zwischensumme	205
Saldierungen mit aktiven latenten Steuern in den Einzelabschlüssen und Organkreisen	-158
Insgesamt	47

Die passiven latenten Steuern werden unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen.

Ein potenzieller KSt-Minderungsanspruch in Höhe des gemäß § 37 Abs. 2 KStG fortgeführten Körperschaftsteuerguthabens besteht nicht. Die aus dem gemäß § 38 Abs. 1 KStG fortgeführten Endbestand an EK02 resultierende potenzielle KSt-Erhöpfungsverpflichtung beträgt 45 Mio. €.

Sonstige Angaben zum Konzern

32 Angaben zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung informiert über Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel der Bank, getrennt nach den Bereichen operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit. Die Erstellung erfolgte nach dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 2 (DRS 2) ergänzt durch den bankspezifischen Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 2-10 (DRS 2-10).

Die Zuordnung der Zahlungsströme zur operativen Geschäftstätigkeit erfolgt in Anlehnung an die Abgrenzung des Betriebsergebnisses. Der Cash flow aus Investitionstätigkeit resultiert im Wesentlichen aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Finanzanlagen bzw. Sachanlagen. In der Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit werden ausschließlich die Beziehungen zu den Eigenkapitalgebern berücksichtigt.

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand umfasst die Bilanzpositionen Barreserve (1.301 Mio. €) sowie Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind (1 Mio. €). Verfügungsbeschränkungen liegen nicht vor.

Die Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten beinhaltet Bewertungsergebnisse aus Handelsgeschäften, die Veränderungen bei den latenten Steuern, Abschreibungen und Veränderungsergebnisse auf immaterielle Vermögenswerte sowie das Bewertungsergebnis aus assoziierten Unternehmen.

Aus der Erstkonsolidierung der Berlin Hyp Grundstücksverwaltung GbR, der Berlin Hyp Immobilien GmbH, der Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Erster IBV-Universalfonds sowie der Universal Immobilien AG der IBAG-Gruppe ergab sich ein Mittelzufluss in Höhe von 0 Mio. €. Aus der Entkonsolidierung der Allgemeinen Privatkundenbank AG und der Zivnostenská banka a.s., Prag, ergab sich ein Mittelabfluss in Höhe von 121 Mio. €.

Durch diese Konsolidierungsmaßnahmen haben sich die Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten im Konzernabschluss wie folgt verändert:

in Mio. t	Zugänge 2003		Abgänge 2003
Aktiva			
Zahlungsmittelbestand			121
Forderungen an Kreditinstitute			878
Forderungen an Kunden			2.370
Wertpapiere			178
Andere operative Aktiva	25		604
Passiva			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			380
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			2.681
Verbriefte Verbindlichkeiten			182
Andere operative Passiva			679

Liquiditätswirksame Investitions- und Finanzierungstätigkeiten lagen nicht vor.

Anhang

33 Angaben zur Segmentberichterstattung

Die Darstellung der Segmentergebnisse entspricht in Gliederung und inhaltlicher Darstellung dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 5 (DRS 5) zur Segmentberichterstattung sowie Nr. 5-10 (DRS 5-10) zur Segmentberichterstattung für Kreditinstitute. Auf die Darstellung einer sekundären Segmentstruktur wird aufgrund der regionalen Konzentration auf den Großraum Berlin verzichtet.

Unter Berücksichtigung der zum 1. Juli 2005 erfolgten Integration der Retail-Aktivitäten der Berliner Bank und der Landesbank Berlin ergibt sich folgende Gliederung der Segmentrechnung:

Private Kunden

Geschäft mit Privatkunden der Landesbank Berlin/Berliner Sparkasse inklusive Niederlassung Berliner Bank der Landesbank Berlin.

Firmenkunden

Geschäft mit kleinen und mittleren Firmenkunden sowie mit der öffentlichen Hand der Landesbank Berlin/Berliner Sparkasse inklusive Niederlassung Berliner Bank der Landesbank Berlin.

Immobilienfinanzierung

Großes gewerbliches Immobilienfinanzierungsgeschäft der Landesbank Berlin, Bankgesellschaft Berlin AG und Berlin Hyp sowie mit Privat- und Firmenkunden, sofern größeres Immobiliengeschäft die wesentliche Geschäftsverbindung darstellt.

Kapitalmarktgeschäft

Alle Handelsgeschäfte der Bankgesellschaft Berlin AG, der Landesbank Berlin und der ausländischen Gesellschaften sowie deren Geschäft mit großen und internationalen Corporates und kommerzielles Auslandsgeschäft.

Corporate Investments

Hier fassen wir die Ergebnisse der ALLBANK (bis 31. August 2005), BG Polska, Weberbank und Zivnostenská banka (letztmalig per 31. Dezember 2002) zusammen. Diese Institute gehören nach der aktuellen Strategie nicht mehr zum Kerngeschäft des Konzerns.

Immobilienleistungen

Alle Aktivitäten der IBAG, IBG und LPFV.

Forderungsgeschäft

Hier wird ausschließlich das Geschäft der Investitionsbank Berlin dargestellt.

Sonstiges/Konsolidierung

Hier erfassen wir die nicht auf andere Segmente zurechenbaren Kosten und Personalkapazitäten der Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen bzw. andere geringfügige Ergebnisteile sowie die Volumina und Erfolge des Bilanzstrukturmanagement und die Konsolidierungsposten im Konzern.

In der Spalte „Effekte der EU-Entscheidung“ werden die Ergebniseffekte dargestellt, die aus der EU-Entscheidung zur Genehmigung der vom Land Berlin gewährten Beihilfe resultieren. Dementsprechend wird unter „Konzern ohne Effekte der EU-Entscheidung“ das Konzernergebnis der ordentlichen Geschäftstätigkeit und unter „Konzern“ das gesamte Konzernergebnis (inkl. Effekte der EU-Entscheidung) ausgewiesen.

Die Ermittlung des Zinsüberschusses je Geschäftsfeld erfolgt auf der Grundlage der Marktzinsmethode. Dabei wird für jedes Produkt auf Einzelgeschäftsbasis ein Margenergebnis als Differenz zwischen dem Kundenzins und einem internen Verrechnungszins ermittelt. Alle weiteren Erträge und die Kreditrisikovorsorge werden über die Kundenverbindung den Segmenten zugeordnet. Grundprinzip der Zurechnung des Verwaltungsaufwands ist die verursachungsgerechte Verrechnung. Für die kundenorientierten Geschäftsfelder erfolgt die Zuordnung gemäß des Vertriebsauftrags der Organisationseinheiten. Die Verrechnung der zentralen Stabskosten erfolgt entsprechend der Dienstleistungen, die eine Organisationseinheit für ein Segment wahrnimmt. Bei allen Kostenverrechnungen im Konzern zwischen den Gesellschaften bzw. den Segmenten verwenden wir Ist-Kosten-Ansätze für die jeweils erbrachte Leistung.

Das Segmentvermögen beinhaltet die bilanziellen Aktiva des jeweiligen Segments (Netto). Bei den bankgeschäftlich tätigen Segmenten sind dies im Wesentlichen die Forderungen an Kunden. Die Segmentverbindlichkeiten beinhalten analog die bilanziellen Passiva, im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und die verbrieften Verbindlichkeiten. Im Segment Kapitalmarktgeschäft wurden erstmals 2003 und rückwirkend für 2002 die konzerninternen Geschäfte eliminiert. Hierin liegt die Ursache für die Veränderungen der Segmentvermögen/-verbindlichkeiten in den Segmenten Kapitalmarktgeschäft und Sonstiges/Konsolidierung gegenüber der Segmentberichterstattung 2002.

Die Risikopositionen sind die Risikoaktiva und Marktrisiken gemäß Grundsatz I zu § 10 KWG auf Ebene des jeweiligen Segments. Entsprechend dieser Risikopositionen statten wir die Segmente mit Kernkapital aus und berechnen einen Anlagenutzen, der im Zinsergebnis der Segmente enthalten ist. Wir wenden dabei einen Zinssatz an, der einer risikofreien, rollierenden Langfrist-Anlage am Kapitalmarkt entspricht. Entsprechend der Struktur der durchschnittlichen Kernkapitalbindung verteilen wir das bilanzielle Kapital auf die Segmente, dieses bildet anschließend die Bezugsbasis für die Ermittlung der Eigenkapitalrentabilität berechnet für das Segmentergebnis vor Steuern. Diese branchenübliche Methode der Renditeberechnung wenden wir seit dem Jahresabschluss 2002 an.

Als Mitarbeiterzahlen werden Mitarbeiterkapazitäten (umgerechnet auf Vollzeitkräfte, ohne Auszubildende) per Stichtag ausgewiesen. Die Cost-Income-Ratio wird als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe Erträge ermittelt.

Anhang

34 Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Bankgesellschaft Berlin AG trägt in Höhe ihrer (durchgerechneten) Beteiligungsquote bei ihren Tochterunternehmen i.S.v. § 290 Abs. 1 und 2 HGB, die in der Liste über den Anteilsbesitz gem. § 315 Abs. 2 HGB entsprechend als derzeit gedeckt gekennzeichnet sind, von politischen Risiken abgesehen, dafür Sorge, dass diese Gesellschaften ihre Verpflichtungen erfüllen können. Die Patronate für die in der Liste über den Anteilsbesitz (Anlage 1 zum Anhang) entsprechend gekennzeichneten Gesellschaften endeten mit der Veröffentlichung im Bundesanzeiger vom 28. März 2003. Für die bis zur Veröffentlichung eingegangenen Verpflichtungen bestehen die Patronate fort. Dies gilt auch für die im Jahr 2003 verkauften Gesellschaften, wie die Allgemeine Privatkundenbank AG (Bundesanzeiger vom 25. August 2003 für Spareinlagen mit Wirkung zum 30. November 2003) und vom 5. September 2003 (Beendigung des Patronats mit sofortiger Wirkung mit Ausnahme der Spareinlagen) und die Zivnostenská banka a.s. (Bundesanzeiger vom 7. März 2003 in Deutschland bzw. 12. März 2003 in Tschechien) sowie für die Berlin Seed Capital Fund GmbH, die zum 1. Januar 2003 auf die Berlin Capital Fund GmbH verschmolzen ist und für die LBB Landesbank Berlin Finance Cura o.N.V., die am 28. Januar 2003 gelöscht wurde.

Weitere Haftungsverhältnisse aus Mietgarantien bestanden im Konzern zum 31. Dezember 2003 in Höhe von 9,9 (i.V.: 11,2) Mrd. €, davon innerhalb eines Jahres fällig: 0,5 (i.V.: 0,5) Mrd. €. Der Konzern ist hiervon auf Basis der Detailvereinbarung durch das Land Berlin überwiegend freigestellt.

Bei 22 (i.V.: 22) geschlossenen Immobilienfonds haben sich Konzernunternehmen verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile zu erwerben. Die Verpflichtung gliedert sich hinsichtlich des Nominalvolumens wie folgt:

in Mio. €	ab Jahr	Volumen	
		2003	2002
Bankgesellschaft Berlin AG	2019	83	83
Landesbank Berlin – Girozentrale –	2019	101	101
Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH ¹⁾	2019	5	5
a) im eigenen Risiko des Konzerns		189	189
Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH	2008	31	31
Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH ¹⁾	2019	2.559	2.522
b) durch die Detailvereinbarung abgesichert		2.590	2.553
Insgesamt		2.779	2.742

¹⁾ Rücknahmewerte nach 30 Jahren (zu 100, 115 bzw. 120%); im eigenen Risiko 217 Mio. € und durch die Detailvereinbarung abgesichert 2.975 (i.V.: 217 und 2.901) Mio. €

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten s. Lagebericht) ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Bankgesellschaft Berlin in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002 und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor, die sich im Wesentlichen an den Haftungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientieren. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigen-

kapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011 ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. € an das Land Berlin zu zahlen, anschließend ist darüber erneut zu verhandeln. Die konzerninterne Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002 und sieht eine teilweise Kostenerstattung durch die Landesbank Berlin Girozentrale und die Berlin Hannoversche Hypothekenbank AG entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der drei Teilbanken vor. Darüber hinaus bieten die Bankgesellschaft Berlin bzw., soweit die IBG betroffen ist, Bankgesellschaft Berlin, Landesbank Berlin und Berlin Hyp gemeinsam, dem Land Berlin für eine Dauer von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Unterzeichnung der Detailvereinbarung unwiderruflich an, die von ihnen jeweils gehaltenen Anteile an der IBAG und/oder IBG und/oder der LPFV an das Land zu dann festzulegenden Konditionen zu verkaufen und abzutreten.

Einzahlungsverpflichtungen aus noch nicht voll eingezahlten Anteilen bestehen nicht mehr (i.V.: 3 Mio. €). Nachschusspflichten aus Beteiligungen bestehen in Höhe von 21 (i.V.: 33) Mio. €, davon aus der Beteiligung an der Liquiditätskonsortialbank in Höhe von 15 (i.V.: 14) Mio. €.

Die Landesbank Berlin hat im Jahr 1994 mit den persönlich haftenden Gesellschaftern der Weberbank Privatbankiers KGaA im Innenverhältnis eine Obergrenze für deren persönliche Haftung vereinbart. Nach dieser Erklärung soll die Landesbank Berlin im Innenverhältnis die Haftung oberhalb dieser Grenze übernehmen. Ausführlich wird der Sachverhalt im Lagebericht beschrieben. Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses 2002 sind der Bank Erklärungen zur Kenntnis gelangt, nach denen sich die LBB 1994 auf unbestimmte Zeit zum Rückwerb von Aktien der Weberbank gegenüber den persönlich haftenden Gesellschaftern verpflichtet hat. Es handelt sich hierbei um ein unechtes Pensionsgeschäft nach § 340b HGB; die sich ergebende Rücknahmeverpflichtung in Höhe von 14,8 Mio. € ist unter der Bilanz ausgewiesen.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds ist die Bankgesellschaft Berlin AG verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten von im Mehrheitsbesitz des Instituts stehenden Kreditinstituten anfallen.

Die Landesbank Berlin war neben anderen Landesbanken und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Gewerträger der DekaBank Deutsche Girozentrale. Am 30. November 2002 hat die Landesbank Berlin ihre Anteile an der DekaBank verkauft. Die Verpflichtungen der Landesbank aus der von ihr übernommenen Anstaltslast und Gewerträgerhaftung für die DekaBank endeten mit dem Stichtag des Verkaufs mit Wirkung für die Zukunft. Für Verbindlichkeiten, die vor dem Stichtag bereits entstanden sind, bleibt es bei der Haftung der Landesbank als Gewerträger. Wegen der Beteiligung an der Weberbank Privatbankiers KGaA wurde eine Freistellungserklärung gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken abgegeben. Gegenüber der Sicherheitsreserve der Landesbanken bestehen für die Landesbank Berlin Nachschussverpflichtungen bis zur Höhe von 23 (i.V.: 17) Mio. €.

Die bankgenutzten Gebäude Alexanderplatz, Prinzregentenstraße und Hardenbergstraße (zentrale Gebäude) sowie Brunnenstraße (Dienstleistungszentrum) werden von geschlossenen Immobilienfonds gehalten, die von Konzernunternehmen an den Markt gebracht wurden. Für die Bankgesellschaft Berlin AG und andere Konzerngesellschaften ergeben sich aus diesen Objekten gegenwärtig Mietverpflichtungen von jährlich 67 Mio. €. Aus dem Teilkonzern Berlin Hyp ergeben sich jährliche Mietzahlungen aus langfristigen Mietverträgen in Höhe von 4,3 Mio. €.

In DV-Dienstleistungsverträgen mit der FinanzIT GmbH und der Siemens Business Services Management GmbH hat die Bank für die Jahre 2003 bis 2006 Mindestabnahmemengen in Höhe von 39 bis 33 Mio. € (FinanzIT, jährlich abnehmend) und 33 bis 34 Mio. € (SBSM, ansteigend) vereinbart. Im Geschäftsjahr 2003 wurden die Mindestabnahmemengen erreicht.

Anhang

35 Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	2003 ¹⁾	2002
im Bankgeschäft		
Vollzeitbeschäftigte	8.306	11.276
Teilzeitkräfte	1.878	2.155
Auszubildende	278	392
	10.462	13.823
im Immobiliendienstleistungsgeschäft ²⁾		
Vollzeitbeschäftigte	952	1.135
Teilzeitkräfte	81	
Auszubildende	30	46
	1.063	1.181
Insgesamt	11.525	15.004

¹⁾ ohne die aus dem Konsolidierungskreis ausgeschiedenen Tochterunternehmen

²⁾ IBG, LPFV, IBAG

36 Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite

An Vorstände und Aufsichtsorgane wurden folgende Bezüge gezahlt:

	2003 ¹⁾	2002
in T €		
Gesamtbezüge des Vorstands	11.698	13.416
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats	851	638
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt	9.316	9.247
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	93.944	107.710

¹⁾ ohne die aus dem Konsolidierungskreis ausgeschiedenen Tochterunternehmen

37 Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Bankgesellschaft Berlin AG in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) und von Mitarbeitern der Bankgesellschaft Berlin AG in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) sind in den Anlagen 3 bzw. 4 zum Anhang dargestellt.

38 Angaben über derivative Geschäfte

Die derivativen Geschäfte sind insbesondere im Währungs- und im aktien-/indexbezogenen Geschäft im Wesentlichen dem Handelsbestand zuzuordnen. Sowohl Eigenhandelsstrategien als auch die unverändert große Nachfrage unserer Kunden nach strukturierten Finanzierungen prägen den Handel mit derivativen Geschäften. Dabei entfällt ein großer Anteil auch auf die Deckung der sich ergebenden Zins-, Währungs- und Marktpreisschwankungen. Darüber hinaus werden derivative Geschäfte auch im Aktiv-Passiv-Management zur Steuerung der Zinsrisiken im Anlagebuch eingesetzt.

Produktbereiche des derivativen Geschäfts per 31. Dezember 2003 in Mio. t	Restlaufzeit			Nominal- betrag Summe	Wieder- beschaffungs- kosten ¹⁾
	<= 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte	126.452	240.223	141.265	507.940	10.662
Börsengehandelte Produkte	6.523	133	3.291	9.947	1
Zinsfutures	6.127	133	3.283	9.543	1
Zinsoptionen	396		8	404	
OTC-Produkte	119.929	240.090	137.974	497.993	10.661
Zinsswaps	103.572	182.260	105.452	391.284	9.568
FRAs	6.913	608		7.521	10
Swaptions		23.258	24.368	47.626	677
Zinsoptionen, Käufe					
Zinsoptionen, Verkäufe			4	4	
sonstige Zinskontrakte	9.444	33.964	8.150	51.558	406
Währungsbezogene Geschäfte	9.589	7.398	6.434	23.421	798
Börsengehandelte Produkte					
Devisenfutures					
Devisenoptionen					
OTC-Produkte	9.589	7.398	6.434	23.421	798
Devisentermingeschäfte	6.006	210		6.216	301
Cross-Currency-Swaps	3.533	7.116	6.434	17.083	493
Devisenoptionen, Käufe	47	36		83	4
Devisenoptionen, Verkäufe	3	36		39	
sonstige Devisenkontrakte					
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	8.492	1.908	24	10.424	236
Börsengehandelte Produkte	5.358	177		5.535	11
Aktien-/Indexfutures	4.710			4.710	
Aktien-/Indexoptionen	648	177		825	11
OTC-Produkte	3.134	1.731	24	4.889	225
Aktien-/Index-Swaps					
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	185	901	9	1.095	225
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	1.744	830	15	2.589	
sonstige preisrisikobehaftete Geschäfte	1.205			1.205	
Kreditderivate	1.015	3.698	1.857	6.570	25
Insgesamt	145.548	253.227	149.580	548.355	11.721

¹⁾ Synonym für Kontrahentenausfallrisiko

Anhang

Das angegebene Kontrahentenausfallrisiko wird durch die Wiederbeschaffungskosten im Falle des Kontrahentenausfalls beziffert. Die Wiederbeschaffungskosten sind die Summe aller positiven Marktwerte der derivativen Geschäfte. Eine Aufrechnung mit negativen Marktwerten findet nicht statt.

Der Nominalbetrag wurde im Rahmen der veränderten Handelsstrategie im Konzern um rund 20% reduziert.

Kontrahentenstruktur im derivativen Geschäft nach Kreditrisikoäquivalenten in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
OECD-Institute; andere Kreditinstitute (nur Ursprungslaufzeit bis 1 Jahr)	791	910
Sonstige Unternehmen, Privatpersonen	373	493
Insgesamt	1.164	1.403

Die angegebenen Kreditrisiko äquivalente wurden nach der Marktbewertungsmethode ermittelt, wie sie im Grundsatz I der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vorgesehen ist. Die Kreditrisiko äquivalente werden nach dem Kontrahentenrisiko gewichtet aufgeführt. Hierbei ist das Kontrahentenrating berücksichtigt.

39 Deckungsrechnung des Konzerns

Für die im Umlauf befindlichen Emissionen der Landesbank Berlin sowie der Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG werden jeweils getrennte Deckungsregister geführt.

Die Deckungsrechnung stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

Deckungsregister in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Pfandbriefe im Umlauf	15.505	16.137
Deckungswerte		
Hypothekendarlehen und andere Darlehen	17.835	17.796
Deckungsüberhang	2.330	1.659
Kommunalschuldverschreibungen		
Öffentliche Pfandbriefe im Umlauf	31.407	37.313
Gedekte Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf		
Deckungswerte		
Wertpapiere von öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten	2.479	3.886
Kommunaldarlehen und andere Darlehen	31.808	36.083
Deckungsüberhang	2.880	2.656

40 Corporate Governance

Die nach § 161 AktG zum Corporate Governance Kodex erforderlichen Entsprechenserklärungen von Vorstand und Aufsichtsrat wurden und werden von den börsennotierten Aktiengesellschaften des Konzerns (Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin Hyp) jeweils im Internetauftritt der Gesellschaften veröffentlicht (s. a. Lagebericht, Kapitel Corporate Governance).

Einzelheiten zum Erwerb von Aktien durch Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sind im Internetauftritt der Bankgesellschaft Berlin unter „Meldepflichtige Geschäfte gem. § 15a WpHG“ veröffentlicht. Sowohl der Aktienbesitz eines einzelnen Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieds als auch der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder liegen unter 1% der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien (6.6 DCGK).

41 Beziehungen zu nahe stehenden Personen

Land Berlin

Das Land Berlin hält 81% der Anteile an der Bankgesellschaft Berlin und ist damit gem. DRS 11 als nahe stehende Person, die das Unternehmen beherrschen kann, zu betrachten. Als wesentlicher Geschäftsvorfall mit dem Land Berlin ist die Detailvereinbarung vom 16. April 2002 anzusehen. Erläuterungen zur Detailvereinbarung werden im Lagebericht (Kapitel „Detailvereinbarung mit dem Land Berlin“) sowie im Anhang (unter den Kapiteln „Bewertung“ sowie „Haftungsverhältnisse...“) gegeben.

Auf eine Angabe der Unternehmen, die vom Land Berlin gehalten werden, wird verzichtet. Wir verweisen insofern auf den Beteiligungsbericht des Landes Berlin.

Der Interessenbereich des Landes Berlin hat zum 31. Dezember 2003 1,6 Mrd. € von den herausgelegten Krediten der beiden wesentlichen Konzerngesellschaften in Anspruch genommen. Weitere Forderungen in Höhe von 1,7 Mrd. € bestehen bei der Berlin Hyp.

Verbundene Unternehmen

Die verbundenen Unternehmen sind im Verzeichnis des Anteilsbesitzes (Anlage 1 zum Anhang) unter „Konsolidierte bzw. nicht konsolidierte Tochterunternehmen“ aufgelistet. Forderungen an bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden im Anhang unter „(3) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen“ angegeben.

Assoziierte Unternehmen

Die assoziierten Unternehmen sind ebenfalls im Verzeichnis des Anteilsbesitzes aufgeführt; weitere Informationen sind im Kapitel „Assoziierte Unternehmen (§ 311 HGB)“ enthalten.

Die an diese Gruppe herausgelegten Kredite betragen 925 Mio. €, die Einlagen 74 Mio. €. Die Kredite wurden zu marktnahen bis marktgerechten Konditionen gewährt. Sofern eine Einlagenverzinsung vereinbart wurde, erfolgte diese zu den im Konzern für erste Adressen geltenden Konditionen (Prime Rate).

Anhang

Mitglieder der Unternehmensführung und der Kontrollorgane

Neben den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats (s. Anlage 5 zum Anhang) gehören auch folgende Führungskräfte zu den nahe stehenden Personen gemäß DRS 11:

Boenke, Frank-Michael	Papesch, Uwe
Böhmer, Willi	Paulick, Thomas
Brummel, Beate	Reinhardt, Ludwig
Burmester, Dr. Christian	Reutter, Dr. Georg
Butzer, Arnold	Roller, Gerhard
Ghassemi-Moghadam, Dariush	Sawahn, Wolf-Joachim
Grosse Wiesmann, Peter	Schäper, Siegfried
Hirschhäuser, Dr. Karl-Friedrich	Schröder, Bartho
Kipp, Dirk	Siegert, Dr. Uwe-Jens
König, Peter	Spicker, Klaus
Lange, Axel	Trügler, Stefan
Müller, Martin	

Die Darstellung der Geschäftsvorfälle erfolgt aus Wesentlichkeitsgründen.

Nahe Angehörige

Nahe Angehörige haben keinen Einfluss auf die Geschäftspolitik.

Sowohl bei juristischen als auch natürlichen Personen haben wir aufgrund der Verschwiegenheitspflicht auf nähere Angaben zu den Geschäftsvorfällen verzichtet.

Angaben zu den Bilanzpositionen der AG

Erläuterungen zu den einzelnen Positionen erfolgen nur dann, wenn diese von den unter der betreffenden Nummer (z.B. (1) Fristengliederung) im Konzern gemachten Aussagen abweichen.

In der Spalte 31.12.2005¹⁾ werden die Vergleichszahlen dargestellt, die sich ohne die Umgliederung der Berliner Bank einschließlich einer höheren Gewinnausschüttung der Landesbank Berlin ergeben hätten. Auf eine gesonderte Darstellung in dieser Form wird verzichtet, wenn sich hieraus keine oder keine wesentlichen Auswirkungen ergeben.

1 Fristengliederung

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2003 ¹⁾	31.12.2002
Forderungen an Kreditinstitute			
Andere Forderungen			
bis drei Monate	9.562	9.599	5.619
mehr als drei Monate bis ein Jahr	3.677	3.677	710
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.098	1.098	1.145
mehr als fünf Jahre	204	204	448
Insgesamt	14.541	14.578	7.922
Forderungen an Kunden			
bis drei Monate	3.423	4.982	6.316
mehr als drei Monate bis ein Jahr	502	661	945
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.004	1.588	2.076
mehr als fünf Jahre	2.057	3.686	5.228
davon mit unbestimmter Laufzeit	(566)	(2.157)	(2.097)
Insgesamt	6.986	10.917	14.565
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			
bis drei Monate	33.379	33.415	27.604
mehr als drei Monate bis ein Jahr	6.024	6.060	5.672
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.756	1.787	97
mehr als fünf Jahre	240	253	303
Insgesamt	41.399	41.515	33.676
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten			
bis drei Monate		7	9
mehr als drei Monate bis ein Jahr		3	3
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre		37	46
mehr als fünf Jahre		4	5
Insgesamt		51	63
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
Andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			
bis drei Monate	455	1.012	2.152
mehr als drei Monate bis ein Jahr	59	70	56
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	233	252	254
mehr als fünf Jahre	489	491	771
Insgesamt	1.236	1.825	3.233
Verbriefte Verbindlichkeiten			
Andere verbiefte Verbindlichkeiten			
bis drei Monate			
mehr als drei Monate bis ein Jahr			8
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	32	32	33
mehr als fünf Jahre	51	51	48
Insgesamt	83	83	89

¹⁾ Vergleichszahlen einschließlich Berliner Bank

Anhang

2 Beträge, die im Folgejahr fällig werden

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Enthalten in Position:		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.822	3.792
Verbriefte Verbindlichkeiten begebene Schuldverschreibungen	1.500	2.442

3 Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2003 ¹⁾	31.12.2002
Forderungen an Kreditinstitute	8.376	9.373	8.109
Forderungen an Kunden	934	985	990
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.464	7.464	7.200
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	291	291	327
Sonstige Vermögensgegenstände	236	236	110
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ²⁾	29.200	29.210	22.090
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	171	232	185
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.075	3.075	3.761
Sonstige Verbindlichkeiten	25	97	1
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.803	1.803	2.414
	22.550	22.560	20.265

¹⁾ Vergleichszahlen einschließlich Berliner Bank

²⁾ davon Landesbank Berlin (inkl. NLS)

4 Beziehungen zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2003 ¹⁾	31.12.2002
Forderungen an Kreditinstitute	288	288	3
Forderungen an Kunden	16	16	73
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	476	476	461
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	92	92	8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5	53	
Verbriefte Verbindlichkeiten			

¹⁾ Vergleichszahlen einschließlich Berliner Bank

5 Nachrangige Aktiva

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
Forderungen an Kreditinstitute	8	108
Forderungen an Kunden	8	8
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	323	230
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	219	214

6 Entwicklung des Anlagevermögens

in Mio. t	Finanzanlagen					Sachanlagen	Immaterielle Anlagevermögen
	Forderungen ¹⁾	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen		
Buchwert zum 31. Dezember 2002		129	594	110	2.645	108	
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31. Dezember 2002	7	129	1.021	134	3.615	187	
Zugänge 2003				2	24	67	123
Abgänge 2003		16		33	461	79	
Umbuchungen 2003						-10	10
Effekte aus Wechselkursänderungen							
Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31. Dezember 2003	7	113	1.021	103	3.178	165	133
Kumulierte Zuschreibungen zum 31. Dezember 2002				10			
Zugänge 2003				1			
Abgänge 2003				10			
Kumulierte Zuschreibungen zum 31. Dezember 2003				1			
Kumulierte Abschreibungen zum 31. Dezember 2002	7		427	34	970	79	
Zugänge 2003			144	6	137 ²⁾	34	44
Abgänge 2003				12		47	
Umbuchungen 2003						-3	3
Effekte aus Wechselkursänderungen							
Kumulierte Abschreibungen zum 31. Dezember 2003	7		571	28	1.107	63	47
Buchwert zum 31. Dezember 2003		113	450	76	2.071	102	86

¹⁾ Wandelgenussrechte aus Sanierungsmaßnahmen

²⁾ darin Aufwand für Rückstellungsbildung im Vorjahr 15 Mio. S

Anhang

Die bei Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren vorgenommene Abschreibung in Höhe von 144 Mio. € resultiert hauptsächlich aus der Bewertung der Investmentfonds, die den EURO STOXX-50-Index nachbilden.

Bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen resultieren die Zugänge aus der Einzahlung in die Kapitalrücklage der Berlin Capital Fund GmbH und der Kapitalerhöhung bei der Berlin Hannoverschen Hypothekbank AG (Berlin Hyp). Die Abschreibungen betreffen im Wesentlichen die Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc., die Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A., die Berlin Hyp und die Berlin Capital Fund GmbH. Im Zuge der Restrukturierung des Beteiligungsportfolios erfolgte die Aussteuerung von Beteiligungen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die Zivnostenská banka a.s., die Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft und die Bankgesellschaft Berlin (UK).

Die Zugänge bei den Immateriellen Anlagewerten resultieren im Wesentlichen aus der erstmaligen Anwendung des IDW ERS HFA 11-Bilanzierung von Software beim Anwender sowie dem Kauf des Anlagevermögens der BB-Data GmbH.

7 Treuhandgeschäfte

in Mio. €	31.12.2003	31.12.2003 ¹⁾	31.12.2002
Forderungen an Kunden		14	15
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		14	15

¹⁾ Vergleichszahlen einschließlich Berliner Bank

8 Borsenfähigkeit/Borsennotierung

in Mio. €	börsenfähig		börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2003	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2002
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	25.210	28.519	23.480	26.180	1.730	2.339
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.886	1.329	1.880	1.322	6	7
Beteiligungen	34	45		11	34	34
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.027	1.597	630	986	397	611
davon						
Berlin Hyp	630	730	630	730		
BG Intern.S.A.Lux.	246	246			246	246
BG Berlin (UK)		205				205
ALLBANK		175		175		
Zivnostenská banka		81		81		
Übrige	151	160			151	160

9 Bestände in Fremdwährung

	31.12.2003	31.12.2002
in Mrd. t		
Vermögensgegenstände	12,7	14,8
Verbindlichkeiten	12,0	12,7

10 Als Sicherheit verpfändete Vermögensgegenstände

Die im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) für geldpolitische Instrumente an die Deutsche Bundesbank als Sicherheiten verpfändeten Vermögensgegenstände gliedern sich wie folgt:

	31.12.2003	31.12.2002
in Mio. t		
Wertpapiere	7.955	11.121
davon: Ausgleichsforderungen	161	243
Wirtschaftskredite	7	4
davon: Wechsel		2
Kreditforderungen	7	2
Insgesamt	7.962	11.125

Zum Bilanzstichtag bestanden folgende weitere Verpfändungen: Anleihen und Schuldverschreibungen in Höhe von nominal 410 (i.V.: 105) Mio. € wurden als Sicherheiten bei der EUREX Deutschland hinterlegt. Darüber hinaus dienen Anleihen und Schuldverschreibungen über nominal 8 (i.V.: 209) Mio. € sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere mit einem Marktwert von 509 (i.V.: 69) Mio. € als Sicherheiten, die die Bank im Zusammenhang mit Pensionsgeschäften und Wertpapierleihengeschäften als Sicherheiten gegeben hat.

In Pension gegeben wurden Anleihen und Schuldverschreibungen im Nominalwert von 12.090 (i.V.: 9.549) Mio. € sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere im Marktwert von 0 (i.V.: 116) Mio. €.

11 Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch

In dieser Position werden angekaufte Ausgleichsforderungen in Form von Inhaberschuldverschreibungen ausgewiesen. Darüber hinaus befinden sich im Bestand der AG geliehene Wertpapiere in Höhe von 10 (i.V.: 15) Mio. €. Verliehen sind keine Wertpapiere.

Von den Ausgleichsforderungen sind 161 (i.V.: 243) Mio. € im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente als Sicherheiten an die zuständigen Notenbanken verpfändet (vgl. Ziffer 10).

Anhang

12 Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Aufgrund der Entscheidung des Konzerns, die Regelungen des IDW ERS HFA 11 Bilanzierung von Software beim Anwender anzuwenden, weist die AG erstmals Software als immaterielle Anlagewerte aus. Bisher wurde die Software unter Betriebs- und Geschäftsausstattung bilanziert bzw. von der BB-Data geleast.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind in Höhe von 102 (i.V.: 108) Mio. € enthalten. Der Vergleichswert einschließlich der Zahlen Berliner Bank beträgt 115 Mio. €.

13 Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2003 ¹⁾	31.12.2002
Aktivposten aus Portfolios	1.856	1.856	2.260
Forderungen aus Collateral	1.841	1.841	1.702
Gewinnansprüche LBB	687	687	767
Forderungen an Finanzbehörden	59	59	139
Forderungen aus Termingeschäften und Swaps sowie Zinsabgrenzung aus Termingeschäften	232	232	281
Einzugspapiere	9	18	54
Übrige	442	466	257
Insgesamt	5.126	5.159	5.460

¹⁾ Vergleichszahlen einschließlich Berliner Bank

14 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Diese Position enthält überwiegend Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennwert von Forderungen und deren Auszahlungsbeträgen, Disagien aus Inhaberschuldverschreibungen sowie Prämien aus Derivaten.

15 Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2003 ¹⁾	31.12.2002
Passivposten aus Portfolios	1.404	1.404	1.750
Verbindlichkeiten aus Collateral	662	662	429
Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden	26	34	36
Abgegrenzte Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten	41	41	46
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen	52	130	19
Verbindlichkeiten aus Termingeschäften und Swaps sowie Zinsabgrenzung aus Termingeschäften	214	214	383
Übrige	7	7	162
Insgesamt	2.406	2.492	2.825

¹⁾ Vergleichszahlen einschließlich Berliner Bank

16 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Diese Position beinhaltet überwiegend Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag, abgegrenzte Zinsen und Gebühren sowie Prämien aus Derivaten.

17 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen fielen um 26 (i.V.: +12) Mio. € auf 205 (i.V.: 231) Mio. €.

18 Andere Rückstellungen

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2003 ¹⁾	31.12.2002
Rückstellungen für Portfolios, Wertpapier- und Devisengeschäfte	224	224	127
Rückstellungen für Risiken des Kreditgeschäfts	162	189	191
Rückstellungen für Kapitalmaßnahmen IBG	12	12	26
Rückstellungen im Personalbereich	47	51	53
Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen	363	386	195
Rückstellungen aus EU-Entscheidung vom 18. Februar 2004	212	212	
Übrige	108	112	106
Insgesamt	1.128	1.186	698

¹⁾ Vergleichszahlen einschließlich Berliner Bank

Anhang

19 Nachrangige Verbindlichkeiten

	Nominalwerte			Zinssatz in %	Fälligkeit
	Währung	in Mio.	in Mio. t		
(1)	DM	100	51	7,00	2005
(2)	DM	300 *	153	6,71	2006
(3)	JPY	10.000 *	74	3,36	2007
(4)	DM	50 *	26	6,06	2007
(5)	JPY	10.000 *	74	3,32	2007
(6)	EUR	14 *	14	Zerobond	2007
(7)	JPY	4.000 *	30	2,80	2008
(8)	JPY	5.000 *	37	2,30	2008
(9)	DM	10 *	5	5,03	2008
(10)	DM	30 *	15	5,33	2008
(11)	EUR	150 *	150	3-Monats-Euribor + 35 BP	2009
(12)	FRF	1.500 *	229	5,75	2009
(13)	FRF	750 *	114	5,75	2009
(14)	EUR	375 *	375	4,75	2009
(15)	EUR	7 *	7	Zerobond	2009
(16)	JPY	5.000 *	37	2,014 (3-Monats-JPY-Libor + 8 BP)	2009
(17)	FRF	1.000 *	152	5,375	2010
(18)	DM	250 *	128	5,375	2010
(19)	EUR	75 *	75	mindestens 4,75	2019
(20)	JPY	15.000 *	111	5,15	2027

Die mit (*) gekennzeichneten nachrangigen Verbindlichkeiten wurden bei verbundenen Unternehmen aufgenommen. Die nachrangigen Verbindlichkeiten (1), (2), (10) und (18) stammen aus der ehemaligen Berliner Bank AG. Von der nachrangigen Verbindlichkeit (1) befinden sich zum Bilanzstichtag 0,5 (i.V.: 0,5) Mio. € im eigenen Bestand. Die Mittelaufnahmen (12) und (13) zusammen sowie die nachrangige Verbindlichkeit (14) bersteigen jeweils 10% des gesamten Nachrangkapitals. Die nachrangigen Verbindlichkeiten (17) und (18) wurden 1999 redenominiert (152 bzw. 128 Mio. €). Der Zinssatz für die nachrangige Verbindlichkeit (19) wurde wie folgt vereinbart: 4,75% bis 31. März 2009, danach 4,75 + 81% der Differenz der am Zinstag geltigen 10-Jahres-Euro-Swap-Rate (Constant Maturity Swap) minus 4,75%, jedoch mindestens 4,75%.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten 2003 betrug 80 (i.V.: 97) Mio. €. Dieser Zinsaufwand setzt sich zusammen aus laufenden Zinsaufwendungen in Höhe von 94 (i.V.: 135) Mio. € und Erträgen aus Swap-Geschäften in Höhe von 15 (i.V.: 38) Mio. €.

Ansprüche von Gläubigern auf Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten sind gegenüber anderen Gläubigern nachrangig. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Im Falle einer Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Von den gesamten nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 1.853 (i.V.: 2.456) Mio. € entsprechen 1.814 (i.V.: 2.395) Mio. € den Anforderungen des Kreditwesengesetzes für die Anerkennung als haftendes Eigenkapital.

21 Angaben zum Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital der Bankgesellschaft Berlin AG betrug 2.555 Mio. € und ist eingeteilt in 999.327.870 Stückaktien.

Die Hauptversammlung vom 4. Juli 2003 hat die Bankgesellschaft Berlin AG ermächtigt, bis zum 30. September 2004 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu erwerben. Die Erwerbspreise dürfen den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10% über- bzw. unterschreiten. Der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien darf 5% des Grundkapitals der Bankgesellschaft Berlin AG am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen.

Daneben besteht gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 4. Juli 2003 bis zum 30. September 2004 die Möglichkeit des Erwerbs von eigenen Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG. Davon wurde im Berichtsjahr 2003 kein Gebrauch gemacht.

Im Laufe des Berichtsjahres wurde von der Bank kein Handel in eigenen Aktien betrieben.

Zum Jahresende befanden sich 27.090.540 (i.V.: 27.090.540) Stückaktien mit einem Buchwert von 54,5 (i.V.: 54,2) Mio. € für Handelszwecke im Bestand der Bank. Der Anteil am gezeichneten Kapital betrug 2,711% (i.V.: 2,711%).

Darüber hinaus befinden sich 405.695 Stückaktien mit einem Buchwert von 0,8 Mio. € im Bestand der Bank. Diese wurden durch Vorstandsbeschluss vom 29. Mai 2001 gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 1 AktG zur Schadensabwehr über die Börse erworben. Der Anteil am gezeichneten Kapital betrug 0,041%.

Im Kreditgeschäft waren am Jahresende 2003 gemäß § 71 e AktG 277.875 (i.V.: 342.250) eigene Stückaktien als Pfand genommen; dies entsprach 0,03% (i.V.: 0,03%) des gezeichneten Kapitals.

Der Bilanzverlust für das Geschäftsjahr 2003 betrug in der Bankgesellschaft Berlin AG 2.582 Mio. € unter Berücksichtigung eines Verlustvortrages aus dem Vorjahr in Höhe von 2.038 Mio. €.

Anhang

Angaben zu den GuV-Positionen der AG

22 Zinsüberschuss

in Mio. t	2003	2003 ¹⁾	2002
Zinserträge	1.652	1.771	2.431
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.033	1.152	1.573
aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	619	619	858
Laufende Erträge	125	125	130
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	90	90	87
aus Beteiligungen	8	8	5
aus verbundenen Unternehmen	27	27	38
Erträge aus Gewinngemeinschaften	6	12	149
Zinsaufwendungen	1.313	1.383	1.983
für Einlagen	1.133	1.203	1.647
für verbriefte Verbindlichkeiten	100	100	236
für nachrangige Verbindlichkeiten	80	80	100
Insgesamt	470	525	727

¹⁾ Vergleichszahlen einschließlich Berliner Bank

23 Provisionsüberschuss

in Mio. t	2003	2003 ¹⁾	2002
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	24	38	45
Wertpapiere/Vermögensanlagen	22	36	43
Emissions- und Konsortialgeschäft	2	2	2
Zahlungsverkehr/Kontoführung	13	27	27
Kreditgeschäft	-1	1	14
Kreditgeschäft			3
Avalprovisionen	-3	-2	6
Auslandsgeschäft	2	3	5
Kartengeschäft	17	33	35
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	3	6	1
Sorten-/Devisengeschäft		1	1
Sonstige Dienstleistungen	3	5	
Insgesamt	56	105	122

¹⁾ Vergleichszahlen einschließlich Berliner Bank

24 Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

in Mio. t	2003	2002
Ergebnis aus zinsbezogenen Geschäften	82	-46
Ergebnis aus aktienbezogenen Geschäften	-59	55
Ergebnis aus sonstigen Handelsgeschäften	-18	-22
Handelsergebnis	5	-13
Bewertung aus eigenen Aktien	¹⁾	-16
Ergebnis gemäß Gewinn- und Verlustrechnung	5	-29

¹⁾ die Bewertung des Bestands an eigenen Aktien führte zu einer Zuschreibung von T€ 275

25 Andere Verwaltungsaufwendungen

in Mio. t	2003	2003 ¹⁾	2002
Gebäude- und Raumkosten	83	89	98
IT-Aufwendungen	93	113	146
Werbung und Marketing	4	6	7
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	24	24	28
Geschäftsbetriebskosten	14	17	13
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1	2	2
Personalabhängige Sachkosten	5	5	8
Konzernleistungsverrechnung	52	77	80
Insgesamt	276	333	382

¹⁾ Vergleichszahlen einschließlich Berliner Bank

26 Risikovorsorge

Die Risikovorsorge setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. t	2003	2003 ¹⁾	2002
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	140	142	229
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	-4	-4	22
Reserven gemäß § 340f HGB			
Insgesamt	136	138	251

¹⁾ Vergleichszahlen einschließlich Berliner Bank

Anhang

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio. t	Adressenrisiko						Länderrisiko Kreditgeschäft		Gesamt	davon GuV-wirksam				
	Direkt- abschreibungen		EWB ¹⁾		PWB ²⁾		Rückstellungen Kreditgeschäft	2003		2002	2003	2002		
	2003	2002	2003	2002	2003	2002			2003				2002	
Stand 1. Januar	–	–	1.833	1.721	51	71	191	194	16	16	2.091	2.002		
Zuführungen	–	–	194	284			32	52			226	336	226	336
Inanspruchnahmen	–	–	229	108			1				230	108		
Auflösungen			64	63	15	20	25	36	3		107	119	107	119
Direktabschreibungen	27	14											27	14
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	6	2											6	2
Umbuchungen ³⁾	–	–	–933	19	–11		–28	–14			–972	5		
Wechselkurs- änderungen	–	–	–20	–20			–7	–5			–27	–25		
Stand 31. Dezember	–	–	781	1.833	25	51	162	191	13	16	981*	2.091*	140	229

¹⁾ Einzelwertberichtigung

²⁾ Pauschalwertberichtigung

³⁾ die Umbuchungen resultieren größtenteils aus dem Verkauf der Niederlassung Berliner Bank (Gesamt 1.068 Mio. S)

* ohne Altkredite

Der Bestand der Kredit-Risikovorsorge entfällt auf:

in Mio. t	31.12.2003	31.12.2003 ¹⁾	31.12.2002
Forderungen an Kreditinstitute	52	52	65
Forderungen an Kunden	767	1.679	1.835
Rückstellungen	162	188	191
Sonstige Positionen			
Insgesamt	981	1.919	2.091

¹⁾ Vergleichszahlen einschließlich Berliner Bank

27 Geografische Aufteilung von Ertragspositionen

Die nachfolgende geografische Aufteilung der Ertragspositionen erfolgt nach dem Standort der den Ertrag erzielenden Einheit (Tochtergesellschaften, Niederlassungen, Filialen).

in Mio. t	Erträge aus dem Inland		Erträge aus dem Ausland		Erträge insgesamt	
	2003	2002	2003	2002	2003	2002
Zinserträge	1.082	1.509	570	922	1.652	2.431
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	125	94		36	125	130
Provisionserträge	92	158	3	5	95	163
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	24		-19		5	
Sonstige betriebliche Erträge	326	194	8	11	334	205

Sonstige Angaben der AG

35 Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	2003	2003 ¹⁾	2002
Vollzeitbeschäftigte	2.160	2.510	3.247
Teilzeitkräfte	342	442	527
Auszubildende	40	70	112
Insgesamt	2.542	3.022	3.886

¹⁾ Vergleichszahlen einschließlich Berliner Bank

Anhang

36 Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite

An Vorstände und Aufsichtsorgane wurden folgende Bezüge gezahlt:

in T t	2003	2002
Gesamtbezüge des Vorstands	5.923	4.527
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats	474	167
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt	4.319	4.090
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	45.671	49.494

In den vorgenannten Bezügen des Vorstands ist eine erfolgsabhängige Zahlung in Höhe von 200 T€ enthalten.

Die seitens der Niederlassung Berliner Bank gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse sind durch die Übertragung nunmehr im Abschluss der Landesbank Berlin berücksichtigt, im Vorjahr stellte sich der Gesamtbetrag wie folgt dar:

in T t	2002
an Mitglieder des Vorstands	63
an Mitglieder des Aufsichtsrats	204

38 Angaben über derivative Geschäfte

Produktbereiche des derivativen Geschäfts per 31. Dezember 2003	Restlaufzeit			Nominal- betrag Summe	Wieder- beschaffungs- kosten ¹⁾
	in Mio. t	<= 1 Jahr	bis 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte	116.987	219.487	134.287	470.761	10.418
Börsengehandelte Produkte	6.325	124	3.285	9.734	1
Zinsfutures	5.929	124	3.277	9.330	1
Zinsoptionen	396		8	404	
OTC-Produkte	110.662	219.363	131.002	461.027	10.417
Zinsswaps	95.139	162.743	99.001	356.883	9.331
FRAs	6.158	577		6.735	10
Swaptions		22.797	24.368	47.165	676
Zinsoptionen, Käufe					
Zinsoptionen, Verkäufe					
sonstige Zinskontrakte	9.365	33.246	7.633	50.244	400
Währungsbezogene Geschäfte	9.146	6.521	5.747	21.414	646
Börsengehandelte Produkte					
Devisenfutures					
Devisenoptionen					
OTC-Produkte	9.146	6.521	5.747	21.414	646
Devisentermingeschäfte	5.745	210		5.955	300
Cross-Currency-Swaps	3.353	6.243	5.747	15.343	342
Devisenoptionen, Käufe	46	34		80	4
Devisenoptionen, Verkäufe	2	34		36	
sonstige Devisenkontrakte					
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	8.433	1.902	24	10.359	236
Börsengehandelte Produkte	5.299	172		5.471	11
Aktien-/Indexfutures	4.708			4.708	
Aktien-/Indexoptionen	591	172		763	11
OTC-Produkte	3.134	1.730	24	4.888	225
Aktien-/Index-Swaps					
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	185	900	9	1.094	225
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	1.744	830	15	2.589	
sonstige preisrisikobehaftete Geschäfte	1.205			1.205	
Kreditderivate	1.015	3.697	1.857	6.569	25
Insgesamt	135.581	231.607	141.915	509.103	11.325

¹⁾ Synonym für Kontrahentenausfallrisiko

Anhang

Kontrahentenstruktur im derivativen Geschäft nach Kreditrisikoäquivalenten in Mio. t	31.12.2003	31.12.2002
OECD-Institute; andere Kreditinstitute (nur Ursprungslaufzeit bis 1 Jahr)	639	796
Sonstige Unternehmen, Privatpersonen	332	427
Insgesamt	971	1.223

Berlin, 23. März 2004

Der Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Serge Demolière

Uwe Kruschinski

Norbert Pawlowski

Dr. Thomas Veit

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11, 313 Abs. 2, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gem § 285 Nr. 11a HGB)
Anlage 1 zum Anhang

Gesellschaft	Patronats- erklärung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Stimm- rechte	Eigen- kapital in Tu	Ergebnis in Tu	vom 31.12.2003 abweichender Jahres- abschluss
Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft, Berlin						
Konsolidierte Tochterunternehmen						
ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	51.295	3.240	
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Erster IBV-Universalfonds –, Berlin ¹⁾		99,0	99,0	50	-273	
BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ¹⁾	¹⁰⁾	100,0	100,0		-11.883	
Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc, Dublin ²⁾	(P)	100,0	100,0	123.861	-8.373	
Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A., Warschau ¹⁴⁾	¹¹⁾	100,0	100,0	49.454	1.244	
Bankgesellschaft Berlin (UK) (vormals Bankgesellschaft Berlin (UK) Ltd.), London	¹¹⁾	100,0	100,0		3.445	
Bankgesellschaft Berlin International S.A., Luxembourg	(P)	100,0	100,0	201.909	16.340	
Bauprojekt- und Facilitymanagement GmbH der Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin	¹⁰⁾	100,0	100,0	27		
Bavaria Gewerbe GmbH, Nürnberg (vormals Bavaria Projektentwicklung GmbH -Bau-, Sanierungs-, Stadtentwicklungsprojekte-, Nürnberg) ¹⁾		100,0	100,0	-3.213	-754	
Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH, Nürnberg ^{1), 4)}		100,0	100,0	18.603		
BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, Berlin ⁴⁾	¹⁰⁾	100,0	100,0	3.068		
Berlin Hyp Grundstücksverwaltung GbR, Berlin ^{1), 13)}	¹⁰⁾	100,0	100,0	30.785	863	
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin ^{1), 4), 13)}	¹⁰⁾	100,0	100,0	26		
Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft, Berlin/Hannover	(P)	89,7	89,7	582.125	4.311	
BGB Finance (Ireland) plc, Dublin ²⁾	¹⁰⁾	100,0	100,0	758	-396	
DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, Wiesbaden ^{1), 4)}		99,0	99,0	10.736		
IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin ^{4), 12)}		100,0	100,0	135.018		
IBI Real Estate – Immobilien und Beteiligungen International GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	3.091	3.917	
Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH, Berlin ^{1), 4)}		100,0	100,0	511		
Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, Berlin ²⁾		100,0	100,0	13.793	-1.798	
Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin	(P)	atyp. stille Beteiligung	atyp. stille Beteiligung	2.301.423	14	
LBB Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH Bau- und Projektentwicklungen, Berlin ^{1), 4)}		100,0	100,0	5.113		
LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin		100,0	100,0	1.648	-397	
Universal Immobilien AG der IBAG-Gruppe, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	3.788	40	
Weberbank Privatbankiers KGaA, Berlin ¹⁾	(P)	95,0	95,0	187.880	9.880	

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11, 313 Abs. 2, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gem § 285 Nr. 11a HGB)

Anlage 1 zum Anhang

Gesellschaft	Patronats- erklärung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Stimm- rechte	Eigen- kapital in Tu	Ergebnis in Tu	vom 31.12.2003 abweichender Jahres- abschluss
Nicht konsolidierte Tochterunternehmen						
ABT No. 2 Ltd., London ¹⁾	¹⁰⁾	100,0	100,0	110	13	31.12.2002
ABT No. 3 Ltd., London ¹⁾	¹⁰⁾	100,0	100,0	475	24	31.12.2002
ARWOBAU Immobilien- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1), 4)}		100,0	100,0	254		31.12.2001
ATIRA Immobilien- Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	213	-112	31.12.2002
Babefi-Holding GmbH, Berlin		100,0	100,0	69	-3	31.12.2002
Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH der Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin ⁷⁾		100,0	100,0	276	777	31.12.2002
BAUTRAKO Bauträger- und Koordinierungsgesellschaft mbH i. L., Berlin ^{1), 4)}		100,0	100,0	732	-569	31.12.2002
Bavaria Beteiligungsgesellschaft für Gewerbeimmobilien (vormals Bavaria Gewerbe GmbH), Berlin		100,0	100,0	24		31.12.2002
Bavaria Emden GmbH & Co. KG, Nürnberg ¹⁾		100,0	100,0	47	70	31.12.2002
Bavaria Emden Verwaltungs GmbH, Nürnberg ¹⁾		100,0	100,0	34		31.12.2002
Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. KG – BB Fonds International Drei Holland –, Berlin ¹⁾		99,9	99,9	21.006	397	31.12.2000
Bavaria Immobilienconsult und Baurevision GmbH i.L., Berlin ^{1), 4)}		100,0	100,0	256		31.12.2002
Bavaria KLS Wohnbauten GmbH, Berlin ¹⁾		65,0	65,0	-3.418	-1.011	31.12.2002
Bavaria Projektentwicklung GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	25		31.12.2002
Bavaria Vertriebs GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	25		31.12.2001
Bavaria Wohnungsbau GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	25		31.12.2002
BB Aval Gesellschaft für Außenhandelsfinanzierungen mbH, Berlin	(P)	100,0	100,0	-20.421	237	31.12.2002
BB Privat Immobilien GmbH, Berlin ^{5), 7)}		100,0	100,0	1.206		31.12.2002
BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin ⁴⁾	¹⁰⁾	100,0	100,0	51		31.12.2002
BB-Haus der Deutschen Wirtschaft GmbH, Moskau ^{1), 17)}		98,0	98,0	4.355	492	31.12.2002
BB-Hausverwaltung GmbH i. L., Berlin ^{1), 4)}		100,0	100,0	26		
BB-Immobilien-Service GmbH, Berlin ⁴⁾		100,0	100,0	300		31.12.2002
BB-Leasing GmbH, Berlin	¹¹⁾	100,0	100,0	3.092	1.558	31.12.2002
BB-Lincoln Inc., Wilmington, Delaware ¹⁾		90,0	90,0	k. A.	k. A.	
BB-Miete GmbH, Berlin ^{1), 4)}		100,0	100,0	51		31.12.2002
BCA Hotels GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	1.657	35	31.12.2002
BEGOHA-Verwaltungsgemeinschaft GbR der Bankgesellschaft Berlin AG, der Metro Vermögensverwaltung GmbH & Co. KG und der Gothaer Lebensversicherung AG, Berlin		65,3	65,3	369	6	31.12.2002
BGB US Real Estate, Inc., Wilmington, Delaware ¹⁾		100,0	100,0	-61	-91	31.12.2002
Berlin Capital Fund Asset Management GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	26	1	
Berlin Capital Fund GmbH, Berlin ²⁾	¹⁰⁾	100,0	100,0	947	-7.909	
Berlin Hyp Projekt GmbH, Berlin ^{1), 4)}	¹⁰⁾	100,0	100,0	250		31.12.2002
BG Property (Dublin) Limited, Dublin ¹⁾		100,0	100,0	-68	24	31.12.2002
BGB Reinsurance Ltd., Dublin		100,0	100,0	5.347	1.833	31.12.2002
BILDUNGS-AKADEMIE DER BANKGESELLSCHAFT Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin ^{4), 5)}		100,0	100,0	153	-83	31.12.2002

Gesellschaft	Patronats- erklärung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Stimm- rechte	Eigen- kapital in Tu	Ergebnis in Tu	vom 31.12.2003 abweichender Jahres- abschluss
BSI Immobilien-Beteiligung GmbH & Co. Objekt Wilmersdorf oHG, Pöcking ¹⁾	¹⁰⁾	100,0	71,4	-11.304	899	
BUVI Besitz- und Verwaltungsgesellschaft für Immobilien mbH, Berlin ⁴⁾	¹⁰⁾	100,0	100,0	26		31.12.2002
Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		62,6	62,6	15		31.12.2002
con Finanz GmbH Gesellschaft für Beratung und Vermittlung von Finanzdienstleistungen i. L., Hannover ¹⁾		100,0	100,0	26	1	31.12.2002
Crown Court Furniture London Ltd., London ^{1), 15)}	¹⁰⁾	100,0	100,0			31.12.2002
Crown Court Property London Ltd., London ^{1), 15)}	¹⁰⁾	100,0	100,0	17.693	383	31.12.2002
DEFAS Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, München ¹⁾	¹⁰⁾	100,0	50,0	-2.890	54	
DELTAG Aktiengesellschaft für Investitionen, Berlin ¹⁾		61,0	61,0	-273	3.773	31.12.2002
DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin ^{2), 4)}	¹⁰⁾	100,0	100,0	103		31.12.2002
Erschließungs-GbR ARGE Landsberger Tor mit Haftungsbeschränkung (ELT), Berlin ¹⁾		81,4	81,4	495	9	31.12.2001
Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	-1.564	-537	31.12.2002
Fördergesellschaft der Weberbank gemeinnützige GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	2.750	-13	
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt London St. Mark's House KG, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	-1.405	-622	31.12.2001
GbR LandesBank Berlin Grundstücks-Gesellschaft mbH/ Berlin Hyp Immobilien GmbH Leipzig, Berlin ¹⁾	¹⁰⁾	100,0	100,0	1.023		31.12.2002
GbR Potsdam Waldstadt, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	2.283	6	31.12.2000
Gesellschaft für Immobilien und Beteiligungen der IBAG-Gruppe mbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	25		31.12.2002
Gesellschaft für Wohnungsbau Lübeck mbH, Lübeck ¹⁾		55,4	55,4	1.210	244	31.12.2002
Gesellschaft mit beschränkter Haftung LBB Seed Capital/ Kartte Foundation, Wladimir ^{1), 17)}		99,8	99,8	136	1	31.12.2001
Gewerbesiedlungs-Gesellschaft mbH, Berlin ^{1), 6)}		95,0	95,0	118.180	2.404	31.12.2002
Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung, Berlin ⁴⁾	¹⁰⁾	100,0	100,0	5.624		31.12.2002
Grundstücksgesellschaft „URSUS“ mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main ^{2), 4)}	¹⁰⁾	100,0	100,0	722		31.12.2002
Grundstücksgesellschaft Forckenbeckstraße 63 mbH, Berlin ^{1), 4)}		97,7	94,0	-79		31.12.2002
Grundstücksgesellschaft Lockkoppel Eins GbR, Nürnberg ¹⁾		67,0	67,0	-51	86	31.12.2002
Grundstücksgesellschaft Schulstraße 56 mbH, Berlin ^{1), 4)}		97,0	97,0	-132		31.12.2002
Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft Wegelystraße mbH, Berlin ^{1), 6)}		100,0	100,0	19	-1	31.12.2001
GWL Wohnungsbetreuungsgesellschaft mbH, Lübeck ^{1), 4)}		100,0	100,0	26		31.12.2000
H.A.D.R.I.A.N. Immobilien Verwaltungs GmbH, Berlin		100,0	100,0	17	-6	31.12.2002
Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, München ¹⁾		78,1	78,1	1.817	149	31.12.2002
HaWe Immobilien GmbH & Co. Berlin Süd KG, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	8.941	1.138	
HaWe Immobilien GmbH & Co. Holzhauser Straße KG, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	3.671	-474	
HaWe Immobilien GmbH & Co. Spreeschanze KG, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	9.360	-37	
HaWe Immobilien GmbH & Co. Zitadellenweg KG, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	1.090	-88	
HaWe Immobilien GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	57	5	
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1), 4)}	¹⁰⁾	100,0	100,0	6.136		

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11, 513 Abs. 2, 540a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gem. § 285 Nr. 11a HGB)

Anlage 1 zum Anhang

Gesellschaft	Patronats- erklärung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Stimm- rechte	Eigen- kapital in Tu	Ergebnis in Tu	vom 31.12.2003 abweichender Jahres- abschluss
Hohenzollernring 38-40 Liegenschaften GmbH i. L., Berlin ¹⁾		100,0	100,0	152		31.12.2001
Hotel Alleestraße Betriebsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	-18	-44	31.12.2002
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1), 6)}		100,0	100,0	13.502	-2.021	31.12.2002
IBB-Gewerbesiedlungs-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin ^{1), 3)}		100,0	100,0			
IBB-Holding für Immobilienbeteiligungen GmbH, Berlin ^{1), 6)}		100,0	100,0	156.907	-59.285	31.12.2002
IBB-Holding für Industriebeteiligungen GmbH, Berlin ^{1), 6)}		100,0	100,0	-9.994	-19	31.12.2002
IBI Real Estate – Management GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	25		31.12.2001
IBV-Immobilienfonds International 1 USA, LLC, Wilmington, Delaware ¹⁾		100,0	100,0	k. A.	k. A.	
IBV-Immobilienfonds International 2 USA, LLC, Wilmington, Delaware ¹⁾		100,0	100,0	k. A.	k. A.	
IDBG-Immobilien Dienstleistungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH i. L., Berlin ¹⁾		100,0	100,0	419	-68	31.12.2002
IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin, (vormals JFVVG Zweiundvierzigste Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH) ¹⁾		100,0	100,0	24		31.12.2002
IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (vormals JFVVG Zweiundvierzigste Beteiligungs GmbH & Co. KG) ^{1), 3)}		100,0	100,0			
IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin ^{1), 4)}		100,0	100,0	1.816		31.12.2002
Immobilien-Gesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH, Berlin ^{1), 6)}		100,0	100,0	-40.112	-2.579	31.12.2001
INKUR Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-oHG, München ¹⁾	¹⁰⁾	100,0	50,0	-2.926	99	31.12.2002
ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH, Berlin ^{2), 6)}		52,5	52,5	-92	-93	31.12.2002
„KB Kyritz“ Grundbesitz GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	-7	-1	31.12.2002
KPM Königliche Porzellan-Manufaktur GmbH, Berlin ^{1), 6)}		100,0	100,0	3.631	-2.187	31.12.2002
KPM Grundstücks-GmbH & Co. KG, Berlin ^{1), 6)}		100,0	100,0	3.631	-2.187	31.12.2002
Lausitzring Betriebs- und Managementgesellschaft mbH i. L., Klettwitz ¹⁾		100,0	100,0	392	334	31.12.2001
Lausitzring Eurodrom Verwaltungs-GmbH i.L., Klettwitz ¹⁾		60,0	60,0	13	-6	31.12.2001
Lausitzring GmbH & Co. KG i.L., Klettwitz ¹⁾		70,0	70,0	-23.278	-9.504	31.12.2001
LBB Bauprojektgesellschaft mbH, Berlin ^{1), 4)}		100,0	100,0	511		31.12.2002
LBB Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH Bau- und Projektentwicklungen & Co. Pablo-Picasso-Straße KG i.L., Berlin ^{1), 4)}		100,0	100,0	21	-2.451	31.12.2000
LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin ^{1), 4)}	¹⁰⁾	100,0	100,0	256		31.12.2002
LBB Immobilien Handelsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		62,5	62,5	-107	-150	31.12.2002
LBB Kommunalbaugesellschaft mbH, Potsdam ^{1), 4), 5)}		100,0	100,0	511		31.12.2002
LBB Kommunal-Betriebsführungsgesellschaft mbH, Potsdam ¹⁾		100,0	100,0	-324	66	31.12.2002
LBB Liegenschaften in Berlin GmbH, Berlin ^{1), 4)}		97,8	97,8	9.033		31.12.2002
LBB – REALITY spol. s r.o., Prag ¹⁾		100,0	100,0	1.941	396	31.12.2002
Ld Leasing Babefi GmbH i. L., Berlin (vormals LdA LEASING GMBH DER ALLBANK i. L., Berlin) ^{1), 5)}	¹⁰⁾	100,0	100,0	51		31.12.2002
Lenscare AG, Kiel ¹⁾		53,5	53,5	1.216	486	31.12.2002
LHGS Grundstücksentwicklungs Beteiligungs GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	-56	4	31.12.2001
LHGS Grundstücksentwicklungs GmbH & Co. KG Nennhauser Damm, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	-1	-8	31.12.2002

Gesellschaft	Patronats- erklärung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Stimm- rechte	Eigen- kapital in Tu	Ergebnis in Tu	vom 31.12.2003 abweichender Jahres- abschluss
Long Beach Property, LLC, Wilmington, Delaware ¹⁾		100,0	100,0	k. A.	k. A.	
Long Beach Town Center, L.P., Wilmington, Delaware ¹⁾		100,0	100,0	-188	-1.500	31.12.2002
MARON Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pöcking ¹⁾	11)	99,0	19,0	-48	14	
Mario Göhr Grundstücks GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	66	-1.034	31.12.2002
NEC Las Colinas, LLC, Wilmington, Delaware ¹⁾		100,0	100,0	k. A.	k. A.	
NEC Las Colinas, L.P., Wilmington, Delaware ¹⁾		100,0	100,0	k. A.	k. A.	
Nordversicherungsdienst Versicherungs-Vermittlungs- gesellschaft mbH, Hannover ¹⁾		100,0	100,0	26		31.12.2002
Odin Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – BB Fonds International Vier Holland –, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	4	-46	31.12.2000
Odin Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Frankfurt am Main, Niddastraße KG, Berlin ¹⁾		57,0	57,0	-2.084	-598	31.12.2002
Okeanos GmbH & Co. Objekt Autohof Thiendorf KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	-53	-19	31.12.2002
Okeanos GmbH & Co. Objekt Berlin-Friedrichshain, Pufendorfstraße KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	-780	-575	31.12.2002
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Berlin, Eldenaer Straße KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	-1.193	855	31.12.2002
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bürogebäude Berlin-Steglitz; Quartier McNair KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	50		31.12.2000
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Erfurt, Martinsgasse KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	-94	-82	31.12.2002
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Hannover, Spielhagenstraße KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	43	-3	31.12.2002
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Lübeck-Kino KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	24	-1	31.12.2001
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Lüneburg-Kaltenmoor KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	-69	680	31.12.2002
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Mainz – Pflegeheim KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	24	-1	31.12.2001
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Mannheim-Neckarau, Rhenaniastraße KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	49	-1	31.12.2001
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt München, Bayerstraße KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	46	-2	31.12.2002
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Quartier McNair, Nahversorgungszentrum KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	-266	-150	31.12.2002
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Schweinfurt – Pflegeheim KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	-54	-45	31.12.2002
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH, Nürnberg ¹⁾		100,0	100,0	81	22	31.12.2001
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Paris-Roissy, Dorint-Hotel KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	50	k. A.	
public consult Gesellschaft für die Beratung der Öffentlichen Hand mbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	-2.114	-518	31.12.2002
REBA Beteiligungs GmbH & Co. Projektentwicklungs- und Verwaltungs KG, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	-406	-330	31.12.2001
REBA Beteiligungs- und Projektentwicklungs GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0		-38	31.12.2002

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11, 513 Abs. 2, 540a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gem. § 285 Nr. 11a HGB)

Anlage 1 zum Anhang

Gesellschaft	Patronats- erklärung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Stimm- rechte	Eigen- kapital in Tu	Ergebnis in Tu	vom 31.12.2003 abweichender Jahres- abschluss
SenioRent GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	25		31.12.2002
SOMAG Soziale Wohnheimmanagement und Betreuungsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	760	118	31.12.2002
TCC Technologie-Coaching-Center GmbH, Berlin ^{1), 6)}		100,0	100,0	511		31.12.2002
Tempelhofer Feld Aktiengesellschaft für Grundstücksverwertung, Berlin ^{1), 4)}		98,9	98,9	5.064		31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Achtundzwanzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	888	-82	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Dreißeigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	-59	-42	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Einunddreißigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	-168	-160	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Fünfunddreißigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	-16	-9	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Fünfundzwanzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		100,0	49,0	-470	-394	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Neunundzwanzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	-46	-70	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Sechsenddreißigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	2.572	2.201	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Siebenundzwanzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	443	435	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Vierunddreißigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		51,0	51,0	681	611	31.12.2002
Thesaurus I Immobilien Development GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	744	-12	31.12.2001
Thesaurus VI Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Nürnberg ¹⁾		100,0	100,0	21	1	31.12.2001
Thesaurus X Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Nürnberg ¹⁾		100,0	100,0	13	-6	31.12.2002
Theseus Immobilien Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Alte Messe Leipzig Halle Elf KG, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	40	-6	31.12.2001
Theseus Immobilien Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Alte Messe Leipzig Halle Zwölf KG, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	36	-13	31.12.2001
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Berlin Adlershof KG, Berlin ¹⁾		99,9	99,9	-1.076	-248	31.12.2002
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Kohlrabizirkus Leipzig Mitte KG, Berlin ¹⁾		98,0	98,0	25	1	31.12.2001
Trans-Innova Kurze Straße 2 GbR, Berlin ¹⁾		95,0	95,0	653	-1	31.12.2001
Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin ²⁾		100,0	100,0	2.177	865	31.12.2002
VOVI-Beteiligungs AG, Berlin ⁹⁾		57,0	57,0	2.024	-352	31.12.2002
Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Gielsdorf ¹⁾		100,0	100,0	34	34	31.12.2002
Wilkendorf Golf Betriebsgesellschaft mbH, Gielsdorf ¹⁾		100,0	100,0	22	-626	31.12.2002
Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH, Nürnberg ¹⁾		75,0	75,0	33	1	31.12.2001
Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG, Nürnberg ¹⁾		75,0	75,0	-831	-5.503	31.12.2001
Wotan Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Nürnberg ¹⁾		100,0	100,0	950	253	31.12.2001
ZAS Zentrum Alter Schlachthof Berlin Verwaltungs-GmbH, Berlin ¹⁾		100,0	100,0	27	1	31.12.2001

Gesellschaft	Patronats- erklärung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Stimm- rechte	Eigen- kapital in Tu	Ergebnis in Tu	vom 31.12.2003 abweichender Jahres- abschluss
Assoziierte Unternehmen (§ 311/§ 312 HGB) – bewertet –						
Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin ²⁾		50,0	50,0	13.328	2.667	31.12.2002
BB-ASSET MANAGEMENT Vermögensverwaltung GmbH, Berlin		50,0	50,0	1.285	507	31.12.2002
BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin		45,0	45,0	12.581	-4.424	31.12.2002
Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH & Co. Liegenschaften oHG, Berlin ¹⁾		62,5	50,0	-34.019	-2.051	31.12.2002
Assoziierte Unternehmen (§ 311/§ 312 HGB) – nicht bewertet –						
Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾		30,0	30,0	46	21	31.12.2002
Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland –, Berlin ¹⁾		36,1	36,1	42.189	-5.871	31.12.2002
BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin		45,0	45,0	22	2	31.12.2002
BHS Berliner Hannoversche Software GmbH, Hannover		50,0	50,0	443	-51	31.12.2001
CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin		50,0	50,0	525	-177	31.12.2002
ib-bank-systems GmbH, Potsdam ^{1), 6)}		50,0	50,0	502	2	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Sechste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-24	-42	31.12.2001
Wirtschaftsförderung Berlin International GmbH (vormals Wirtschaftsförderung Berlin GmbH), Berlin ^{1), 6)}		37,5	37,5	375	-136	31.12.2002
Sonstige Unternehmen von mindestens 20 v. H.						
Ableton AG, Berlin ^{1), 6)}		20,8	20,8	-1.307	-533	31.12.2002
Altavier Informationssysteme und Consulting GmbH, Berlin ^{1), 6)}		30,0	30,0	-746	-411	31.12.2002
ARGE Birkenstraße Schönwalde GmbH & Co. Entwicklungs- und Bauräger KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	324	14	31.12.2002
Athena GmbH & Co. Objekt Bietigheim-Bissingen KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-9	-1	31.12.2002
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Vierter IBV-Immobilienfonds International –, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-3.036	-270	31.12.2000
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG Beteiligungsgesellschaft UK Eins, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	47	-2	31.12.2000
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Gießen, Flutgraben KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-1.454	-652	31.12.2002
Athena Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Lörrach, Baseler Straße KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	90	335	31.12.2002
Atos Origin Processing Services GmbH, Frankfurt am Main ²⁾		25,1	25,1	10.678	4.174	31.12.2002
ATTO-TEC GmbH, Siegen ¹⁾		30,0	30,0	-206	-739	31.12.2002
Aufbau- und Dienstleistungsgesellschaft mbH Objekt- und Baubetreuung Mecklenburg-Vorpommern, Stralsund ¹⁾		50,0	50,0	-618	-654	31.12.2000
AVECS Corporation AG, Fichtenwalde ¹⁾		31,2	31,2	3.577	312	31.12.2002
B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main ²⁾		25,1	25,1	8.254	1.174	31.12.2002
Bavaria Immobilien Management GmbH & Co. KG – Immobilienfonds Zwei –, Berlin ¹⁾		47,0	47,0	233	158	31.12.2001
Bavaria Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Basel, Dorint-Hotel KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	405	508	31.12.2002

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11, 313 Abs. 2, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gem § 285 Nr. 11a HGB)

Anlage 1 zum Anhang

Gesellschaft	Patronats- erklärung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Stimm- rechte	Eigen- kapital in Tu	Ergebnis in Tu	vom 31.12.2003 abweichender Jahres- abschluss
Bavaria Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Berlin-Nikolassee Schopenhauerstraße 53/55 KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	29	-12	31.12.2001
Bavaria Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Jahrhunderthalle, Frankfurt am Main KG, Berlin ¹⁾		50,0	50,0	48		31.12.2002
Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	404	247	31.12.2001
BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin ²⁾		24,4	24,4	6.218	-1.435	31.12.2002
BB-Rentaco-Immobilien GmbH i. L., Berlin ¹⁾		50,0	50,0	520	3	31.12.1999
Berlin Tourismus Marketing GmbH, Berlin ^{1), 6)}		25,0	21,8	513	21	31.12.2002
Berliner Seilfabrik GmbH & Co., Berlin ¹⁾		33,0	33,0	46	391	31.12.2002
Biogenes GmbH, Berlin ^{1), 6)}		20,0	20,0	-177	3	31.12.2002
BLEG Berliner Landesentwicklungsgesellschaft mbH i. L., Berlin ¹⁾		49,0	49,0	5.408	5	31.12.2002
Borrmann Brenner Berlin GmbH, Berlin ¹⁾		40,0	40,0	388	115	31.12.2002
Chiracon GmbH, Berlin ¹⁾		35,1	35,1	391	-278	31.12.2002
Cluster Labs GmbH, Berlin ^{1), 6)}		23,7	23,7	-11	-319	31.12.2002
CML Wohnbauten GmbH, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-7.232	324	31.12.2002
comtas software consulting GmbH, Berlin ^{1), 6)}		30,0	30,0	-429	15	31.12.2002
ConCom Beteiligungs- und Management GmbH & Co. KG, Berlin ¹⁾		50,0	50,0	1.076	2	31.12.2001
Cupertino Property LLC, Wilmington, Delaware ¹⁾		20,0	20,0	k. A.	k. A.	
DEFAS Beteiligungs GmbH & Co. Objekt Neukölln KG, München ¹⁾		100,0	50,0	-281	-22	
DEKAGRUND Grundstücksentwicklungs GmbH, Berlin ¹⁾		45,0	45,0	-6.724	-34	31.12.2002
Dots Gesellschaft für Softwareentwicklung mbH, Berlin ^{1), 6)}		24,6	24,6	-99	101	31.12.2002
EPIGAP Optoelektronik GmbH, Berlin ^{1), 6)}		29,2	29,2	-1.287	-490	31.12.2002
fairform GmbH Objekt- und Messebau Fullservice, Berlin ¹⁾		34,6	34,6	117	127	31.12.2002
FILMBOARD Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam ^{1), 6)}		50,0	50,0	60		31.12.2002
Friedrichsfelder Viertel Bauprojekt GmbH, Berlin ¹⁾		47,6	47,6	260	169	31.12.2002
FURIS Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pöcking ¹⁾		94,0	50,0	-52	-1.530	31.12.2002
Gaia GmbH & Co. Objekt „Altes Hallenbad Heidelberg“ KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	24	-1	31.12.2001
Gaia GmbH & Co. Objekt Chemnitz KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	653	583	31.12.2002
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Dritter IBV-Immobilienfonds International –, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	773	693	31.12.2002
Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin ¹⁾		50,0	50,0	-55	4	31.12.2000
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG, Berlin ¹⁾		48,5	48,5	-59.836	-3.253	31.12.2002
Gartenstadt Stahnsdorf GmbH, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	4	-1	31.12.2002
GbR TOCOTAX		20,0	20,0		-130	31.12.2002
GEG Grundstücksentwicklungsgesellschaft Wasserstadt Berlin-Oberhavel mbH, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-181	-35	31.12.2002
Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße/Parkau, Berlin ¹⁾		50,0	50,0	-1.834	-286	31.12.2002
GeTeMed Gesellschaft für Technische Medizin mbH, Teltow ¹⁾		32,0	32,0	1.598	-184	31.12.2002
Graphikon Gesellschaft für Bildverarbeitung und Computergrafik mbH, Berlin ^{1), 6)}		49,0	49,0	-704	-44	31.12.2002
Green Line Hotels GmbH, Berlin ¹⁾		40,0	40,0	-3	-16	31.12.2002

Gesellschaft	Patronats- erklärung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Stimm- rechte	Eigen- kapital in Tu	Ergebnis in Tu	vom 31.12.2003 abweichender Jahres- abschluss
Grundstücksgesellschaft Lunik-Berlin/Pankow, Berlin ¹⁾		20,0	20,0	-1.420	-9	31.12.2002
Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München ¹⁾		39,6	20,0	26		
Heliocentris Energiesysteme GmbH, Berlin ^{1), 6)}		37,1	37,1	-3.074	-832	31.12.2002
Hiper Ceramics GmbH, Eichstätt ¹⁾		26,0	26,0	568	171	31.12.2002
HTM Reetz GmbH, Berlin ^{1), 6)}		30,0	30,0	-52	34	31.12.2002
Immobilien Beratungs- und Anlagen GmbH, Potsdam ¹⁾		49,2	49,0	416	208	31.12.2002
InnoConsult GmbH, Dresden ¹⁾		45,0	45,0	416	-40	31.12.2002
insel urlaub rügen Appartement-Vermietung GmbH, Binz ¹⁾		50,0	50,0	-279	55	31.12.2001
inUBIT AG, Berlin ^{1), 6)}		25,0	25,0	-1.746	-826	31.12.2002
InvestitionsBank des Landes Brandenburg, Potsdam ¹⁾		25,0	14,3	162.181	9.809	31.12.2002
jobs in time Holding AG, Hamburg ¹⁾		39,4	39,4	595	-999	30.06.2003
KARUS Beteiligungs GmbH & Co Grundbesitz KG, München ¹⁾		33,0	33,0	26	1	31.12.2002
Kista Galleria AB, Stockholm ^{1), 18)}		50,0	50,0	10		
Kista Galleria KB, Stockholm ^{1), 18)}		50,0	50,0	94.975	1	
KMB Bauträger GmbH & Co. Françoisgärten KG, Hanau ¹⁾		50,0	50,0	683	282	31.12.2001
KMB Bauträger GmbH, Hanau ¹⁾		50,0	50,0	26	-1	31.12.2001
Kommunalconsult Gesellschaft für die Beratung der Öffentlichen Hand mbH, Berlin ^{1), 7)}		50,0	50,0	51		31.12.2001
L & S Straßen- und Tiefbau GmbH, Wustermark-Dyrok ¹⁾		25,0	25,0	-14	40	31.12.2002
LBB, Prajs & Drimmer Grundstücksgesellschaft Hausvogteiplatz bürgerlichen Rechts, Berlin ¹⁾		50,0	50,0	-4.792	-799	31.12.2002
Leistungselektronik JENA GmbH, Jena ¹⁾		30,0	30,0	203	274	31.12.2002
Linear Software & Systeme GmbH, Berlin ^{1), 6)}		29,9	29,9	-866	-209	31.12.2002
Marabu EDV-Beratung und -Service GmbH, Berlin ^{1), 6)}		25,0	25,0	-610	-62	31.12.2002
MIKOS Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs KG, München		95,0	56,0	25	3	
MikroM Mikroelektronik für Multimedia GmbH, Berlin ¹⁾		23,5	23,5	-491	-589	31.12.2002
New Europe Insurance Ventures Limited Partnership, Edinburgh ^{1), 16)}		21,9	21,9	85	-519	31.12.2002
NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Bankgesellschaft Berlin AG und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale GbR		0,0	50,0			
Odysseus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Immobilienfonds gamma –, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	24		31.12.2001
Okeanos GmbH & Co Objekt Dietzenbach KG, Berlin ¹⁾		47,0	47,0	13	-88	31.12.2001
Okeanos GmbH & Co. Objekt Kassel Erste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	14	-12	31.12.2001
Okeanos Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Fürth, „Am Kavierlein“ KG, Berlin ¹⁾		26,0	26,0	-86	-33	
OPIX AG, Berlin ^{1), 6)}		20,8	20,8	-186	-198	
PACE Aerospace Engineering and Information Technology GmbH, Berlin ^{1), 6)}		21,0	21,0	495	312	31.12.2002
PEB Capital B. V., Utrecht		42,4	42,4	40.234	14.363	31.12.2002
Planungsbüro Schmitz-Aachen GmbH, Aachen ¹⁾		50,0	50,0	433	364	31.12.2001
Pluton Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. – Objekt Erlangen, Werner-von-Siemens-Straße KG, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	-1.110	140	31.12.2001
Pluton Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. – Objekte Groß-Zimmern und Wiesbaden, Narzissenweg KG –, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	605	-296	31.12.2001

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11, 313 Abs. 2, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gem. § 285 Nr. 11a HGB)

Anlage 1 zum Anhang

Gesellschaft	Patronats- erklärung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Stimm- rechte	Eigen- kapital in Tu	Ergebnis in Tu	vom 31.12.2003 abweichender Jahres- abschluss
Pluton Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Prenzlauer Berg KG, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	-612	-536	31.12.2001
Pluton Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Fachmarktzentrum Schöneweide KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	34	-36	31.12.2001
Pluton Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekte Freising, Leipzig-Gohlis und Schönau KG, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	171	867	31.12.2001
Pro Alpha AG, Kaiserslautern ¹⁾		20,5	20,5	7.908	1.998	31.03.2003
Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin ¹⁾		40,0	40,0	-3.792	-1.593	31.12.2000
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Berlin Landsberger Tor KG, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	991	1.006	31.12.2001
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Berlin Steglitz McNair KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-24.160	-7.854	31.12.2001
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Cottbus, Töpferstraße 2 KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-215	50	31.12.2002
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Kassel-Wilhelmshöhe, Baunsbergstraße KG, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	80	276	31.12.2001
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Leonberg, Neue Ramtelstraße KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-2.849	-2.504	31.12.2001
Prometheus Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Zweite Landsberger Tor KG, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	234	480	31.12.2001
ProSyst Software AG, Köln ¹⁾		27,7	27,7	656	-1.913	31.12.2002
Sarros GmbH, Berlin ¹⁾		29,0	29,0	551	-727	31.12.2002
SEPIAtec GmbH, Berlin ¹⁾		37,5	37,5	-598	-1.066	31.12.2002
SINTO Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs KG, München		100,0	58,8	26	1	31.12.2002
SOLARC Innovative Solarprodukte GmbH, Berlin ^{1), 6)}		20,0	20,0	-1.544	-283	31.12.2002
Spree-Kliniken GmbH i. L., Berlin ¹⁾		25,0	25,0		-7	30.11.2003
Tanto Xipolis GmbH, München ¹⁾		23,5	23,5	-2.339	2.376	
tecneos software + engineering GmbH, Berlin ^{1), 6)}		43,5	43,5	-920	-653	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Achtundfünfzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	26	-33	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Achtundsechzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	47	-3	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Achtundvierzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-29	-53	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Achtzehnte Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	136	114	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Dreiundfünfzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-30	-26	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Dreiundvierzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	26	-28	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Dreiundzwanzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-95	-115	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Einundfünfzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-30	-26	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Einundvierzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	50		31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Einundzwanzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-30	-30	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Elfte Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-64	-36	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Erste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	535	501	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Fünfundfünfzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-39	-31	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Fünfundvierzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-47	-36	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Fünfzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	177	225	31.12.2002

Gesellschaft	Patronats- erklärung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Stimm- rechte	Eigen- kapital in Tu	Ergebnis in Tu	vom 31.12.2003 abweichender Jahres- abschluss
Thesaurus GmbH & Co. Neunundfünfzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	26	-36	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Neunundsechzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	50		31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Neunundvierzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	183	135	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Neunzehnte Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-317	-313	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Sechsunfünfzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	26	-64	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Sechsunsechzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	26	-24	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Sechsunvierzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	635	339	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Sechzehnte Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	21	12	31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Sechzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	50		31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Siebenundfünfzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-40	-32	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Siebenundsechzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-35	-30	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Siebenundvierzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-124	-248	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Siebte Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	18	-14	31.12.2000
Thesaurus GmbH & Co. Siebzehnte Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	52	59	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Siebzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	48		31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Vierundfünfzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-39	-31	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Vierundvierzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	171	183	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Vierundzwanzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-203	-192	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Vierzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	6.510	4.075	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Zehnte Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-40	26	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Zwanzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-15	-34	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Zweiundfünfzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-4	-29	31.12.2001
Thesaurus GmbH & Co. Zweiundvierzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-32	-28	31.12.2002
Thesaurus GmbH & Co. Zweiundzwanzigste Immobilien KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-74	-35	31.12.2002
Theseus Immobilien Beteiligungs GmbH & Co. Objekt Röthenbach-Speckschlag KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	23		31.12.2001
Theseus Immobilien Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Barsinghausen KG, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	-290	-228	31.12.2001
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KG – Zweiter IBV-Immobilienfonds International –, Berlin ¹⁾		27,7	27,7	22.090	-2.578	31.12.2000
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Drei KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-285	-159	31.12.2000
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Eins KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-213	-125	31.12.2000
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Fünf KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-166	-103	31.12.2000
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Sechs KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-33	-40	31.12.2000
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Sieben KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-189	-114	31.12.2000
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Vier KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-206	-121	31.12.2000
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KPM-Gelände Berlin Bauteil Zwei KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	-136	-88	31.12.2000

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11, 313 Abs. 2, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gem. § 285 Nr. 11a HGB)

Anlage 1 zum Anhang

Gesellschaft	Patronats- erklärung	Anteile im Konzern- besitz insgesamt	Stimm- rechte	Eigen- kapital in Tu	Ergebnis in Tu	vom 31.12.2003 abweichender Jahres- abschluss
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Duisburg-Hamborn KG, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	181	177	31.12.2001
Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Zentrum Schöneweide KG, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	46	21	31.12.2000
Trigoba Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Rathauspassagen Berlin-Steglitz KG, Berlin ¹⁾		49,5	49,5	-427	-208	31.12.2002
Trigoba Immobilien Verwaltungs GmbH, Berlin ¹⁾		48,0	48,0	20	-4	31.12.2002
Wasserstadt GmbH Treuhänderischer Entwicklungsträger des Landes Berlin, Berlin ¹⁾		49,5	49,5	201	8	31.12.2002
WEBA Beteiligungsgesellschaft mbH, Limburg		40,0	40,0	255	32	31.12.2000
WISUS Teilungsgesellschaft GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München ¹⁾		49,0	36,3	-2.980	-232	
Wohnbau- und Planungsgesellschaft Mahlow mbH i. L., Mahlow ¹⁾		45,0	45,0	-5.390	-1.132	31.12.2001
Wohnpark Klosterhof GmbH, Köln ¹⁾		49,0	49,0	-6.050	-418	31.12.2002
xtradyne Technologies AG, Berlin ¹⁾		25,0	25,0	-1.239	-1.213	31.12.2002
X-Verleih AG, Berlin ¹⁾		20,0	20,0	2.485	-1	31.12.2002
Yozma III Management GmbH & Co. KG, München ^{1), 16)}		21,9	21,9	451	71	31.12.2002
Z & B Gesellschaft für angewandte Computertechnologie GmbH, Berlin ^{1), 6)}		40,0	40,0	-249	10	31.12.2002
ZAS Zentrum Alter Schlachthof Berlin GmbH & Co. KG, Berlin ¹⁾		49,0	49,0	140	-62	31.12.2001
Zellwerk GmbH, Eichstätt ¹⁾		24,5	24,5	283	-43	31.12.2002
Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften (§ 285 Nr. 11, 4. Teilsatz HGB i.V.m. § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB)						
FinanzIT GmbH (vormals dvG Hannover Datenverarbeitungsgesellschaft mit beschränkter Haftung), Hannover ²⁾		15,0	15,0	12.245	-6.777	31.12.2002

^(P) für die Gesellschaft gilt die Patronatsklärung der Bankgesellschaft Berlin AG

¹⁾ mittelbar gehalten

²⁾ einschließlich mittelbar gehaltener Anteile

³⁾ die Gesellschaft wurde 2003 gegründet

⁴⁾ mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag

⁵⁾ Ergebnisabführungsvertrag endete zum 31. Dezember 2003

⁶⁾ Beteiligung der Investitionsbank Berlin – Anstalt der Landesbank Berlin – Girozentrale –

⁷⁾ in Liquidation ab 1. Januar 2004

⁸⁾ in Liquidation ab 7. Januar 2004

⁹⁾ in Auflösung ab 1. Januar 2004

¹⁰⁾ das Patronat endete mit dem 28. März 2003 (siehe auch Bundesanzeiger Nr. 61 vom 28. März 2003, S. 5756)

¹¹⁾ das Patronat endete mit dem 20. März 2004 (siehe auch Bundesanzeiger Nr. 56 vom 20. März 2004, S. 5468)

¹²⁾ es wurde der Einzelabschluss zu Grunde gelegt

¹³⁾ die Gesellschaft wurde neu in den Konsolidierungskreis einbezogen

¹⁴⁾ seit dem 1. März 2004 in Liquidation; firmiert unter: Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A. i.L., Warschau

EZB-Kurse vom 30. Dezember 2003:

¹⁴⁾ 1 EUR = 4,70190 PLN

¹⁵⁾ 1 EUR = 0,70480 GBP

¹⁶⁾ 1 EUR = 1,26300 USD

¹⁷⁾ 1 EUR = 36,87356 RUB

¹⁸⁾ 1 EUR = 9,08000 SEK

Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs-/ Ergebnisabführungsverträgen im Konzern

Anlage 2 zum Anhang

Gesellschaft	Organträger	Ergebnis vor Ergebnis- abführung in Tu	vom 31.12.2003 abweichender Jahres- abschluss
ARWOBAU Immobilien- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	ARWOBAU Apartment- und Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung	2	31.12.2001
BAUTRAKO Bauträger- und Koordinierungsgesellschaft mbH i. L., Lohfelden	Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH	52	31.12.2002
Bavaria Immobilienconsult und Baurevision GmbH i. L., Berlin	Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH	- 30.179	31.12.2002
Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH, Nürnberg	IBAG Immobilien und Beteiligungen AG	13.421	
BB-DATA Gesellschaft für Informations- und Kommunikationssysteme mbH, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	4.565	
BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	- 4.278	31.12.2002
BB-Hausverwaltung GmbH, Berlin	Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung	8	
BB Privat Immobilien GmbH, Berlin ^{1), 2)}	Bankgesellschaft Berlin AG	- 2.356	31.12.2002
BB-Immobilien-Service GmbH, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	- 1.489	31.12.2002
BB-Miete GmbH, Berlin	BB-Leasing GmbH	2.008	31.12.2002
Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin	Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft	- 7.103	31.12.2002
Berlin Hyp Projekt GmbH, Berlin	Berlin-Hannoversche Hypothekbank Aktiengesellschaft	28	31.12.2002
BILDUNGSKADEMIE DER BANKGESELLSCHAFT Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin ¹⁾	Bankgesellschaft Berlin AG	- 1.865	31.12.2002
BUVI Besitz- und Verwaltungsgesellschaft für Immobilien mbH, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	- 5.251	31.12.2002
DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG		31.12.2002
DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	IBAG Immobilien und Beteiligungen AG	18.830	
Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	- 5.080	
Grundstücksgesellschaft Forckenbeckstraße 63 mbH, Berlin	Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH & Co. Liegenschaften oHG	- 55	31.12.2002
Grundstücksgesellschaft Schulstraße 56 mbH, Berlin	Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH & Co. Liegenschaften oHG	- 237	31.12.2002
Grundstücksgesellschaft „URSUS“ mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main	Grundstücksgesellschaft „Berlin“ mit beschränkter Haftung	5	
GWL Wohnungsbetreuungsgesellschaft mbH, Lübeck	Gesellschaft für Wohnungsbau Lübeck mbH	- 90	31.12.2000
HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	Weberbank Privatbankiers KGaA	- 1.353	
IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin	Bankgesellschaft Berlin AG	- 89.185	
IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin	Landesbank Berlin – Girozentrale –	- 1.401	31.12.2002
Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH, Berlin	IBAG Immobilien und Beteiligungen AG	3.287	
LBB Bauprojektgesellschaft mbH, Berlin	Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH	- 630	31.12.2002
LBB Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH Bau- und Projektentwicklungen, Berlin	IBAG Immobilien und Beteiligungen AG	- 2.390	
LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin	Landesbank Berlin – Girozentrale –	- 12.005	31.12.2002
LBB Kommunalbaugesellschaft mbH, Potsdam	Landesbank Berlin – Girozentrale –	29	
LBB Liegenschaften in Berlin GmbH, Berlin	Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH & Co. Liegenschaften oHG	- 200	31.12.2002
Ld Leasing Babefi GmbH i. L., Berlin (vormals: Lda LEASING GMBH DER ALLBANK i. L., Berlin) ³⁾	Allgemeine Privatkundenbank Aktiengesellschaft	1	31.12.2002
Tempelhofer Feld Aktiengesellschaft für Grundstücksverwertung, Berlin	Certa Immobilienverwaltung und Handelsgesellschaft mbH & Co. Liegenschaften oHG	974	31.12.2002

¹⁾ Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag endete zum 31.12.2003

²⁾ nur Beherrschungsvertrag

³⁾ der Ergebnisabführungsvertrag mit der Allgemeine Privatkundenbank AG endete zum 31.12.2003 neue Alleingesellschafterin der Ld Leasing Babefi GmbH i. L. ist die Babefi-Holding GmbH

Verzeichnis gem § 285 Nr. 10 HGB

zum Stichtag 31. Dezember 2005 bzw. Datum des Ausscheidens

Anlage 3 zum Anhang

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gem § 100 AktG
 a)*Mitgliedschaft in Konzerngesellschaften gem § 100 AktG
 b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
 *Arbeitnehmervertreter

Aufsichtsrat

Dr. h.c. Klaus G. Adam

Vorsitzender (seit 26. September 2003)

(Mitglied seit 9. September 2003)

Vorsitzender des Vorstands der
Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Bitburger Brauerei Th. Simon GmbH, Bitburg
Mitglied des Aufsichtsrats der
Deutscher Sparkassen Verlag GmbH,
Stuttgart

- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Landesbank Berlin Girozentrale, Berlin
Meridian Vermögensverwaltungs-
gesellschaft mbH, Mainz
Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Deutsche Anlagen-Leasing GmbH, Mainz
Vorsitzender des Gesellschafterausschusses der
Bitburger Getrönke Verwaltungsgesellschaft
mbH, Bitburg
Stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Landesbank Rheinland-Pfalz
International S. A., Luxemburg
Mitglied des Verwaltungsrats der
DekaBank Deutsche Girozentrale,
Frankfurt am Main/Berlin

Ernst-Otto Sandvoß

Vorsitzender (bis 4. September 2003)

(Mitglied des Aufsichtsrats bis 4. September 2003)

ehem. Vorsitzender des Vorstands
der DekaBank Deutsche Girozentrale,
Frankfurt am Main

Helmut Tesch*

Stellv. Vorsitzender

Vorsitzender des Gesamtpersonalrats und
des Personalrats der Landesbank Berlin
– Girozentrale –, Berlin

- a) Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
DAWAG Deutsche Angestellten
Wohnungsbau AG, Hamburg
b) Mitglied des Aufsichtsrats der
DAG-TVG GmbH Treuhandverwaltung von
Gewerkschaftsvermögen, Hamburg
Landesbank Berlin Girozentrale, Berlin
ver.di GmbH, Berlin

Dr. h.c. Manfred Bodin

Vorsitzender des Vorstands der
Norddeutsche Landesbank Girozentrale,
Hannover

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
MHB Mitteleuropäische Handelsbank AG
Deutsch-Polnische Bank, Frankfurt am Main
Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG,
Hannover/Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats der
CeWe Color Holding AG, Oldenburg
Continental AG, Hannover
b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
LBS Norddeutsche Landesbausparkasse
Berlin-Hannover, Hannover/Berlin
LHI Leasing GmbH, München
Mitglied des Aufsichtsrats der
Bremer Landesbank Kreditanstalt
Oldenburg Girozentrale, Bremen
Provinzial Lebensversicherung Hannover,
Hannover

Vorsitzender des Verwaltungsrats der
NORD/LB Luxembourg S.A., Luxemburg
Stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats der
DekaBank Deutsche Girozentrale,
Frankfurt am Main
Mitglied des Verwaltungsrats der
Skandifinanz AG, Zürich

Dagmar Brose*

Stellv. Vorsitzende des Betriebsrats der
Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin

Thomas Dobkowitz

Unternehmensberater, Berlin

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
ASDIS Software AG Enterprise Management
Solutions, Berlin
b) Mitglied des Aufsichtsrats der
Landesbank Berlin Girozentrale, Berlin

Dr. Michael Endres

ehem. Mitglied des Vorstands der
Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Vorstands der Gemein-
nützige Hertie-Stiftung, Frankfurt am Main

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
DEUTZ AG, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats der
ARCOR Verwaltungs-AG, Eschborn
Heidelberger Druckmaschinen AG,
Heidelberg

Claudia Fieber*

(seit 1. September 2003)

Mitglied des Beirats der Integrationsgruppe Berliner Bank/Landesbank Berlin, Berlin

Hartmut Friedrich*

Stellv. Landesverbandsleiter der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Berliner Gaswerke (GASAG)-AG, Berlin
 - Berlinwasser Holding AG, Berlin

Dr. Thomas Guth

Vorstand der Gesellschaft für Industriebeteiligungen Dr. Schmidt AG & Co., Berlin

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - R-Biopharm AG, Darmstadt
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Berliner Kindl Brauerei AG, Berlin
- a)*Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Comline Computer + Softwarelösungen AG, Hamburg
- b) Vorsitzender des Beirats der
 - Norddeutsche Mischwerke GmbH, Berlin
 - Preusse Bauholding GmbH & Co. KG, Hamburg
 - Dr. Schmidt Biotech GmbH
- Mitglied des Beirats der
 - Piepenbrock Dienstleistungsgruppe, Osnabrück
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Wirtschaftsförderung Berlin International, Berlin

Carmen Hümpel*

(bis 31. August 2003)

Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Allgemeine Privatkundenbank AG, Hannover

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Allgemeine Privatkundenbank AG, Hannover

Dr. Klaus Murmann

Chairman der Sauer-Danfoss Inc., Ames, Iowa (Neumünster)
Lincolnshire, Illinois/Neumünster

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Sauer-Danfoss Inc., Lincolnshire, Illinois/Neumünster
 - PARION Finanzholding AG, Köln
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - PSVaG Pensions-Sicherungs-Verein, Köln
 - Gothaer Versicherungsbank VVaG, Köln
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Maschinenbau-Konzern GKN plc., London
- Mitglied des Verwaltungsrats der
 - Gerling-Konzern Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft, Köln
- Mitglied des Beirats
 - Accumulatorenwerk Hoppecke Carl Zoellner GmbH & Co. KG, Brilon
 - Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln

Bernd Reinhard*

Vorsitzender des Beirats der Integrationsgruppe Berliner Bank/Landesbank Berlin, Berlin

Andreas Rohde*

Mitglied des Betriebsrats der Bankgesellschaft Berlin AG, Berlin

Dr. Thilo Sarrazin

Senator für Finanzen, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - Berlinwasser Holding AG, Berlin
 - Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH, Berlin
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Berlin
 - BCIA Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien-Altrisiken mbH, Berlin
 - BIM Berliner Immobilien Management GmbH, Berlin
- Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Landesbank Berlin Girozentrale, Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 - LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin
- Mitglied des Verwaltungsrats der
 - Feuersozietät Berlin-Brandenburg, Berlin
 - öffentliche Lebensversicherung Berlin-Brandenburg, Berlin

Hans-Christian Seidel*

Direktor der Landesbank Berlin
– Girozentrale –, Berlin

Verzeichnis gem § 285 Nr. 10 HGB

zum Stichtag 31. Dezember 2005 bzw. Datum des Ausscheidens

Anlage 5 zum Anhang

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gem § 100 AktG
 a)* Mitgliedschaft in Konzerngesellschaften gem § 100 AktG
 b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
 *Arbeitnehmersvertreter

Dr. Heinz-Gerd Stein
 ehem. Mitglied des Vorstands
 der Thyssen Krupp AG, Düsseldorf

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 AXA Versicherung AG, Köln
 Dräger AG, Stuttgart
 Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, Kiel
 WILO AG, Dortmund
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 Evangelisches und Johanniter Klinikum
 Duisburg/Dinslaken/Oberhausen gem.
 GmbH, Duisburg
 Institut für Management und Technologie IMT
 Berlin GmbH, Berlin
 Thumann & Heitkamp Verwaltungs-GmbH,
 Düsseldorf
 Landesbank Berlin Girozentrale, Berlin
- Mitglied des Board of Directors der
 ThyssenKrupp Budd Company,
 Troy/Michigan, USA
 ThyssenKrupp Elevator Holding Corp.,
 Dover/Delaware, USA
 INTAC International Inc., Dallas, USA

Vorsitzender des Beirats der
 Kunststoffwerk Philippine GmbH & Co. KG,
 Lahnstein am Rhein
 Saarpol Klaus Eckhardt GmbH Neunkirchen
 Kunststoffe KG, Neunkirchen/Saar

Mitglied des Beirats der
 Hiskens Holding GmbH & Co., Wesel

Peter Strieder

(bis 27. März 2003)

Senator für Stadtentwicklung, Berlin

- b) Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 Landesbank Berlin Girozentrale, Berlin
- Mitglied des Aufsichtsrats der
 BBB Management GmbH
 Campus Berlin-Buch, Berlin
 BEWAG Aktiengesellschaft & Co. KG, Berlin
 Technologiestiftung Berlin, Berlin
 Wista-Management GmbH, Berlin

Joachim Tonndorf*

Fachbereichsleiter Finanzdienst-
 leistungen der ver.di Landesbezirk
 Berlin-Brandenburg, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 Deutsche Beamten-Versicherung AG,
 Wiesbaden

Frank Wolf*

Fachsekretär Finanzdienstleistungen der
 ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg,
 Berlin

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 Berliner Volksbank eG, Berlin

Harald Wolf

(seit 8. Juli 2003)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen,
 Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 Berlinwasser Holding AG, Berlin
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 BEHALA Berliner Hafen- und
 Lagerhausbetriebe, Berlin
 Berliner Stadtreinigungsbetriebe, Berlin
 Berliner Wasserbetriebe, Berlin
 Wirtschaftsförderung Berlin international
 GmbH, Berlin

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 Landesbank Berlin Girozentrale, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der
 The New German Lender Industrial
 Investment Council GmbH, Berlin
 Messe Berlin GmbH, Berlin

TSB Technologiestiftung Innovationsagentur
 Berlin GmbH, Berlin

Vorsitzender des Verwaltungsrats der
 Feuerversicherung Berlin-Brandenburg, Berlin
 Öffentliche Lebensversicherung
 Berlin-Brandenburg, Berlin

Mitglied des Kuratoriums der
 TSB Technologiestiftung Innovationszentrum
 Berlin, Berlin
 Fachhochschule für Technik und Wirtschaft
 Berlin, Berlin
 Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin
 Universität der Künste, Berlin
 stellv. Mitglied des Beirats der
 Regulierungsbehörde für Telekommunikation
 und Post, Bonn

Bernd Wrede

ehem. Vorsitzender des Vorstands
 der Hapag-Lloyd AG, Hamburg

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 ERGO Versicherungsgruppe AG, Düsseldorf
 Weberbank Privatbankiers KGaA, Berlin
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 Landesbank Berlin Girozentrale, Berlin
 Vizepräsident des Verwaltungsrats der
 Kühne & Nagel International AG, Schindellegi,
 Schweiz

Bärbel Wulff*

Stellv. Vorsitzende des Gesamt-
 personalrats und des Personalrats der
 Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 Landesbank Berlin Girozentrale, Berlin

Mandate nach § 285 Nr. 10 HGB und § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

zum Stichtag 31. Dezember 2003, bzw. Datum des Ausscheidens

Anlage 3 zum Anhang

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gem. § 100 AktG
 a)* Mitgliedschaft in Konzerngesellschaften gem. § 100 AktG
 auch nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB anzugebende Mandate in großen Kapitalgesellschaften
 b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Vorsitzender des Vorstands

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

a) Mitglied des Aufsichtsrats der

Interseroh AG, Köln

a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der

Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin/Hannover

IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin

b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der

LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der

LHI Leasing GmbH, München¹⁾

Mitglied des Verwaltungsrats der

DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main

Serge Demolière

Chairman des Board of Directors

(executive member) der Bankgesellschaft

Berlin (UK) plc., London (bis 25. Juli 2003)

a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der

Berliner Börse AG, Berlin

Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der

Nasdaq Deutschland AG, Bremen

RTS Realtime Systems AG, Frankfurt am Main

a)* Mitglied des Aufsichtsrats der

IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin

b) Mitglied des Aufsichtsrats der

France Growth Fund, Inc., New York

Mitglied des Board of Directors (non-executive) der

Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc., Dublin

BGB Finance (Ireland) plc., Dublin

Vorsitzender des Verwaltungsrats der

Bankgesellschaft Berlin International S.A., Luxemburg

Dr. Johannes Evers

Mitglied des Vorstand (bis 30. November 2003)

Mitglied des Vorstands der Landesbank

Berlin – Girozentrale –, Berlin

a)* Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der

Weberbank Privatbankiers KGaA, Berlin²⁾

Mitglied des Aufsichtsrats der

IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin

b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der

Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A., Warschau

Cids! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der

Atos Origin Processing Services GmbH, Frankfurt am Main

Mitglied des Aufsichtsrats der

B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main

LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin – Hannover, Berlin/Hannover

Mitglied des Board of Directors (non-executive) der

Visa EU, London

Visa International Service Association, San Francisco

Uwe Wilhelm Kruschinski

Mitglied des Vorstands der

Landesbank Berlin – Girozentrale –, Berlin

(seit 10. März 2003)

a) Mitglied des Aufsichtsrats der

FWU AG, München

a)* Mitglied des Aufsichtsrats der

IBAG Immobilien und Beteiligungen AG, Berlin

b) Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der

Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A., Warschau

Mitglied des Aufsichtsrats der

LHI Leasing GmbH, München¹⁾

Zivnostenská Banka a.s., Prag

¹⁾ Mandat zum 31. Dezember 2003 niedergelegt

²⁾ Mandat für die Bankgesellschaft endet mit Ausscheiden aus dem Vorstand der Bankgesellschaft Berlin AG

³⁾ Mandat mit Ausscheiden aus der Bankgesellschaft Berlin AG niedergelegt

Mandate nach § 285 Nr. 10 HGB und § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

zum Stichtag 31. Dezember 2003, bzw. Datum des Ausscheidens

Anlage 5 zum Anhang

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gem. § 100 AktG
 a)* Mitgliedschaft in Konzerngesellschaften gem. § 100 AktG
 auch nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB anzugebene Mandate in großen Kapitalgesellschaften
 b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

Norbert Pawlowski

Mitglied des Vorstands der Landesbank
 Berlin – Girozentrale –, Berlin
 Mitglied des Board of Directors
 (executive member) der Bankgesellschaft
 Berlin (UK) plc., London (bis 25. Juli 2003)

a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 Bankgesellschaft Berlin INVESTMENT GmbH,
 Berlin

Deutscher Sparkassenverlag GmbH,
 Stuttgart

a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 BankenService GmbH Unternehmensgruppe
 Landesbank Berlin, Berlin
 Weberbank Privatbankiers KGaA, Berlin

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 IBAG Immobilien und Beteiligungen AG,
 Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der
 Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG,
 Berlin/Hannover

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
 Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR), Berlin
 Berliner Wasserbetriebe (BWB), Berlin
 LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs
 GmbH, Berlin

Mitglied des Board of Directors
 (non-executive) der

Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc., Dublin

Mitglied des Verwaltungsrats der

Bankgesellschaft Berlin International S.A.,
 Luxemburg

Hubert Piel

Mitglied des Vorstands (bis 31. März 2003)
 Mitglied des Vorstands der Landesbank
 Berlin – Girozentrale –, Berlin
 (bis 31. März 2003)

a)* Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der

Allgemeine Privatkundenbank
 Aktiengesellschaft, Hannover
 (bis 29. April 2003)

b) Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der

Bankgesellschaft Berlin (Polska) S.A.,
 Warschau³⁾

Mitglied des Aufsichtsrats der

Atos Origin Processing Services GmbH,
 Frankfurt am Main³⁾

Dr. Thomas Veit

a) Mitglied des Aufsichtsrats der

FinanzIT GmbH, Hannover

a)* Mitglied des Aufsichtsrats der

Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG,
 Berlin/Hannover

b) Mitglied des Aufsichtsrats der

Atos Origin Processing Services GmbH,
 Frankfurt am Main

¹⁾ Mandat zum 31. Dezember 2003 niedergelegt

²⁾ Mandat für die Bankgesellschaft endet mit Ausscheiden aus dem Vorstand der Bankgesellschaft Berlin AG

³⁾ Mandat mit Ausscheiden aus der Bankgesellschaft Berlin AG niedergelegt

Verzeichnis gem § 340 a Abs. 4 Nr. 1 HGB

zum Stichtag 31. Dezember 2003, Anlage 4 zum Anhang

Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien, die von Mitarbeitern wahrgenommen werden

Dariush Ghassemi-Moghadam

Mitglied des Aufsichtsrats der

Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG,
Berlin/Hannover

Mitglied des Aufsichtsrats der

LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs
GmbH, Berlin

Dr. Karl-Friedrich Hirschhäuser

Mitglied des Aufsichtsrats der

Bankenservice GmbH, Berlin

Martin Müller

Mitglied des Aufsichtsrats der

BGB Finance, Dublin

Gerhard Roller

Mitglied des Vorstands (vom Aufsichtsrat
entsandt, AR-Mandat ruht b.a.w.) der

Bankgesellschaft Berlin (Polska), S.A.,
Warschau

Bartho Schröder

Mitglied des Aufsichtsrats der

Bankenservice GmbH, Berlin

Stefan Trägler

Mitglied des Aufsichtsrats der

Bankenservice GmbH, Berlin

Bestätigungsvermerke des Konzerns und der AG

1. Bankgesellschaft Berlin Konzern

Wir haben den Konzernabschluss mit einem mit dem Anhang der Gesellschaft zusammengefassten Konzernanhang und den Konzernlagebericht der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft, Berlin, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2003 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegt in der Verantwortung des Vorstands der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft, Berlin. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des internen rechnungslegungsbezogenen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der zusammengefasste Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Konzerns und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 2. April 2004

PwC Deutsche Revision
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Borgel ppa. Berninger
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

2. Bankgesellschaft Berlin AG

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung mit einem mit dem Konzernanhang zusammengefassten Anhang und den Lagebericht der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft, Berlin, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2003 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft, Berlin. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der zusammengefasste Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 2. April 2004

PwC Deutsche Revision
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Borgel ppa. Berninger
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Konzernbanken und ausgewählte Beteiligungen des Konzerns

Banken

Bankgesellschaft Berlin
International S.A.
30, Boulevard Royal
L-2449 Luxemburg
Luxemburg
Tel.: 00-352-47 78-1
Fax: 00-352-47 78-2999
Internet: www.bankgesellschaft.lu

Geschäftsführung
Horst-Dieter Hochstetter
(Sprecher und Administrateur-Député)
Uwe Jungerwirth

BANKGESELLSCHAFT BERLIN
INVESTMENT GmbH
Kurfürstendamm 201
10719 Berlin
Tel.: 0 30/2 45-6 45 00
Fax: 0 30/2 45-6 46 50
Internet: www.bb-invest.de

Geschäftsführung
Dyrk Vieten
Hans-Werner Wilms

Bankgesellschaft Berlin (Ireland) plc
No. 5 George's Dock
I.F.S.C. Dublin 1
Irland
Tel.: 00 353-1-819 4400
Fax: 00 353-1-819 4499

Board of Directors
David Allen
Serge Demollière
Heinz D. Gottschalk
Norbert Pawlowski
Dr. Noel Whelan

Berlin-Hannoversche
Hypothekenbank AG – Berlin Hyp –

Budapester Straße 1
10787 Berlin
Tel.: 0 30/25 999-0
Fax: 0 30/25 999 131

Landschaftstr. 8
30159 Hannover
Tel.: 05 11/30 11-0
Fax: 05 11/30 11-384
Internet: www.BerlinHyp.de

Vorstand
Jan Bettink
(Sprecher)
Horst von Behren
(bis 31. März 2004)
Heinz Dieter Gottschalk
Erich Wilke

Landesbank Berlin – Girozentrale –
Bundesallee 171
10715 Berlin
Tel.: 0 30/86 98 01
Fax: 0 30/86 98 30 74
Internet: www.berliner-sparkasse.de

Vorstand
Hans-Jörg Vetter
(Vorsitzender)
Dr. Johannes Evers
Uwe Kruschinski
Hans Jürgen Kulartz
Norbert Pawlowski
(bis 30. Juni 2004)
Prof. Dr. Dieter Puchta

Weberbank Privatbankiers KGaA
Hohenzollerndamm 134
14199 Berlin
Tel.: 0 30/8 97 98-0
Fax: 0 30/8 97 98-900
Internet: www.weberbank.de

Persönlich haftende Gesellschafter
Dr. Christian Grün
(Sprecher)
Dr. Andreas Bödecker
Michael Graf Strasoldo

Finanzdienstleistungsinstitute

BB-ASSET MANAGEMENT
Vermögensverwaltung GmbH
Kurfürstendamm 201
10719 Berlin
Tel.: 0 30/2 45-6 45 00
Fax: 0 30/2 45-6 46 50

Geschäftsführung
Dyrk Vieten
Hans-Werner Wilms

Finanzunternehmen

Berlin Capital Fund GmbH
Hauptstraße 65
12159 Berlin
Tel.: 0 30/859 54 30
Fax: 0 30/859 54 320
Internet: www.berlin-capitalfund.de

Geschäftsführung
Eberhard Langner
Dr. Christian Segal

BGB Finance (Ireland) plc
No. 5 George's Dock
I.F.S.C. Dublin 1
Irland
Tel.: 00 353-1-819 44 00
Fax: 00 353-1-819 44 99

Board of Directors
David Allen
Serge Demolière
Martin Müller
Carlos Santistevan

Weitere Gesellschaften

BankenService GmbH Unternehmens-
gruppe Landesbank Berlin
Brunnenstraße 111
13355 Berlin
Tel.: 0 30/245 5 38 82
Fax: 0 30/245 5 46 70

Geschäftsführung
Stefan Haemmerling

BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG
Karl-Liebknecht-Str. 29
10178 Berlin
Tel.: 01805/80 77 37
Fax: 01805/00 28 97
Internet: www.berlinonline.de

Geschäftsführung
Als Geschäftsführer der BerlinOnline
Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH:
Dr. Robert Daubner

IBAG Immobilien und Beteiligungen AG
Kurfürstendamm 207/208
10719 Berlin
Tel.: 030/224 99-0
Fax: 030/224 99-630
Internet: www.ibag.de

Vorstand
Reinhardt Gennies
(Vorsitzender)
Klaus Hansen
Wolfgang Pritzsche

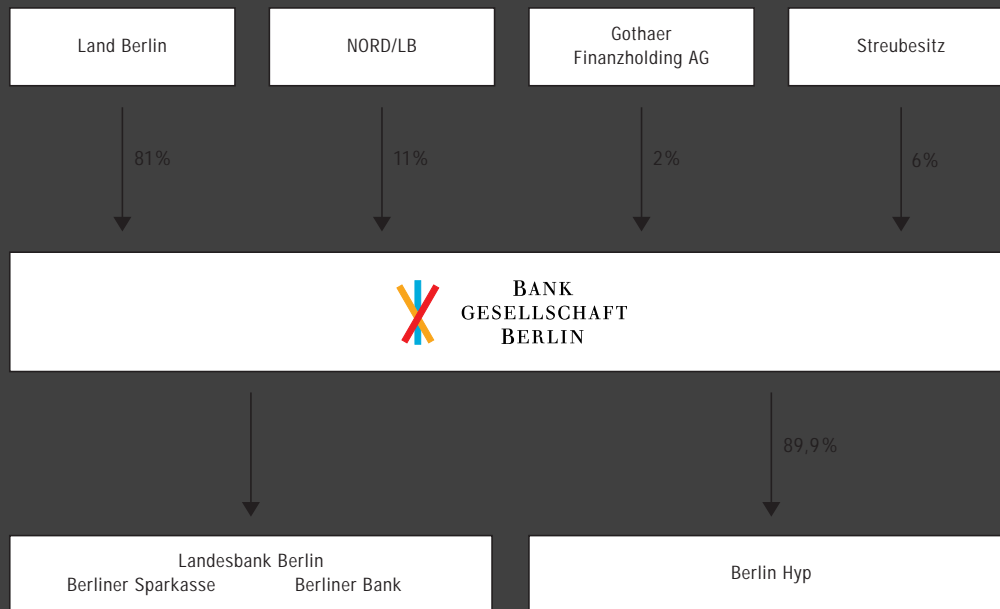
Immobilien- und Baumanagement
der Bankgesellschaft Berlin GmbH
Berliner Straße 44
10713 Berlin
Tel.: 0 30/864 720-0
Fax: 0 30/873 438-8
Internet: www.ibg.de

Geschäftsführung
Dr. Matthias von Bismarck-Osten

Versicherungsservice GmbH
Unternehmensgruppe
Bankgesellschaft Berlin
Wexstr. 1
10825 Berlin
Tel.: 0 30/3 10-9 32 75
Fax: 0 30/3 10-9 33 88

Geschäftsführung
Dirk Bachnick
Detlef Bienkowski

Eigentümerstruktur der Bankgesellschaft Berlin



Aufgabenverteilung im Vorstand der Bankgesellschaft Berlin und der Landesbank Berlin

Hans-Jörg Vetter
(Vorsitzender) BGB und LBB

Unternehmensentwicklung
Personal
Recht
Revision
Immobilienleistungen

Serge Demollière
BGB
Kapitalmarktgeschäft

Dr. Johannes Evers
LBB
Privatkunden

Uwe Kruschinski
BGB und LBB

Kreditgeschäft
Risikobetreuung

Hans Jürgen Kulartz
LBB

Firmenkunden

Norbert Pawlowski
BGB und LBB

Controlling
Kreditsekretariat
Risikocontrolling
Compliance

Prof. Dr. Dieter Puchta
LBB

Investitionsbank Berlin

Dr. Thomas Veit
BGB

Finanzen
Immobilienfinanzierung
Organisation
Informationstechnologie

BANK GESELLSCHAFT BERLIN

89,9%



Bankgesellschaft Berlin
International S.A., Luxemburg

80,0%

Bankgesellschaft
Berlin (Ireland) plc, Dublin

20,0%

BB-ASSET MANAGEMENT
Vermögensverwaltung GmbH

50,0%

BB-Immobilien-Service GmbH

Grundstücksgesellschaft
„Berlin“ mbH

IBAG Immobilien
und Beteiligungen AG

Berlin Hyp Immobilien GmbH

Berlin Hyp
Grundstücksverwaltung GbR

30,0%

BerlinOnline Stadt-
portal GmbH & Co. KG

45,0%

Bankgesellschaft Berlin AG

Alexanderplatz 2

D - 10178 Berlin

Postfach 110801

D - 10838 Berlin

Telefon: (030) 245 500

Telefax: (030) 245 509

Für Anfragen zum Geschäftsbericht
stehen wir Ihnen gern zur Verfügung:

Unternehmenskommunikation

Christina Hoff

Telefon: (030) 245 663 89

Telefax: (030) 245 663 93

E-Mail: IR@bankgesellschaft.de

www.bankgesellschaft.de



**BANK
GESELLSCHAFT
BERLIN**